

26/7 914

Wirtschaftliche Wochenchronik.

20. Juli. Neuerliche starke Kursrückgänge an der Wiener, Berliner und Pariser Börse infolge der Kriegsbesürchtungen. Zwangsverkäufe in Berlin. Scharfe Baissa auch der französischen Rente. Steigerung der Wechselkurse in Wien. — Goldabgaben der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Beschaffung von Devisen. — Verlängerung verschiedener Spezialsyndikate in der deutschen Stahlindustrie.

21. Juli. Weitere Verflauung der Börsen. Rückgang der österreichischen Kronenrente um 1 Prozent. Baissa der Russenwerte in Berlin. — Fortgesetzte Preissteigerungen in Getreide. — Ausverkauf der ungarischen 500-Millionen-Kronen-Anleihe von 1914. Auflösung des betreffenden Syndikats.

22. Juli. Ruhigere, aber reservierte Haltung der Börse. — Steigerung des Privatdiskonts in Wien bis in die Nähe der vierprozentigen Bankrate. — Weitere Getreidehaussa. — Einleitung eines Trustprozesses gegen die New-York-Newhaven-Hartford-Bahn. — Vertagung der Verhandlungen über die Bildung eines deutschen Feinblechverbandes.

23. Juli. Versammlung der Budapester Großbanken beim ungarischen Finanzminister, um für den Fall einer kriegerischen Verwicklung die Volkswirtschaft vor Erschütterungen zu bewahren. Zu diesem Zweck soll eine finanzielle Organisation unter Mitwirkung der Oesterreichisch-ungarischen Bank geschaffen werden. — In später Nachtstunde wird die an Serbien gerichtete, in Belgrad überreichte, bis 25. Juli, 6 Uhr nachmittags, zu beantwortende Note bekanntgegeben.

24. Juli. Die Note an Serbien ruft wohl einen weiteren Rückgang der Kurse, aber keine Panik hervor.

25. Juli. Die Antwortnote Serbiens war ungenügend. Der Kriegsausbruch wird als bevorstehend erachtet.

Handwritten signature or mark, possibly "F".

30. / 7. 1914.

Der Ökonomist.

Die österreichische Volkswirtschaft und der Krieg.

Von Dr. Rudolf Sieghart,

Gouverneur der Allgemeinen Österreichischen Bodenkreditbank.

Wien, 29. Juli.

Ein großartiger Zug sittlichen Aufschwungs und moralischer Erhebung geht jetzt durch unseren alten Kaiserstaat. Die vielen tausend Stimmen des Streites und Unfriedens, die bisher unser öffentliches Leben erfüllten, sind verstummt; ein sonst nicht gefanntes Gefühl tief empfundener Zusammengehörigkeit geht durch alle Länder. Die einberufenen Soldaten, die in ihren schmutzigen Felduniformen durch die Straßen eilen, und die Zurückbleibenden, die ihnen lange und bange nachsehen, wissen sich heute eins. Alle sozialen und nationalen Unterschiede sind geschwunden. Das gleiche Schicksal, der gleiche Wille und die gleiche Hoffnung waltet über allen.

Und das gleiche Vertrauen erfüllt jedermann. Das Bewußtsein, eine gerechte Sache zu führen, ist in aller Brust. Die Bevölkerung weiß: Wenn jetzt der Ruf an die Waffen ergeht, so geschieht es, weil es sein muß, weil die verbrecherischen Angriffe gegen die Integrität und Sicherheit unseres Staates nicht länger ertragen werden können, weil die planmäßige Beunruhigung unseres wirtschaftlichen Lebens nicht länger geduldet werden kann. Voll Zuversicht sehen wir dem Beginne der kriegerischen Operationen entgegen, vertrauend auf den alten Ruhm der kaiserlichen Waffen und auf die unbedingte Verlässlichkeit einer Verteidigungsorganisation, die in langer Friedenszeit geschaffen, mit Liebe und Opferwilligkeit ausgestaltet und in den an Zwischenfällen so reichen Jahren seit 1908 erprobt und bereit gefunden worden ist.

Dürfen wir mit dem gleichen unbedingten Vertrauen auch auf die volkswirtschaftliche Rüstung unseres Staates blicken? Ich glaube, berechtigt zu sein, diese Frage unbedingt und uneingeschränkt zu bejahen. Die österreichische Volkswirtschaft ist gegen alle Wechselfälle des Krieges gewappnet; was schwach und unsicher war, ist in den wiederholten krisenhaften Bewegungen der letzten Monate längst abgefallen und niedergesunken. Uebrig geblieben ist der feste Stamm unserer Wirtschaft, und der ist gesund und widerstandsfähig. Jede Besorgnis, jede Angst um Besitz und Gut, das den legalen Organen der österreichischen Finanzwirtschaft anvertraut wurde, wäre Unsinn und Frevel.

Es ist eine törichte Verallgemeinerung, anzunehmen, daß der Ausbruch eines Krieges notwendig die Geld- und Kreditverfassung eines Landes erschüttern müsse, daß der Krieg unbedingt zu umfassenden Entwertungen führe, daß der Besitz eines vorsichtigen Menschen bei Kriegeszeiten beileibe nicht in Renten und Aktien, Hypotheken und Geschäftsanteilen, sondern in einem wollenen Strumpfe mit barem Gelde angelegt sein müsse. Es sind dies Vorstellungen, die etwa dem Gesichtskreis eines besorgten alten Mütterchens entsprechen, nicht aber eines vernünftigen, lebenskundigen und seiner Pflichten und Interessen bewußten Mannes. Gewiß, der Krieg zerstört große Werte, aber er schafft deren auch. Gerade von jenem Kriege, den Oesterreich-Ungarn zu führen jetzt im Begriffe steht, darf man sagen, daß es eigentlich ein Krieg für die Volkswirtschaft ist, der die fortwährenden Alarmierungen und Substanzverluste durch die Wohlarbeit der großherbischen Bewegung und ihrer politischen Freunde erspart werden sollen und müssen. Wird dieser Druck von unserer Volkswirtschaft genommen, dann wird sie künftig in Ruhe schaffen und Werte hervorbringen können, welche die durch den Krieg zerstörten, um ein Vielfaches überragen. Dazu kommt die Gewißheit der außerordentlichen Elastizität und Widerstandskraft unserer heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnisse. Wunderbar ist die Erneuerungskraft der modernen Volkswirtschaft. Gewaltig wie ihr Umfang, wie ihre internationalen Verzweigungen, ist auch ihre Fähigkeit der Erneuerung und Erholung selbst nach furchtbaren Schlägen.

Es ist kein Zufall, sondern tiefbegründet im Wesen der modernen Wirtschaft, daß nach dem großen Kriege von 1870/71 sowohl in Frankreich trotz der Milliardenkriegsentschädigung, als auch im Deutschen Reich eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs einsetzte. So war es auch in England nach dem Burenkrieg, und die gleiche Erfahrung konnte man jetzt nach dem Ausgange der beiden Balkankriege machen. Die ungeheuren, fast übermenschlichen Anstrengungen des verhältnismäßig kleinen Bulgariens, die großen Menschen-, Land- und Wertverluste des Osmanischen Reiches — wie leicht wurden sie ertragen, wie verhältnismäßig rasch lenkten beide Länder wieder in die Bahn des Wohlstandes und der ungestörten Arbeit ein! Die türkischen Staatspapiere, verständigvoll, wenn auch durchaus nicht gewaltam unterstützt von der deutschen und französischen Gläubiger- oder Emissionsbanken, haben sich trotz und während des Krieges gut behauptet und jenen Recht gegeben, die sich dieses Besitzes auch dann nicht entäußerten, als die Türkei unter dem Uebermaße der militärischen Katastrophen zusammenzubrechen schien. Die hochverzinslichen Bons, die Requisitionscheine, die Bulgarien an seine Lieferanten im In- und Ausland an Zahlungsstatt gab, gehen prompter Tilgung entgegen und ihre Inhaber werden nicht nur keinen Verlust, sondern voraussichtlich einen erheblichen Vorteil bei der Einlösung zu gewärtigen haben. Wir haben keinen Grund, der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft ein geringeres Maß von Widerstandskraft und Fähigkeit zum inneren Wiederaufbau zuzumuten als diesen Ländern. Und mag sich auch in Staaten von nicht so vorgeschrittener wirtschaftlicher Ausbildung bei unendlich einfacheren Verhältnissen und Bedürfnissen die Erneuerung um manches leichter vollziehen, so sind auf unserer Seite doch die unvergleichlich größeren inneren wirtschaftlichen Kräfte vor-

handen, die dem Wiederaufbau des durch die Rückwirkungen des Krieges zerstörten ungleich größere Werte zur Verfügung zu stellen vermögen.

Was haben wir von einem Kriege wie der, den wir jetzt führen, wirtschaftlich zu besorgen? Folgen für unsere Währung, für unser Geldsystem? Es ruht auf so sicheren Grundlagen wie irgendeines in Europa. Es stützt sich auf den mächtigen Pfeiler ausreichender metallischer Deckung; denn unser Bankstatut und seine ebenso korrekte wie verständnisvolle Anwendung durch die Bankleitung sichern unserer Währung das richtige Verhältnis zwischen Goldschatz und Banknotenumlauf; es stützt sich aber auch auf die wertschaffende Wirkung des staatlichen Zahlungsbefehles, wird also beiden großen Strömungen der modernen wissenschaftlichen und praktischen Geldlehre gerecht. Ein Mißtrauen in unsere Währung ist ausgeschlossen. Nicht minder jedes Mißtrauen in die Sicherheit staatlicher Schuldtitel. Sich vor den Folgen des Krieges für die Wirtschaft fürchten und gleichzeitig seinen Rentenbesitz abstoßen, wäre eine geradezu groteske Handlung. Unsere Renten tragen zu den gegenwärtigen Kursen reichlich 5 Prozent, eine für Staatspapiere dieses Ranges geradezu ungewöhnlich hohe Rentabilität. Was könnte der Rentner besürchten? Verluste an Zinsen durch Konvertierung seiner Titres? Die rückt durch den Krieg wohl in weite Ferne. Denn nur ein Staat von besonderer Blüte seiner Finanzen konvertiert nach unten; ein Staat, dessen Finanzen im Kriege gelitten haben, wird keine Neigung verspüren, eine Konversion durchzuführen. In einer Lage, wie der heutigen Renten verkaufen, heißt nicht nur den Staat, sondern auch sich selbst schädigen; denn es ist nichts als ein Wüten gegen sich selbst, wenn man seine Titres bei Kriegs- also Tiefkursen wegwirft, um sie vielleicht später wieder, dann bei hohen Kursen, zu erstehen, also beim Verkaufe den ganzen Verlust zu nehmen, um beim Rückkaufe wieder Opfer zu bringen. Wer heute ohne Not seinen Rentenbesitz veräußert, gleicht jemandem, der aus Furcht vor dem Tode Selbstmord begeht.

30. / 7. 1914.

Noch törichter sind aber jene massenpsychologischen Bahndieben, die viele Leute bewegen, beim ersten Anzeichen kriegerischer Verwirrungen sofort Sparkassen und Bankeinlagen abzuheben und das bare Geld nach Hause zu tragen, um sich täglich neu von seinem Vorhandensein überzeugen zu können. Sie berauben sich der Zinsen und berauben die Volkswirtschaft ihres Landes der Möglichkeit, mit diesen Zahlungsmitteln fruchtbringend zu arbeiten. Sie schaden sich selbst und der Gesamtheit, sie begehen einen Unbesonnenheit und einen Frevel. Merkwürdige atavistische Vorstellungen sind es, die da in den Köpfen der Leute wieder aufleben. Irgendwo in den verborgensten Winkeln unserer Seele regt sich plötzlich eine verblasste Kindheits Erinnerung von Kriegsnot und Geldklemmen, die Ahn und Urahn auch nur vom Hörensagen kannten. Es ist der Gedanke vor allem, daß Krieg gleichbedeutend sei mit Vermögensverlust und Hungersnot, Raub und Pestilenz. Die Hausfrau, die kopflos Mundvorrat zusammenkauft und dadurch erst die Preissteigerung herbeiführt, vor der sie sich fürchtet, und der Mann, der Spareinlagen und Bankdepósitos kündigt, weil er diesen Aufenthaltsort seines Vermögens für nicht mehr sicher genug hält und dadurch eben erst jene Unsicherheit herbeizuführen riskiert, der er entrinnen will, sind beide Passagiere des gleichen Narrenschiffes. Nicht aus der Entwertung entsteht die Panik, sondern aus der Panik entsteht die Entwertung. Die Massenabhebung von Spareinlagen nötigt Sparkassen, Hypotheken zu kündigen und Anlagepapiere zu Geld zu machen. Die Massenkündigung von Bankguthabungen kann die Banken zwingen, Kredite einzuschränken, Wertpapiere zu verkaufen, von ihrem Portefeuille mehr als bisher in die Oesterreichisch-ungarische Bank einzureichen. Zum Zinsverluste, den die Bevölkerung erleidet, wenn sie ihr Geld in Kassen und Läden speert, statt es fruchtbringend arbeiten zu lassen, gesellt sich die Unruhe, die in das ganze Wirtschaftsleben getragen wird, dadurch, daß den Sparkassen und Banken Mittel entzogen und die vorhandenen Umlaufmittel überhaupt verknüpft werden. Eine schwere Schädigung seiner selbst und der Gesamtheit — anders kann man die Panik nicht nennen, die das Publikum zur Abhebung von Depósitos treibt, deren es gar nicht bedarf und die gewiß in den Händen der Sparkassen und Banken sicherer und rationeller untergebracht sind als in den Strampfen, in denen sie dann zinslos und unfruchtbar liegen bleiben. Dabei wäre jeder, auch der leiseste Zweifel an der unbedingten Sicherheit und Verlässlichkeit der bei Sparkassen und Banken hinterlegten Gelder Bahnweis. Unsere Sparkassen stehen unter scharfer staatlicher Aufsicht, der Preis der ihnen erlaubten Anlagen ist außerordentlich enge gezogen, ein Risiko für die Anleger bei einer einigermaßen größeren Sparkasse völlig ausgeschlossen; die Banken wiederum sind nirgends vorsichtiger geleitet als bei uns; einige kleine Provinz-institute sind Opfer der kritischen Zeiten geworden, aber ohne, daß das Publikum dabei in nennenswertem Maße zu Schaden gekommen ist. Die großen gefestigten Aktien-Bankorganisationen Oesterreichs sind über jeden Schatten eines Zweifels erhaben, sie haben Monate lang Zeit gehabt, sich auf die im Kriegsfall an sie herantretende bedeutende Aufgabe, Regulatoren der Volkswirtschaft zu sein, vorzubereiten. Gestützt auf ihre zum Teile sehr großen Reserven, in ihrer ganzen Gebarung fortlaufend überwacht durch den Verwaltungsrat, die Zensoren und den landesfürstlichen Kommissär, in ihrer Geschäftspolitik geleitet von den großen Gesichtspunkten der öffentlichen Interessen, der ungeheuren Verantwortung bewußt, die heute auf ihnen ruht, bilden sie gerade jetzt die festen Punkte in der Flucht der wirtschaftlichen Erscheinungen. Dazu kommen die strikten völkerrechtlichen Normen, deren Unantastbarkeit unter der Aufsicht der gesamten Kulturwelt steht.

Am unbegreiflichsten aber ist es, wenn die Leute beim bloßen Worte Krieg sinnlos ihren ganzen Effektenbesitz wegwerfen, gleichviel, ob es sich um Aktien von Eisenwerken oder Zuckerrfabriken, Munitionswerte oder Anteile von Verkehrsinstituten handelt. Gewiß, es hat in den letzten Wochen und Tagen eine ausgesprochene Wertherabsetzung bei allen Dividendenpapieren stattgefunden. Zum Teile sind dadurch die durch eine überhitzte Spekulation hervorgerufenen starken Ueberbewertungen bei vielen Papieren wieder aufs normale Maß zurückgeführt worden; in sehr vielen Fällen sind aber bereits ausgesprochene Unterbewertungen zustande gekommen, die eine Ablösung des einen durch das andere Extrem bedeuten. Hätten die Kurse mancher Papiere in den Zeiten des Aufschwunges Höhen erklommen, die mit dem Ertrage dieser Werte in keinerlei Verhältnisse standen, so haben viele Werte gegenwärtig wieder Tiefkurse erreicht, die à raison des Erträgnisses des letzten Geschäftsjahres Verzinsungen ergeben, die bei der Güte dieser Anlagen gewiß sehr hoch genannt werden müssen. Die Erfahrung lehrt, daß dies die Augenblicke sind, wo sich der Unterschied zwischen dem denkenden Kapitalisten und dem Manne zeigt, der zwar Geld, aber keine Einsicht hat: der wahre Kapitalist kauft in dieser Lage zu den billigsten Kursen die besten Werte, der andere aber wirft die besten Werte weg und verkauft sein Geld. Er glaubt, dies müsse im Kriegsfall so sein.

Es ist schwer, sich einen größeren Widerstand auszumalen. Gerade die guten und besten Industrieaktien repräsentieren dem Publikum die greifbarsten Werte. Ein Eisenwerk, ein Petroleumfeld, eine Werft stellen Werte dar, die über jede politische oder kriegerische Beeinträchtigung erhaben sind. Papiere, hinter denen nichts steht als ein gefälliger Prospekt, sind in Oesterreich glücklicherweise unbekannt. Wir haben keine Phantasiawerte, keine Fata morgana-Effekten, keine Potemkinschen Aktien. Unsere Dividendenpapiere sind der Ausdruck wirklicher wirtschaftlicher Werte und Kräfte, sind die wirtschaftstechnische Erscheinungsform von Kohle und Eisen, von Fabriken und Bahnanlagen, von Werften und Handelsflotten, so wie die Rente der Ausdruck der wirtschaftlichen Kräfte eines fünfzigmillionenreichen mit ungeheuren Naturschätzen, einer arbeitsamen Bevölkerung, einer schlagkräftigen 2½-Millionenarmee und einem Ausgabenetat von zirka sechs Milliarden ist. Wer heute die rechtmäßigen Anteile an diesen Werten in einem Anfall von Kriegspanik wegwirft, schädigt sich und den Staat und begründet nur den Reichtum jener, die klug genug sein werden, sich zu bücken und diese Schätze aufzuheben. Die Furcht ist ein schlechter Ratgeber, der schlechteste aber im Reiche der Ziffern, wo die Nerven abgeschafft sind, wo nur die tüchle Vernunft herrscht.

30. / 7. 1914.

3. 4

Der Krieg, den wir heute zu führen genötigt sind, ist nicht von uns herbeigeführt worden. Seit dem Jahre 1908, ja, länger schon, seit Neval, verteidigen wir den Frieden, und unsere erworbenen Rechte und Interessen gegen einen schweren Druck, als dessen Exponent uns immer wieder die großserbische Bewegung entgegengetreten ist. Zweimal haben wir bereits, um diesen Druck zu sprengen, umfassende militärische Aufmärsche durchzuführen müssen, die das Budget des Staates um mehr als eine Milliarde belastet haben. Die Stimme der Bevölkerung sagt deutlich, wie hohe Zeit es war, dieses Spiel zu beenden.

Ein unüberwindlicher Glanz des Opfermutes und der Kampfbereitschaft geht durch alle österreichischen Völker. Die Spekulation darauf, daß die Schlagkraft der Monarchie im entscheidenden Augenblicke durch ein jähes Aufflammen der inneren Kämpfe der Nationen gefährdet sein könnte, ist kläglich zuschanden geworden. Wie in den letzten vierzig Jahren waren die österreichischen Völker fester geeint als in dieser Stunde der Gefahr. Es herrscht heute die vollste Einigung zwischen Oesterreich und Ungarn, so wie alle Parteiunterschiede innerhalb des Königreiches Ungarn selbst ausgeilgt und beigelegt sind. Das Reichsgefühl empfinden ist in beiden Staaten der Monarchie mächtig erwacht. Alle trennenden Bestrebungen sind zurückgedrängt. Die Wirkung dieses tiefgreifenden Wandels ist unverlierbar, sie wird auch in der Zukunft bestehen bleiben, und damit hat die Monarchie schon jetzt ein gewaltiges politisches Plus erreicht, das bei dem untrennbaren Zusammenhange zwischen Politik und Wirtschaft auch auf ökonomischem Gebiete segensreich wirken wird. Und in dieser entscheidungsvollen Stunde zeigt es sich auch vor Europa so recht, was der Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie für den Frieden des Weltteiles bedeutet. Die Kämpfe der aus dem europäischen Erbe des türkischen Reiches hervorgegangenen kleinen Nationalstaaten des Balkans gegen und untereinander sind eine dauernde Quelle der Beunruhigung für Europa und werden es voraussichtlich noch lange sein. Aus dunkeln Agitationen im serbischen Königreiche ist eine Lage entstanden, die den Weltfrieden aufs ernstlichste zu bedrohen scheint. Unter diesem Gesichtspunkte mag sich Europa heute vergegenwärtigen, was geschehen würde, wenn man sich einmal unsere alte Monarchie von der Landkarte wegdenken könnte und alle die kleinen Nationen, die heute im Rahmen der Monarchie zusammengehalten und vereinigt sind, plötzlich frei und selbständig würden. Es würde neben dem Balkan auf der Balkanhalbinsel ein zweiter Balkan im Herzen Mitteleuropas entstehen, eine ständige Quelle von Gefahren für den Frieden des Erdteiles, ein ewig glimmender Herd des Umsturzes und der Veränderung. Die geschichtliche Sendung der Monarchie ist es, diese kleinen Nationen zusammenzuhalten. Um dieser Mission gerecht werden zu können, ist Oesterreich gezwungen, den Herd revolutionärer Bestrebungen an seiner Südostgrenze auszulöschen, hat es Serbien den Krieg erklärt. Wenn den Großstaaten Europas der Friede und das Gleichgewicht des Kontinents am Herzen liegen — und wer könnte daran zweifeln? — dann werden sie

dafür sorgen müssen, daß Oesterreich-Ungarn bei der Erfüllung dieser Aufgabe ungestört bleibe, und sie werden die Monarchie bei diesem Akte der Sicherheitspolizei in Europa unterstützen. Sie können es um so leichter tun, als sie über die territoriale Uninteressiertheit der Monarchie nicht im Zweifel gelassen worden sind. Darum kann eine allfällige Beunruhigung nur durch Ruhe gemindert werden. Der jetzige Augenblick verlangt vor allem Zuversicht, Entschlossenheit und Festigkeit. Das ist nicht bloß ein Gebot des eigenen Interesses, sondern auch der Rücksicht auf das Gemeinwohl, das ist nicht nur eine sittliche Forderung, sondern auch der Ausdruck der Pflicht, daß wir alle die erhebende Begeisterung dieser Lage in uns nachwirken lassen und zu opferbereiten Werken umgestalten. Das Volkstum liegt im Geblüte, der Patriotismus im Gemüte. Wir sind nicht nur ein Teil des Vaterlandes, das Vaterland ist vielmehr auch ein Teil von uns. Was wir ihm gewähren, das geben wir uns selbst. Dem Unpersönlichen des Staates muß heute alles Persönliche weichen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Bewegung auf den Märkten in der Berichtswoche. — Die wirtschaftliche Klüftung und Veränderungen der Werte der Güter infolge des Krieges.

Ein historische Woche haben wir eben miterlebt; nicht nur die politischen und sozialen Ereignisse der Berichtswoche werden in der Geschichte des menschlichen Geschlechtes tausendfach besprochen werden, sondern auch die wirtschaftlichen Geschehnisse und die ungeheuren Umwertungen werden in manchen Nationalökonomien ihren Bewunderer finden. Seitdem die Welt besteht, sind noch niemals in so kurzer Zeit so unermessliche nominelle Werte vernichtet worden, wie im Laufe der letzten zehn Tage. Werte, die noch vor zwei Wochen einen kolossalen Wert repräsentierten und die durch angestrenzte Arbeit ganzer Menschengeschlechter geschaffen wurden, sind zwar in ihrer Leistungsfähigkeit intakt geblieben, der Wert aber, der ihnen bisher zugemessen wurde, ist auf einen Bruchteil zusammengeschrunken. Diese Verwüstung kommt deutlich in dem Falle der Kurse der Aktien zum Ausdruck, beziehungsweise in der Bewertung der letzteren. Die schrecklichen Tage der 1873er Krise bleiben gegen die gegenwärtigen Ereignisse bei weitem im Schatten. Unsere Behörden mußten nämlich zum äußersten Mittel greifen, das ist zur Sperrung der Börse und zum Verbote des Handels mit Wertpapieren. — Die anderen Märkte haben ebenfalls eine seit Menschengedenken nicht vorgekommene Erschütterung mitgemacht. Besonders anfangs der Berichtswoche ging es auf dem Nahrungsmittelmarkt stürmisch zu. Bald aber legte sich die gewaltige Aufregung und in den letzten Tagen waren die wichtigsten Nahrungsmittel, vor allem Mehl und Kartoffel nur um einige Heller teurer, als vor 10 Tagen. Auch wurden weitumfassende Maßregeln getroffen, um Wien und die Provinzstädte mit ausreichenden Konsumartikeln zu versorgen.

Die Mobilisierung unserer Armee geht unter großer Begeisterung der gesamten Bevölkerung anstandslos und pünktlich vor sich. Ohne Zwischenfälle, ohne Verspätung fahren die Militärzüge ab und langen zur voraus festgesetzten Stunde am Bestimmungsorte an. Die langjährigen Arbeiten an der Ausrüstung unseres Heeres zeitigen jetzt ihre Früchte und erfüllen uns mit großer Hoffnung und lassen uns mit Zuversicht in die Zukunft schauen.

Bei dieser ersten Lage müssen wir aber auch auf im allgemeinen unerwartete Dinge gefaßt sein und schon voraus für alle Eventualitäten vorbereitet sein. Neben den guten Ausrüstungen und genügender Approvisionierung der Armee muß auch die ganze Bevölkerung gerüstet sein. Ihre Ausrüstung besteht zwar nicht in den Waffen, sondern in einer gesunden wirtschaftlichen Lage, die dem nicht zu den Fahnen ziehenden Volke größere wirtschaftliche Erschütterungen erspart. Gewiß haben wir uns in dieser Beziehung auf die gegenwärtigen Ereignisse bisher nicht vorbereitet und keine Vorkehrungen getroffen, um uns für den Kriegsfall genügende Lebensmittel zu verschaffen. Im großen und ganzen war dies auch nicht notwendig. Für solche Maßregeln ist aber noch immer Zeit, jedoch müssen wir uns sogleich an die Arbeit machen. Was für Aufgaben werden nun der gesamten Bevölkerung gestellt?

Wir sehen, daß Hunderttausende Reservisten, aus den verschiedensten Bereichen eingerückt sind und daß deswegen zahlreiche Unternehmungen den Betrieb eingestellt haben, indem sie zugleich die Waffenfreien aus der Arbeit entlassen mußten. Auch sonst kam es zu umfangreichen Arbeiterentlassungen wegen der verringerten Geschäftstätigkeit. Diese aus der wirtschaftlichen Betätigung ausgeschiedene Masse wird nun Anspruch auf Arbeit erheben, um zum Brote zu gelangen. Wir müssen nun Sorge tragen, die Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken. Bei einer nur halbwegs durchgeführten Organisation kann aber dies leicht erreicht werden. Es soll an den von ungarischen Industriellen gefaßten Beschluß erinnert werden, der dahin geht, die einzelnen Unternehmer sollen angeben, ob sie Arbeiter benötigen oder entbehren können. Auf diese Weise findet ein Austausch der Arbeitskräfte statt und es wird zugleich die Arbeitslosigkeit verhindert. Das gleiche, was in Ungarn die Industriellen unternommen haben, könnte bei uns im großen Stile für die gesamte Volkswirtschaft in Angriff genommen werden. Auch die Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg hat gestern die Vorstände der industriellen Körperschaften zu einer Besprechung eingeladen, um von Betriebsreduktionen und überstürzten Betriebseinstellungen zu warnen und im äußersten Falle eine Einschränkung der Arbeitszeit, nicht aber der Arbeiterzahl vorzunehmen. Es wurde auch als dringend geboten bezeichnet, für die kaufmännischen Angestellten über die gesetzliche Verpflichtung hinaus zu sorgen und sie soweit als möglich in dem Weiterbezüge ihrer Gehalte zu belassen.

Durch die Mobilisierung sind zahlreichen Unternehmungen und vor allem der Landwirtschaft so viele Arbeitskräfte entzogen worden, daß vielfach der Betrieb auch in einem beschränkten Umfange nicht weitergeführt werden kann. Zu diesem müssen nun die unbeschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dirigiert werden. Es fragt sich nun weiter, welche Betriebe in erster Linie in ihrer vollen Tätigkeit behalten werden sollen. Dabei muß uns als Richtschnur die Ansicht dienen, daß wir, solange der Krieg dauert, darauf bedacht sein sollen, uns vor allem die Anschaffung genügender Verbrauchsgegenstände aller Art zu sichern. Dazu gehören vornehmlich Nahrungsmittel und Kleidungsstoffe. Mit diesen zwei Erzeugnissen müssen wir uns ausrüsten, dann können wir aber ruhig zuwarten. Die Arbeiter, die ihr Fabriksgewerbe nicht mehr ausüben, müssen nun der Landwirtschaft zugeführt werden, damit die Einheimung der Ernte keinen Abbruch erleidet und damit die übrigen Feldarbeiten ihren ungestörten Fortgang finden. Dadurch wird uns doppelt gedient; erstens gelangen viele Tausende zur Arbeit und somit zum Brote, zweitens aber wird die Gesamtbevölkerung mit Brotgetreide versehen. Es soll gleichsam eine Rückwanderung der Arbeitskräfte von der Stadt auf das Land stattfinden.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß die gegenwärtige Zeit nicht nur militärische Ausnahmemaßregeln erfordert, sondern auch, daß die zivile Bevölkerung aus den gewohnten Geleisen herausgerissen wird; folglich sind auch im zivilen Leben Ausnahmemaßregeln notwendig. Unsere Verwaltung soll daher parallele Aktionen vornehmen wie das Militär. Zunächst ist die Arbeitslosigkeit auf das mindeste Maß einzuschränken und dann soll die politische Verwaltung dafür Sorge tragen, daß Betriebe, die Gebrauchsgüter, also besonders Nahrungsmittel und Kleidungsstoffe, herstellen, möglichst ohne jede Einschränkung weitergeführt werden.

Der Maßstab, mit dem die wirtschaftlichen Güter in der Kriegszeit gemessen werden, ist ein ganz verschiedener von jenen in ruhigen Zeiten. Für uns haben jetzt die Herstellungsgüter ihren Wert zum großen Teile verloren, desto wichtiger sind aber die Güter des täglichen Gebrauches geworden. Auch das Geld hat in seinen Funktionen bedeutende Veränderungen mitgemacht. Es nimmt immer mehr den Charakter eines reinen Zahlungsmittels an und beginnt seine Kapitaleigenschaft abzustreifen. Daher könnte die Oesterreichisch-ungarische Bank im Notfalle mehr Noten ausgeben, als sie nach dem Statute berechtigt ist, ohne dadurch eine Geldentwertung herbeiführen zu müssen. Dabei dürfte sie aber nur bis zu einer gewissen Grenze gehen.

48914

Wirtschaftliche Wochenchronik.

26. Juli. Die Wiener Börseamner beschließt, daß die Börse am 27., 28. und 29. Juli geschlossen bleibt. — Die Oesterreichisch-ungarische Bank erhöht ihren Diskont von 4 auf 5 Prozent. — Die Pariser Börsenmakler und Bankhäuser beschließen, alle Spekulationsverkäufe in französischer Rente abzulehnen. In der Pariser Börsenkulisse wird der Handel in französischer Rente bis auf weiteres eingestellt.

27. Juli. Beginn der Verhandlungen über die Geldbeschaffung für den Krieg. — Die Budapester, Prager und Triester Börse werden gleichfalls für vorläufig drei Tage geschlossen. — Ungewöhnliche Geld- und Devisenansprüche an die Oesterreichisch-ungarische Bank. — Die Berliner Börse verkehrt in der Hoffnung, daß der Krieg lokalisiert werden wird, noch ziemlich ruhig. Außerste Zurückhaltung an der Pariser, große Erregung an der Londoner Börse. — Die Berliner Banken beschließen Erleichterungen bei den Zuschuffforderungen, um das Publikum vor dem Verschleudern der Effekten zu bewahren.

28. Juli. Schließung der Wiener Produktenbörse am 28. und 29. Die Budapester Getreidebörse gleichfalls geschlossen. — Zeitweilige Schließung der Brüsseler Börse. — Deroute an der E. o. s. f. urter Abendbörse. — Das Pariser Bankkomitee suspendiert alle laufenden Transaktionen und die Notierung der Wechselkurse. — Verbot der Termingeschäfte an den italienischen Börsen. — Teilweise Sistierung des Börsenverkehrs in der Schweiz. — Wilde Erregung an den New-Yorker Produktenmärkten.

29. Juli. Die Wiener Börseamner beschließt, die Börse auch am 30. und 31. Juli und 1. August geschlossen zu halten. Bloß die Prämienklärungen und Effektenverfahrungen haben am 30. Juli stattzufinden. — Schließung der Petersburger, Amsterdamer, Budapester und Prager Börse sowie auch der Börsen in Kanada. — Neuerliche starke Rückgänge in Berlin. Die Börsenvorstände in Berlin und Frankfurt beschließen, die Notierungen des Aktienverkehrs bis auf weiteres zu unterlagen. — Die Pariser Börse gedrückt und fieberhaft erregt.

30. Juli. Sistierung des Ultimohandels in Berlin. — Verschiebung der Liquidation in Paris für sämtliche Wertpapiere auf den 31. August. — Die Bank von England erhöht den Zinsfuß von 3 auf 4, die Bank von Frankreich von 3½ auf 4½ Prozent. — Die Wiener Produktenbörse bleibt am 30. Juli geschlossen. Auch die Produktenbörsen von Budapest und Prag feiern. — Normaler Parteienverkehr bei den Wiener Sparkassen, nachdem die vorhergehenden Tage mäßig gesteigerte Rückzahlungsforderungen gebracht hatten. — Einstellung des Zuckerterminals in Prag, Hamburg und Paris. — Dreimonatiges Moratorium in Serbien.

31. Juli. Allgemeine Mobilisierung in Oesterreich. — Die Oesterreichisch-ungarische Bank erhöht den Eskompteinzinsfuß von 5 auf 6 Prozent, die Deutsche Reichsbank von 4 auf 5 Prozent. — Moratorium in Oesterreich. — Weitgehende Beschränkung der Rückzahlungen der französischen Spareinlagen. — Die Bank von Frankreich gibt Noten zu 20 und 5 Franken aus. — Die Londoner Börse wird bis auf weiteres geschlossen. Ebenso die Börse in Odessa.

1. August. Der Ultimofesttag wird auf den 3. September verschoben. — Diskonterhöhung in der Schweiz.

2/8. 1914.

Wiener Börsenwoche.

Die wirtschaftlichen Ereignisse seit der Kriegserklärung.

Wien, 1. August.

Mit wilder überstürzter Hast haben sich die größten finanziellen Ereignisse in der Spanne weniger Tage zusammengedrängt. Das stolze Gebäude der europäischen Kreditwirtschaft, dieser kunstreichste, von Menschengestalt erjonnene Organismus, der in seiner feinsten Verästelung alle irdischen ökonomischen Bedürfnisse von einer Viertelmilliarde Menschen befriedigte, ist gleichsam über Nacht außer Tätigkeit gesetzt worden. Alle Schlagadern des Geld- und Kreditverkehrs sind unerbunden, der Güteraustausch, die Produktion, die Bezahlung im Wege der Ueberweisung sind gestört und unterbrochen. Wie ein verheerender Hagelsturm ist der Krieg über die Saatfelder der europäischen Wirtschaft dahingebraust. Was haben wir nicht alles in den sieben Tagen, welche die abgelassene Woche füllen, erlebt! Vor acht Tagen waren Handel und Verkehr der Welt ungestört, die Wirtschaft in sichtbarer Erholung, die Märkte funktionierten regelmäßig und hatten eben Proben größter Widerstandskraft abgelegt, der Zinsfuß war billig, der Kredit fest gefügt und bei genügender Sicherheit ohne Schwierigkeit erlangbar. Und jetzt! Die großen Entscheidungen sind noch nicht gefallen, die wirtschaftliche Welt steht aber vor der Notwendigkeit weitgehender Einschränkung. Die industrielle Erzeugung stockt, der Binnenhandel ist vollständig gestört, die großen Seeschiffe werden in den Häfen des Heimatlandes zurückgehalten, die wichtigsten Instrumente friedlicher Betätigung dienen jetzt ausschließlich dem Bedürfnisse des Krieges. Alle Effekten- und die meisten Warenmärkte sind gesperrt, der Zinsfuß schnell auf eine unerschwingliche Höhe empor und ist doch nicht der Maßstab des Geldwertes, weil eben Kredit überhaupt nicht zu haben ist und die Banken ihr Aeußerstes aufbieten müssen, um neben den enormen Bedürfnissen des Staates die auf das aller- notwendigste reduzierten täglichen Erfordernisse der Einzelner zu befriedigen. Aus dem höchstentwickelten, raffiniertesten modernen Wirtschaftsverkehr ist Europa plötzlich in die primitivsten Formen vergangener Jahrhunderte zurückgeworfen worden und die Verluste drohen jedem, dem Reichen wie dem Armen, dem Kapitalisten, dem Kaufmann, dem Bauer und Arbeiter.

Am sichtbarsten tritt die wirtschaftliche Krise, von der die ganze Erde erfaßt wurde, in der Schließung aller Börsen zutage. Nie zuvor, seit die finanzielle Welt die gegenpärtigen Formen ihrer Verkehrswirtschaft angenommen hat, sind die Märkte aller Plätze durch längere Zeit gleichmäßig außer Tätigkeit gewesen. Gestern hat auch die Londoner Börse zu funktionieren aufgehört, in Newyork steht der Verkehr still, um nicht die amerikanischen Werte den Riesenverkäufen der europäischen Besitztümer auszuliefern. Die City ohne Börse! Vor kurzem wäre auch nur eine solche Vorstellung absurd und unsagbar erschienen. Wertpapiere, die Renten der ersten Staaten, die Aktien der größten Bahnen, Banken und Industrieunternehmen sind in der ganzen Welt vollkommen unverkäuflich geworden, und der Markt fehlt, auf dem sich Angebot und Nachfrage begegnen. Wieder einmal ist die Zeit gekommen, in der nach dem berühmten Sage des gewaltigen Schlachtenlenkers Moltke die gangbarsten Papiere die Hüllen der Patronen sind. Die englischen Konjols waren am letzten Tage, da noch ein Marktverkehr herrschte, auf nahezu siebenzig Prozent gesunken; wer vermöchte ihren jetzigen Verkaufswert zu bestimmen? Die dreiprozentige französische Rente wurde mit Gewalt auf einem Preise von 78 Prozent festgehalten, allein ein Markt besteht überhaupt nicht und die Verlängerung der alten Abschlüsse wurde auf Ende August verschoben. Für die Festsetzung des Geldwertes und der Valuta fehlt der sichere Anhaltspunkt der täglichen Kursnotierung. In den wildesten Schwankungen bewegte sich der Wert der russischen Währung, der Rubel stürzte auf einen phantastischen Tiefstand, bis auch dieser Pendel ausschwang, da jeder Handel fehlte. Wer Zahlungen im Auslande zu leisten hat, ist, solange ein Markt nicht besteht, auf die Entscheidung des Besitzers der Goldverpflichtungsscheine angewiesen, der den Preis selbstherrlich festsetzt.

Der Regulator des Geldmarktes war sonst der Zinsfuß. Er veranlaßte Zufluß und Abströmung von Kapital, glied die Gegensätze aus, war das wichtigste Rüstzeug im Kampfe um die Erhaltung der Wechselkurse. Die Bank von England hat seit gestern den Diskont von vier auf zehn Prozent erhöht. Seit dem Jahre 1866, seit dem Falliment der Firma Overend Gurney & Co. und dem Bankerott der Glasgower Stadtbank hat ein zehnprozentiger Bankzinsfuß nicht mehr in London bestanden; während des ganzen deutsch-französischen Krieges war der höchste Zinssatz sechs Prozent. Der zehnprozentige Diskont ist das radikale Mittel, Goldentziehungen abzuwehren; auch andere Maßnahmen werden erzwungen, die Suspension der englischen Bankakte und die künstliche Vermehrung der Umlaufmittel. Der unerhört hohe Zinsfuß ist die Kriegssteuer, die dem Schuldner auferlegt wird, sein Stand aber markiert die Tatsache, daß weder neues Geld, noch neue Kredite, ja kaum die Verlängerung der bisherigen Vorgängen zu haben sind. Niemand kann etwas Neues unternehmen, niemand auch nur auf die allergeringsten Beträge für Geschäfte rechnen. Die Zahlungsverpflichtungen sind in der Monarchie gesundet. Jetzt bildet die alleinige Geldquelle die Notenbank, aus der die Mittel für die Führung des Krieges, nicht minder für die Aufrechterhaltung der so stark reduzierten friedlichen Betätigung genommen werden müssen. Nichts wäre mehr gefehlt, als aus übergroßer Aengstlichkeit die unentbehrlichen Bedürfnisse des Publikums für die kleinen Zahlungen des täglichen Lebens unbefriedigt zu lassen.

Die Bank wird dafür ohne Zweifel die nötigen Mittel finden, und wird sie schon deshalb haben, da das Vertrauen, das sie genießt, eine Gewähr dafür bildet, daß die riesigen Summen, die sie jetzt in Verkehr setzt, in absehbarer Zeit ihr wieder zufließen werden. Die oberste Politik aller Faktoren muß darauf gerichtet sein, die Leiden des Krieges für die Menschheit zu mildern, nicht sie überflüssig zu verschärfen.

Der Krieg ist das schwerste Uebel, er muß aber getragen werden, wenn die höchsten Lebensinteressen der Nation auf dem Spiele stehen. Das spürt ein jeder und deshalb wird der Krieg hingenommen, in männlicher, selbstbewußter Fügung und Ergebenheit, wie eine Naturnotwendigkeit und die Bürgschaft einer besseren Zukunft. Die Monarchie ist in fast fünfzig Friedensjahren gewaltig erstarkt, ein mächtiger Industriestaat geworden, mit reichsten Ressourcen und unerschöpflichen natürlichen Hilfsquellen. Viel kann davon zerstört werden, allein die realen Werte bleiben, der fruchtbare Boden, die im Innern ruhenden reichen Schätze, die hochentwickelten Fabriken, die auch im Krieg nicht ganz stillstehen, sondern fortarbeiten werden. Zuversicht erfüllt alle Herzen. Ist einmal der Kampf über und die große Auseinandersetzung, unter deren schwerem Drucke Europa seit zwei Jahrzehnten stand, zu unseren Gunsten entschieden, so muß eine neue Epoche der europäischen Wirtschaft ausblühen, stärker, mächtiger, ausichtsreicher als irgendeine der vorangegangenen Zeiten. Dann kann, angeregt durch große Kapitalzuschüsse, der reiche Boden doppelte Frucht tragen, dann kann der Gewerbefleiß der Bevölkerung, die in früheren Zeiten gegründeten, gut fundierten Unternehmungen, für das investierte Kapital den reichsten Ertrag liefern. Auf diese Zukunft muß die Hoffnung gerichtet bleiben, und sie muß die Kraft geben, über die schweren Zeiten, die jetzt ausbrechen, mit ungebeugter Zuversicht hinwegzukommen.

7./8. 1914.

8

Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank hat der seit einigen Tagen anhaltende Andrang nach Hartgeld heute wieder große Dimensionen angenommen, und es wurden, wie am gestrigen Tage, weit über eine Million Kronen Banknoten gegen Hartgeld verwechselt. Die Einreichungen bei dem Noteninstitut bewegten sich heute in bescheidenen Grenzen, sie stellten sich auf 14 Millionen Kronen, und es ist bemerkenswert, daß auch die Fälligkeiten heute ungefähr diesen Betrag erreicht haben. Was die Emission der neuen Zweikronen-Banknoten anbelangt, die natürlich in ein gewisses Verhältnis zur Gesamtemission von Banknoten gebracht wird, so ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß sie in kurzer Zeit erfolgt. Die Funktionäre der Oesterreichisch-ungarischen Bank, an die seit mehreren Tagen übermenschliche Anforderungen gestellt werden, und die nach jeder Richtung bemüht sind, dem öffentlichen Interesse zu dienen und der Bevölkerung das weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen, haben auch alle Vorbereitungen getroffen, um den Druck der neuen Noten, mit deren Emission wohl die Störungen im Zirkulationsprozesse des Geldverkehrs gänzlich behoben sein werden, nach Möglichkeit zu beschleunigen. In den letzten Tagen ist auch davon die Rede gewesen, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank den Kreis der lombardfähigen Papiere erweitern wolle. Dieses Gerücht dürfte wohl im Zusammenhange mit der Tatsache entstanden sein, daß bei der Deutschen Reichsbank eine solche Erweiterung der lombardfähigen Papiere stattgefunden hat. Wie wir nun hören, beschäftigt man sich gegenwärtig im Schoße des Generalrates nicht mit einer solchen Anregung. Man müsse in Betracht ziehen, daß die Zahl der lombardfähigen Papiere bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank eine weitaus größere ist, als bei der Deutschen Reichsbank, ja als bei irgend einem Noteninstitute des Kontinents überhaupt, und schon aus diesem Grunde dürfte die Bankleitung sich einem solchen Vorschlage, falls er gestellt würde, nur zögernd verhalten. Der Generalsekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank Ebler v. Schmidt ist heute von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt und hat seine Geschäfte wieder übernommen.

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Permanenzkomitees unter dem Vorstehe des Kammerpräsidenten Paul Ritter v. Schoeller wurde zunächst über eine Reihe von Fragen der Approvisionierung berichtet und mitgeteilt, daß die Frage der Beschaffung von Papier nunmehr auch für das Privatfuhrwerk einer befriedigenden Lösung unter Führung der Gemeinde mit Heranziehung der maßgebenden Großhändler zugeführt werden dürfte.

Weiters wurde zur Kenntnis gebracht, daß die berufenen staatlichen Faktoren mit dem Ausbau und dem Zusammenschlusse der bestehenden Arbeitsvermittlungsorganisationen beschäftigt sind, und daß die notwendigen Maßnahmen zum interlokalen Ausgleich in kürzester Zeit beendet sein werden. Um eventuellen Arbeiterentlassungen den im Interesse des Arbeitnehmers und Arbeitgebers gelegenen provisorischen Charakter zu wahren, ist in Aussicht genommen, eigene Legitimationscheine zu schaffen, damit die Arbeitsbücher selbst vorläufig beim Arbeitsgeber belassen werden können. Auf diese Weise würde der Zusammenhang zwischen dem Arbeitsgeber und dem Arbeitnehmer beim Wiedereintritt normaler Verhältnisse keine Unterbrechung erfahren.

Weiters wurde ein Spezialausschuß eingesetzt, der sich mit den durch die Moratoriums-Verordnung ausgelösten wirtschaftlichen und juristischen Fragen eingehend beschäftigen und in kürzester Zeit einen Bericht ausarbeiten wird. Neuerlich wurde erwogen, wie dem allgemein empfundenen Mangel an Hartgeld in den geeigneten Branchen, speziell jenen des Lebensmittelhandels, durch tunlichst weitgehende Ausgestaltung des privaten Verkehrs mit Bonbücheln gegen vorherigen Erlag einer Gesamtsumme teilweise abgeholfen werden könnte; in diesem Zusammenhange wurde als wünschenswert bezeichnet, daß auch die städtischen Straßenbahnen durch Ausstattung der Kondukteure mit den bekannten, bisher aber nur in wenigen Verkaufsstellen erhältlichen Fahrscheiblock und durch Annahme von Briefmarken an Zahlungsstatt die Erleichterung des Verkehrs unterstützen.

Sehr beifällig wurde die Nachricht begrüßt, daß in Ungarn Postsendungen, welche die zur Auszahlung der Löhne in Fabriken benötigten Bargelder enthalten, zur Beförderung mit den Zügen des Kriegsfahrplanes zugelassen werden, und beschlossen, anzustreben, auch für Oesterreich eine ähnliche Verfügung zu erhalten.

In der wichtigen Frage der Militär- und von Regierungslieferungen im allgemeinen wurde beschlossen, eine Deputation, bestehend aus den Herren Präsidenten Paul Ritter v. Schoeller, Präsidenten Heinrich Welter des Bundes, Vizepräsidenten Ruffler des Zentralverbandes der Industriellen und dem Präsidenten Schiel des Niederösterreichischen Gewerbevereines, als der Geschäftsstelle des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine, zu dem Leiter des Finanzministeriums zu entsenden.

918914

Vom Permanenzkomitee für Industrie, Handel und Gewerbe.

Bei der gestrigen Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel, an welcher in Vertretung des Handelsministeriums Sektionschef v. Kreuzbruck, Ministerialrat v. Staniewicz und Sektionsrat Baron Blenker teilnahmen, wurde zunächst über verschiedene mit dem Approbitionierungsverkehr zusammenhängende Fragen berichtet.

Briefmarken als Zahlungsmittel.

Die ursprünglich ablehnende Haltung der Postverwaltung gegenüber der eventuellen Verwendung von Briefmarken an Stelle des Hartgeldes zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs dürfte nach neueren Mitteilungen hoffentlich eine Aenderung erfahren. Zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs werden jedenfalls auch die anfangs nächster Woche auf Anregung des Permanenzkomitees und mit Unterstützung der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs in Verkehr gesetzten Gutscheinhefte wesentlich beitragen.

In der Sitzung kamen wieder zahlreiche neue Anregungen zur Sprache, so insbesondere der Wunsch, das Finanzministerium möge eine tunlichst forcierte Tätigkeit des Münzamtes, die Oesterreichisch-ungarische Bank die rascheste Fertigstellung der neuen Zweikronennoten veranlassen.

Die Kriegsdarlehenskassen in Deutschland.

Zur Erleichterung der notwendigen Kreditbeschaffung wird auf die in Deutschland ins Leben gerufenen Kriegsdarlehenskassen hingewiesen und das Studium ihrer Organisation dem Bureau empfohlen.

Die heute veröffentlichte Ministerialverordnung betreffend die Verwendung von ungeprüfem Dampfesselpersonal wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Bereitwilligkeit der Dampfesselversicherungsgesellschaft, diese Betriebe einer häufigeren Inspektion zu unterziehen, wesentlich die Durchführung erleichtern wird.

Das Moratorium und die Protestierung bei Wechseln.

Eine Anfrage wegen der Protestierung bei Wechseln wurde dahin beantwortet, daß Wechsel, welche vor Inkrafttreten des Moratoriums fällig waren, protestiert werden müssen, während für Wechsel, deren Fälligkeit erst nach dem 1. d. eintritt, Fälligkeit und Protest für die Dauer des Moratoriums verschoben wurden.

Staatslieferungen und Arbeitsmarkt.

Die Rückwirkung des Moratoriums für Forderungen von Handwerkern, Kleingewerbetreibenden und Klein-

handelsleuten wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen, ebenso bildete die eventuelle Vergebung von Meereslieferungen an nicht an den Lieferungskonfortien beteiligte Industrielle Gegenstand einer längeren Debatte.

Einer weiteren Anregung gemäß wird sich das Permanenzkomitee bemühen, einen Ueberblick über die für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Staatslieferungen zu erhalten, um so die möglicherweise drohende Einstellung von Betrieben vermeiden zu können. Auch wird das Kammerbureau über die Frage der nötigen Erhebungen über die Lage des Arbeitsmarktes und die Beschäftigung der einzelnen Branchen berichten.

15./8. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

10. August. Die Staatsschuldenkontrollkommission genehmigt einstimmig den vom Finanzminister vorgeschlagenen Modus der Aufbringung der für den Staat erforderlichen Mittel. — Starke Rückgang der Getreidepreise in Berlin. Abnehmende Geldknappheit. — Moratorium in England und in Argentinien.

11. August. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit, daß sich über 30 Milliarden Mark Einlagen und Barguthaben bei den deutschen Sparkassen und Banken befinden, die Kriegsanleihen des Deutschen Reiches also vom deutschen Kapital allein aufgebracht werden können. — Eingabe der industriellen Korporationen Oesterreichs, damit der Bankzinsfuß herabgesetzt werde. — Moratorium in Rußland und in der Schweiz.

12. August. Abnahme des Lombard- und Diskontanzbranges bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. — Die Wiener Produktenbörse befürwortet die Festsetzung von Maximalpreisen für Getreide und Mehl seitens der Regierung. — Die Budapester Banken erklären sich bereit, von nun an Einlagen ohne Rücksicht auf das Moratorium auf Wunsch der Partei zurückzahlen. — Die Deutsche Reichsbank weist eine Zunahme des steuerpflichtigen Notenumlaufes um 846 Millionen auf 1633 Millionen aus. Das Wechselportefeuille zeigt eine Steigerung um 1656 Millionen, der Goldvorrat infolge Einlegung des Kriegsschatzes um 224 Millionen Mark. — Nach einer Mitteilung des deutschen Landwirtschaftsrates ist die Brotversorgung Deutschlands bis zur nächstjährigen Ernte gesichert.

13. August. Verlängerung des ungarischen Moratoriums auf zwei Monate. — Emission einer Schweizerischen 5prozentigen Schatzscheinanleihe.

14. August. Verlängerung des österreichischen Moratoriums bis Ende September.

19./8. 1914.

Wirtschaftliche Vorsorgen im Kriege.

Offiziell wird verlautbart: Der Kriegszustand, in dem wir uns befinden, übt auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einen immer mehr fühlbar werdenden Einfluß aus. Die industriellen und gewerblichen Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend Verbrauchsartikel für das Heer und die Marine anfertigen, sind zur Gänze beschäftigt; nach der Lage der Dinge wird es ihnen auch in der Folge nicht an Arbeit fehlen. Dagegen wirken die im Flusse befindlichen Ereignisse auf manche andre Zweige der Produktion und des Handels hemmend zurück. Es besteht daher die Befürchtung, daß diese Betriebe genötigt sein könnten, sich Einschränkungen aufzulegen, die über das durch die militärischen Überforderungen und durch die herrschenden Kreditverhältnisse bedingte Maß hinausgehen.

Dieser Eventualität und dem sich hieraus ergebenden Rückschlag auf die Arbeiterschaft zu begegnen, bildet nunmehr den Gegenstand der Fürsorge der Regierung. In erster Linie sollen den Unternehmungen, die zum nicht geringen Teil auf Bestellungen der staatlichen Zivilverwaltung angewiesen sind, die normalen Aufträge zugeführt werden, um auf diese Weise den Fortbetrieb der betreffenden Etablissements, wenn auch nur in einem den Zeitverhältnissen entsprechenden beschränkten Umfange, zu sichern. Ferner soll in jenen Orten und Gebieten, die von Arbeitslosigkeit besonders bedroht sind, durch Fortsetzung bereits begonnener und äußerstenfalls durch Inangriffnahme neuer Arbeiten vermehrte Arbeitsgelegenheit geboten werden. Zu diesem Zweck werden die im diesjährigen Staatsvoranschlage vorgesehenen ordentlichen und außerordentlichen Kredite herangezogen werden.

Die politischen Landesbehörden wurden mit der Vornahme der einschlägigen näheren Vorerhebungen bereits beauftragt.

22/8. 1914.

Der Krieg und die Wirtschaftslage.

Das Präsidium des Niederösterreichischen Gewerbevereines berief mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse ausnahmsweise während der Ferien für gestern abend eine Plenarversammlung ein, die einen überaus großen Besuch aufwies. Auf der Tagesordnung standen ein Referat des Advokaten Dr. Leo Munt über aktuelle Rechtsfragen und ein Referat des kaiserlichen Rates Ernst Krause über die Wirkungen des Moratoriums.

Präsident Schiel leitete die Beratungen mit einer Eröffnungsrede ein, in der er zu der durch die kriegerischen Ereignisse geschaffenen wirtschaftlichen Lage Stellung nahm und unter anderem folgendes ausführte: Wie die Nationen unseres Reiches auf ihre nationalpolitischen Forderungen sofort vergaßen, als der Kaiser das Vaterland, ihre Söhne zu den Waffen rief, so hat auch jeder einzelne von uns seine eigenen Interessen hintangestellt, um jenen der Allgemeinheit dienen zu können, um das, was heute das Notwendigste schien, die rascheste Entfaltung unserer gesamten Wehrmacht, auch nicht im geringsten zu behindern. Namentlich wir Industriellen, Gewerbetreibenden und Kaufleute haben die von uns geforderten Kriegsausleistungen sofort ohne Zögern erfüllt; wir haben die Lebensinteressen unserer Betriebe zurücktreten lassen vor den eisernen Notwendigkeiten. Die Periode der Vorbereitung des Krieges ist so ziemlich vorüber, unsere Truppen stehen an Österreichs Grenzen, nunmehr ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß in unserer Monarchie das Erwerbsleben, wenn auch in beschränktem Ausmaße, seinen Fortgang nehmen kann, daß nicht noch größeres Unglück über die Massen der beschloßenen Arbeiter und Angestellten hereinbreche. Die Leitung unseres Vereines hat sich verpflichtet gefühlt, die Mitglieder für heute einzuladen, um vor ihnen die wichtigsten Fragen, die sich aus der gegenwärtigen abnormalen Lage ergeben, zu besprechen und die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, die unseren geschäftlichen Verkehr seit kurzem neu und einschneidend regeln, zu erklären. Der Präsident teilte nun mit, daß sich der Verwaltungsrat bemüht habe, angesichts der Lage die Fortführung der Ausstellungsarbeiten zu sistieren.

Der Krieg und die Wirtschaftslage. Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Das Präsidium des Niederösterreichischen Gewerbevereines berief mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse ausnahmsweise während der Ferien für gestern abend eine Plenarversammlung ein, die einen überaus großen Besuch aufwies. Auf der Tagesordnung standen ein Referat des Advokaten Dr. Leo Munk über aktuelle Rechtsfragen und ein Referat des kaiserlichen Rates Ernst Krause über die Wirkungen des Moratoriums.

Präsident Schiel leitete die Beratungen mit einer Eröffnungsrede ein, mit der er zu der durch die kriegerischen Ereignisse geschaffenen wirtschaftlichen Lage Stellung nahm. Er gedachte zunächst der letzten Plenarversammlung, in der der Beschluß gefaßt wurde, im kommenden Jahre eine große Ausstellung zu veranstalten. Heute, ein Vierteljahr später, führte er aus, finden wir uns zusammen in fürchtbar ernster Zeit, in einer Zeit, die kein menschlicher Geist je zu erträumen vermocht hätte. Der Weltkrieg ist ausgebrochen, Europa steht in Flammen, unser Vaterland kämpft mit einem treuen Bundesgenossen vereint gegen eine große Heerzahl rücksichts- und skrupelloser Feinde. Redner führte dann weiter aus: Namentlich wir Industriellen, Gewerbetreibenden und Kaufleute haben die von uns geforderten Kriegseleistungen sofort ohne Zögern erfüllt, wir haben die Lebensinteressen unserer Betriebe zurücktreten lassen vor den eisernen Notwendigkeiten. Die Periode der Vorbereitung des Krieges ist so ziemlich vorüber, unsere Truppen stehen an Oesterreichs Grenzen, nunmehr ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß in unserer Monarchie das Erwerbsleben, wenn auch in beschränktem Ausmaße, seinen Fortgang nehmen kann, daß nach Tunlichkeit viele Betriebe weiterarbeiten, um vorzubeugen, daß nicht noch größeres Unglück über die Massen der besitzlosen Arbeiter und Angestellten hereinbräche. Die Leitung unseres Vereines hat sich verpflichtet gefühlt, die Mitglieder für heute einzuladen, um vor ihnen die wichtigsten Fragen, die sich aus der gegenwärtigen abnormalen Lage ergeben, zu besprechen und die einzelnen geschäftlichen Bestimmungen, die unsern geschäftlichen Verkehr seit kurzem neu und einschneidend regeln, zu erklären.

Siftierung der Ausstellungsarbeiten 1915.

Der Präsident teilte nun mit, daß sich der Verwaltungsrat bemüht gesehen habe, angesichts der Lage die Fortführung der Ausstellungsarbeiten zu sistieren.

Nach einem ausführlichen Berichte über die Tätigkeit des Permanentkomitees für Industrie, Handel und Gewerbe, in dem der Gewerbeverein durch seinen Präsidenten vertreten ist und dem auch das Verwaltungsratsmitglied kaiserlicher Rat Krause als Mitglied angehört, kam der Vorsitzende auch auf die unmenschliche Behandlung, welcher Oesterreicher und Deutsche in den mit uns kriegsführenden Staaten, namentlich aber in Frankreich und Belgien, ausgesetzt sind, zu sprechen und erwähnte in diesem Zusammenhang der Agitation, den Boykott ausländischer Produkte und Waren durchzuführen, und bemerkte diesbezüglich: Eine nachhaltig durchgeführte Bewegung, die es sich zur patriotischen Pflicht mache, nur einheimische Fabrikate zu kaufen, würde für unsere Industrie eine sehr bedeutende Stärkung und Förderung bedeuten. Vor einer öffentlichen, von leeren Worten getragenen Boykottbewegung gegen die Produkte unserer Feindstaaten muß aber ernstlich gewarnt werden. Wir müssen auch bedenken, daß Oesterreich nicht nur importiert, sondern auch exportiert und daß wir unsern uns sehr notwendigen Export und unsern Fremdenverkehr nicht vollständig lahmlegen dürfen. Ich wiederhole: Wir begrüßen es freudig, daß sich unsere Völker daran erinnern, daß sie im Inlande mindestens ebenso gut kaufen wie im Auslande. Wir möchten wünschen, daß dieses Bewußtsein nicht allzubald verkümmere, wir warnen aber vor einer der bisher in Oesterreich gezeigten schönen Haltung unwürdigen, von Schlagworten getragenen öffentlichen Propagierung des Boykottgedankens. (Beifall.)

Zur Wirtschaftslage.

Die Naturalwirtschaft des Staates. — Das Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn.

Die Anhäufung von Lebensmitteln in Privatwirtschaften hat sich gleich anfangs nicht nur als unbegründet, sondern sogar als widersinnig erwiesen. Denn verhältnismäßig nur wenige Familien, dies gilt besonders in Wien, können soviel Nahrungsmittel sich anschaffen, daß sie damit im Falle eines lang dauernden Krieges auskommen könnten. Sollten aber die Feindseligkeiten binnen kurzem vorüber sein, so ist jede Anhäufung von Nahrungsmitteln seitens privater Wirtschaften bedeutungslos. Wir müssen uns aber vor Augen halten, daß unsere Volkswirtschaft schon zu weit vorgeschritten ist, als daß sich die Masse der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln auf Monate hinaus versehen könnte. Das kann sich nur ein landwirtschaftlicher Staat erlauben, aber kein industrieller. Die Bevölkerung Oesterreichs, als eines industriellen Staates, muß also mit der modernen wirtschaftlichen Organisation rechnen und daher auf die Verproviantierung der einzelnen Haushalte verzichten. Wohl müssen wir aber auf eine andere Art von Naturalwirtschaft bedacht sein, nämlich auf die Naturalwirtschaft des Staates. Er soll eine Naturalwirtschaft in dem Sinne betreiben, daß er dafür vorsorgt, daß die Bevölkerung mit genügend Nahrungs- und anderen Verbrauchsmitteln für die ganze Kriegsdauer versehen bleibt, und dann auch dafür, daß eine gerechte Verteilung unter die einzelnen Haushalte je nach Bedarf stattfindet. Werner Sombart sagt in seinem Artikel: „Betrachtungen eines Nationalökonomen in Kriegeszeiten“, daß eine partielle Rückbildung in eigenwirtschaftliche Formen, oder wenn man will, eine Anwendung sozialistischer Wirtschaftsprinzipien in dem Plane der Verwaltungsbehörden selbst eingeschlossen und insoweit natürlich gut zu heißen ist, insoweit zum Beispiel die Stadtgemeinden Fürsorge für reichliche Versorgung mit notwendigen Lebensmitteln und eventuelle Abgabe zu Tagespreisen an die Bevölkerung getroffen haben und treffen.

Welche Aufgaben wird unsere Verwaltung zu lösen haben, wenn sie nach sozialistischen Wirtschaftsgrundsätzen die österreichische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen haben wird? Vor allem soll hervorgehoben werden, daß sich in dieser Frage die österreichische Reichshälfte von der ungarischen grundsätzlich unterscheidet, Ungarn ist ein Agrarstaat und als solcher braucht er sich nicht in dem Maße um die Approvisionierung zu kümmern, wie wir. Außerdem werden aus Ungarn große Mengen von Nahrungsmitteln ausgeführt. Im Jahre 1912 wurden von dort an Getreide, Malz, Hülsenfrüchten, Mehl und Mahlprodukten sowie an Reis über 23 Millionen Meterzentner nach Oesterreich exportiert. Ueberdies haben wir davon aus dem Auslande ungefähr 7 Millionen Meterzentner eingeführt, zusammen also etwa mehr als 30 Millionen Meterzentner oder 100 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Außerdem betrug unsere Einfuhr an Schlacht- und Zugvieh, sowie an tierischen Produkten ungefähr 3'8 Millionen Meterzentner, davon aus Ungarn 2'2 Millionen Meterzentner. Es ist daher die Aufgabe unserer Regierung, dafür zu sorgen, daß ein bestimmtes Quantum der wichtigsten Nahrungsmittel aus Ungarn nach Oesterreich eingeführt werden wird. Dies gilt besonders für Weizen, da wir davon kaum die Hälfte unseres Gesamtbedarfes erzeugen.

Es muß erwähnt werden, daß bisher die Einfuhr von Getreide aus Ungarn nach Oesterreich nicht gefördert, ja daß sie sogar unterbunden wurde. Der Budapester Börsenrat hat nämlich vor kurzem beschlossen, daß die Budapester Mühlen die vor Monaten gemachten Schlüsse in Mehl und Getreide ohne jegliche Entschädigung an die Käufer stornieren können. Dieser Beschluß hat nicht nur die Privatinteressen der dadurch Betroffenen, sondern auch das allgemeine Wohl der österreichischen Bevölkerung stark verletzt. Wir sind an das Getreide Ungarns angewiesen, ohne das können wir nur kurze Zeit auskommen, daher muß die Regierung dafür Sorge tragen, daß in Zukunft die Einfuhr von dort unbehindert bleibt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

16. August. Erweiterung des Lombards bei der Deutschen Reichsbank und den Kriegsdarlehenkassen. — Moratorium in Italien bis Ende September. — Gründung einer Kriegskreditbank in Berlin unter Mitwirkung der Banken und der Kaufmannschaft.

17. August. Ermäßigung des englischen Bankzinsfußes von 10 auf 6 Prozent. Die englische Regierung übernimmt die Garantie gegen jeden Verlust der Bank von England bei den ihr zur Eskomptierung eingereichten Wecheln. — Nachfrage in Berlin nach erstklassigen Anlagewerten, Aktien von Banken und verschiedenen Industriewerten.

18. August. Die Wiener Borsenkammer erläßt eine Kundmachung, um die Durchführung des auf den 3. September anberaumten Kassatages der Börse zu ermöglichen. — Die staatlichen deutschen Darlehenskassen erklären, österreichische und ungarische Kreditaktien, Staatsbahnaktien und Orientbahnaktien mit 40 Prozent des letzten Börsenkurses zu belehnen. — Verschiedene ausländische Coupons werden mangels Deckung notleidend. — Die italienische Regierung beschließt, bis zum Betrag von 350 Millionen Lire Noten zu 10 und 5 Lire zu emittieren.

19. August. Aus Berlin wird ein gebesserter Stand der Deutschen Reichsbank gemeldet. Der steuerpflichtige Notenumlauf ist auf 1573 Millionen Mark zurückgegangen. — Von der Bank von England werden nachträglich zwei Wochenansweise vom 6. und 13. d. bekannt, welche eine ganz abnorme Situation der Bank bezeugen.

20. August. Herabsetzung des Zinsfußes der Oesterreichisch-ungarischen Bank von 8 auf 6 Prozent. Zugleich beschließt die Bank, den Kreis der zur Belehnung bei ihr zugelassener Papiere ausgiebig zu erweitern.

21. August. Die Bank von Frankreich setzt ihre Diskontrate auf 5 Prozent herab, nachdem dieselbe, wie erst jetzt bekannt wurde, vor vierzehn Tagen von 4½ auf 6 Prozent erhöht worden war.

Der Krieg und die Volkswirtschaft.

Auf allen Gebieten der volkswirtschaftlichen Betätigung zeigt sich das Bestreben, gegenüber der drückenden Wirkung der anormalen Verhältnisse solche Wege ausfindig zu machen, die zu einer Milderung und Ausgleichung führen sollen. Unter diesem Gesichtspunkte verdient besondere Hervorhebung der einstimmige Beschluß der Wiener Produktenbörse, an die Regierung wegen Aufhebung der Getreidezölle heranzutreten und bei der ungarischen Landwirtschaft anzuregen, sich dieser Kundgebung anzuschließen. Der Beschluß erfolgte, wie bemerkt, einstimmig, sonach auch unter ausdrücklicher Zustimmung der Vertreter der Landwirtschaft. Diese unterließen es zwar nicht, hinzuzufügen, daß sie in friedlichen Tagen wieder zu ihrem seitherigen Programm zurückkehren werden, bemerkten jedoch, daß sie, ins solange der Krieg dauert, bereit sind, auf die wichtigste Errungenschaft der Landwirte, die Getreidezölle, zu verzichten, um jene Bestrebungen zu fördern, welche darauf gerichtet sind, die Kompletierung des Getreidebedarfes erforderlichenfalls durch Bezüge aus dem Auslande zu erleichtern. Erwähnenswert erscheint hiebei die Konstatierung von Seiten der Vertreter des Getreidehandels in der Börsenkammerführung, daß sich die Forderungen unserer landwirtschaftlichen Produzenten in billigen Grenzen halten und die Getreidepreise bei uns nicht nur relativ, sondern auch absolut niedriger sind als sogar in Ungarn. Wir berichten nachstehend über die dankenswerte Stellungnahme der Produktenbörse.

Einstimmiger Beschluß der Produktenbörse für Aufhebung der Getreide- und Futtermittelzölle.

In einer gestern unter dem Vorstehe des Präsidenten Herrenhausmitgliedes Paul Ritter von Schoeller abgehaltenen, fast vollzählig besuchten Plenarversammlung der Börsenkammer stand der von einer Anzahl von Börsenräten eingebrachte Dringlichkeitsantrag zur Diskussion, bei der Regierung um Suspension der Zölle auf Getreide und Futtermittel einzuschreiten.

Zur Begründung des Antrages wies kaiserlicher Rat Sibirian darauf hin, daß die herrige Ernte, ob schon unter günstigen Verhältnissen eingebracht und keinerlei Anlaß zu unmittelbaren Beschränkungen bietend, dennoch vermöge ihres quantitativen Minderertrages selbst in normalen Zeiten einen Import, namentlich im Artikel Weizen, erforderlich gemacht hätte. Durch die Mobilisierung und den Kriegszustand habe der Bedarf an Brotgetreide naturgemäß eine wesentliche Steigerung erfahren. Der Antrag auf Suspension der Zölle sei begründet, weil er die Möglichkeit eröffne, den Ertrag der heimischen Ernte auf die volle Höhe des Konsumbedarfes zuzergänzen und hiedurch Notpreise dauernd auszuschließen.

Vizepräsident Kommerzialrat Marzy erinnerte daran, daß die agrarischen Kreise sich schon in einem von der landwirtschaftlichen Zentralstelle und dem Allgemeinen Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften gefertigter Aufruf mit der konsumierenden Bevölkerung solidarisch erklärt und ihre Bereitwilligkeit kundgegeben haben, selbst die größten Opfer zum Nutzen der Allgemeinheit zu bringen. Die wichtigste Forderung der Landwirte seien die Getreidezölle. Sie wurden schwer erklämpft und sichern dem Landwirt die Gesehungskosten seines Produktes. Trotzdem werden die Landwirte im Interesse der Seeresverpflegung und der konsumierenden Bevölkerung auf diesen Schutz verzichten, und er erkläre deshalb namens der ernannten Börsenräte, daß sie für den gestellten Antrag stimmen werden.

Vizepräsident kaiserlicher Rat Weill betonte, daß die patriotische und opferwillige Haltung der Landwirtschaft sicherlich nicht nur in der Börsenkammer, sondern auch in der großen Öffentlichkeit lebhafteste Befriedigung hervorrufen werde. Zur Ehre der österreichischen Landwirtschaft müsse es gesagt werden, daß die Preise, die der Produzent heute für das Getreide fordere, keineswegs übertrieben sind und auch ohne den Hinzutritt so außerordentlicher Ereignisse nicht sehr wesentlich niedriger wären. Insbesondere seien die österreichischen Weizenpreise nicht nur relativ, sondern vielfach auch absolut niedriger als jene, die von den ungarischen Landwirten gefordert werden, welche in ihren Forderungen von Tag zu Tag begehrllicher werden.

Der Generalsekretär der I. I. Landwirtschaftsgesellschaft Regierungsrat Professor Säusler betonte, wenn die österreichische Landwirtschaftsgesellschaft und die mit ihr vereinigte Agrarische Zentralstelle unter den geänderten Verhältnissen eine so grundlegende Forderung aufgeben, so soll damit gesagt sein, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine spezifische Agrarpolitik nicht getrieben werden darf. Auch er befände sich in Uebereinstimmung mit jenen Herren, welche die Suspension der Zölle gefordert haben, und er fühle sich bei dieser Haltung gebett durch die Kundgebung der drei führenden landwirtschaftlichen Korporationen, worin die anstandslose, selbst mit den größten Opfern durchgeführte Approximierung der Städte als eine agrarische Ehrenpflicht bezeichnet wurde. In dieser generellen Enunziation sei die Zustimmung zu dem, was hier konkret beschlossen werden soll, bereits enthalten. Wenn wieder Friedenszeiten kommen werden, dann werde auch die landwirtschaftliche Politik sich wieder in den alten Bahnen bewegen. Denn es dürfe nicht unausgesprochen bleiben, daß gerade die Verfolgung des agrarischen Programms dem Getreidebau und der Viehzucht der Monarchie jene Bedeutung erhalten haben, die sie zur Zeit kriegerischer Verwicklungen zur Stütze der gesamten Volkswirtschaft machen.

Auf eine diesbezügliche Anregung des Börsenrates Eduard Bondy fügt Redner bei, daß die agrarischen Korporationen es bei dieser Zustimmung nicht bewenden lassen, sondern ihren ganzen Einfluß aufbieten werden, um auch die ungarische Landwirtschaft zu einer analogen Haltung zu bestimmen. Hierauf wurde unter lebhaftem Beifall aller Anwesenden der Antrag einstimmig angenommen.

Der Kriegszustand und die schwebenden Lieferungsverbindlichkeiten.

Von Regierungsrat Dr. Alexander Sorobit.
Generalsekretär der Wiener Produktenbörse.

Wien, 24. August.

In diesen so schicksalsschweren Tagen hat sich leider auch in einer für weite und überaus wichtige Zweige unseres Wirtschaftslebens den Lebensnerv bildenden Frage vielfach eine derart falsche Auffassung und Auslegung festgesetzt, daß eine Orientierung der großen, am Geschäftsverkehr beteiligten Kreise dringend geboten erscheint. Denn nur die Aufhellung irriger Voraussetzungen und unrichtiger Schlußfolgerungen vermag von den durch die unvorhergesehenen Ereignisse ohnehin schwer betroffenen kaufmännischen und industriellen Kreisen weitere Nachteile abzuwenden.

Die österreichischen Moratorien vom 1. und 13. August enthalten gleich dem letzten ungarischen Moratorium unter anderem nur eine Stundung „privatrechtlicher Geldforderungen“, während das erste ungarische Moratorium auch eine Stundung aller „Verpflichtungen aus Handelsgeschäften oder auf irgendein zivilrechtliches Rechtsgeschäft basierten Verbindlichkeiten“ in sich schloß. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die österreichischen und ungarischen Moratorien sich nicht auch auf „Lieferungsverbindlichkeiten“ erstrecken.

Bereits die von einer sehr großen Anzahl ungarischer Kaufleute, Industriellen und landwirtschaftlicher Produzenten beliebte Auslegung des ersten ungarischen Moratoriums hat zu argen Unzukömmlichkeiten geführt, weil aus diesem Moratorium nicht etwa nur die Hinausschiebung, sondern die vollständige Auflösung der Lieferungsverbindlichkeiten abgeleitet worden ist.

Abgesehen hievon aber hat der „Kriegszustand“ besonders im heimischen Getreidehandel und Mehlerverkehr Verhältnisse geschaffen, die dringend einer Aufklärung bedürfen, wenn nicht eine Anzahl wirtschaftlicher Existenzen aufs tiefste erschüttert, ja vollständig vernichtet werden soll. Mit Berufung auf den Kriegszustand als „höhere Gewalt“ verweigern, und zwar vorwiegend ungarische Verkäufer rundweg die Ablieferung von Getreide und ebenso hauptsächlich ungarische Mühlen die Ablieferung von Mehl. Lieferungsverträge über viele Hunderttausende Meterzentner von Getreide, Mehl und Futtermitteln werden einseitig glatt zu forrieren versucht.

Die Leitungen der Börsen in Wien, Budapest und Berlin haben zu dieser Frage, die letztgenannten Börsen jedoch nur, so weit es sich um Termingeschäfte oder börsenmäßige Zeitgeschäfte handelt, Stellung genommen. Die Leitung der Budapester Börse hat im autonomen Wirkungsbereich, auf Grund ihrer Geschäftsbedingungen, für alle Getreideterminingeschäfte einen Liquidationskurs festgesetzt und die Vertragsteile verpflichtet, ihre Termingeschäfte zu diesem Liquidationskurs gegenseitig zu verrechnen. Da die deutschen Getreidebörsen zu einer solchen autonomen Maßregel keine Handhabe besitzen, hat der Bundesrat dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt, wonach alle vor dem 1. August geschlossenen Warenterminingeschäfte und börsenmäßigen Zeitgeschäfte in Getreide- und Mühlenfabrikaten auf Grund eines nach Anhörung des Börsenvorstandes festzusetzenden Liquidationskurses sofort abgewickelt werden sollen. Diese Maßnahmen sind rechtlich begründet und auch zweckentsprechend, weil durch den Wegfall von Notierungen für den Termin- und den börsenmäßigen Zeithandel jede Grundlage für die kaufmännische Berechnung entfällt, daher niemand in der Lage ist, sein Risiko zu übersehen und dieses durch Deckungsgeschäfte auf dem Terminmarkte zu begrenzen.

Eine selbstverständliche Voraussetzung solcher Zwangsliquidationskurse ist vor allem, daß diese den wirklichen Kursverhältnissen entsprechen. Und hier wird — mit vollem Rechte — an dem in Budapest festgesetzten Liquidationskurs bemängelt, daß dieser — besonders bei den Artikeln Mais und Hafer — der wirklichen Marktlage nicht entsprechen habe. Dadurch entstand für die österreichischen Käufer von Mais und Hafer ein doppelter Nachteil; sie haben, da der Liquidationskurs dem wahren Kurs nicht entsprach, eine geringere als ihnen tatsächlich gebührende Preisdifferenz erhalten und haben überdies ihr Deckungsgeschäft, die Grundlage ihrer effektiven Geschäftsabschlüsse, verloren. Ein Beispiel soll dies veranschaulichen: Ein Kaufmann, der der Kommune Wien einen größeren Posten Hafer zur sukzessiven Ablieferung innerhalb eines längeren Zeitraumes verkauft hat, oder ein landwirtschaftlicher Industrieller, der sich seinen Bedarf an Mais für einen größeren Zeitabschnitt sicherstellen wollte, hat — beim Abgange eines Terminmarktes in Oesterreich — das entsprechende Quantum Hafer oder Mais auf dem Budapester Terminmarkt zum damaligen Terminkurs gekauft, ebenso wie der Müller, der größere Posten Mehl verschlossen hatte, sich das entsprechende Rohprodukt vorerst auf dem Budapester Terminmarkt sicherstellte. Da die Getreidepreise sich auf dem Termin- und Effektivmarkt parallel bewegen, erleidet der österreichische Getreidekäufer durch Festsetzung eines niedrigeren als den wirklichen Marktverhältnissen entsprechenden Liquidationskurses eine Einbuße; er ist aber auch, da er für seine noch nicht oder noch nicht zur Gänze erfüllte effektive Lieferungsverbindlichkeit nunmehr keine Deckung auf dem Terminmarkt besitzt, allen in der jetzigen kriegerischen Zeit besonders großen Preisschwankungen ausgesetzt. Dieser doppelten Schädigung der heimischen Interessenten des Getreidehandels und der landwirtschaftlichen Industrie steht die Tatsache gegenüber, daß den ungarischen Vertragsgegnern aus der Festsetzung des Liquidationskurses ein zweifacher Vorteil erwachsen ist: Ein

25./8. 1914.

konnten ihre Verpflichtungen aus Termingeschäften zum Teile zu niedrigeren als den wahren Marktverhältnissen entsprechenden Preisen abwickeln und blieben zum großen Teile noch im Besitz jener effektiven Warenmengen, die sie zur Erfüllung ihrer Lieferpflicht aus Termingeschäften sich angeschafft hatten und die sie nunmehr zu den wesentlich gestiegenen Preisen absetzen.

Viel krasser haben sich die Verhältnisse auf dem Gebiete des effektiven Getreidehandels und Mehlerverkehrs entwickelt. Die ungarischen Mühlen haben — fast ausnahmslos — schlankweg ihre Mehrlieferungsverträge nach Oesterreich annulliert und zur Begründung dieses Vorgehens sich auf den Kriegszustand als „höhere Gewalt“ berufen. Die Bedeutung dieses Schrittes kann auch der Fernerstehende in der Tatsache ermessen, daß die ungarischen Mühlen jährlich sieben bis acht Millionen Meterzentner Mehl nach Oesterreich verkaufen und daß die von den ungarischen Mühlen einseitig stornierten Mehlabschlüsse Preisdifferenzen von 10 Kronen und darüber aufweisen. Wo solche Mehlabschlüsse auf Grund von österreichischen Börsenursancen und österreichischen Börsenschiedsgerichten erfolgten, kann allerdings diesem allen Rechts- und Billigkeitsbegriffen widersprechenden Vorgehen ein wirksamer Kiegel vorgehoben werden. Es fordert zur schärfsten Kritik heraus, daß ungarische Mühlen in derselben Stunde, wo sie erklären, daß sie ihre Lieferverpflichtungen auf alte, natürlich billigere Abschlüsse nicht erfüllen können, von ihren ganz bedeutenden Mehllagern, hier und in ihren Mühlen, große Mehlquantitäten zu den hohen Tagespreisen flott verkaufen. Eines ähnlichen Vorgehens haben sich auch zahlreiche, darunter sehr namhafte ungarische Getreidelieferanten schuldig gemacht.

Demgegenüber muß zur Ehre des Wiener Platzes hervorgehoben werden, daß jeder Kaufmann, jeder Mühlenindustrielle von allem Anfang an es als seine selbstverständliche Pflicht erachtete und erklärte, daß er seine Lieferverbindlichkeiten erfüllen wolle. Und alle haben es auch im Rahmen der physischen Möglichkeit getan. Aber die kritische Situation erwies sich schließlich stärker als der ehrliche Wille. Die Getreideverkäufer und Mühlen wurden von ihren Lieferanten im Stiche gelassen und was an Warenvorräten freibleib, konnte wegen mangelnder Transportmittel nicht verladen werden. Hier mußte nach einem Mittel gesucht werden, um die schwebenden Verbindlichkeiten soweit als möglich herabzumindern und dadurch, im wohlverstandenen Interesse beider Vertragsteile, die unter den jetzigen Verhältnissen besonders großen Risiken von langfristigen, ungedeckten Lieferungsverträgen auf das Mindestmaß einzuschränken. Wenn die Wiener Börsenleitung einen solchen Rat erteilte und gleichzeitig durch Festsetzung angemessener Regulierungskurven einen Wegweiser gab: so hat sie damit ausgesprochen — und das soll noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden — daß der Kriegszustand allein den Verkäufer noch nicht von der Erfüllung seiner Lieferverbindlichkeit befreit. Der Kriegszustand kann beim Zusammentreffen besonderer Umstände eine hinauschiebung, vielleicht auch eine Auflösung der Lieferverbindlichkeiten nach sich ziehen, aber als Regel wird anzunehmen sein, daß, sofern es sich um eine Gattungsware und nicht um ein Fingergeschäft handelt, der Kriegszustand nicht als „höhere Gewalt“ erklärt werden kann. Es wäre denn, daß — wie dies beispielsweise in den deutsch-niederländischen Getreidekontrakten der Fall ist — der Kriegsjall ausdrücklich als Vertragsauflösungsgrund vereinbart erscheint.

Wenn nun aber auch der Verkäufer mit Berufung auf den Kriegszustand als höhere Gewalt in der Regel sich seiner Lieferverbindlichkeit nicht wird entziehen können, so muß doch festgehalten werden, daß es eine ige Unbilligkeit wäre, alle widrigen Folgen der unvorhergesehenen und unabwendbaren Ereignisse auf den Verkäufer zu überwälzen. Auch der Käufer der Ware hat den Geschäftsabschluß unter ganz anderen Voraussetzungen, als sie nun bestehen, vollzogen und die schrankenlose Ausübung der präkären, unverschuldeten Situation des Verkäufers würde in vielen Fällen sogar eine in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründete Bereicherung des Käufers zur Folge haben. Denn es ist zu bedenken, daß zahlreiche Käufer für die, unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen angekaufte Ware heute zufolge der Störungen und Stockungen im Geschäftsbetriebe, zufolge der wesentlich verminderten Absatzfähigkeit, überhaupt keine volle Wertungsmöglichkeit haben und daher ein lebhaftes Interesse an der möglichst großen Herabminderung ihrer Uebernahmeverbindlichkeiten besitzen müssen.

Schließlich wird jeder, der statt der oft nicht einmal benötigten effektiven Vertragserfüllung eine entsprechende Barvergütung empfängt, sich sagen müssen, daß kein Teil heute die bei dem Geschäftsabschlusse vorhanden gewesene Gewähr besitzt, ob sein Vertragsgegner auch im Verlaufe des langfristigen Lieferungsvertrages die Ware wird effektiv abliefern oder bar bezahlen können.

Bei dieser Sachlage kann daher nur dringend empfohlen werden, daß alle jene, die langfristige Lieferungsverträge haben, insbesondere aber die Kontrahenten im Getreide- und Mahlproduktenverkehre, ihre Lieferungs- und Uebernahmeverbindlichkeiten in so zahlreichen Fällen und so rasch als nur möglich im gegenseitigen Einverständnis glattstellen. Die Verkäufer mögen sich vor Augen halten, daß sie eine Vertragspflicht eingegangen sind, die jeder aufrechte, korrekte Kaufmann zu erfüllen bestrebt sein muß; die Käufer wieder, daß es nicht angeht, sämtliche lediglich durch die außergewöhnlichen Verhältnisse gezeitigten Nachteile, alle Folgen des Kriegszustandes, der Warenbeschlagnahme, Warenknappheit, sprunghaften Preissteigerung, der Transportmittelbeschränkung, Geldknappheit und Krediteinschränkung usw., dem in der Vertragserfüllung zeitlich oder dauernd behinderten oder doch empfindlich gestörten Verkäufer aufzubürden. Und schließlich müssen Verkäufer und Käufer sich die Tatsache vor Augen halten, daß die Frage, ob der Kriegs-

zustand als „höhere Gewalt“ anzusehen ist, nicht generell beantwortet, sondern nur von Fall zu Fall mit Berücksichtigung aller Begleitumstände gelöst werden kann, daß daher jeder Teil die Wechselfälle eines schwierigen Rechtsstreites auf sich nimmt. Und bei der Unmasse der schwebenden Lieferungsverbindlichkeiten kann die starre Festhaltung an Verträgen, die unter normalen Verhältnissen abgeschlossen wurden und unter ganz ungewöhnlichen, seit Bestand der Menschheit noch nicht dagewesenen Verhältnissen erfüllt werden sollen, ein zweischneidiges Schwert werden. Denn die nach Recht und Billigkeit urteilenden Börsenschiedsgerichte — die österreichischen, ebenso wie die ungarischen — aber auch die ordentlichen Gerichte werden zweifellos niemals dulden, daß der Verkäufer eine Freipremie für die Vertragsauflösung erhalte, der Käufer sich eine unverschuldete präkäre Situation des Lieferanten ungebührlich zunutze mache.

Laßt das Geld rollen!**Eine Mahnung an die Frauen.**

Krieg ist's, Frauen Wiens! Aufrufe und Bittgesuche flattern jenen ins Haus, die mit Glücksgütern gesegnet, ruhig den kommenden Ereignissen entgegensehen können. Helfen sollt ihr, arbeiten sollt ihr, unterstützen sollt ihr die Krieger und deren Frauen und Kinder.

Es ist schön gedacht, hehr und edel. Der Soldat, der hinauszieht, gibt sein Blut, sein Leben; er läßt Weib und Kind, um euch zu verteidigen, um euch zu schützen. Aber der Soldat tritt in den Dienst des Staates, und der Staat hat die Pflicht, für seine Verteidiger zu sorgen. Ja, seine humanen Einrichtungen gehen noch weiter, er sorgt auch für Weib und Kind. Er schützt sie, und manche arme vielköpfige Familie lebt jetzt, dank der staatlichen Fürsorge, besser als zuvor.

Aber der Krieg schlägt noch andre Wunden. Die Industrie, das Gewerbe stockt. Mangelnd hütet man jeden Heller, und Frauen, die sonst Tausende verschwendeten, packt plötzlich eine sonderbare Sparsamkeit. Die duftigsten Blusen, die feinste Wäsche und all die schönen nutzlosen Dinge, die sonst ihr Leben verschönt und, ach, so vielen Brot und Verdienst gaben,

werden jetzt verschmäht. Bedenkt Ihr auch, wie viele alleinstehende Frauen Ihr so um ihr langes Brot bringt? Es sind die Ärmsten unter den Armen, schulpflose Frauen und Mädchen, die jahraus, jahrein von der Hand in den Mund leben, die nie mehr verdienen, als um sich sattzueissen. Ihr weicht sie dem Elend, dem Hunger und der Verzweiflung.

Ja, wird manche einwenden, auch wir haben Verluste erlitten und große Sorgen drücken auch uns.

Es gibt viele Frauen in Wien, die in der Lage sind, auch große materielle Verluste zu verschmerzen, und an jene wende ich mich. An euch ist es, den Feind im Innern des Landes zu bekämpfen. Ihr habt die Mittel, ihn aufzunehmen. Nicht eure Geldgeschenke, nicht eure freiwilligen Dienstleistungen werden helfen.

Ihr könnt nur Hilfe bringen, wenn ihr weiter lebt wie bisher. Tut es, und ihr dient dem Vaterlande, ihr dient der Allgemeinheit. Laßt euer Geld rollen, so viel und so lange es eure Mittel nur erlauben. Entläßt nicht eure Dienstboten. Beschäftigt eure Schneiderin, und laßt eure Kinder unterrichten. Jede Krone, die ihr verausgabt, trockenet Tränen, stützt den kleinen Gewerksmann und die ganze Industrie.

Bittet auch eure Männer, daß sie nicht nutzlos werden und ihre Betriebe und ihre Kanzleien schließen. Sie haben schon manche stille und schlechte Saison mitgemacht, sicher haben sie schon öfter mit Verlust gearbeitet und hatten doch tapfer ausgehalten; sie sollen es auch diesmal tun. Für den einzelnen Fabrikanten bedeutet ein verdienstloses Geschäft nicht immer den Ruin, und Verluste können jederzeit wieder heringebracht werden; für den Angestellten aber heißt es „Sein oder Nichtsein!“. Die Kündigung in einer solchen Zeitepoche ist für ihn ein Todesurteil. Es ist genug bellagenswert, wenn Fabriken aus Mangel an Rohstoffen ihre Tore schließen müssen.

Aber auch dort, wo die leitenden Kräfte ins Feld rücken, ist es nicht notwendig, daß der Betrieb lahmgelegt wird. Nicht nur Arbeiterinnen sind brotlos, auch tüchtige selbständige Frauen mit umfassendem gründlichem Wissen, fähig, zu leiten und zu organisieren. Ist euer Gatte im Feld, ruft diese Frauen, vertraut ihnen, und sie werden eure Geschäfte führen und euch euer Kapital erhalten.

Und jenen Frauen, die in gewiß lobenswerthem Eifer sich in den Dienst des Vaterlandes stellen wollen, die alle ihr Scherlein beitragen wollen, um die allgemeine Not zu lindern, wiederhole ich:

Schadet nicht Frauen und Mädchen, die durch die Ungunst des Krieges brotlos geworden sind. Hunderte von Berufskrankenschwägerinnen sind brotlos. Macht keine Schreib- und keine Näharbeiten. Staat und Gemeinde leisten so vieles in dieser herben Zeit, sie sind noch in der Lage, tüchtige geschulte Arbeitskräfte zu bezahlen, die auch leistungsfähiger sind als ihr. Diese Frauen verschmähen Almosen, sie nehmen nur Arbeit, und nur durch Arbeit kann ihnen geholfen werden.

Niemand wird es euch wehren, wenn ihr eure persönlichen Beziehungen ausnützt, wenn ihr im einzelnen helft, wenn ihr die Mittel gebt oder herbeischafft. Eine Organisation aber, die wirken soll, muß von geschulten Kräften geleitet werden. Hier müssen Frauen arbeiten, die das Leben kennen, die wissen, wie und wo geholfen werden kann. Wohlthat würde hier zur Untat. Nur großangelegte Organisationen können wirkliche Hilfe bringen.

Drum, ihr Frauen, laßt das Geld rollen, lebt, wie ihr bisher gelebt habt, schafft Arbeit, und ihr bekämpft den größten Feind, Hunger und Elend und Krankheit, die verheerender wirken als feindliche Geschosse.

Räthe Euzmann.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

24. August. Erlass des Justizministeriums über die Verzinsung gestundeter Forderungen. — Die Oesterreichisch-ungarische Bank beginnt mit der Aktivierung ihrer Lombarderweiterung. — Der ungarische Handelsminister trifft Anordnungen, um die Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe wenigstens in beschränktem Maße zu ermöglichen. — Emission von 15 Millionen Pfund englischer sechsmonatiger Schatzanweisungen. — Aus Paris wird die am 20. d. erfolgte Wiedereröffnung der Börse in sehr verkleinertem Umfang gemeldet.

25. August. Nach einer Ministerialverordnung hat das österreichische Moratorium keine Anwendung zu finden auf Lieferungsverträge, die vor dem 1. August abgeschlossen wurden, beziehungsweise auf Geldforderungen für vor dem 1. August verkaufte oder gelieferte Waren. — Verlängerung des englischen Moratoriums bis 4. Oktober. — Nachträglich wird bekannt, daß der Höchstbetrag der Noten, welche die Bank von Frankreich ausgeben darf, von 6.8 Milliarden auf 12 Milliarden Franken erhöht worden ist. — Emission von Notstandsnoten in Amerika im Betrage von 153 und 118 Millionen Dollar. — Der amerikanische Finanzminister kündigt die staatliche Belehrung der Baumwollnernte bis zum Betrage von 150 Millionen Dollar an.

26. August. Aufhebung des deutschen Baumwollausfuhrverbotes für österreichische, militärischen Lieferungen dienende Bezüge. — Eisenpreiserhöhungen in Deutschland.

27. August. Rückströmungen im Lombard und Eskompte der Oesterreichisch-ungarischen Bank. — Italienisches Ausfuhrverbot für Getreide, Mehl, Vieh, Eisenbahnmateriale und andre Artikel.

28. August. Der Kassatag der Wiener Börse wird definitiv auf den 3. September und die Prämienklärung auf den 29. August festgesetzt.

2/9. 1914.

Wirtschaftliche Besonnenheit im Kriege.

Von Adolf Schiel, Präsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Anlässlich der Kriegereignisse werden mitunter auch solche Maßnahmen empfohlen, welche nicht immer auf einen weiten Gesichtskreis hindeuten. So waren zum Beispiel in den letzten Tagen Stimmen gegen den Luxus und die Mode, für den Boykott, gegen den Unterricht im Französischen und Englischen etc. zu vernehmen, die, im richtigen Licht besehen, weit über das Ziel schießen.

Der Krieg hat eine wirtschaftliche Krise im Gefolge, und die großen Vereinigungen versuchen unausgesetzt Abhilfe zu schaffen; leider ist dies nicht immer von dem gewünschten Erfolg begleitet. Mannigfache Nachteile wirtschaftlicher Natur hatte das Moratorium mit sich gebracht, insbesondere, da es sowohl von Banken als von Geschäftsleuten und Privaten manchmal derart angewendet wird, daß es keine Besserung, sondern eine arge Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Lage verursacht. So gestattet beispielsweise die strenge Handhabung des Moratoriums seitens einzelner Kreditinstitute vielen Kontoinhabern nicht, ihre Fakturen, die sie sonst gern bezahlen würden, zu begleichen; infolgedessen muß auch derjenige Kaufmann, welcher in diesem Falle sein Geld hätte bekommen können, seine Schuld wieder unbeglichen lassen, und so reiht sich in der Kette der Verlegenheiten ein Glied an das andre, während man unter andern Umständen in dieser schweren Zeit hätte Erleichterung bringen und Stockungen hintanhalten können. Auch Private, welche zahlen könnten, machen leider von dem Moratorium Gebrauch und zahlen selbst kleinste Beträge nicht, statt das jeder einzelne nach Maßgabe seiner Mittel sich bemühen würde, alle seine Rechnungen zu begleichen, um so die schwere Krise mildern zu helfen. Hier muß an das gesunde patriotische Gefühl aller appelliert werden, keiner darf in kurzfristiger Selbstsucht handeln, weil er damit nicht bloß andre, sondern auch sich selbst schädigt.

Ganz unverständlich ist es, daß man für eine übertriebene Sparsamkeit und gegen den Luxus predigt. Siegegen müssen die Industriellen und Gewerbetreibenden energisch Widerspruch erheben. Sie müssen allen jenen Mitgliedern der Gesellschaft, welche Bestellungen für jetzt oder später beim Gutmacher, Schneider, Schuster, Tischler und so fort machen können, dringendst empfehlen, diese schon jetzt und so reichlich als nur möglich in Auftrag zu geben, denn nur dann können unsre Gewerbetreibenden und mit ihnen auch die vielen brotlos gewordenen Arbeitskräfte Beschäftigung finden, und nur dann kann der sonst drohenden Hungernot vorgebeugt werden. Jene Klassen, welche die Mittel dazu besitzen, und welche ja ohnehin Spenden für Kriegsfürsorgezwecke gaben, dürfen sich nicht durch irrige Anschauungen, welche da und dort laut werden, abhalten lassen, Geld auch für feinere Gebrauchsgegenstände auszugeben. Es ist nur bedauerlich, daß das Moratorium auch hier nachteilig wirkt, da viele Kontoinhaber nicht jene Beträge abheben können, die sie sonst auszugeben gewohnt waren und welche, dank der auch in Oesterreich befindlichen größeren Zahl wohlhabender Menschen, hinreichen würde, eine Milderung der wirtschaftlichen Krise herbeizuführen.

Was den Boykott betrifft, so wäre es wohl besser ihn im stillen durch die Tat, als durch bloße Worte zu betreiben. Auch möge man beachten, daß Oesterreich, wie jedes Land, nicht bloß importiert, sondern auch exportiert und daß der Aufschwung, den es in den letzten zwanzig Jahren genommen hat, nicht in letzter Linie dem Export zu danken ist. Hauptsächlich solche Industrien und Kunstgewerbe, welche auch nach dem Ausland liefern, haben es verstanden, dem Geschmack nicht bloß des eigenen Landes, sondern auch dem der andern Länder Rechnung zu tragen und damit einen anerkanntswerten Wettbewerb zu schaffen. Und da sollte wohl in Händlerkreisen die Erkenntnis erwachen, daß sie durch die Unterstützung der heimischen Industrie die ausgelegten Gelder immer wieder von neuem erhalten, während diese, nach dem Auslande

bezahlt, für immer verschwinden. Auch das Publikum muß von der hohen Leistungsfähigkeit der inländischen Industrie, der Kunst- und Modegewerbe überzeugt werden. Man darf nicht glauben, daß man erst dann als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft gelten könne, wenn man englische Stoffe und Kleider verwendet, oder wenn die Frau nach der neuesten Pariser Mode versorgt wird. Dann werden so manche sogenannte englische Tuche bereitwillig als das gekauft werden, was sie sehr häufig sind, als Brünner oder Reichenberger Tuche. Die beschämende, in den Tatsachen nicht gerechtfertigte, gedankenlose Vorliebe für die ausländische Marke, manchmal bloß für den ausländischen Namen einer Ware, muß verschwinden, das inländische Erzeugnis muß den ihm gebührenden Platz einnehmen.

Zu dieser Stellungnahme werden alle um so eher bereit sein, als man auch die schmähliche Behandlung nicht vergessen wird, welche unsern Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern zuteil wurde, und als man das jedem Rechtsempfinden hohnsprechende Vorgehen vergelten soll, welches sich nicht scheut, seinen Kaufleuten selbst die Erfüllung eingegangener Verträge mit Kaufleuten und Zahlungen in den Feindesländern geradezu zu verbieten, ja sogar deutsche und österreichische Patente und Marken durch ein in England soeben beschlossenes Gesetz zu vernichten!

Zu weit gegangen erscheint es uns aber, wenn man den Unterricht in fremden Sprachen bekämpfen will. Vielmehr muß man jedermann anraten, daß er seinen Kindern so viel wie möglich und ganz besonders auch fremde Sprachen lernen lasse. Ein junger Mann, welcher Englisch, Französisch und auch Spanisch spricht, wird niemals in der Welt verlassen sein. Er wird unsern wirtschaftlichen und Exportinteressen wertvolle Dienste leisten können. Auch für den fertigen Geschäftsmann, welcher fremde Sprachen spricht, ist dies von außerordentlichem Werte. Er kann selbst neue Absatzgebiete auffuchen und sich ungleich leichter den Erfordernissen des fremden Marktes anpassen. In dieser Hinsicht muß auf das herrliche Deutsche Reich verwiesen werden, dort spricht fast jeder Geschäftsmann außer der Muttersprache zwei bis drei fremde Sprachen, und dies ist namentlich der Grund, daß es den Deutschen gelang, in verhältnismäßig kurzer Zeit das alte englische Handelsmonopol zu erschüttern und den englischen Welthandel zu überflügeln. Wenn der Engländer oder Franzose glaubt, mit seiner Sprache das Auslangen in der Welt finden zu können, so gibt es heute in diesen Staaten einsichtsvolle Menschen genug, die es offen gestehen, daß ihr Stillstand gerade dem Umstand zuzuschreiben ist, daß sie zu wenig gelernt haben.

2./9. 1914

Aus dem Wirtschaftsleben.

Unternehmerpflichten in der Kriegszeit.

Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie veröffentlicht einen beherzigenswerten Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

Bald nach der Mobilmachung sind zahlreiche industrielle Betriebe sowie viele Baustellen geschlossen oder so weit eingeschränkt worden, daß dies einem Stillstande gleichkommt. Soweit die Stilllegung erfolgen mußte, weil wegen Einstellung des Güterverkehrs Mangel an den notwendigsten Rohstoffen, wie Kohlen, Eisen, Zement, Ziegel usw., eingetreten ist, ist dieser Zustand als ein vorübergehender anzusehen. Es ist damit zu rechnen, daß der Eisenbahnverkehr in Kürze wieder so weit ausgenommen wird, daß die notwendigsten Materialien zur Fortführung der Betriebe regelmäßig herangeschafft werden können. Eine wahrnehmbare Besserung ist in dieser Hinsicht schon in den letzten Tagen eingetreten. Soweit durch die Einberufung zur Fahne Störungen, Einschränkungen oder Stilllegungen erfolgt sind, wird es für einen sehr großen Teil der Industrie und des Gewerbes nicht schwer sein, einen Ausgleich oder Ersatz durch beschäftigungslose Kräfte zu schaffen, von denen es heute leider im Ueberfluß gibt. Soweit hingegen eine Betriebseinstellung oder -einschränkung infolge von Kleinmut oder gar ängstlicher Selbstsucht erfolgt ist, muß solche aufs tiefste bedauert und für schleunige Aenderung Sorge getragen werden.

In allen Fällen, wo es nur irgendwie angängig ist, muß energisch danach gestrebt werden, die Betriebe tünlichst aufrecht zu erhalten oder sobald wie möglich wieder aufzunehmen. Man vergegenwärtige sich die Folgen eines erwerbslosen und entbehrungsreichen Daseins der Massen, welche durch die große Anzahl derjenigen vermehrt werden, die trotz der ihnen zustehenden Unterstützungen kaum das nackte Leben zu fristen vermögen. Für die Erhaltung der Volksgesundheit, zur Vermeidung von Epidemien, von Unzufriedenheit und Mutlosigkeit, kurz für die von uns allen ersehnte und erhoffte glückliche und erfolgreiche Durchführung des uns aufgezwungenen schweren Krieges um Deutschlands Bestehen ist die Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeit für die Zurückbleibenden eine unbedingte Notwendigkeit. Jeder Industrielle, Gewerbetreibende oder Privatmann, der Angestellte oder Arbeiter beschäftigt, bestrebe sich, sie weiter im Dienst zu behalten und die Plätze Eingezogener durch Arbeitslose zu ersetzen. Reicht die Arbeitsgelegenheit trotzdem nicht aus, so empfiehlt es sich dringend, eine tünlichste große Zahl vorzugsweise verheirateter Arbeitsloser durch Einführung der Wechselschicht an den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zu beteiligen. Während die eine Schicht des Vormittags arbeitet, würde am Nachmittage die andere an ihre Stelle treten, oder aber man ließe in der Wechselschicht der Tage arbeiten. . . .

Die gleiche Verantwortlichkeit liegt auf denen, welche als Geldgeber einen Einfluß auf die Wirtschaftsbetätigung unseres Volkes besitzen. Sie sollen den Augenblicksvorteil hintanstellen und sich vor Augen halten, daß sie mit der übermäßigen Einschränkung des Kredits mittelbar die zahllosen Existenzen derjenigen gefährden, welche in den Betrieben ihre Beschäftigung erhalten, und daß sie so die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten und damit die Festigung unserer inneren Wirtschaftslage verhindern. In dieser Zeit, in der sich das deutsche Volk einiger denn je fühlt und hoch und niedrig, arm und reich im Kampf gegen eine Welt von Feinden zusammenschließt, muß sich der wirtschaftlich günstiger Gestellte jeglicher Kleinlichen Gewinnschlagung enthalten.

Der Aufsatz schließt: Es ist vaterländische Pflicht eines jeden Arbeitgebers, seinen Betrieb weiterzuführen, soweit dies nur irgend angeht. Es ist vaterländische Pflicht der Auftraggeber, besonders auch der Behörden, nicht durch Zurückziehung oder Zurückhaltung von Aufträgen die Arbeitsmöglichkeit zu kürzen und durch Zurückhaltung von Zahlungen die Lage zu erschweren. Im Gegenteil, durch Erteilung neuer Aufträge und weitgehende Aufrechterhaltung der Kreditverhältnisse, wie sie vor dem Kriege bestanden, soll ein jeder zur Vermehrung der beschränkten Arbeitsgelegenheit beitragen.

Der Fortgang unseres Wirtschaftslebens.

Wien, 2. September.

Will man das Wirtschaftsleben wenigstens annähernd in normalem Umfang aufrecht erhalten, so muß, wie heute ausgeführt worden ist^{*)}, der Hebel vor allem in der Richtung angefaßt werden, daß man Kreditstörungen hintanhält. Die Wirkung eines Moratoriums, wie es hier erlassen wurde, ist nicht damit abgeschlossen, daß Zahlungsverpflichtungen gestundet werden, sondern es führt in seiner weiteren Folge dazu, daß der auf dem Kredit aufgebaute kaufmännische Verkehr leidet, weil die Sicherheit beeinträchtigt wird, ob für eine zu liefernde Ware auf die Begleichung zu rechnen ist. Die Behebung der Schwierigkeiten bei der Erlangung neuer Kredite bildet daher mit Recht den wichtigsten Gegenstand der Erwägung in allen in Betracht kommenden Kreisen. In unserem Wirtschaftsleben ist aber derzeit auch noch eine Reihe anderer Hemmungen zu überwinden. Unter diesen haben die Behinderungen durch die beschränkte Möglichkeit der Güterversendung eine wesentliche Rolle gespielt. Jedermann hat sich willig und mit vollem Verständnis den Verkehrsbeeinträchtigungen gefügt, die bei Ausbruch des Krieges mit Notwendigkeit eingetreten sind. Seither ist eine allmähliche Milderung wahrzunehmen, denn die Eisenbahnverwaltungen bemühen sich, wo es möglich erscheint, den Verkehr wieder aufzunehmen. Daß das bisher nicht in gleichem Maße gelungen ist als in Deutschland, hängt mit verschiedenen Umständen zusammen, deren Darlegung den Rahmen dieser Ausführungen überschreiten würde. Jedenfalls müßte die Überzeugung zu einer allgemeinen werden, daß nicht nur den volkswirtschaftlichen, sondern auch den staatlichen Zwecken durch eine möglichst rasche Wiederkehr eines normalen Bahnbetriebes, wie er in Deutschland bereits zu beobachten ist, gedient ist. Eine Industrieunternehmung wird schon dann gefährdet, wenn ein einziges Betriebsmittel nicht verfügbar ist. Der Fabrikant mag sonst mit allem wohl versehen sein, aber wenn er den Rohstoff nicht zuführen oder die erzeugten Waren nicht expedieren kann, so hilft ihm die beste finanzielle und technische Ausrüstung nichts. Wegen einiger Waggons Kohle oder wegen der Zufuhr von Rohmaterial sind große Textilfabriken, die mehrere tausend Arbeiter beschäftigen, in Verlegenheiten geraten. Der Mangel einer scheinbar geringen Zahl von Fahrzeugen löst Wirkungen aus, die sehr weit reichen und die Arbeitsmöglichkeit von hunderten und tausenden Menschen bestimmen. Die Folgen vervielfachen sich in ungewöhnlichem Maße mit der wachsenden Zahl der nicht verfügbaren Transportgelegenheiten. Natürlich sucht man sich zunächst zu helfen, so gut es geht und nimmt die Schwierigkeiten als eine Notwendigkeit auf sich; aber eine längere Dauer dieses Zustandes steigert den wirtschaftlichen Schaden außerordentlich und stellt die Fabriken vor eine unmögliche Aufgabe. Die Vertreter der wirtschaftlichen Kreise haben daher mit Recht dieser Frage ein besonderes Augenmerk zugewendet, und eine Reihe von Beratungen, die in der allerletzten Zeit stattgefunden haben, galt den Voraussetzungen, unter denen der Bahnverkehr wieder auf einen halbwegs normalen Umfang gebracht werden könnte. Es ist zu hoffen, daß darüber ein Einvernehmen zwischen allen beteiligten Stellen erzielt werden wird.

Weit schwieriger dürfte ein anderes Problem zu lösen sein, das im Gefolge der Kriegswirren sich drohend erhoben hat. Es ist dies die Rohstoffversorgung der Industrie, welche dort, wo überseeische Zufuhren entscheidend sind, heute mit ganz ungewöhnlichen Hindernissen zu kämpfen hat. Infolge des Krieges stockt der überseeische Schiffsverkehr, die Versicherung von Schiffen und Waren wird praktisch fast zur Unmöglichkeit und auf eigenes Risiko ist es ein ganz besonderes Wagnis, sich auf derartige Transporte einzulassen, selbst wenn man in der Lage wäre, sie unter starken Mehrkosten auf Umwegen über neutrale Häfen einzuführen. Nun ist allerdings die Mehrzahl der Textilindustriellen, die in erster Linie auf den überseeischen Rohstoff angewiesen sind, für einige Zeit mehr oder weniger versorgt, zumal die Betriebe infolge der Einberufungen und der verringerten geschäftlichen Tätigkeit reduziert arbeiten. Trotzdem ist aber die Ergänzung der Vorräte eine drängende Frage; denn von ihrer Lösung hängt es ab, wie lange die Textilindustrie fortarbeiten kann, beziehungsweise in welchem Umfange mit einer wachsenden Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Man kann heute die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß Staaten, die an dem Verkauf der Rohstoffe interessiert sind, selbst die größten Bemühungen aufwenden werden, um in ihrem eigenen Interesse den Absatz in Europa zu ermöglichen. Für die amerikanische Volkswirtschaft ist der Baumwollexport von größter Wichtigkeit und die dortige Regierung wird zweifellos mit allen Mitteln trachten, Baumwolle ungefährdet nach Europa zu bringen. Ob und in welcher Art ihr dies gelingen wird, läßt sich heute allerdings nicht voraussagen. Durch Schwierigkeiten bei der Verwertung der großen Wollerzeugung Australiens würde dieses Land, das in engen Beziehungen zu Großbritannien steht, selbst sehr schwer getroffen werden. Jedenfalls ist die Ausfuhrmöglichkeit der amerikanischen Baumwolle und der australischen Schafwolle bei den Kriegzeiten ein Fragezeichen und unsere Industrie kann damit nicht mit Bestimmtheit rechnen. Heute macht sich dieser Zustand noch nicht so fühlbar, einerseits weil, wie erwähnt, die Textilfabriken im Durchschnitt noch für einige Zeit Rohstoff haben, andererseits

^{*)} Siehe Nr. 17968 der „Neuen Freien Presse“ vom 2. September 1914.

3./9. 1914.

zur Fortsetzung unserer Wirtschaftskolumne.

weil Verhandlungen im Zuge sind, um Ergänzungen in Deutschland vorzunehmen, da in Bremen, Hamburg und anderen Orten ziemlich beträchtliche Lager teils in Baumwolle, teils in Schafwolle vorhanden sind. Man erwartet hier um so mehr eine Unterstützung auf deutscher Seite, als diese Rohstoffe auch für ärarische Lieferungen notwendig sind. Gegenwärtig finden darüber in Berlin Verhandlungen statt, die es der österreichischen Baumwoll- und Schafwollindustrie hoffentlich ermöglichen werden, wenigstens für eine gewisse Zeit ihre Vorräte zu ergänzen. Was später geschieht, wenn einmal die noch offenen Bezugsquellen erschöpft sind und die neutralen Länder, welche die Rohstoffe erzeugen, nicht in der Lage sind, den ungefährteten Verkauf nach Europa zu sichern, ist nicht abzusehen. Die Textilindustrie stünde dann vor einer Schwierigkeit, die tatsächlich kaum zu überwinden ist, weil sie nicht von dem guten Willen des einzelnen, der Gesamtheit der Industrie oder des Staates abhängt.

Ist die Aufrechterhaltung vieler Industrieunternehmen durch die Möglichkeit bedingt, den notwendigen Rohstoff herbeizuschaffen, so gilt dies für die weitesten Kreise in noch viel höherem Maße von der Möglichkeit, den Bedarf an Nahrungsmitteln sicherzustellen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß unsere eigene Produktion an Brotgetreide und an anderen Nahrungstoffen für einen großen Teil des kommenden Jahres ausreicht. Die Bedenken gehen insolgedessen nicht dahin, daß etwa eine Knappheit in den zur Verfügung stehenden Mengen zu besorgen wäre, sondern bewegen sich in der Richtung, ob nicht etwa eine Rückwirkung auf die ohnedies enorm hohen Getreidepreise eintreten könnte. Auch in Deutschland hat eine ähnliche Erwägung bestanden und dort wurden augenblicklich die notwendigen Folgerungen daraus gezogen, indem sowohl für Nahrungsmittel als für eine große Zahl anderer Bedarfsartikel die Zölle aufgehoben worden sind. Es ist vollkommen unbegreiflich, daß selbst im Sturm und Drang der jetzigen Zeit ein ähnlicher Entschluß in der Monarchie nicht gefaßt wird. Daß darüber Verhandlungen zwischen beiden Regierungen eingeleitet worden sein müssen, ist eine einfache Selbstverständlichkeit, und wenn man bisher von einer Suspension der Getreidezölle nichts gehört hat, so kann die Ursache nur darin liegen, daß man darüber mit der ungarischen Regierung noch zu keinem Einvernehmen gelangt sein dürfte. Wie bei so vielen Dingen, ist auch hier die Wahl des richtigen Augenblickes entscheidend, und das gilt von dem gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb, weil die wenigen bei den heutigen Verkehrsverhältnissen in Betracht kommenden Getreideexportländer jetzt ihre Ernten haben. Seit der Aufhebung der Getreidezölle hat sich in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn eine beträchtliche Spannung zwischen dem Getreide- und Mehlpreis herausgebildet. Während sonst die Preise in Deutschland und der Monarchie bei gleichem Zoll auf einem ziemlich ähnlichen Niveau stehen, sind sie jetzt bei uns wesentlich höher. Sonst konnte man daraus hinweisen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn schon in normalen Zeiten durch die höchsten Getreidepreise eine wenig erfreuliche Ausnahmstellung hatten, heute steht Oesterreich-Ungarn in dieser Richtung allein da, und der Weizenpreis ist hier um einige Mark höher als in Deutschland. Dieser Zustand kann nicht einmal in normalen Zeiten, ganz gewiß aber nicht während eines schweren Krieges aufrechterhalten werden.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Permanenzkomitee für Industrie, Handel und Gewerbe.

In der gestrigen Sitzung des Permanenzkomitees wurde zunächst die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Fürsorge für die stellenlosen Privatangestellten einer längeren Debatte unterzogen. So schwierig das Problem ist, wird jedenfalls in Verbindung mit den übrigen in Betracht kommenden Faktoren in jeder Beziehung vorgesorgt werden, um die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Nachteile nach Möglichkeit zu mildern.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Mitteilung eines Erlasses des französischen Finanzministeriums an die unterstehenden Zolldirektionen, nach welchem alle für deutsche und österreichische Staatsangehörige bestimmten Waren deutscher oder österreichischer Herkunft, gleichgültig ob im Import- oder im Transitverkehr, provisorisch durch das Empfangszollamt zurückzuhalten und zugunsten des französischen Staatsschatzes zu verlaufen sind. Das Permanenzkomitee beschloß, die geeigneten Schritte zur Abwehr dieses, das völkerrechtliche Prinzip der Freiheit des Privateigentums im Landkrieges schwer verletzenden Vorgehens einzuleiten.

Weiter beschäftigte sich das Permanenzkomitee mit verschiedenen Verkehrsrügen und mit der Anhaltung von österreichischen Dampfern und Waren durch englische und französische Kriegsschiffe.

Schließlich wurde beschlossen, beim Finanzministerium wegen Aktivierung der in Aussicht genommenen Darlehenskassen dringlich vorstellig zu werden.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

30. August. In Ungarn wird festgestellt, daß die Monarchie imstande ist, ihren Brot- und Fleischbedarf während des Krieges voll zu decken. Dagegen ist die Kohlenproduktion Ungarns seit Beginn des Monats wegen der Reduktion des Arbeiterstandes auf die Hälfte der normalen Erzeugung gesunken.

31. August. Die Staatsschuldenkontrollkommission genehmigt, daß für das finanzielle Bedürfnis des Staates während der nächsten Monate in analoge Weise vorgesorgt werde, wie dies bezüglich eines Teilbetrages vor mehreren Wochen geschah. — Geringe Ultimoansprüche bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. — Realisierung der bei der Septemberliquidation unverfugt gebliebenen Effekten zu gebesserten Kursen.

1. September. Steigende Kurse im Berliner Privatverkehr. — Eine weitere Verlängerung des am 4. Oktober ablaufenden englischen Moratoriums um mindestens einen Monat wird schon jetzt vom Schatzkanzler Lloyd George angekündigt. — Die Berichte aus Amerika konstatieren eine Besserung der dortigen wirtschaftlichen Lage.

2. September. Eine kaiserliche Verordnung gewährt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Erleichterungen bei der Vergabung staatlicher Lieferungen. — Neuerliche Schließung der Pariser Börse, nachdem sie eine Zeitlang zu einem beschränkten Verkehr wieder eröffnet worden war. — Emission amerikanischer Notstandsnoten gegen Lagerscheine.

3. September. Glatter Verlauf des Wiener Börsenabschlusses ohne Insolvenz. Feste Kurse im freien Geschäftsverkehr. — Begründung einer Kriegsjeeversicherungsbank in Berlin, die am 5. September ihre Tätigkeit eröffnet.

4. September. Auch in Budapest verläuft der Abschlusstag der Börse ohne jede Insolvenz.

6/9. 1914.

Die Störungen im Wirtschaftsleben.

Der wirtschaftliche Kriegsschauplatz hat eine noch größere Ausdehnung als der, auf welchem die militärischen Operationen sich vollziehen. Es gibt kein Land, welches nicht von der durch den Ausbruch des Krieges hervorgerufenen Stockung mitbetroffen wäre. Argentinien hat so gut sein Moratorium wie die Länder der alten Welt, und in New-York und in Kanada wurden die Börsen ebenso geschlossen wie in den Haupt- und Nebenplätzen Europas. Milliardenwerte, Hunderte von Milliarden sind, solange die Börsen geschlossen sind, im großen und ganzen unverkäuflich. Nur kleine Mengen hievon finden momentan zu reduzierten Preisen Unterkunft. Viel einschneidender noch sind aber die Absatzstockungen und Produktionseinschränkungen in der Industrie, die Absperrungen der kriegsführenden Staaten voneinander und die völlige Lahmlegung des Exports nach vielen sonst für gesichert gehaltenen Absatzgebieten. Wenn die Börsen feiern, wenn sie Wochen und Monate lang feiern, so ist das im Grunde genommen ein viel kleineres Unglück, als wenn der Industrielle und der Geschäftsmann halb oder vielleicht auch ganz zusperrten muß. Während der Schließung der Börsen kann man freilich sich nicht durch größere Effektenverkäufe Geld schaffen, aber man ist doch nicht so hilflos. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat ebenso wie die Deutsche Reichsbank den Kreis der Papiere, auf die sie Vorschüsse gibt, bedeutend erweitert. Auf die verschiedensten Industriepapiere und Transportaktien, selbstverständlich auch auf die ganze Gruppe der pupillarsicheren Anlagepapiere kann man sich ein Anlehen verschaffen, und diese Kreditorganisation wird noch weiter ausgebaut, teils durch die Darlehensklassen, die auch bei uns Eingang finden sollen, teils durch die Kriegskreditbanken, welche ähnliche Zwecke verfolgen. Außer Effekten sollen auch Waren in größerer Menge belehnt werden, so zum Beispiel in Deutschland die Rofse und bei uns die Vorräte, welche sich die Zuckerrfabriken auf Lager legen müssen. Denn vorläufig stockt fast der gesamte Zuckerelexport, der für unsre Handelsbilanz von so großer Bedeutung ist.

Für ganze Branchen, nicht für den Zucker allein, ist der Export, solange der Kriegszustand dauert, größtenteils ausgeschaltet. Ursachen der verschiedensten Art verhindern die Ausfuhr. Teils direkte Ausfuhrverbote, von denen nur befreundeten Staaten gegenüber eine Ausnahme gemacht wird, teils die Unmöglichkeit, Waren hinauszubefördern, und weiter die

Moratorien, die gegenwärtig meistens nur einen Verkauf gegen sofortige bare Bezahlung zulassen, tragen die Hauptschuld, daß der Geschäftsgang so träge geworden ist wie noch nie. Insbesondere Waren, die in überseeische Länder bestimmt sind, können nicht zum Versand gelangen. Die Schifffahrt ist wegen der jetzt mit ihr verbundenen Gefahren vollständig lahmgelegt. Da die Exporteure die Ware nicht hinausbefördern können, so machen sie auch keine Bestellungen. Die Rückwirkung auf die Industrie macht sich hiedurch empfindlich fühlbar. Da auch der Briefverkehr und der Kabelverkehr nach den überseeischen Absatzgebieten unmöglich gemacht ist, so fehlen alle Nennessen, die zur Deckung der Zahlungen aus den betreffenden Ländern eingehen sollten. Oesterreich leidet in dieser Hinsicht immer noch weniger als England mit seinem im Frieden so großen Ausfuhrhandel. Denn wenn auch England die Meere beherrscht, so leidet es nichtsdestoweniger ganz außerordentlich unter der Situation, die es durch seine Kriegserklärung an Deutschland und Oesterreich-Ungarn selbst geschaffen hat. Beträgt doch der Wert der englischen Ausfuhr nach Deutschland allein, die während des Krieges selbstverständlich wegfällt, mehr als 1200 Millionen Mark.

Die große Zahl der Arbeitslosen beweist, wie sehr die gegenwärtige abnormale Situation des Wirtschaftslebens in alle Verhältnisse eingreift. Es geschieht jetzt vieles im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Um ihr aber entschiedener an den Leib zu rücken, würde es einer Steigerung des stark zusammengeschrumpften Konsums bedürfen. Diese kann sich natürlich nicht über Nacht einstellen, aber es fehlt nicht an Symptomen, daß, obwohl das Ende des Krieges noch nicht abzusehen ist, doch schon eine Besserung in dem geschäftlichen Leben sich anbahnt. Man pflegt den Börsen nachzurühen, daß sie die kommende wirtschaftliche Bewegung eskompptieren, das heißt, eine Vorahnung haben, und daraus die Konsequenzen ziehen. Da ist es gewiß auch für die gesamten übrigen wirtschaftlichen Gebiete nicht ohne Bedeutung, daß sich sowohl in den Wiener wie in den Berliner Kapitalistenkreisen wieder Kauflust zeigt und von ihnen beträchtlich höhere Preise als im verflossenen Monat geboten werden. Und als ein ebenfalls beachtenswertes erfreuliches Symptom muß es betrachtet werden, daß trotz der Erschütterungen, welche die Börsen durchzumachen hatten, sowohl in Wien als in Budapest der Zahltag ohne jede Insolvenz abgelaufen ist. Es zeugt dies für eine sehr bemerkenswerte, jeden Pessimismus ausschließende Widerstandskraft und Solidität der beiden Märkte. Sie haben eine Feuerprobe glänzend bestanden.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wien, 5. September.

Eine bedeutende Schwierigkeit für den Effektenmarkt ist nach langen, mühsamen Vorbereitungen glücklich überwunden worden. Die Wiener und die Budapester Börsen haben die starken Fälligkeiten, die zum Ultimo Juli zu regulieren gewesen wären und dann um einen Monat hinausgeschoben wurden, jetzt sämtlich erledigt; die bedeutenden Engagements, die sich einschließlich der alten Effektdarlehen sicherlich zwischen dreihundert und vierhundert Millionen Kronen bewegten dürften, wurden fast alle reporiert, die entstandenen Differenzen und Zuschüsse wurden in voller Höhe geleistet; die Handvoll Effekten, die unverjort geblieben waren und zusammen etwa drei Millionen Kronen umfassen, wurden von den Mitgliedern des Marktes und den außerhalb stehenden Kapitalkreisen gekauft. Seit dem berühmten 25. Juli, dem Tage des Abbruchs der Verhandlungen mit Serbien, ist die Wiener Börse geschlossen geblieben. Wien hat zuerst den Verkehr eingestellt, alle anderen Märkte sind dann nachgezogen. Zu Ende Juli wäre eine Glattstellung oder Versorgung der offen gebliebenen Positionen unmöglich gewesen; die Lage war damals in keiner Weise zu übersehen, niemand konnte wissen, ob die erforderlichen Mittel auch tatsächlich zu erlangen sein werden, und so wurde im allseitigen Einverständnis die Prolongation auf Ende August verlagert. In langen mühevollen Verhandlungen wurde dann eine vollständige Klärung erzielt. Jede Börsenfirma mußte ihre Engagements angeben, gekaufte und verkaufte Effekten wurden gegenseitig kompensiert, Verbindlichkeiten und Erfordernisse im Report einander gegenübergestellt und schließlich verblieb ein Ueberwiegen der Kauipositionen, wozu auch noch die aus den laufenden Stellungen zu übernehmenden Effekten zuzuschlagen waren. Im ganzen waren für die neu dazugekommenen Reports etwa sieben Millionen Kronen erforderlich, wobei die Prolongation zu den tiefsten Notierungen im Juli abzüglich größerer Einschüsse berechnet wurde, die für den Kostnehmer ein Risiko sehr vermindern. Die sieben Millionen Kronen, die so für die Versorgung der neu angesammelten Effekten benötigt wurden, haben die Banken und einzelne Firmen aufgebracht; die Postsparkasse hat sich der Aktion gleichfalls mit einem größeren Betrage angeschlossen, um zu bekunden, welcher hohen Wert sie auf die Erhaltung des Organismus der Börse lege. Mit dieser Summe von sieben Millionen Kronen ist die gesamte Position des Wiener Marktes aufrechterhalten und bis zu jenem Zeitpunkte hinausgerückt worden, wo die Börse ihren regelmäßigen Verkehr wieder eröffnen und jede einzelne Firma, die ihr Eigentum bildenden, von den Banken belehnten Effekten zurückzunehmen oder anderweitig zu versorgen haben wird.

Die Bedeutung dieser Glattstellung der ganzen Börsenposition kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Der Wiener Platz ist damit den anderen europäischen Märkten, der Berliner und auch der Londoner Börse, vorangeschritten und aus einer gefährlichen Krise unverfehrt hervorgegangen. Keine einzige Firma ist zahlungsunfähig geworden, jede von ihnen hat selbst mit großen Opfern ihre geschäftliche Existenz gerettet und wird, wenn der normale Marktverkehr wieder einsetzt, ihre Tätigkeit aufnehmen können. Ohne die Hilfe der Banken und der Postsparkasse wäre es natürlich nicht möglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen, allein diese handelten im eigensten Interesse, wenn sie den Markt nicht versallen ließen, sondern für die spätere Zeit lebendig und leistungsfähig bewahrten. In den Verhandlungen mag vielleicht auch wiederholt der Gedanke aufgetaucht sein, die vollständige Ordnung der Verpflichtungen und Forderungen abermals bis zur Wiedereröffnung des ganzen Börsenverkehrs hinauszuschieben. Allein solche Anregungen wurden mit Recht von allen Seiten verworfen, weil eine derartige Politik zwar über momentane Schwierigkeiten leichter hinwegzuehören, aber für die Zukunft die Gefahren ins Ungemessene gesteigert hätte. Wer könnte wissen, wieviele Angehörige der Börse nach monatelanger erzwungener Untätigkeit dann noch imstande sein würden, ihre Tätigkeit fortzusetzen und selbst bei bestem Willen ihren Verpflichtungen zu genügen? Manche mögen, des langen Harrens müde, sich anderer Beschäftigung zugewendet haben, manche von ihren Kunden selbst im Stich gelassen worden sein, und die Ordnung der Positionen solcher aus dem Körper des Marktes ausgeschiedener Elemente wäre dann so gut wie aussichtslos geworden. Deswegen ist es von ganz außerordentlichem Werte für die Zukunft des Wiener Platzes, daß die vollständige Klarstellung der Positionen und die Fixierung der Verbindlichkeiten eines jeden einzelnen jetzt bis in das kleinste Detail durchgeführt worden ist. Die Wiener Börse und ihre Mitglieder haben durch dieses schwierige, allen Teilen Opfer auferlegende Werk ein Standesbewußtsein und einen Korpsgeist bekundet, die rühmlichst anerkannt werden müssen und zu den besten Hoffnungen für ihre weitere Zukunft berechtigen. Alle ihre viele Hunderte von Millionen umfassenden Transaktionen beruhen auf Treu und Glauben, auf dem kaufmännischen Vertrauen. Die Verbindlichkeiten wurden bis auf den letzten Heller anerkannt, voll erfüllt oder mit großen, aus dem eigenen Kapital geleisteten Zuschüssen prolongiert. Kein einziges Mitglied des Platzes hat auch nur die geringste Miene gemacht, sich seiner Verpflichtung zu entziehen, jeder hat die Anerkennung und Bezahlung als eine blanke Selbstverständlichkeit angesehen. Da gab es keine kniffigen Erwägungen über die Lieferungs- und Zahlungsverpflichtung über die Wohltat der gesetzlichen Stundung, über die höhere Gewalt, welche der Krieg schafft. Die Mitglieder des Marktes haben es rundweg abgelehnt, vom Moratorium Gebrauch zu machen, sie haben alle anstandslos

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

und mit der Aufopferung von Vermögen, die in Jahren sorgenvoller Arbeit ausgehäuft worden waren, gezahlt. Die Börse hat nach ihren, in zahlreichen Krisen bewährten Traditionen gehandelt, sie hat sich wie ein tapferes Regiment gehalten, das bis zum Äußersten ausharrt und seinen Platz nicht verläßt. Die Früchte dieser Beharrlichkeit muß die Zukunft bringen. Der Wiener Platz ist durch dieses einträchtige Zusammenwirken aller Elemente, der Firmen, der Banken und der Postsparkasse, in seiner Organisation erhalten geblieben. Der Anprall war furchtbar, aber der Körper des Marktes hat ihm standgehalten und sich nicht erschüttern lassen. Manches ist zerstört worden, nach dem Frieden werden die Schäden erst hervortreten, vieles wird erst neu aufgebaut werden müssen; allein die Kapitalsbeschaffung für die Neuherstellung, für den Ersatz des Zerstörten und für die Finanzierung der großen Hoffnungen, die sich an den Anbruch der neuen Zeit knüpfen, wird ein leistungsfähiges Instrument, einen erprobten Markt vorfinden. Wenn der Krieg, wie mit unbedingter Zuversicht anzunehmen ist, glücklich ausgeht, wird Wien wieder ein großer internationaler Finanzplatz werden, stärker und angesehenere als je zuvor, und die Börse wird für ihren Opfermut und ihre Ausdauer reichlich belohnt sein.

Einige tausend Stück Effekten verschiedenster Kategorien, zumeist Aktien von Banken und Industrieunternehmen, sind in das Arrangement nicht einbezogen worden, weil die Besitzer die nötigen Zuschüsse nicht leisten konnten; sie wurden von den Senjalen in kurzer Zeit zu Kurzen verkauft, die durchaus keine Panik befehlten und hinter den Notierungen am letzten Börsentag gar nicht weit zurückbleiben. Wahrscheinlich war der stärkste Käufer die Kontermine, doch scheinen bei einzelnen Effekten auch das reiche Kapital und die Banken selbst eingegriffen zu haben. Solche Käufe sind von symptomatischer Bedeutung, nicht minder aber die Tatsache, daß das Angebot aus den Kreisen des Besitzes durchaus nicht drängend ist. Die Börse ist geschlossen, bei manchen Banken und Firmen besteht aber ein freier Handel in Effekten, werden Käufe und Verkäufe einzelner Aktien der im Publikum beliebtesten Kategorien vermittelt. Die Berichte von diesen Stellen lauten überwiegend dahin, daß die Veräußerungen des Publikums sich in engen Grenzen halten, wie auch die Lombardierungen bei der Notenbank in der letzten Zeit keinen nennenswerten großen Umfang annehmen. Das Publikum drängt sich nicht zum Verkaufe, lehnt es ab, seinen Besitz zu verschleudern, legt sich Entbehrungen auf, um nur nicht zu den ungünstigen Bedingungen, wie sie die Zeit des schweren Krieges eröffnet, die Papiere loszuschlagen zu müssen. Auch die Bewertungen, die sich bei den so vollzogenen Verkäufen herausgebildet haben, bekunden keine Furcht der Kapitalbesitzer, vielmehr das unbedingte Vertrauen auf eine nach dem Frieden eintretende Besserung. Die Kurse entspringen in Wien wie in Berlin durchaus nicht alle wirklich vollzogenen Abschlüssen in großem Umfange, manche von ihnen mögen nur gesprochen worden sein und eine unbefristete Zulassung des freien Angebots durch eine vorzeitige Wiedereröffnung der Börse könnte auch ganz andere Bewertungen hervorrufen. Allein die Kurse, die unter dem Eindrucke der letzten Siege unserer und der deutschen Heere neuerlich höher geworden sind, beweisen doch, daß die Verkaufslust gering ist und sich niemand von seinem Besitz trennen will; die relativ hohen Preise des freien Verkehrs bezeugen die Zuversicht, daß die Erfolge unserer Waffen andauern und daß der Friede weit günstigere Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung bringen werde.

Dieses Vertrauen muß auch die mit dem Effektenverkehr nicht unmittelbar zusammenhängenden weiteren Schichten der produzierenden Bevölkerung darin bestärken, inmitten der schlimmen Zeiten mutig auszuharren und die friedliche Betätigung, wo dies nur irgend möglich ist, fortzusetzen. Das Problem der wirtschaftlichen Arbeit ist das schwierigste, aber auch das wichtigste, das der Krieg aufgibt. Die Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeit ist in erster Reihe eine Frage des Kredits; wird dieser wieder eröffnet, so wird auch die geschäftliche Unternehmungslust sich etwas hervorwagen können. Die Darlehensstellen sollen in der nächsten Woche errichtet werden; über die Kriegskreditbanken ist eine feststehende Entschließung noch nicht gefaßt. Werden beide Institutionen verwirklicht, so wird manchen kreditwürdigen Industriellen und Gewerbetreibenden die Möglichkeit wieder gegeben werden, ihren Betrieb fortzuführen. Alle Teile sind in dem Bestreben einig, bestehende Hindernisse wegzuräumen, durch eine öffentliche Initiative und Begünstigungen für die private Betätigung Arbeit zu schaffen. Viele Erwerbsmöglichkeiten sind verschlossen, auswärtiger Handel und Seeverkehr stocken fast gänzlich, zahlreiche Fabriken leiden unter dem Mangel an Rohstoffen, die aus dem Auslande nicht bezogen werden können, andere unter der Unterbindung des Exports und der Anhäufung der Lager. Boll und bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit arbeiten nur jene Unternehmungen, die für den Staat erzeugen; die anderen setzen ihre Betriebe nur mit mehr oder minder weitgehenden Einschränkungen fort. Aber dieses reduzierte Maß der Beschäftigung sollte um jeden Preis, unter Aufbietung aller Kräfte, ohne Nutzen und selbst mit Opfern erhalten werden. Es handelt sich doch nur um einige Monate des Krieges, denen dann hoffentlich eine lange Periode von vielen Jahren gesegneten Friedens folgen wird. Die schwere Zeit muß überstanden werden, in der sicheren Erwartung, daß die spätere Folge neuen Aufschwung, nach der langen Stodung vervielfachte Gelegenheit zur vollen Ausnützung der produktiven Kräfte und fruchtbringende Arbeit in überreicher Menge bringen werde.

Wirtschaftliches in Kriegszeiten.

Von Artur Lemberger.

II.

Die freiwillige Hilfsstätigkeit, von der ich in meinem gestrigen Artikel gesprochen habe, kann der sozialen Not nicht steuern. Auch die Zwangsorganisationen werden ohne eine Erhöhung der Umlagen nicht wirksam sein können, um in die Angestelltenfürsorge eingreifen zu können, um sich mit Garantien an die Spitze von Kriegskreditbanken stellen zu können. Statt aller die Öffentlichkeit schließlich ermüdenden und versagenden Sammlungen wird endlich — so schwer erträglich gerade jetzt jede Mehrbelastung ist — ein tiefer Griff des Staates in die Taschen der Vermögenden notwendig werden, eine einmalige Kriegsteuer auf die Schulter der Tragsfähigen gestellt. Diese Kriegsabgabe könnte so abgestuft sein, daß Seereslieferanten und aus dem Vollen schöpfende Gruppen die volle Last der Steuer empfinden, während alle jene, die aus eigener Kraft, trotz Ungunst der Zeiten ihre Betriebe aufrechterhalten, Ermäßigungen genießen mögen. Ich bin sicher, daß trotz der erdrückenden Lasten die Beistellung der Mittel für die großen Aufgaben nur geduldige und opferfreudige Elemente finden werden. Daneben leite man alle im Deutschen Reich sinnreich entspringenen Kreditströme auch zu uns herüber, die Banken mögen mit weitem Blick ohne Engstirnigkeit ihre Mitwirkung zur Verfügung stellen. Es gilt die Industrien, bei denen sie Aktionär, Associé, Gläubiger sind, zu erhalten und den bestimmerten Unternehmer in den Stand zu setzen, seine Angestellten und Arbeiter — wenn auch nur teilweise — weiter beschäftigen und entlohnen zu können.

Die Schatzscheine mögen dem dringenden Bedarf der Armee und der Kriegsführung entsprechen, die Kriegsteuer für die dringenden Bedürfnisse des geschwächten Wirtschaftslebens aufkommen. Es sei mir gestattet, an dieser Stelle den Mahnruf des Berliner Oberbürgermeisters auszusprechen: „Am

Kriege gilt die Tat! Sie finden in der Vorlage keine wortreiche Begründung dessen, was geplant ist; dafür ist der Plan selbst um so bedeutungsvoller. Daß die Stadt in der jetzigen Kriegszeit in besonderem Maße die Verpflichtung hat, für ihre Arbeitslosen zu sorgen, darüber werden wir uns gewiß in der jetzigen Zeit nicht streiten. So lassen Sie uns an das schwere Problem entschlossen herantreten. Aber was wir tun können, ist nur ein Nothelf; das eigentliche Ziel liegt in der Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten. Hier haben die Stadt wie der Staat ein gutes Beispiel gegeben, indem sie ihre Unternehmungen, ihre Bauten, ihre Betriebe im bisherigen Umfang weiterführen. Es wird auch vielleicht von großem Einfluß sein, daß sich die freie Liebestätigkeit auf das Feld zurückziehen beginnt, auf dem sie den Arbeitern und insbesondere den Arbeiterinnen keine Konkurrenz macht. Aber die Hauptsache bleibt doch die persönliche Initiative. Das deutsche Wirtschaftsleben hat sich in ganz bewundernswerter Weise den Erschwerissen des Krieges gewachsen gezeigt. Klugheit und Besonnenheit auf allen Seiten haben es möglich gemacht, daß unsere Finanz- und Kreditverhältnisse völlig und fest in den Fugen geblieben sind. Wo Kredithilfe nötig war, hat sie sich in der Regel auch gefunden. Nun möge aber auch der einzelne Gewerbetreibende von demselben Geist durchdrungen sein, der so Großes geschaffen hat. Es mögen der Großindustrielle wie der mittlere Geschäftsinhaber und auch die Familien mit Dienstboten, jeder an seinem Teil, dazu beitragen, daß sich der wirtschaftliche Blutumlauf lebendig und regelmäßig vollzieht. Die Laten unseres Heeres verlangen es aber wahrhaftig, sie rechtfertigen es aber auch, daß wir mit ganzem Vertrauen im alten Gleis bleiben und daß der Unternehmer, der Berlin groß gemacht hat, auch den Hemmungen und dem Anbrall dieser Tage standhalte. Wer immer mit allen Kräften seinen Betrieb aufrechterhält, wer die Zahl der Arbeitslosen nicht vermehrt, sondern vermindert, aber auch der, der die ihm gebotene Arbeits Gelegenheit freudig ergreift und anpackt, der leistet dem Vaterland einen unschätzbaren Dienst, dessen es auch sicher gedenken wird!“

6./9. 1914.

Für alle Betriebe, die wegen Rohstoffmangels zum Stillstand gezwungen wären, müssen in Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich Mittel und Wege gefunden werden, damit die Ausfuhrverbote schleunigst aufgehoben werden. Hierbei sollen nicht nur Erfordernisse des Heeresbedarfes, sondern auch jene des Fortbetriebs von Fabriken mitsprechen dürfen. Unser Verbündeter ist sicherlich geneigt, der Monarchie auch wirtschaftlich beizustehen. Möge die eingeleitete Aktion des Handelsministeriums, die Neise unseres bewährten Sektionschefs Riedl nach Berlin von Erfolg begleitet sein!

Mit vieler Begeisterung lesen wir von der Absicht, trotz aller anfänglichen Ablehnung und der gewichtigen Bedenken, daß die Nutzenstände an Dualität einbüßen werden, auch in Oesterreich Darlehenskassen unter der Leitung der Oesterreichisch-ungarischen Bank einzuführen, bei denen wieder die Aufrechterhaltung des Betriebes das Darlehen begründen soll. Die Organisation ist wohl Nebensache, der Gedanke ist klar, die Notwendigkeit ist erwiesen, darum kein Zögern, da schnellste Einrichtung nottut. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Eile die sachverständigen Vertreter der Handelskammern in der Institution nicht ausschließen darf. Mit den Siegesnachrichten wird auch die Zuversicht wieder einkehren; der Bedarf von 50 Millionen Menschen wird, wenn auch gedrosselt, lebendig werden. Da gilt es für die Verkehrsanstalten im Einvernehmen mit den Militärbehörden, alle Routen im Personen-, Frachten-, auch Stückgüterverkehr, raschmöglichst freizugeben, dem Wagonmanoeuvrier durch rationelle Dirigierung nach Möglichkeit abzu helfen. Offene Eisenbahnwagen stünden genügend zur Verfügung, aber viele Güter können ohne Plachenschub nicht befördert werden.

Der Postpaketverkehr nach Ungarn, ein Lebensinteresse vieler Branchen, möge baldigt eröffnet werden, jedwede Beschränkung der Dimension der Pakete möge schleunigst fallen.

Die zerstreut und unversichert in allen Teilen der Monarchie herumliegenden Güter sollen den Weg zum Besteller fortsetzen können und den einheitlichen, nicht gebrochenen, lagerzinsfreien Tarif ohne Anrechnung von Wagenstandgeldern genießen, den das Eisenbahnministerium entgegenkommend bewilligt. Die Transportversicherungsgesellschaften mögen baldmöglichst, eventuell mit Staatsgarantie, ihren Dienst wieder aufnehmen, die Postverwaltung möge ebenfalls ihre früheren Verpflichtungen übernehmen. Was die Bevölkerung an Deconomie, durch mögliche Einschränkung des Verbrauches an Lebensmitteln, Kohle, Gas, elektrischem Licht, Benzin, Pneumatik usw. aufbringen kann, soll durch Aufklärung propagiert werden. Aber man lästere nicht das heitere Wien, man predige nicht die Einfachheit. Gewiß ist Zurückhaltung und Einschränkung in so ernster Zeit geboten, aber warum sollten Besitzende nicht ausgeben dürfen, wodurch den zahlreichen nothleidenden Lurus- und Bekleidungsindustrien die wenigen zahlenden Kunden erhalten bleiben. Erst wenn sie breiten Massen wieder ihr bescheidenes Dasein gesichert, die vielen Angestellten ihre ungekündigte Stellung verbürgt haben werden, dann werden zugleich Millionen konsumfähiger der Industrie und dem Handel wiederaufleben sein.

Weg aber mit jener übelverstandenen Fürsorge, die bezahlten Kräften an der Nähmaschine, am Schreibtisch, in Botengängen usw. ihr Brot nimmt!

Schwer sind die Aufgaben, die aller harren. Staatsbürgerliches Bewußtsein hat aus den widerstreitenden nationalen Kräften ein einzig Volk von Brüdern geschaffen, eine Erungenschaft, die für alle Zeiten unzerstörbar bleiben muß. Unendlich groß sind die Opfer, die Oesterreichs Völker zu bringen haben an Gut und Blut fürs Vaterland! Aber der Sieg, den wir kriegerisch und wirtschaftlich erringen müssen,

soll zu einem Jungbrunnen werden, aus dem neues Leben im mächtigen Oesterreich-Ungarn geschöpft wird!

Arbeit und Verkehr.

Vom Abg. Dr. Julius Dfner.

Das größte Hindernis für Arbeitsunternehmungen liegt in der engherzigen Verwaltung der Banken. Das Moratorium war zu ihrem Gunsten insofern bestimmt, als sie gegen einen Run geschützt sein sollten. Im übrigen aber liegt es in ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe und dürfte man erwarten, daß sie den soliden industriellen und kaufmännischen Betrieb kulant unterstützen würden. Statt dessen scheint sich der Vorgang des Jahres 1912 zu wiederholen, in welchem unsere Industrie sich mit aner kennenswerter Spannkraft mühsam erhielt, während die Banken die größten Dividenden seit einem Vierteljahrhundert verteilten. Ein charakteristisches Beispiel! Ein Industrieller hat einen Grund für 100.000 Kronen gekauft und bezahlt. Er hat geplant, ein Haus zu bauen und sich bei einer Bank den nötigen Bankredit vertragsmäßig versorgt. Jetzt weigert sich die Bank mit Hinweis auf das Moratorium, den zugesagten Betrag zu geben und verhindert so den Bau. Die Weigerung entspricht dem Sinne des Moratoriums nicht. So wenig sich dieses auf Lieferung von Waren bezieht, so wenig will es Lieferung von Geld treffen, das der Warenlieferung im Zwecke gleichkommt; es will nur die Schuldner schonen, die mangels Absatzes oder sonstiger normaler Einkünfte nicht zahlen können. Rentner und Beamte sollten sich aber nicht gegenüber ihren Lieferanten auf das Moratorium ausreden und am allerwenigsten dürfte eine Bank sich einer so wichtigen volkswirtschaftlichen Pflicht entziehen.

Von den Vorschriften, welche die Versorgung der Familien Einberufener regeln, wird eine Bestimmung zu schroff ausgelegt und dadurch mancher kleine Betrieb gefährdet. Man straft die Arbeitslust. Wenn der Handwerker oder der Kleinkaufmann einberufen ist, sucht die Frau die Kunden des Geschäftes dadurch zu erhalten, daß sie den Betrieb in kleinstem Umfang aufrechterhält. Das Geschäft trägt sehr wenig, aber der Name soll aufrecht bleiben. Die Versorgungskommissionen verlangen jedoch oft als Voraussetzung für die Beteiligung der Familie, daß das Gewerbe niedergelegt werde. Im Gesetz ist es nicht verlangt, nicht dem Wortlaut, noch weniger dem Sinne nach. Nur wenn der verbleibende Erwerb die Familie nährt, soll sie nicht beteiligt werden. Das wäre aber im einzelnen Fall zu untersuchen. Eine engherzige Praxis zwingt die Frau gegen ihren Willen zur Arbeitslosigkeit und gefährdet die Zukunft des Betriebes.

Eine wichtige Sorge, namentlich der Gemeinde Wien, wird die Beschaffung von Wohnungen für die Arbeitslosen sein. Die Hausherrn kündigen, und die Familie steht auf der Straße. Das Elend hat sich schon 1912 angekündigt, jeder Termin wird es vergrößern. Namentlich für kinderreiche Familien. Das Obdach ist ebenso notwendig wie das Essen. So wie man für Nischen sorgt, so muß man auch für Wohnräume sorgen. Es sollte noch rasch gebaut werden, wenn auch in Barackenform. Außerdem könnten Häuser gemietet und die einzelnen Räume an Arbeitslose weitervermietet werden. Nicht ganz umsonst. Die Leute werden, soweit sie können, den Mietzins zahlen. Sie erhalten keine Wohnung oder werden, wenn sie ihn nicht vorauszahlen, hinausgeworfen. Die Möbel, soweit der Hausherr sie nicht zurückhält, werden auf die Straße gestellt, die Leute hinausgewiesen, die Wohnung abgesperrt. Lasset noch Winter werden mit

Frost und Schnee! Der Auspeisung muß sich rechtzeitig die Beistellung von Wohnungssajlen, insbesondere auch für Familien, anschließen.

Die deutsche Wirtschaft und der Krieg.

Von Radon.

Berlin, im September.

Der Verlauf des ersten Kriegsmonats hat gezeigt, daß die Bereitschaft des deutschen Wirtschaftslebens kein leerer Wahn gewesen ist. Man konnte das schon aus dem Verhalten der Reichsbank entnehmen. Während im Ausland der Wechselzinsfuß sink in die Höhe kletterte, begnügte sich das deutsche Institut mit einer Rate von sechs Prozent. Die war im Jahre 1913 normal gewesen, rief also bei ihrem Wiedererscheinen keinen Schrecken hervor. Der Erfolg, den die Politik der Reichsbank hatte, ist der schönste Lohn für die energische Wahrung der oft angefochtenen Prinzipien. Geheimrat Havenslein, der Präsident der Bank, hat in guten Tagen als Ziel seiner Wünsche einen Goldstandard von 1500 Millionen genannt. Diese Summe ist überschritten. Der Goldschatz des Instituts beträgt 1600 Millionen. Die beiden Kriegsreserven von zusammen 205 Millionen (120 Millionen aus dem Futursturm in Spandau und 85 Millionen aus dem Finanzgesetz von 1913) sind der Reichsbank überwiesen worden; und der Goldvorrat wäre noch größer, als er ist, wenn das Metall, das in den Safes und Geldschränken des Publikums steckt, herausgegeben würde. Die Hälfte des gemünzten Goldes wird zurückgehalten und trotz aller Mahnungen der allgemein-wirtschaftlichen Bestimmung entzogen. Dieses Verhalten steht im Widerspruch mit den Forderungen, die an die Reichsbank gestellt werden. In der Wahrung des allgemeinen Kredits soll es keine Grenzen geben. So wünscht es die öffentliche Meinung. Die logische Folge müßte sein, daß der Reichsbank die Ausgabe von Zahlungsmitteln in jeder Weise erleichtert würde. Man kann ruhig den trivialen Ausdruck gebrauchen: Die Bank hat sich glänzend bewährt. Ihre Metalldecke ist nicht kürzer geworden als 42 Prozent des Notenumlaufes. Das war das Mindestmaß, das also noch immer über der gesetzlichen Schlußgrenze von 33 1/3 Prozent lag. Und mit 42 Prozent hat es schon Ausweise in Friedenstag gegeben. Aber auch der Bedarf nach Umlaufmitteln hat sich besser verteilt, als es in den ersten Tagen der Fall war. Man braucht nur die 12 Milliarden der Bank von Frankreich mit den noch nicht vier Milliarden der Reichsbank zu vergleichen, um die unbestreitbare Ueberlegenheit der deutschen Finanzen zu erkennen. Auch die Höhe der Giro Guthaben deutet darauf hin, daß der Niedergang der Konjunktur nicht zugleich alles für die Wirtschaft verfügbare Kapital verschwinden ließ, sondern daß noch genug Reserven da sind, die sich für bessere Tage im Geschäftsleben bereit halten.

Die Tendenz der Reichsbank ist auf die Vermeidung eines allgemeinen Moratoriums gerichtet. Daher die Reichsdarlehenskassen und Kriegskreditbanken und die verschiedenen Hilfsorganisationen einzelner Gewerbe (Export, Genossenschaften, Branchen). Natürlich wird die Unterstützung, die aus privater Initiative entspringt, nicht jedem Wunsch gerecht. Die neuen Kreditanstalten können das Geld nicht mit vollen Händen austreuen. Sie sind an Bedingungen gebunden, die vor allem strikte Beobachtung der Sicherung verlangen. Die Darlehenskassen geben Geldscheine aus. Zunächst bis zur Gesamtsumme von 1500 Millionen. Dieses Zettelgeld ist in der Zahlkraft den Banknoten und Reichskassenscheinen gleichgesetzt, unterscheidet sich aber von diesen beiden Geldarten dadurch, daß es nicht gesetzliches Zahlungsmittel ist. Im privaten Verkehr braucht es nicht genommen zu werden. Alle öffentlichen Kassen müssen es in Zahlung nehmen. Für die Darlehenskassenscheine haftet das Reich und das Pfand, das die Kasse in Lombaro genommen hat. Die Bedeutung dieser Unterlage wird vom Publikum zum Teil nicht richtig verstanden. Es gibt Geschäftsleute, die sich wundern, daß sie ihre Warenlager aus dem eigenen Machtbereich in den der Darlehenskasse bringen müssen. Das ist natürlich die Voraussetzung; denn die Geldscheine müssen eine sichere Grundlage haben. Das Wirtschaften mit Assignaten überläßt man am besten den Franzosen und Engländern. Gegen das allgemeine Moratorium sind gewichtige Einwände erhoben worden. Vor allem der, daß die zahlungsfähigen Personen den Hauptvorteil davon hätten. Man darf die jaulen Zahler, für die der Krieg ein willkommener Anlaß zur Preisgabe aller Verpflichtungen ist, nicht fördern. Und dann: die Rücksicht auf das Erwerbsleben. Soll man den letzten Antrieb der geschäftlichen Energie ausschalten? Was fähig ist, den Kreislauf im Wirtschaftskörper in Bewegung zu erhalten, muß in Aktion bleiben. Es gibt weite Bezirke der Industrie, die nicht Mangel an Arbeit, sondern an Arbeitern haben. In diese Distrikte müssen die vorhandenen Kräfte geleitet, Geld und Hände müssen richtig verteilt werden. Wir brauchen Organisatoren, die es verstehen, Kapital, Arbeitskraft und Arbeitsmöglichkeit in das die Dauer der wirtschaftlichen Existenz sichernde Verhältnis zu bringen. Die Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie, Waffen- und Munitionsfabriken, Eisen- und Kohlengewerbe haben an Lebensfähigkeit nicht nur nicht eingebüßt, sondern zum Teil gewonnen. Man braucht nur an den Bedarf zu denken, der unmittelbar mit dem Kriege in Zusammenhang steht. Und der Verlust an leistender und verzehrender Volkskraft wird durch die Intensität der zu befriedigenden Ansprüche etwas ausgeglichen. (Jeder Soldat, der im Heeresdienst steht, hat im Frieden durchschnittlich 1200 Mark im Jahr verdient. Das bedeutet zu 4 Prozent ein Kapital von 30.000 Mark. Und die Zahl der dem Leben und der Arbeit dauernd Verlorenen läßt sich auf Grund dieser Ziffer leicht in Kapital ausdrücken.)

Die Interessen des Anlagekapitals kreuzen sich gleichfalls mit den Ansichten über die Notwendigkeit eines großen Moratoriums. Die vierzig bis fünfzig Mil-

Die deutsche Wirtschaft und der Krieg.

liarden deutschen Volksvermögens, die in Hypotheken angelegt sind, dürfen nicht zinslos gemacht werden. Der Ertrag der Hypothek ist in vielen Fällen die einzige Einnahme des Besitzers. Wird ihm diese Rente durch einen allgemeinen Schub der Zahlungen genommen, so scheidet er als kaufkräftiger Faktor aus. Verschwinden ganze Kontingente von Käufern, so hat das Geschäftsleben Schaden, und die Böcher, die durch die Kredithilfe zugestopft werden sollen, klaffen dann von neuem. Breiter als vorher, da der Rückschlag einen geschwächten Wirtschaftskörper trifft. Hypothekenzinsen gehören zu den Lebenszentren, die nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen. Die Hypothekenbanken haben sich zusammengetan, um den Besitzern von Hypotheken die Möglichkeit der Verpfändung ihres Besitztums zu bieten. Das Darlehen wird allerdings nicht in barem Geld, sondern in Pfandbriefen ausgezahlt. Das bedeutet eine doppelte Belastung des Schuldners, da er Pfandzinsen an die Hypothekenbank und an die Reichsbank oder Darlehenskasse, die ihm die Pfandbriefe beleihen, zu entrichten hat. Daß sich die Obligationen der Hypothekeninstitute gegen den Ansturm des Krieges gut behauptet haben, hat manche Enttäuschung von früher wieder gutgemacht.

So wird das gesamte Wirtschaftskapital von rückwärts wieder aufgerollt. Was festgelegt ist, muß locker gemacht werden, da das Verlangen nach flüssigen Mitteln alle anderen Wünsche übertönt. Die Abwicklung des Finanzierungsprozesses in umgekehrter Richtung ist kostspieliger als die erste Gestaltung war. Dafür ist das Risiko bedeutungslos; denn der Austausch von Kapital gegen Geld erfolgt auf Grund einer schon bezahlten Erfahrung, während der erste Akt, der Geld in Kapital wandelte, noch mit unbekanntem Chancen und Gefahren rechnete. Daß in der Art, wie die Erfolge der wirtschaftlichen Arbeit zu Geld gemacht werden, nichts Bedenkliches liegt, versteht sich für den Kenner der Dinge von selbst. Der Laie aber fragt: „Was soll mit dem vielen Papiergeld werden, wenn wieder Frieden im Lande ist?“ Hält die Reichsbank an der Grundvorschrift des Gesetzes fest, so ist die Sorge wegen des Zettelgeldes völlig überflüssig. Sie ist es in der Tat; denn die Bank läßt nicht an der metallischen Drittbedeckung rütteln. Die bleibt, als wesentliche Voraussetzung der deutschen Währung, bestehen. Alles andere ist Nebensache. Ob die Reichsbank die Notensteuer dauernd beseitigen wird, um sich in Zukunft noch größere Bewegungsfreiheit zu schaffen, ob sie die Durchsättigung des Verkehrs mit Papier bestehen lassen wird — das sind Fragen, die nicht an die Fundamente der deutschen Geldverfassung rühren. Die Reichsbank denkt nicht daran, die Einlösung ihrer Noten in Gold für die Dauer aufzuheben. In der Beendigung der Notverordnung ist gesagt, daß die Wiederherstellung der Einlösungspflicht schon vor Beendigung des Krieges erfolgen kann. Der Krieg ist ein guter Lehrmeister. Er räumt mit dem Vorurteil gegen das Papiergeld auf, weil er dem Publikum keine Wahl läßt. Und die Gewöhnung wird den Banknoten und Kassenscheinen den neu gewonnenen Respekt erhalten. Daß der Wert des Geldes nur in seiner Kaufkraft beruht, wird von den Hütern der Goldschätze nicht beachtet.

Der Krieg soll Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt beseitigen. Das ist der bescheidenste Wunsch, der gehegt werden darf. Wer sich größeren Mut zutraut, kann die Erwartung aussprechen, daß die britische Welt handelsmacht durch das Deutsche Reich gebrochen werden wird. Die außergewöhnlich tiefe Beschränktheit, die sich in den Ideen des Herrn Edward Grey offenbart (Disraeli und Gladstone würden die Landsmannschaft mit diesem „genialen“ Politiker entrüsten leugnen), deutet darauf hin, daß England nicht weiß, wie es den gefährlichen Konkurrenten auf die Knie zwingen kann. Das Programm, das gegen den deutschen Ueberseehandel aufgestellt worden ist, erweckt alles andere, nur keine Furcht. Daß John Bull deutsche Patente und Muster konfiszieren will, um sie nachzuahmen, braucht die deutsche Industrie nicht zu kümmern. Was den Engländern trotz heißem Bemühen noch nicht gelungen ist: die deutschen Fabrikate aus dem Markt zu verdrängen — das wird ihnen im Kriege erst recht nicht möglich sein. Englische Waren tragen den Stempel „Made in Germany“, um konkurrenzfähig zu bleiben. Der berühmte Sheffielder Stahl ist in Solingen fabriziert worden; und mancher Baltischer Tuch, der als echt englisches Fabrikat in Deutschland angepriesen wurde, hatte das Licht der Welt in München-Gladbach oder in der Lausitz erblickt. Der deutsche Außenhandel, der im Export dem englischen hart auf den Fersen saß, ist natürlich zum Teil lahm gelegt. Wir werden das Jahr 1914 nicht wieder mit einer Refordsumme von 21 Milliarden abschließen. Aber auch England ist durch die Gefährdung der Schifffahrt gebunden; und der Verlust seines besten Abnehmers wiegt mindestens so schwer, wie die Einbußen, die Deutschland erleidet. Nicht jeder Briten ist so einsichtslos wie Sir Edward Grey, der vergessen hat, daß der Handel Englands mit seinen Kolonien von den Anleihen gespeist wird, die das Mutterland gewährt. Der englische Geldmarkt hat aber fürs erste Wichtigeres zu tun, als Kanada, Südafrika, Australien, Indien liquide zu halten. Der deutsche Kaufmann hat wahrlich keinen Grund, die englischen Kriegsmaßregeln zu fürchten. Die Vereinschaft Deutschlands ist nicht nur durch seine Finanzen, sondern auch durch den sicheren Besitz der ausländischen Rundschafft garantiert.

13./9. 1914.

Wirtschaftliche Wochenschronik.

6. September. Weitere Einschränkungen des österreichischen Moratoriums; insbesondere werden die an die Hypothekarinstitute und Sparkassen zu zahlenden Zinsen und Annuitäten von der Stundung ausgenommen. — Der Finanzminister erklärt, daß die Darlehensklassen in Oesterreich in nächster Zeit ins Leben treten werden, sobald die Verhandlungen hierüber abgeschlossen sein werden.

7. September. Der Berliner Börsenvorstand erneuert die Aufforderung an die Börsenbesucher, keine Börsengeschäfte zu machen. — Wegen der Verkehrsunterbrechung im August weist die Buschtiehrader Bahn für diesen Monat eine Mindereinnahme von 13 Millionen Kronen aus. Auch die Aussig-Teplitzer-Bahn verzeichnet ein starkes Minus.

8. September. Aus Berlin wird Geldüberfluß gemeldet. Tägliches Geld zu $3\frac{1}{2}$ Prozent angeboten. Infolgedessen wird die Emission der Kriegsanleihe auf die Tagesordnung gesetzt. — Der englische Außenhandel zeigt pro August im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres eine Abnahme des Imports um $13\frac{1}{2}$ und des Exports um 20 Millionen Pfund. — In New-York wird beschlossen, daß die dortige Börse auch weiterhin geschlossen bleibt. — Kanada beschließt, die Bezahlung von Coupons und Dividenden (darunter die der Canada-Pacific-Bahn) an Deutsche, Oesterreicher und Ungarn während des Krieges einzustellen.

9. September. Erlaß des österreichischen Ministeriums des Innern, wodurch den Sparkassen die Gewährung von Personalkredit in erweitertem Umfang gestattet wird. — Subscriptionseinladung auf die deutsche Kriegsanleihe. Emittiert werden 1 Milliarde Mark fünfprozentiger Schatzanweisungen mit durchschnittlich fünfjähriger Laufzeit zu 97,5 Prozent und eine fünfprozentige, bis 1. Oktober 1924 unkündbare Reichsanleihe, deren Höchstbetrag nicht limitiert wird, zu ebenfalls 97,5 Prozent. — Der deutsche Kohlenabsatz ist im August von 88 Prozent des Vorjahres auf 35 Prozent der normalen Beteiligung gesunken. — Aus Amerika wird eine bedeutende Verschlechterung der dortigen Ernte gemeldet. Bei Frühjahrswitzen von 92 Prozent der Julischätzung auf 68 Prozent.

10. September. Aufhebung der Kapitulationen in der Türkei. — Brasilien stellt bis auf weiteres die Einlösung der Coupons der Staatsschuld ein.

11. September. Besserung des Standes der Deutschen Reichsbank um 92 Millionen Mark, Zunahme des Goldbestandes um 24 Millionen Mark. — Der Deutsche Roheisenverband erhöht die Preise für das letzte Quartal um 5 Mark pro Tonne.

12. September. Verbot der Aus- und Durchfuhr von Gerste, Malz, Kartoffeln und einigen andern Artikeln nach den Ländern, mit denen ein Kriegszustand besteht.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wien, 12. September.

Eine gewaltige Kraftprobe und zugleich ein Beweis voll berechtigten Selbstvertrauens ist die Kriegsleihe, die Deutschland am Ende der nächsten Woche dem heimischen Finanzkapital anbieten wird. Ungeheuer in seinen Dimensionen, in der Entfaltung der militärischen Kräfte, im Tempo des Vorwärtstürens der Massenheere und in dem Glanze der errungenen Siege, ist der jetzige Krieg mit keinem der vorangegangenen Kämpfe in der Geschichte früherer Jahrhunderte vergleichbar; nicht minder grandios ist die finanzielle Aufgabe, zu deren Lösung die deutsche Regierung die Scharen des Sparkapitals aufruft. Die Kriegsleihe von fünf Milliarden Mark ist weitaus die größte, die jemals in Deutschland auf den Markt gebracht wurde. Der Verlauf der ersten sechs Wochen des Krieges hat genügt, die felsenfeste Zuversicht auf einen glücklichen, glänzenden Ausgang in den weitesten Kreisen zu begründen. So ist der Augenblick vortrefflich gewählt, um die Geldmittel für den Ersatz der provisorisch beschafften Summen und für die Deckung der noch bevorstehenden großen Erfordernisse jetzt sicherzustellen, mit der Leihe, die der Reichstag in seiner denkwürdigen Sitzung vom 4. August beschlossen hat, nunmehr hervorzutreten. Eine Milliarde fünfprozentiger, in fünf Jahren rückzahlbarer Schatzanweisungen wird zum Kurse von 97½ Prozent und mit einer Rentabilität von 5.63 Prozent zur Subskription aufgelegt; außerdem wird zum gleichen Preise in unbestimmtem, nur hinsichtlich der Höchstziffer begrenztem Gesamtbetrag die fünfprozentige Reichsleihe angeboten, die zehn Jahre lang nicht gekündigt werden darf und so den Erwerbem für diese Zeit einen Ertrag von 5.38 Prozent sichert. Solche Rentabilitäten tragen den Zeitumständen, in denen die Begebung erfolgt, in vollem Umfange Rechnung und bieten zugleich für das Kapital einen starken Anreiz zu einer in gleicher Höhe und Sicherheit nicht wieder zu erreichenden Anleihe. Die Reichsbank, alle Banken, Sparkassen und angesehenen Bankfirmen werden zusammenwirken. Konzerzeichnungen sind ausgeschlossen, jeder Subskribent muß mit der Möglichkeit voller Zuteilung rechnen; andererseits hat die Reichsregierung auch kein Garantiefyndikat gebildet, da sie den Banken nicht Verpflichtungen auflastet, die sie in der Erfüllung ihrer im Kriege doppelt wichtigen Aufgabe, der Vermittlung des Kredits für Handel und Industrie, behindern könnten. Auch ohne solche Gewährleistungen werden die nationalen Institute den höchsten Ehrgeiz daran setzen, alle Anstrengungen aufzubieten, um ihre Kunden zur Zeichnung zu bestimmen und ihre Reserven in den Titres der neuen Anleihe zu veranlagen. Als erster unter allen kriegsführenden Staaten nimmt Deutschland für die Kriegskosten Milliarden beim heimischen Kapital auf; gleichwie im Reiche vom ersten Tage an niemand an den Siegen zweifelte, ist die Ueberzeugung allgemein, daß die Anleihe den erwarteten starken Erfolg im ersten Anlaufe haben muß und wird.

Den vollen Betrag von fünf Milliarden wird Deutschland nicht sofort benötigen und auch nicht gleich flüssig machen; voraussichtlich zunächst die eine Milliarde in Schatzscheinen und einige hundert Millionen von den Zeichnungen auf die fundierte Anleihe. Bei allem Vertrauen in die Bereitwilligkeit und Aktionkraft des deutschen Kapitals ist doch schwerlich anzunehmen, daß fünf Milliarden für die Bedürfnisse des Krieges in einer Zeit der Geldteuerung, der finanziellen Abgeschlossenheit und stockenden Verdienstmöglichkeit sofort bereit liegen, zumal auf Beteiligungen des Auslandes nur in geringer Höhe gerechnet wird. Bei den deutschen Banken sind allerdings sehr große Summen aufgestapelt, die aus den vor dem Ausbruche des Krieges vollzogenen Effektenverkäufen stammen und von den Besitzern nicht angelegt wurden; Bankguthabungen werden sicherlich mit starken Beträgen in die Titres der Kriegsleihe umgewandelt werden, ebenso Gelder der Sparkassen und öffentlichen Fonds, der Stiftungen und Vermögensverwaltungen. Die Vorbedingung für das Gelingen liegt aber in dem Zusammenarbeiten aller Teile, in der verständnisvollen Mitwirkung der Reichsbank und der Darlehenskassen. Die Schließung der Börsen macht alle Rentenbestände unverkäuflich, verhindert es, daß, wie leider so oft bei früheren Begehungen, Tausche älterer Anleihen des Reiches und der Bundesstaaten gegen die neu herauskommenden Titres vollzogen werden. Das ist ein Vorteil; andererseits haben durchaus nicht alle Zeichner ihr Geld bar liegen, viele Rentner wollen das günstige Anbot der neuen Anleihe zur Vergrößerung ihres Besitzes ausnützen und sich die Mittel durch Verpfändung eines Teiles ihrer alten Werte verschaffen. Auch die Banken und Sparkassen können ihre Einlagen nur dann mobilisieren, wenn ihnen die Möglichkeit gesichert wird, stets die erforderlichen Summen durch den Kesselpott ihrer Akzepten bei der Notenbank, durch Belehnung von Effekten bei der Darlehenskasse aufzubringen. Kniderische ängstliche Zurückhaltung, Einschränkung der Lombardierungen auf geringe Summen, Sparen mit den Noten, weil sie vielleicht später der Staat benötigen könnte, wären eine verfehlte Politik. Die deutschen Zeichner werden sich um so beherzter beteiligen können, wenn sie sicher sind, für die neu erworbenen Werte jederzeit 70 oder 75 Prozent des Nominalkapitals und nicht eines imaginären, willkürlich angelegten Kurswertes als Vorschuß zu erhalten. Wenn die leichte Belehnbarkeit guter Wechsel, die Lombardierung der neuen Schatzscheine und Rentenitres sowie auch älterer Werte dieser Art zu kulantem Bedingungen in allen angeforderten Beträgen im vorhinein gewährleistet wird, muß die Stockung im Geldverkehr schwinden und für die Zeichnung eine gute Atmosphäre geschaffen werden. Die neuen Schatzscheine und Renten müssen mit leichten, günstigen Belehnungsbedingungen ausgestattet, die Politik der

Im Krieg in seinem wirtschaftlichen Folgen.

Darlehenskassen liberal gestattet und in den Dienst der Geldbeschaffung für die Kriegsanleihe gestellt werden. Das ist für den Erfolg der Subskription nicht minder bedeutend wie die nationale Begeisterung und Opferwilligkeit des deutschen Kapitals.

Die Kriegsanleihe wird auch die Wirkung haben, große Summen, die aus dem Verkehr entnommen, versteckt, aufgespeichert, unangelegt belassen wurden, durch einen energischen Aufruf und lockende Bedingungen heranzuziehen. Durch die Einzahlungen auf die Emission werden viele Hunderte von Millionen, die in den Schlupfwinkeln und Verstecken, in den kleinen und kleinsten Kanälen der Geldwirtschaft gebunden waren, in das Zentralreservoir der Notenbank und des freien Geldmarktes zurückgeführt. Zu einem Teile ist die Kriegsanleihe die nächträglichste Liquidierung eines bereits vollzogenen Aufwandes schon erwachsener Spesen. Der Staat hat viele Tausende von Zahlungen geleistet und sich in irgend einer Form in letzter Linie bei der Notenbank verschuldet. Große Summen von Noten, in Deutschland weit mehr als zwei Milliarden neues Geld, sind in den Umlauf gelangt und in den Händen des Publikums geblieben; wenn dieses die Anleihe zeichnet, leistet es die Einzahlung in eben diesen Noten und diese strömen in die Bank zurück. So ist der Zweck der Kriegsanleihe nicht nur darauf gerichtet, dem Staate die Mittel für die Kriegsführung zu verschaffen, sondern auch die Geldzirkulation und die Position der Notenbank wieder einem mehr normalen Stande näherzubringen. Das Gelingen der Anleihe ist deshalb für die friedliche Wirtschaft, die sich auch im Kriege fortentwickeln muß, von entscheidender Wichtigkeit. Darüber hinaus ist aber ein Erfolg der Kapitalsbeschaffung eine Frage des nationalen Prestiges. Auch auf diesem Gebiete schreitet das mit uns verbündete Deutschland allen kriegsführenden Staaten voran. Frankreich muß über den Ozean gehen, England seine alten Rücklagen aufzehren, Deutschland erhält die Mittel zur Kriegsführung aus den angesammelten Ersparnissen des Gewerbestandes seiner Bürger. Sie erfüllen eine patriotische Pflicht und verstärken durch ihre vertrauensvolle Bereitwilligkeit die unbedingte Zuversicht, die zum Siege führen muß.

Der Krieg hat die europäische Wirtschaft mitten in einer Periode langsamer Erholung nach einer schweren Krise erfaßt und sie in dieser Entwicklung jäh zurückgeworfen. Die ökonomische Betätigung muß, soweit dies die kriegerischen Bewegungen nicht hindern, in jedem einzelnen Staate aufrechterhalten werden, kann sich aber über die Gemarken des eigenen Landes hinaus nur mit sehr wesentlichen Behinderungen regen. Die Erträge der verschiedenen Produktionsunternehmungen sind, soweit sie nicht unentbehrliche Bedarfsartikel für den Staat herstellen, sehr geschmälert, zureichende Gewinne, Dividenden in einem den früheren auch nur halbwegs nahekommenenden Umfange werden nur die wenigsten bieten können. Auch jene Gesellschaften, die ihr Geschäftsjahr schon vor dem Ausbruche des Krieges, mit dem 30. Juni, abgeschlossen haben, werden bei der Aufstellung der Ergebnisse auf die neugeschaffene Situation, auf die im heurigen Jahre wesentlich verschlechterten Gewinnsaussichten Bedacht nehmen müssen. In Oesterreich wie in Deutschland bilanzieren viele Unternehmungen, die zu den größten gehören, nicht mit dem Kalenderjahr, sondern mit dem Semester, in Oesterreich und Ungarn die Prager Eisenindustrie, die Rima-Muraner Gesellschaft, in Deutschland der Rhönitz, die Harpener Bergbaugesellschaft, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und zahlreiche große Betriebe der Fertigungsindustrie. Die Rechnungsabschlüsse werden gewiß mit größter Vorsicht und mit sehr starken Rücklagen für das laufende Geschäftsjahr aufgestellt werden müssen. Aber auch davon abgesehen, wird die Frage aufgeworfen, ob die Auszahlung der Dividende in der gegenwärtigen ganz außerordentlichen Situation als zweckmäßig erscheint. Die großen und kleinen Industrieunternehmungen gehören meist einem Konzern kontrollierender Banken an, welche die finanzielle Gestion leiten, die Betriebsgelder verwalten und zumeist auch die Summen für den Dividendencoupon vorübergehend zur Verfügung stellen. Die Banken werden sicherlich bei manchen Gesellschaften nicht geneigt sein, eine finanzielle Schwächung durch Ausschüttung größerer Dividenden zuzugeben, werden vielmehr empfehlen, Zurückhaltung zu üben und eine wenigstens teilweise Klärung der Lage abzuwarten. Wo dies nach dem Statut zulässig erscheint, sind die Gesellschaften bemüht, die Aufstellung der Bilanz so weit als möglich hinauszuschieben. In Deutschland und Italien haben verschiedene Unternehmungen sich dadurch geholfen, daß sie die Dividende zwar festsetzten, den Zeitpunkt für die Verteilung aber einer späteren Entscheidung vorbehielten; einzelne deutsche Werke haben die Dividende sogar direkt erst nach dem Abschlusse des Friedens zahlbar gestellt. In den großen Industrieländern, in Deutschland wie in Oesterreich, sind gerade in den letzten Jahren wachsende Quoten des Kapitals in Industriewerten angelegt worden und durch die Schwächung oder den gänzlichen Ausfall eines Ertrages würden diese Kreise hart betroffen werden. Indessen muß einen vollen Trost die Erwägung bieten, daß nur ein Jahresertrag und nicht der Kapitalwert oder die Grundlage der Rentabilität gefährdet ist und daß ein siegreicher Friede ganz neue, früher ungewohnte Entwicklungsmöglichkeiten bringen kann.

Die sozialen Rückwirkungen des Krieges.

Die Handels- und Gewerbekammer in Prag macht öffentlich sämtliche Kundenkreise, seien es direkte Konsumenten oder Abnehmer von Fabrikaten für weitere Erzeugung, darauf aufmerksam, daß es höchst wünschenswert, ja sogar notwendig wäre, daß sie auch unter den heute bestehenden Verhältnissen ihre regelmäßigen Einkäufe besorgen und ihre Zurückhaltung, die nur ganz haltlosen Gründen und übertriebenen Erwägungen entspringt, fallen lassen, wenn die drohende Arbeitslosigkeit hintangehalten werden soll. Es sei eine unbedingte Notwendigkeit, mit allen Kräften den regelmäßigen Absatz der industriellen und kaufmännischen Betriebe aufrechtzuerhalten. Nicht minder wichtig sei es auch, trotz des Moratoriums alte Rechnungen und Schulden für gelieferte

Waren nach Tunlichkeit zu begleichen, was namentlich für jene mit keinen Schwierigkeiten verbunden sei, deren Einnahmen durch die kriegerischen Ereignisse keine Schwächung erfahren haben. Nur durch die gewissenhafte Erfüllung sämtlicher Pflichten durch die gesamte Bevölkerung können die ungünstigen sozialen Rückwirkungen des Krieges gemildert werden.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wien, 19. September.

Der gewaltige Erfolg der deutschen Kriegsanleihe ist das Zeugnis strotzender Gesundheit und unerschütterter Kraft der deutschen Kreditwirtschaft, gleichwie die unvergleichlichen Ruhmestaten der deutschen Heere einer noch nie dagewesenen, die Welt stets in neues Staunen verletzenden Vervollkommnung der militärischen Organisation entspringen. Eine Milliarde fünfprozentiger Reichsschatzscheine wurde heute dem deutschen Publikum angeboten; von allen Seiten des Reiches, aus den Kreisen der wohlhabenden und kleinen Kapitalbesitzer strömten die Ersparnisse zusammen, um für die Siege der heimischen Waffen die nötige finanzielle Grundlage zu schaffen. Nur ein Teil der Anmeldungen konnte durch die Schatzscheine befriedigt werden, die wegen ihrer kurzen Rückzahlungsfrist den stärksten Anreiz höherer Rentabilität bieten; die Milliarde, die für die unmittelbarsten, zum großen Teile bereits geleisteten Ausgaben dient, ist weit überzeichnet und sehr große Beträge sind auf die Titres der fundierten Reichsanleihe angewiesen, die einen etwas geringeren, immerhin noch außergewöhnlich hohen Ertrag abwirft, ihn aber dafür auf lange Zeit, mindestens auf zehn Jahre sichert. Der Appell der deutschen Regierung an das nationale Kapital hat die gleiche stürmische Entschlossenheit gefunden wie das Angebot der streitbaren Jugend zu den Waffen; der letzte Mann ist dem Rufe gefolgt, viele Hunderttausende Freiwilliger mußten zurückgewiesen werden; und ebenso übertraf das Angebot des Kapitals beinahe die an sich gewaltigen Summen, die vorerst benötigt werden. Gewiß lag die Milliarde nicht bar in blankem Golde oder Geldzeichen in den Kassen, die Sparpennige sind angelegt und müssen erst für die Erwerbung der neuen Anleihen des Reiches bereitgestellt werden. Von den vielen Hunderten von Millionen Barguthaben, welche die Banken verwalteten, konnte ein Teil, der von dem jetzt schwächer pulsierenden Wirtschaftsbetrieb nicht benötigt wird, herangezogen werden. Wer immer Wertpapiere besitzt, kann auf diese, um sich die lockende Gelegenheit der neuen hochverzinslichen Reichsanleihe nicht entgehen zu lassen, bei den Darlehensstellen Geld aufnehmen und sich so die Mittel für die Zeichnung verschaffen. Das ist eben möglich, weil diese Institutionen in erfahrener Voraussicht schon am ersten Tage, noch vor dem Kriegsbeginn errichtet wurden und sich sofort eingelebt haben. Ein Land mit tadellos funktionierender Organisation des Kredits ist wie ein Kessel, der die vorhandene Kohle bis auf die letzten kleinsten Teile nutzbringend in arbeitende Energie umsetzt. Vierzig Jahre hat Deutschland gearbeitet, gepart, das Kapital aufgehäuft, aus der ganzen Welt Reichtümer herangezogen, und jetzt werden die Milliarden, die so aufgebaut wurden, in noch nicht dagewesener nationaler Begeisterung zur Verfügung gestellt, um das Bestehende zu erhalten, eine noch weit glänzendere, die Gewähr der Dauer tragende Zukunft zu sichern.

Geld und Reichtum sind im modernen Krieg, der für die Ernährung der Millionenheere, für die Beschaffung der komplizierten Waffen und Munitionsartikel, für Tausende von Bedürfnissen täglich so ungeheure Summen erfordert, gewiß von der allergrößten Wichtigkeit, aber längst nicht mehr allein entscheidend. Die silbernen Kugeln, mit denen England in früheren Jahrhunderten auf dem Kontinent gesiegt hat, können es allein nicht machen, wo jetzt die nationale Kraft der ihrer Aufgabe bewußten Volksheere bis zum letzten Atemzuge um Sein oder Nichtsein ringt. England ist gewiß außerordentlich reich, allein in seiner wirtschaftlichen Entfaltung mehr als irgendein anderes Land der Erde verwundbar. Sein beide Hemisphären umfassender Handel stoßt gänzlich, die Meere werden jetzt überwiegend von den Kriegsschiffen durchpflügt und die Handelsdampfer bringen nur die wichtigsten Gegenstände des Verbrauches, Getreide und Fleisch, nur wenig mehr Rohstoffe und Finalprodukte des Gewerbefleißes. Die Arbeitslosigkeit ist in England weit stärker als auf dem Kontinent, Britannien lebt ausschließlich vom Kapital und zehrt täglich ungeheure Summen für Heer und Flotte, aber auch für die Ernährung seines Volkes auf. Es ist erst noch die Frage, ob England wirklich den längeren Atem haben wird; denn auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn besitzen in ihren Bodenschätzen, in der unvermeidbaren Kraft einer

arbeitenden Bevölkerung von hundertzwanzig Millionen, in der auf das Höchste gesteigerten Ausgestaltung der Industrie unerschöpfliche Ressourcen, die uns auch wirtschaftlich und materiell unbeflegbar machen. Organisation der nationalen Arbeit ist jetzt das Ziel, dem alle Anstrengungen zugewendet sein müssen. Die wirtschaftlichen Kräfte sind im Frieden naturgemäß zersplittert, nach Tausenden der verschiedensten Richtungen instradiert gewesen. Der Krieg schafft die größten Hindernisse, hält die freie Entfaltung zurück, der Außenhandel ist durch die Absperrung des Seeverkehrs unterbunden, viele Industrien sind durch das Fehlen der notwendigen Rohstoffe, aber auch durch das Stocken des Konsums zur Untätigkeit gezwungen. Um so mehr müssen alle Anstrengungen aufgeboten werden, um die verbliebenen Arbeitsgelegenheiten auf das intensivste und rationellste auszunutzen. Der Boden liefert hinreichenden Ertrag für die Ernährung der ganzen Bevölkerung, durch den Krieg sind ihm aber die Arbeitskräfte entzogen. Der Herbst hat begonnen, die Ernte von Kartoffeln und Rüben, Obst und Wein muß beendet, die Winterfaat bestellt werden. Hunderttausende Arbeitswilliger sind verfügbar, sie müssen aber für die Bodenbearbeitung herangezogen werden. Uebermals Organisation der Arbeit! Der Industrie muß durch Sicherung des Rohstoffes, des Erzes und der Kohle, durch ausreichende Beseitigungen für Bahnen und Bauten, durch eine zielbewusste öffentliche Initiative, welche die stockende private Unternehmungslust stützen und teil-

weise ersetzen soll, Beschäftigung geboten werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das größte Problem, dem alle Kräfte unausgesetzt gewidmet sein müssen. Wenn halbwegs zureichende Arbeit zur Erhaltung der vielen Millionen der im Lande Verbliebenen mit ihren Familien geschaffen wird, so ist bereits unendlich viel getan. Wir haben keine kostspieligen Söldnerheere zu bezahlen, die höchsten Kulturaufgaben, denen dieser Krieg dient, werden von unseren Bürgern und Bauern, die in todesmutiger Begeisterung zu den Waffen eilen, siegreich gelöst werden.

Mit der Aktivierung der Darlehensstellen und der Sicherung der Kriegskreditbanken ist abermals ein sehr wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet worden. Deutschland hatte bereits seine Erfahrung aus dem Kriege vor vierzig Jahren und konnte an sie sofort anknüpfen; bei uns müssen solche Organisationen erst geschaffen werden und dies hat, zumal auf die eigentümlichen Verhältnisse zweier Staaten Rücksicht genommen werden mußte, mannigfache Schwierigkeiten bereitet, die jetzt überwunden sind. Darlehensstellen und Kriegskreditbanken sind für den Mittelstand bestimmt; die Großindustrie und der Großhandel haben ihre angestammte Bankverbindung, die sie nicht im Stich lassen wird. Der mittlere und kleine Fabrikant, der Kaufmann, der jetzt unter der Stockung des Absatzes schwer leidet, dem die nötigen Gelder nicht zufließen und der doch die Mittel für Mieten, für das Personal, für Materialien und den täglichen Geschäftsverkehr, schließlich auch für seinen Lebensunterhalt aufbringen muß, wird so in die Lage versetzt werden, sich auf einen Teil seines Lagers und auf seine als Anlage von Ersparnissen angesammelten Wertpapiere Geld zu verschaffen. Neue Kreditquellen sind erschlossen; wenn diese gut und richtig funktionieren, liberal und nicht mit ängstlich-kriegerischer Zurückhaltung gehandhabt werden, können sie segensreich wirken, die Geschäftsstockung und Arbeitslosigkeit wesentlich mildern. Langsam richtet sich jetzt die Wirtschaft auf die durch den Krieg geänderte Situation ein; die Sicherung des Kredits muß der stärkste Trögbalken für den Nothbau werden, unter dem die friedliche Bevölkerung die hereingebrochene verheerende Elementarkatastrophe übersehen kann.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. September. Scheitern der französischen Anleihe von 100 Millionen Dollar in Amerika, nachdem Präsident Wilson zur Wahrung der Neutralität der Vereinigten Staaten sich gegen die Uebernahme dieser Anleihe durch die Morgangruppe ausgesprochen hatte.

15. September. Die Wiener Handelskammer ergreift die Initiative zur Gründung einer Kriegskreditbank in Wien nach deutschem Muster mit einem Kapital von 6 Millionen Kronen, übernimmt eine Ausfallgarantie von 2 Millionen Kronen und widmet 500,000 K. zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Kleingewerbetreibende und Handelstreibende und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Landesverein der ungarischen Fabrikindustriellen tritt dafür ein, daß das am 30. d. ablaufende Moratorium nur für kurze Zeit verlängert und bezüglich des Ueberganges zu normalen Verhältnissen ein Ideenaustausch mit den Banken eingeleitet werde. — Das österreichische Finanzministerium gestattet die Errichtung provisorischer Zuckerprivatfreilager.

16. September. Änderungen der deutschen Aus- und Durchfuhrverbote, Freigebung der deutschen Ausfuhr von Kohle und Eisen. — Eine neue Serie englischer Kriegsschatwechsel von 15 Millionen Pfund wird in London zur Subskription aufgelegt. — Verlängerung des brasilianischen Moratoriums um 90 Tage.

17. September. Die Gemeinde Wien übernimmt wie die Handelskammer eine Ausfallgarantie von 2 Millionen Kronen bei der zu errichtenden Kriegskreditbank. — Starke Rückgang des Eisenabfahes im ersten Kriegsmonat. Bei Stabschef der Bank von Frankreich wird nach London gebracht. — Die französische Regierung gibt kurzfristige, auf drei Monate, beziehungsweise ein Jahr laufende 5prozentige Obligationen für die nationale Verteidigung aus. — Verlängerung des türkischen Moratoriums um einen Monat.

18. September. Direktor v. Gwinner weist nach, daß durch den Krieg der englische Welthandel noch viel heftiger betroffen ist, als der deutsche. — Nach dem Augustausweis des amerikanischen Außenhandels war die Handelsbilanz in diesem Monat mit 19 Millionen Dollar passiv. Die amerikanische Ausfuhr sank von 160 Millionen im Vormonat auf 110 Millionen Dollar.

19. September. Durch kaiserliche Verordnung wird zur Vermeidung von Konkursverhängungen über in Zahlungsschwierigkeiten geratene Unternehmen die Geschäftsaufsicht eingeführt, während welcher Exekutionen nicht zulässig sind.

H. I. X. 1914.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wien, 3. Oktober.

Berechtigtes Selbstgefühl und unbeugsame Entschlossenheit erfüllen die große Rede, mit welcher der Präsident der Deutschen Reichsbank vor dem Zentralausschusse die wirtschaftliche Bilanz der ersten zwei Kriegsmomente zog. Der unvergleichlichen militärischen Vorbereitung steht die tadellose ökonomische und finanzielle Rüstung des Deutschen Reiches nicht nach. Bewundernswertes hat die Reichsbank in diesen furchtbar jämeren Wochen geleistet und jede Piffer, die Präsident Havenstein ohne lobrednerische Schönfärberei in schlichter Gegenständlichkeit vortrug, bekundet, wie sehr der Zentralapparat der Kreditgewährung den höchsten, von allen Seiten heranströmenden Ansprüchen gewachsen war. Die Reichsbank hat in den ersten zwei Monaten bis zur Begebung der Milliardenanleihe dem Reiche durch Diskontierung von Schatzanweisungen und Schatzwechseln über zwei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon allerdings erst die Hälfte behoben wurde, sie hat ferner im weitestgehenden Maße die kommerziellen Bedürfnisse von Handel und Industrie durch Eskomptierung von Wechseln in der Höhe von 2 1/4 Milliarden Mark befriedigt. Die schlimmste und gefährlichste Zeit, die ersten Wochen, sind jetzt überstanden. Die Geldpanik, die auch in Deutschland herrschte, ist vorüber, die Not an Zahlungsmitteln überwunden; das Reich wird aus der gewaltigen Anleihe die Vorschüsse an das Noteninstitut abstratten; im kommerziellen Verkehr zeigen sich sehr große Rückflüsse, die Finanzspruchnahme der Reichsbank seitens der Privatwirtschaft ist trotz der durch den Krieg geschaffenen Anspannung jetzt schon namhaft schwächer als Ende 1912, wo der Friede Deutschlands nicht bedroht war und die Hochkonjunktur in ihrem Aufzuge stand.

Diese unerwartet günstige Entwicklung setzt die Reichsbank, aber auch die ganze Bevölkerung Deutschlands in die Lage, mit vollstem Vertrauen in die Zukunft zu sehen. Das deutsche Volk ist das einzige unter den Kriegführenden, das ohne Moratorium auskommt, mitten in einem Weltkriege die wirtschaftliche Arbeit unentwegt weiter betreibt und neu organisiert. Die Darlehensklassen bestehen bereits an 217 Orten Deutschlands, die Kriegskreditbanken, welche die tatkräftige Selbsthilfe aller Kreise ins Leben gerufen hat, funktionieren tadellos, überall hat es sich gezeigt, daß die Kreditnot bei weitem nicht so drückend ist, wie die erste Sorge sich vorgestellt hat. Gewiß sind die Schwierigkeiten auch in Deutschland groß — wer hätte dies anders erwartet? Allein der Körper der deutschen Wirtschaft ist durch die Friedensarbeit von dreiundvierzig Jahren derart erstarkt, daß er auch eine solche schwere Zeit besser überdauern kann als die anderen Länder — besser als das für so unermesslich reich gehaltene Frankreich, das auch ökonomisch vollkommen zusammengebrochen ist, besser als das hochmütige England, das die prevelhafte Politik seiner verblendeten Machthaber mit einer noch nicht dagewesenen, in ihren Konsequenzen unabsehbaren Handels- und Geschäftskrise büßt. Der Handel Deutschlands hat selbstverständlich sehr gelitten, da der Schiffsverkehr in der Nordsee vollkommen stillsteht und nur in der Ostsee fortbetrieben wird; ein großer Teil des Exports, namentlich nach den Binnenländern, ist aber erhalten geblieben, der Rückgang war absolut und relativ viel geringer als in England. Die Industrie arbeitet naturgemäß mit sehr verminderter Ausnützung der Leistungsfähigkeit, ein großer Teil ihrer Anlagen ist aber leidlich beschäftigt und die Arbeitslosigkeit ist, obwohl in Deutschland der stärkste Prozentsatz der Bevölkerung industriell tätig ist, doch erheblich schwächer als in irgendeinem der kriegführenden Staaten. Obzwar Deutschlands Industrie und Handel das Gebiet der Betätigung über alle fünf Erdteile ausgedehnt haben, dient doch der größte Teil seiner wirtschaftlichen Arbeit dem heimischen Verbrauche, und der große innere Markt ist erhalten geblieben. Aus ihm schöpft die Wirtschaft immer wieder ihre Lebensäfte, er setzt sie in die Lage, mit ungebrochener Kraft die schwerste Periode durchzukämpfen und einer Zeit neuer, ungeahnter Entwicklung, einem kommenden gewaltigen Aufschwung zuzusteuern.

Die gleichen Kräfte sind auch in Oesterreich-Ungarn tätig. Unsere Wirtschaft ist ja selbstverständlich weniger robust als jene Deutschlands, dessen Reichthum und industrielle Vorherrschaft eine viel längere Entwicklungsperiode durchmessen hat, Proben ungeahnter Widerstandsfähigkeit und zäher Beharrlichkeit haben aber auch wir geliefert. Für die Befriedigung der legitimen Kreditansprüche werden die erforderlichen Organisationen spät, aber sicher nicht zu spät geschaffen; sie werden jetzt, da der Abbau des Moratoriums auch wieder sukzessiv steigende Zahlungserfordernisse hervorruft, wesentlich dazu beitragen, der Kreditnot zu steuern und manche schwächer gefügte geschäftliche Existenzen vor dem Zusammenbruche zu retten. Die Banken haben den ersten Ansturm ertragen, ohne daß auch nur die kleinste von ihnen erschüttert worden wäre. Die Geschäftstätigkeit der Bankinstitute ist jetzt sehr eingeschränkt, in ihren Bureaus herrscht große Stille. Eine jede Bank ist bestrebt, sich möglichst klüßig zu halten, Bargeld aufzuhäufen, und diese Politik erzeugt naturgemäß Zurückhaltung in der Kreditgewährung. Die große Industrie hat bei den Zentralbanken ihre Kreditstelle, die kleinen Fabriks- und Handelsfirmen sind auf die im Entstehen begriffenen Kriegskreditbanken angewiesen. Die allerdringendsten Erfordernisse werden befriedigt, für die Fortführung der Betriebe, für die Zahlung von Löhnen, Mieten und die Materialbeschaffung werden die nötigen Summen zur Verfügung gestellt. Diese Verborgungen bewegen sich naturgemäß in engen Grenzen; nur jene Industrien, die ärarische Bedarfsartikel erzeugen, haben größeren Geldbedarf, der von den kontrollierenden Banken in voller Höhe beschafft werden muß. Neue Pläne sind in solchen Zeiten zurückgestellt, das Anlage- und Effekten-

geschäft ruht gänzlich, die Tätigkeit der Banken beschränkt sich auf die Entgegennahme und Verwaltung der Einlagen, auf die allerdringendsten Kredite, auf die Errichtung des Notbaues, unter dem die heimische Kreditwirtschaft das tobende Unwetter gesichert überdauern kann.

Die finanziellen Ergebnisse der Banken werden durch diese Sachlage ohne Zweifel ungünstig beeinflusst werden. Die ersten sieben Monate hatten noch normales Geschäft, für den Rest des Jahres steigert der hohe Zinsfuß die Gewinne aus der Verwertung des eigenen Kapitals und der fremden Gelder, soweit sie an die geschäftlichen Schuldner verborgt sind. Andererseits sind wichtige, sonst sehr gewinnbringende Geschäftszweige ausgeschaltet, manche Filialen im Norden und Süden aufgelassen, während der kostspielige Apparat aufrechterhalten werden muß. Die üblichen Halbjahresabschlüsse sind nicht veröffentlicht worden, was begreiflich erscheint, da sich die Lage im zweiten Semester so grundlegend gewendet hat. Auf Gewinn undmäßige Dividenden wird, soweit jetzt ein Ueberblick möglich ist, bei den Banken fast durchgehends gerechnet. Das größere oder geringere Ergebnis eines einzigen Ausnahmestjahres ist für die Aktionäre von nebensächlicher Bedeutung. Maßgebend ist es, ob Verluste erlitten worden sind, welche das Bankkapital wesentlich schwächen könnten. Solange das Moratorium dauert, läßt sich diese Frage nicht mit Sicherheit beantworten. Einbußen an Debitoren werden schwerlich ganz zu vermeiden sein, namentlich bei solchen Instituten, die Filialen in den vom Kriege am stärksten berührten Gebieten besitzen oder dorthin größere Kredite gewährt haben. Auch am Effektenbesitze werden manche Abschreibungen nötig sein, deren Höhe sich allerdings erst nach der Wiedereröffnung der Börsen abschätzen lassen wird. Die meisten Banken haben im Laufe der Jahre aus den verschiedenen Aktienemissionen und unverteilten Gewinnen offene und interne Reserven angesammelt, die in derart außerordentlichen Fällen herangezogen werden können. Die Aufzehrung solcher Rücklagen zwingt für einige Zeit zur Zurückhaltung in der Dividendenpolitik; die Früchte früherer Sparsamkeit werden den Banken aber jetzt zugute kommen und sie in die Lage versetzen, die Kreditkrise, die der Weltkrieg mit Notwendigkeit ausgelöst hat, gut zu überstehen.

8.7.X. 1914.

**Präsident Dr. Sylvester über die
Schaffung eines Wehrgürtels.**

Salzburg, 7. Oktober. (Privattelegramm des „Neuen Wiener Journals“.) In einer Versammlung des Deutschfreihheitlichen Volksbundes hielt der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester eine Rede, in welcher er unter anderem ausführte: Es müsse rechtzeitig die Ausgestaltung der Zukunft in Berücksichtigung gezogen werden. Er habe deshalb schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, daß eine mitteleuropäische Verwaltungs- und Wirtschaftsgemeinschaft bei dem künftigen Friedenswerke in Aussicht genommen werden müsse, weil die Kriegsgemeinschaft dargetan hätte, daß nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden die wirtschaftlichen Verhältnisse so gestaltet werden müssen, daß sie in jeder Lage standhalten. Mitteleuropa sei in der Lage, so viel Brot und Vieh zu produzieren, daß es sich selbst genügen könne. Auch sei es notwendig, schon jetzt an die Sicherung des künftigen Wirtschaftsgebietes zu denken. In Deutschland wurde wiederholt Anregung zur Schaffung eines Wehrgürtels an der Westgrenze im Elsaß und in Lothringen gegeben. England hat im Meere einen natürlichen Wehrgürtel. Für Festlandsreiche werde es künftig notwendig sein, einen künstlichen Wehrgürtel zu schaffen, dem eine militärische Organisation und eine militärische Verwaltung zugrunde liegt.

Lügen über Wien.

Eine Gegenaktion des Bürgermeisters.

Die Rathauskorrespondenz meldet: Von den Blättern des Staates des Dreiverbandes werden geradezu unerhört törichte Lügen über die wirtschaftliche Lage in Wien verbreitet, die leider auch in den Tagesblättern neutraler Staaten Aufnahme finden. So wird in der New York Press geschrieben, daß in Wien Hungersnot herrsche, daß es hier 250.000 Arbeitslose gebe, deren Zahl in stetigem Steigen begriffen sei, die Geschäfte in Wien seien geschlossen und alle Leute ganz verzweifelt. Dies nur ein Beispiel.

Infolgedessen hat gestern der Stadtrat auf einen Antrag des Bürgermeisters Dr. Weisfirchner beschlossen, allwöchentlich Mitteilungen über die wahre wirtschaftliche Lage in Wien, über die Versorgung unserer Stadt mit Lebensmitteln, eine vergleichende Statistik der Lebensmittelpreise zwischen unseren Tagen und der gleichen Zeit des Vorjahres, die Auftriebe auf unserem Markte, über den Stand der Arbeitslosen, über die im Laufe befindlichen städtischen Arbeiten, kurz und gut über alle jene einschlägigen Verhältnisse, die dem objektiven Beobachter die wahre Lage zu erfassen Gelegenheit geben, an alle Hauptstädte der neutralen Staaten zu schicken, und hofft, daß die Gemeindeverwaltungen dieser Hauptstädte in loyaler Betätigung städtischen Gemeinnes diesen Mitteilungen die breiteste Publizität verleihen werden.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 83.

Dienstag den 13. Oktober 1914.

Jahrgang XXIII.

Abonnementspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare a 20 Heller im Rathause (l. t. Tabak-Traffik) und im Redaktionslokale I., Lichtenseldgasse 5, 1. Stock.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Insertaten-Aannahme bei Haasenstein & Vogler N.-G., I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Wien während des Krieges.

Von den Blättern der Staaten des Dreiverbandes werden geradezu unerhörte Lügen über die wirtschaftliche Lage in Wien verbreitet, welche leider auch in den Tagesblättern neutraler Staaten Aufnahme finden. So wird in der „New York Press“ geschrieben, daß in Wien Hungersnot herrsche, daß es daselbst 250.000 Arbeitslose gebe, deren Zahl in stetigem Steigen begriffen sei, die Geschäfte in Wien seien geschlossen und alle Leute ganz verzweifelt. Dies nur ein Beispiel.

Infolgedessen hat der Wiener Stadtrat in seiner Sitzung vom 8. Oktober über einen Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschlossen, allwöchentlich amtliche Mitteilungen über die wahre wirtschaftliche Lage in Wien, über die Versorgung unserer Stadt mit Lebensmitteln, eine vergleichende Statistik der Lebensmittelpreise zwischen unseren Tagen und der gleichen Zeit des Vorjahres, die Austriebe auf unserem Markte, über den Stand der Arbeitslosen, über die im Laufe befindlichen städtischen Arbeiten, kurz über alle jene einschlägigen Verhältnisse, welche dem objektiven Beobachter die wahre Lage zu erfassen Gelegenheit geben, an die großen Städte des verbündeten Deutschen Reiches und der neutralen Staaten zu schicken und hofft, daß die Gemeindeverwaltungen dieser Städte in loyaler Betätigung städtischen Gemeinfinns diesen Mitteilungen die breiteste Publizität verleihen werden. —

Die zehnte Kriegswoche liegt hinter uns, aber von eigenem Kriegsnot ist in Wien bisher nicht viel zu vernehmen. Auch wir hatten zwar in den ersten Tagen der Mobilisierung unseren Markt- und Hartgeldrummel, auch bei uns ist Handel, Gewerbe und Industrie nicht unversehrt geblieben und namentlich was auf Export, Fremdenverkehr und Luxus berechnet liegt, wie überall auch hier darnieder.

Da aber von der Wiener Bevölkerung über 100.000 Männer im Felde stehen und alles, die Gemeindeverwaltung voran, auf die

Schaffung von Verdienstmöglichkeiten

nicht gewesen ist und auch der Krieg selbst solche schafft, kann von Arbeitslosigkeit in ungewöhnlichem Umfange bis jetzt nicht gesprochen werden. Dies geht schon aus der Gegenüber-

stellung der Statistik des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes pro 1913 und 1914 hervor, die in den Monaten August und September

	1913	1914
Stellenangebote	54.872	50.492
Stellengesuche	64.244	60.150
Vermittlungen	42.053	48.276

verzeichnet.

Die Gemeinde hat nicht nur alle in ihrem Voranschlage enthaltenen

Arbeiten und Lieferungen aufrechterhalten,

sondern noch darüber hinaus Vergabungen und Bestellungen vorgenommen. Bei den vom Stadtbauamte geführten

Sonder-Abdruck.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 83.

Dienstag den 13. Oktober 1914.

Jahrgang XXIII.

Wien während des Krieges.

Von den Blättern der Staaten des Dreiverbandes werden geradezu unerhörte Lügen über die wirtschaftliche Lage in Wien verbreitet, welche leider auch in den Tagesblättern neutraler Staaten Aufnahme finden. So wird in der „New York Press“ geschrieben, daß in Wien Hungersnot herrsche, daß es daselbst 250.000 Arbeitslose gebe, deren Zahl in stetigem Steigen begriffen sei, die Geschäfte in Wien seien geschlossen und alle Leute ganz verzweifelt. Dies nur ein Beispiel.

Infolgedessen hat der Wiener Stadtrat in seiner Sitzung vom 8. Oktober über einen Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschlossen, allwöchentlich amtliche Mitteilungen über die wahre wirtschaftliche Lage in Wien, über die Versorgung unserer Stadt mit Lebensmitteln, eine vergleichende Statistik der Lebensmittelpreise zwischen unseren Tagen und der gleichen Zeit des Vorjahres, die Auftriebe auf unserem Markte, über den Stand der Arbeitslosen, über die im Laufe befindlichen städtischen Arbeiten, kurz über alle jene einschlägigen Verhältnisse, welche dem objektiven Beobachter die wahre Lage zu erfassen Gelegenheit geben, an die großen Städte des verbündeten Deutschen Reiches und der neutralen Staaten zu schicken und hofft, daß die Gemeindeverwaltungen dieser Städte in loyaler Betätigung städtischen Gemeinnsinn diesen Mitteilungen die breiteste Publizität verleihen werden. —

Die zehnte Kriegswoche liegt hinter uns, aber von eigentlicher **Kriegsnot ist in Wien bisher nicht viel zu verspüren.** Auch wir hatten zwar in den ersten Tagen der Mobilisierung unseren Markt- und Hartgeldrummel, auch bei uns ist Handel, Gewerbe und Industrie nicht unverschont geblieben und namentlich was auf Export, Fremdenverkehr und Luxus berechnet ist, liegt, wie überall auch hier darnieder.

Da aber von der Wiener Bevölkerung über 100.000 Männer im Felde stehen und alles, die Gemeindeverwaltung voran, auf die

Schaffung von Verdienstmöglichkeiten

bedacht gewesen ist und auch der Krieg selbst solche schafft, kann von Arbeitslosigkeit in ungewöhnlichem Umfange bisher nicht gesprochen werden. Dies geht schon aus der Gegenüber-

stellung der Statistik des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes pro 1913 und 1914 hervor, die in den Monaten August und September

	1913	1914
Stellenangebote	54.872	50.492
Stellengesuche	64.244	60.150
Bemittlungen	42.053	48.276

verzeichnet.

Die Gemeinde hat nicht nur alle in ihrem Voranschlage enthaltenen

Arbeiten und Lieferungen aufrechterhalten,

sondern noch darüber hinaus Vergabungen und Bestellungen vorgenommen. Bei den vom Stadtbauamte geführten

Sonder-Abdruck

Bauarbeiten

Wurden anfangs Oktober 3227 Arbeiter beschäftigt und auch die private Bautätigkeit, die unter der allzu vorsichtigen Zurückhaltung der Kreditinstitute zu leiden hatte, beginnt allmählich wieder zu heben.

Besonders wohlthätig wirkt auf das wirtschaftliche Leben die staatliche

Unterstützung der Familien

Der Eingerückten: über 80.000 Familien erhalten einen Monatszug von fast 7 Millionen Kronen, der dem laufenden Geschäftsverkehre zugute kommt. Bezeichnend ist, daß während der Kriegsdauer im k. k. Versäsamte um 1.600.000 Kronen Pfänder ausgelöst worden sind. Auch die

Sparkasseneinlagen

haben nach kurzem Abfall während der Mobilisierungszeit bei allen Instituten wieder zugenommen. Beispielsweise war in der Central-Sparkassa der Gemeinde Wien der Einlagenstand am 6. Oktober d. J. um

17 Millionen Kronen höher

als am gleichen Tage des Vorjahres. Die

Lebensmittelversorgung Wiens

ist eine vollkommen ausreichende. Milch, Gemüse, Obst und Kartoffel kommen aus der Umgebung in Menge herein, die Auftriebe auf dem Rindviehmarke sind sogar größer als um die gleiche Zeit des Vorjahres (6016 Stück am 6. Oktober 1914 gegen 4130 Stück am 6. Oktober 1913), was allerdings zum Teile auf den verstärkten Bedarf der Militärkonserven-Erzeugung zurückzuführen ist. Auch an Schweinen kein Mangel (19.185 Stück am 6. Oktober 1914 gegen 15.835 Stück am 7. Oktober 1913).

Dabei sind im

Kleinhandel

die Lebensmittelpreise im allgemeinen nur mäßig gestiegen, was aus nachstehender marktämtlicher Gegenüberstellung hervorgeht.

Es notierten beispielsweise in der ersten Oktoberwoche 1913, beziehungsweise 1914:

	1913 Kronen	1914 Kronen
Rindfleisch per Kilogramm	1.60—2.60	1.60—2.60
Schweinefleisch "	1.60—3.00	2.00—3.00
Kartoffeln "	0.08—0.14	0.10—0.18
Knoblauch "	0.12—0.20	0.22—0.28
Wolken "	0.40—0.70	0.54—0.76
Wies "	0.40—0.72	0.48—0.88
Reizmehl (Auszugmehl) "	0.36—0.44	0.60—0.62
Schweineschmalz "	1.84—2.20	1.76—2.00
Speck, geräuchert "	1.76—2.08	1.60—2.00
Butter "	3.0—4.24	3.40—4.20
Schbutter "	2.0—3.20	2.40—3.20
Margarine "	1.80—2.20	1.60—2.10

	1913 Kronen	1914 Kronen
Sauerkraut per Kilogramm	0.24—0.30	0.24—0.28
Eier " Stück	0.08—0.10	0.10—0.12
Vollmisch " Liter	0.26—0.32	0.26—0.32
Magermilch " "	0.20—0.26	0.20—0.24

Milch, Rindfleisch, Schweinefleisch, Butter und Zucker haben mithin die vorjährigen Preise behauptet. Schweineschmalz, Speck und Kraut sind sogar billiger.

Die MehlpPreissteigerung wird hauptsächlich durch die Zurückhaltung der großen Getreidevorräte der heurigen Ernte verursacht, so daß von einem entschiedenen Eingreifen der Regierung Abhilfe zu erwarten ist.

Was die

gesundheitlichen Verhältnisse

Wiens anbelangt, so sind ihr bester Schutz die tadellose Wasserversorgung und Kanalisierung. Daß die von den Kriegsschauplätzen ankommenden Verwundeten und Flüchtlinge vereinzelt ansteckende Krankheiten mit sich bringen, ist wohl unvermeidlich, doch wird ihre Weiterverbreitung durch einen wohlorganisierten Sanitätsdienst wirksam verhütet. Der Gesundheitszustand der ortsansässigen Bevölkerung ist daher ein vollkommen befriedigender und die Sterblichkeitsziffer mit 13.7 Promille sogar etwas günstiger als im Vorjahre.

Eine große Anzahl von

Hilfs-Komitees,

bestehend aus Männern und Frauen ohne Unterschied der Parteirichtung, haben sich in patriotischer opferfreudiger Hingebung geeinigt, um durch zielbewusste Tätigkeit wirtschaftliches Ungemach für die breiten Schichten zu beseitigen oder hintanzuhalten, eine weit ausgreifende öffentliche Ausspeisung ist sorgfältig vorbereitet, von derselben machen gegenwärtig rund 15.000 Personen, darunter hauptsächlich Frauen und Kinder, Gebrauch.

Der

Schulunterricht ist im ungestörten Gange.

Alle Parteikämpfe schweigen; die Wiener Bevölkerung ist einig und entschlossen, den Gang des wirtschaftlichen Lebens aufrecht zu halten.

Auch die

Verwaltung

erfüllt im Bewußtsein ihrer Verantwortung die erhöhten Aufgaben, die ihr nun obliegen, mit Ruhe und Ernst. Zum Beweise dessen hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung einmütig mit den Stimmen aller Parteien dem

Bürgermeister weitgehende Vollmachten

in Betreff der Führung der Geschäfte erteilt. Die Regierung hat diesen Beschluß genehmigend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:
Dr. Richard Weiskirchner.

Die amtlichen Wochenberichte der Gemeinde Wien.

Die Antwort auf die Lügen der Tripelente.

Wien, 13. Oktober.

In der Presse der feindlichen Staaten werden die unerhörtesten Behauptungen über die durch den Krieg für Wien geschaffene Sachlage verbreitet. Um denselben wenigstens bei allen objektiv Denkenden entgegenzutreten, hat bekanntlich der Stadtrat beschlossen, wöchentlich amtliche Berichte über alle Zweige der Volkswirtschaft in der Reichshauptstadt zu veröffentlichen. Der erste dieser Berichte, dessen Bedeutung wir an anderer Stelle des vorliegenden Blattes erörtern, ist heute erschienen.

Derselbe lautet:

Schaffung von Verdienstmöglichkeiten.

„Die zehnte Kriegswoche liegt hinter uns, aber von eigentlicher Kriegsnot ist in Wien bisher nicht viel zu verspüren. Auch wir hatten zwar in den ersten Tagen der Mobilisierung unseren Markt- und Hartgeldrummel, auch bei uns ist Handel, Gewerbe und Industrie nicht unverschont geblieben und namentlich, was auf Export, Fremdenverkehr und Luxus berechnet ist, liegt wie überall auch hier darnieder. Da aber von der Wiener Bevölkerung über 100.000 Männer im Felde stehen und alles, die Gemeindeverwaltung voran, auf die Schaffung von Verdienstmöglichkeiten bedacht gewesen ist und auch der Krieg selbst solche schafft, so kann von Arbeitslosigkeit in ungewöhnlichem Umfang bisher nicht gesprochen werden.

Dies geht schon aus der Gegenüberstellung der Statistik des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes für 1913 und 1914 hervor, die in den Monaten August und September

	1913	1914
Stellenangebote . . .	54.872	50.492
Stellengesuche . . .	64.244	60.150
Vermittlungen . . .	42.053	48.276

verzeichnet.

Die Bauarbeiten.

Die Gemeinde hat nicht nur alle in ihrem Voranschlag enthaltenen Arbeiten und Lieferungen aufrechterhalten, sondern auch darüber hinaus Vergabungen und Bestellungen vorgenommen. Bei den vom Stadtbauamte geführten Bauarbeiten wurden Anfang Oktober 3227 Arbeiter beschäftigt und auch die private Bautätigkeit, die unter der allzu vorsichtigen Zurückhaltung der Kreditinstitute zu leiden hatte, beginnt allmählich sich wieder zu heben.

Die Unterstützung der Familien der Eingerrückten.

Besonders wohlthätig wirkt auf das wirtschaftliche Leben die staatliche Unterstützung der Familien der Eingerrückten: über 80.000 Familien erhalten einen Monatsbezug von fast 7 Millionen Kronen, der dem laufenden Geschäftsverkehre zugute kommt. Bezeichnend ist, daß während der Kriegsdauer im k. k. Bersagamble um 1.600.000 Kronen Pfänder ausgelöst worden sind.

Auch die Sparkasseneinlagen haben nach kurzem Abfall während der Mobilisierungszeit bei allen Instituten wieder zugenommen. Beispielsweise war in der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien der Einlagenstand am 10. Oktober d. J. um 17 Millionen Kronen höher als am gleichen Tage des Vorjahres.

Die Approvisionnement Wiens.

Die Lebensmittelversorgung Wiens ist eine vollkommen ausreichende. Milch, Gemüse, Obst und Kartoffeln kommen aus der Umgebung in Menge herein, die Antriebe auf dem Rindviehmarke sind sogar größer als um die gleiche Zeit des Vorjahres (6016 Stück am 5. Oktober 1914 gegen 4130 Stück am 6. Oktober 1913), was allerdings zum Teile auf den verstärkten Bedarf der Milchkonserven-Erzeugung zurückzuführen ist. Auch an Schweinen ist kein Mangel (19.185 Stück am 6. Oktober 1914 gegen 21.835 Stück am 7. Oktober 1913). Dabei sind im Kleinhandel die Lebensmittelpreise im allgemeinen nur mäßig gestiegen, was aus nachstehender marktfälliger Gegenüberstellung hervorgeht.

Es notierten beispielsweise in der ersten Oktoberwoche per Kilogramm (die ersten Zahlen bedeuten den Preis für 1913, die zweiten den für 1914):

Rindfleisch 1 K. 60 S. bis 2 K. 60 S., 1 K. 60 S. bis 2 K. 60 S.; Schweinefleisch 1 K. 60 S. bis 3 K., 2 K. bis 3 K.; Kartoffeln 8 S. bis 14 S., 10 S. bis 18 S.; Zwiebel 12 S. bis 20 S., 22 S. bis 28 S.; Färsen 40 S. bis 70 S., 54 S. bis 76 S.; Reis 40 S. bis 72 S., 48 S. bis 88 S.; Weizenmehl (Auszugmehl) 36 S. bis 44 S., 60 S. bis 62 S.; Schweineschmalz 1 K. 84 S. bis 2 K. 20 S., 1 K. 76 S. bis 2 K.; Speck, geräuchert, 1 K. 76 S. bis 2 K. 8 S., 1 K. 60 S. bis 2 K.; Teebutter 3 K. 40 S. bis 4 K. 24 S., 3 K. 40 S. bis 4 K. 20 S.; Kochbutter 2 K. 40 S. bis 3 K. 20 S., 2 K. 40 S. bis 3 K. 20 S.; Margarine 1 K. 80 S. bis 2 K. 20 S., 1 K. 60 S. bis 2 K. 10 S.; Sauerkraut 24 S. bis 30 S., 24 S. bis 28 S.

Eier notierten per Stück 1913 8 S. bis 10 S., 1914 10 S. bis 12 S.; Vollmilch notierte per Liter 1913 26 S. bis 32 S., 1914 26 S. bis 32 S.; Magermilch notierte per Liter 1913 20 S. bis 26 S., 1914 20 S. bis 24 S.

Milch, Rindfleisch, Schweinefleisch, Butter und Zucker haben mithin die vorjährigen Preise behauptet. Schweineschmalz, Speck und Kraut sind sogar billiger.

Die Mehlpriesteigerung wird hauptsächlich durch die Zurückhaltung der großen Getreidevorräte der heurigen Ernte verursacht, so daß von einem unterschiedenen Eingreifen der Regierung Abhilfe zu erwarten ist.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

Was die gesundheitlichen Verhältnisse Wiens anbelangt, so sind ihr bester Schutz die tadellose Wasserversorgung und Kanalisierung. Daß die von den Kriegsschauplätzen ankommenden Verwundeten und Flüchtlinge vereinzelt ansteckende Krankheiten mit sich bringen, ist wohl unvermeidlich, doch wird ihre Weiterverbreitung durch einen wohlorganisierten Sanitätsdienst wirksam verhütet. Der Gesundheitszustand der ortsanfässigen Bevölkerung ist daher ein vollkommen befriedigender und die Sterblichkeitsziffer mit 13,7 Promille sogar etwas günstiger als im Vorjahre.

Die Hilfskomitees.

Eine große Anzahl von Hilfskomitees, bestehend aus Männern und Frauen ohne Unterschied der Parteirichtung, haben sich in patriotischer opferfreudiger Hingebung geeinigt, um durch zielbewusste Tätigkeit wirtschaftliches Ungemach für die breiten Schichten zu besänftigen oder hintanzuhalten, eine weit ausgreifende öffentliche Ausspeisung ist sorgfältig vorbereitet, von derselben machen gegenwärtig rund 15.000 Personen, darunter hauptsächlich Frauen und Kinder, Gebrauch.

Das Unterrichtswesen.

Der Schulunterricht ist im ungestörten Gange.

Alle Parteikämpfe schweigen; die Wiener Bevölkerung ist einig und entschlossen, den Gang des wirtschaftlichen Lebens aufrechtzuhalten. Auch die Verwaltung erfüllt im Bewußtsein ihrer Verantwortung die erhöhten Aufgaben, die ihr nun obliegen, mit Ruhe und Ernst. Zum Beweise dessen hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung einmütig mit den Stimmen aller Parteien dem Bürgermeister weitgehende Vollmachten in betreff der Führung der Geschäfte erteilt. Die Regierung hat diesen Beschluß genehmigend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

14./X. 1914.

Wien während des Krieges.

Der erste Rechenschaftsbericht der Gemeinde.

Wien, 13. Oktober.

Es entbehrt für den Wiener gegenwärtig keineswegs eines gewissen Reizes, wenn er auf Umwegen erfährt, wie schlecht und elend es ihm geht, wenn ihm einer jener englischen oder französischen Berichte in die Hand gerät, die unsere Stadt und ihre augenblickliche Lage in den schwärzesten Farben schildern und mehr oder weniger unverblümt andeuten, daß nur die vorgeschrittene Jahreszeit daran Schuld trägt, wenn nicht zwischen den Pflastersteinen auf dem Graben oder in der Kärntnerstraße das Gras zu sprießen beginnt. So etwas liest sich recht behaglich in einer Stadt, deren Antlitz keinen einzigen ihrer liebenswürdigen und gewinnenden Züge eingebüßt hat, die nur eine neue Schönheit gewonnen hat, die der ernstesten Gefäßtheit und des Kraftbewußtseins, gleich einer verwöhnten reizvollen Frau, die in den Stunden der Schicksalsprüfung zu wachsen scheint und an Würde und Hoheit zunimmt. Aber auch draußen in der Welt sollen unsere Gegner nicht länger unwidersprochen bleiben, die darauf sündigen, daß die Prüfung durch Augenschein erschwert oder unmöglich geworden ist. Es ist ein gesunder Gedanke, der in der vergangenen Woche zu einem Beschluß des Wiener Stadtrates geführt hat, daß nunmehr allwöchentlich offiziell Rechenschaft erstattet werden soll über die wahre wirtschaftliche Lage unserer Stadt. Den Wienern werden die Zahlen, die hier aufmarschieren, keine sonderliche Ueberraschung bieten. Wir wissen am besten, wie rasch wir uns wieder gefunden haben, wie wir alle zurückgekehrt sind zum normalen Handel und Wandel. Aber diese offiziellen Rechenschaftsberichte sollen weit hinausgehen über das Weißbild unserer Stadt. Wir werden sie in die großen Städte des Deutschen Reiches senden; aber auch in die neutralen Staaten, und von dort sollen sie ihren Weg finden in die Länder der Entente, wo heute Schauermärchen über die Verhältnisse in der österreichischen Hauptstadt verbreitet und mit mehr oder weniger Behagen geglaubt werden.

Der Rechenschaftsbericht Nr. 1 der Stadt Wien ist heute erschienen. Er führt eine kräftige und deutliche Sprache und sagt unumwunden, daß von eigentlicher Kriegsnot in Wien bisher nicht viel zu verspüren war. Der Bericht verschmäht Leisetreierei und Schönfärberei. Er weckt sogar mit einer unverkennbaren Absichtlichkeit die Erinnerung an die Tage, da das Hartgeld aus dem Wiener Verkehr geschwunden schien, da alles Silber- und Nickelgeld, das nicht mit den mobilisierten Soldaten unsere Stadt verlassen hatte, sich in alte Strümpfe oder noch verschwiegenere Bestände zurückgezogen hatte. Auch an die Tage erinnert der Bericht, in denen Unverstand der einen und unzeitgemäße Profitgier der anderen zu kleinen Markttrummeln führte und ein Teil der Wiener Kaufmannschaft fatalistisch die Hände in den Schoß legte und sich gottergeben damit abzufinden schien, daß mit Kriegsausbruch auch Handel und Verkehr in Stöcken geraten seien. Der Bericht weiß aber davon zu erzählen, daß diese Periode der Irrungen und Wirrungen überwunden ist, daß die Kaufkraft und Kauflust der Bevölkerung von Tag zu Tag wieder sichtlich zunimmt. Es gibt kaum deutlichere und gleichzeitig erfreulichere Symptome für die Wirtschaftslage der Gesamtheit, als zwei schlichte in dem Bericht mitgeteilte Zahlen. Die eine: 1.600.000. Um so viel Kronen sind Pfänder während der Kriegsdauer im 1. Bezirksamte ausgelöst worden. Die andere Zahl ist freilich imposanter: 17 Millionen. Um so viel Kronen war nämlich am Samstag der vergangenen Woche, am 10. Oktober, der Einlagenstand der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien höher als am gleichen Tage des Vorjahres, da alles im tiefsten Frieden lag und der Weltkrieg nur in den wildesten Träumen überspannter Phantasten spukte.

Unsere Freunde in Paris, in London und in Petersburg haben mit uns ein rührendes Mitleid, ein beinahe ebenso herzliches, ebenso ehliches und tiefinniges wie mit den Berlinern, von denen ihre Blätter erzählen, sie seien bereits auf Klaffenfleisch angewiesen. Auch unsere Stadt ist nach Ententeberichten von Hungersnot bedroht. Auch an der Donau haben die Lebensmittelpreise eine schwindelnde Höhe erreicht. Nun, wir wollen gewiß nicht in den Fehler verfallen, urplötzlich Wien als billiges Pflaster auszusprechen. Aber es verdient immerhin angemerkt zu werden, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise eine ganz mäßige ist, daß Rindfleisch und Milch, Butter und Zucker die vorjährigen Preise behauptet haben, daß Schweineschmalz, Speck und Kraut sogar billiger geworden sind.

Daß Wien die gesündeste Hauptstadt des Kontinents ist, haben freilich auch unsere erbittertsten Gegner nicht anzuzweifeln gewagt. Wien mit seiner tadellosen Wasserversorgung, mit seiner glänzenden Kanalisierung ist den epidemischen Krankheiten, jenen schler unausweichlichen Folgen des Krieges gegenüber ganz anders gewappnet als irgendeine zweite Stadt des Kontinents. Der Sanitätsdienst ist mit Fleiß, Eifer und Umsicht organisiert worden und der Bericht darf rühmend hervorheben, daß der Gesundheitszustand der ortsansässigen

Bevölkerung ein vollkommen befriedigender ist, daß die Sterblichkeitsziffer sich sogar günstiger darstellt als im Jahre 1913.

Der Bericht des Bürgermeisters gipfelt in dem Satz: Alle Parteikämpfe schweigen. Die Wiener Bevölkerung ist einig und entschlossen, den Gang des wirtschaftlichen Lebens aufrechtzuhalten. Damit ist die Stimmung der Wiener Bevölkerung kurz und glücklich charakterisiert. Um das Wort eines Vorgängers des Bürgermeisters zu variieren, Wien ist keine glückliche Insel, es schwimmt im großen Strom der Weltereignisse, aber die Wiener, die zu Hause geblieben sind, bemühen sich der Hunderttausend Wert zu sein, die unsere Stadt ins Feld gesendet hat.

Nach dem Berichte und Antrage des **Bürgermeisters Dr. Weiskirchner** wird beschlossen:

Mit Rücksicht auf die fortgesetzten Lügen der Presse der der Tripelentente angehörigen Staaten wird der Bürgermeister ermächtigt, allwöchentlich eine Mitteilung über den Stand der wirtschaftlichen

Lage in Wien, insbesondere über die Approvisionnement, über die fortlaufenden städtischen und privaten Bauten, über den Auftrieb auf dem Marktverkehr, über die öffentliche Auspeisung und andere einschlägige, zur Beurteilung der Lage in Wien wichtige Daten an die Hauptstädte aller neutralen Staaten zu versenden.

Landbevölkerung und Industrie.

Das heute erschienene „Wiener Diözesanblatt“ enthält eine bemerkenswerte und sehr zeitgemäße Aufforderung des Wiener fürsterzbischöflichen Ordinariats an die Pfarrämter auf dem Lande, die Bevölkerung im Interesse der Volkswirtschaft aufzuklären und zum Ankauf der notwendigen landwirtschaftlichen Geräte zu ermuntern, um auf diese Weise unserer heimischen Industrie zu Hilfe zu kommen. Das „Wiener Diözesanblatt“ schreibt:

„Die Seelsorger auf dem Lande werden ersucht, die Landbautreibende Bevölkerung in geeigneter Weise zu belehren, daß es nicht bloß in deren eigenem Interesse gelegen sei, sondern auch derzeit eine patriotische Tat bedeute, wenn dieselbe durch die heurige gute Ernte und die gegenwärtig hohen Verkaufspreise des Getreides sich veranlaßt sieht, unserer einheimischen, gegenwärtig mit den größten Schwierigkeiten kämpfenden Industrie durch Bestellung und Ankauf landwirtschaftlicher Geräte oder Gebrauchsgegenstände einigermaßen zu Hilfe zu kommen. Es besteht auf dem Lande vielfach die Gefahr, daß die bäuerliche Bevölkerung trotz der Erhöhung ihres Einkommens heuer mit Ankäufen zurückhalte und ihre Ersparnisse in Noten thesauriere. Es ist daher die ländliche Bevölkerung aufzuklären, daß sie nicht bloß im Interesse der Volkswirtschaft sondern auch im eigenen Interesse handelt, wenn sie das relativ größere Einkommen des heurigen Jahres nicht in Geldnoten, sondern in für den landwirtschaftlichen Betrieb notwendigen Gegenständen von greifbarem Wert anlegt, um so mehr, als wahrscheinlich im Laufe der Entwicklung nach dem Krieg ein Steigen der Preise aller Bedarfsgegenstände eintreten dürfte.“

20/X 1914.

Die Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Besserung.

Beobachtungen eines hervorragenden Wirtschaftspolitikers.

Wien, 19. Oktober.

In manchen Industriezweigen, die durch den Krieg ins Stocken gerieten, zeigen sich Anfänge der Belebung. Es wäre dies in viel höherem Maße der Fall, wenn in mehreren wichtigen Rohmaterialien (Wolle, Jute, Rohöl) die Versorgung eine bessere wäre. Sehr hinderlich sind auch die noch immer vorhandenen Störungen in der Warenversandung nach einzelnen Gebieten. Am schwersten ist die Ueberwindung der aus dem Moratorium entspringenden Hindernisse. Man hört viele Klagen darüber, wie das Moratorium von den Bankstellen gehandhabt wird. Es bedeutet doch nur, daß der Schuldner nicht zahlen muß; nun werden die Wechsel von den Bankstellen aber meist überhaupt nicht präsentiert, so daß die Schuldner zur Zahlung gar nicht aufgefordert werden, auch wenn sie zu zahlen bereit wären. Ja, es ist Tatsache, daß dem Gläubiger, selbst wenn die Schuldner zahlen, dies von den Bankstellen nicht bekanntgegeben und gutgeschrieben wird. Die Industriellen und Kaufleute wissen daher nicht, wie sie daran sind, was für die Einräumung neuer Kredite und den ganzen Geschäftsverkehr ein schweres Hindernis ist. Hier wäre eine Besserung leicht herbeizuführen. Bei entsprechendem Vorgehen ist, wenn in Frankreich eine endgültige Entscheidung zugunsten der Deutschen gefallen sein wird, ein stärkerer Aufschwung des Wirtschaftslebens in Deutschland und auch bei uns zu erwarten. Die Unternehmer, welche die Flinte nicht ins Korn warfen, werden gut daran getan haben und den Vorsprung ausnützen können. Wer sich geschäftlich nicht für die kommenden friedlichen Zeiten vorbereitet, begeht einen schweren Fehler.

Inzwischen ist der Verbrauch und die Produktion im Inlande noch vielfach beschränkt. Die Konsumfähigkeit der Landwirtschaft ist aber nicht verringert und für einen beträchtlichen Teil des Konsumrückganges der industriellen Bevölkerung bieten die Heeresbestellungen Ersatz. Die Schwierigkeiten liegen zum großen Teil nicht in dem absoluten Rückgang, sondern in den großen Verschiebungen, die in unserer arbeitsteiligen Volkswirtschaft schwer durchzuführen sind. Die Arbeiter der Glasindustrie können nicht leicht in der Leder- und Schuhwarenindustrie Beschäftigung finden usw. Die Firmen, die Heereslieferungen haben, sind im eigenen Interesse bemüht, ihren Arbeiterstand zu vervollständigen. Aber es kommt doch nur zu häufig vor, daß auch solche Firmen — wie auch andere trotz des Krieges voll beschäftigte Betriebe — nicht so viel Arbeiter einstellen, als sie könnten, sondern die jetzt infolge der Krise gesteigerte Arbeitswilligkeit benützen, um mit einer geringeren Arbeiterzahl auszukommen. Auch zu Lohnreduktionen wird diese Sachlage benützt. In Deutschland ist in solchen Fällen energisch mit der Entziehung der Lieferungen vorgegangen worden.

Diese Umstände tragen viel dazu bei, daß die Arbeitslosigkeit noch immer steigt. Die Ausspeisung der Arbeitslosen ist zum Teil bereits durchgeführt und scheint im ganzen richtig organisiert zu sein. Zwei schwierige Fragen sind ungelöst: die Wohnungs- und die Kohlenfrage. Die Regierung hat den Hausherrn die Hauszinssteuer für die Fälle erlassen, in denen sie den Parteien den Zins erlassen. Dieser Fall ist aber eine Ausnahme. Viel häufiger kommt es vor, daß die Partei nicht zahlen kann und den Zins schuldig bleibt. Sie wird dann nur zu oft delogiert, weil der Hausherr die Steuer für sie entrichten müßte, obgleich er nicht weiß, ob er den Zins bekommt. Es wäre daher notwendig, daß ihm die Steuer in solchen Fällen gesundet und, wenn der Zins uneinbringlich ist, erlassen wird. Er hätte dann davon, daß er die Partei nicht delogiert, wenigstens keinen Schaden und würde es oft darauf ankommen lassen. So wie es jetzt ist, werden viele Arbeitslose delogiert; sie finden dann meist überhaupt keine Wohnung. Man wird die Sorge haben, wie man diese Familien im Winter auf öffentliche Kosten unterbringt, während die Wohnungen leerstehen, woraus weder Hausherrn noch der Fiskus einen Vorteil haben.

Eine schwere, beim Herannahen der kalten Zeit drängende Sorge ist die Beschaffung von Kohlen für die Arbeitslosen. Mit den Geldunterstützungen der Armenpflege ist da schwer zu helfen, weil diese doch nur einem geringen Teil der Betroffenen zukommen können. Die Verteilung von Kohle müßte auf ähnlicher Grundlage wie die Ausspeisung erfolgen; wer nicht imstande ist, sich Nahrung zu kaufen, hat auch kein Geld, um Kohle zu kaufen. Eine solche Aktion könnte sehr erleichtert werden, wenn einerseits die Kohlenwerke und Großhändler größere Mengen Kohlen zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen, andererseits die Bahnen diese Kohlen frachtfrei befördern würden. Die Opfer wären nicht zu bedeutend, da der größte Teil des Kohlenpreises auf die Frachtkosten, die Handelskosten und die allgemeine Regie der Kohlenwerke entfällt, an der durch die Förderung der für die Arbeitslosen bestimmten Quantitäten nichts geändert wäre. Dazu kommt, daß diese Mengen, wenn sie nicht geschenkt werden, doch nicht verkauft werden können, weil es eben den Arbeitslosen an den Mitteln fehlt. Die Feststellung derjenigen, die mit Kohle zu betreiben wären, würde keine Schwierigkeiten machen, weil die Verhältnisse der Arbeitslosen ohnedies schon wegen der Ausspeisungen und der Armenunterstützungen erhoben werden.

Die finanziellen Kriegsergebnisse.

Retorsionsmaßnahmen zwischen Deutschland und Frankreich.

Wien, 19. Oktober.

Der deutsche „Reichsanzeiger“ vom 17. Oktober enthält eine Bekanntmachung des Bundesrates, betreffend die Behandlung feindlicher Rollgüter, welche sich als Vergeltungsmaßnahmen gegen das unerhörte Vorgehen der französischen Regierung

darstellt. Die deutsche Regierung hat verfügt, daß Waren für Rechnung von Personen, welche in feindlichen Ländern ihren Wohnsitz haben und die noch nicht in den freien Verkehr getreten sind, vorläufig durch die Zollbehörden festgehalten werden. Der „Reichsanzeiger“ kann im Wege der Vergeltung anordnen, daß die festgehaltenen Waren zugunsten des Reiches eingezogen werden. Aus den eingezogenen Waren sind die Ansprüche im Inlande wohnhafter Personen wegen Aufwendungen auf die betreffenden Waren vorweg zu befriedigen.

Bezüglich der Meldung über die Konfiskation des beweglichen und unbeweglichen Eigentums der in Frankreich ansässigen österrichischen und deutschen Staatsangehörigen verlautet das Folgende: Der Justizminister hat allerdings die Konfiskation aller beweglichen und unbeweglichen Habe von Deutschen und Oesterreichern angeordnet, die in Frankreich, sei es allein oder in Gesellschaft mit Franzosen Handel, oder Industrie oder Gewerbe getrieben haben. Der Minister des Innern hat seinerseits die Präfekten angewiesen, die Justizbehörde unter Heranziehung der Handelskammern und der einschlägigen Berufssyndikate bei der Ausföderung derartiger Firmen zu unterstützen. Es handelt sich also vorläufig dabei nur um Geschäftsniederlassungen, was allerdings nicht ausschließt, daß später auch die Privatwohnungen der Deutschen heimgefrachtet werden können.

207 X. 1914.

Oesterreich-Ungarns Wirtschaft im gegenwärtigen Weltkrieg.

In dem heute hier eingelangten „Bankarchiv“ vom 15. d. wird unter dem Titel „Oesterreich-Ungarns Wirtschaft im gegenwärtigen Kriege“ von Professor Dr. Eugen v. Philippovich „Die allgemeine Lage der Finanzen und Volkswirtschaft in Oesterreich-Ungarn“ und von Geheimem Rat Professor Dr. Franz Klein „Die wirtschaftlichen und finanziellen staatlichen Kriegsmassregeln in Oesterreich“ in überaus interessanter und instruktiver Weise dargestellt.

Hofrat v. Philippovich bespricht zunächst die konstante Erhöhung der staatlichen Ausgaben in Oesterreich und in Ungarn, die zu einer starken Steuerbelastung der Volkswirtschaft führe. Es werde daher bei Wiederkehr normaler politischer Zustände die Sorge der Regierung die sein müssen, in der Verwaltung Ersparungen zu machen. Solche seien in Oesterreich vor allem auf dem Gebiete des Beamtenstatus möglich und not-

wendig. Auf Grund einer eingehenden Statistik der agrarischen und industriellen Produktion in beiden Reichshälften kommt Hofrat v. Philippovich zu der allgemeinen Schlussfolgerung, daß die volkswirtschaftliche Entwicklung in Oesterreich auf dem Gebiete der Industrie und der Kreditorganisation Fortschritte gemacht habe und dadurch für die Zukunft zu Hoffnungen berechtige, doch dürfe daraus noch nicht auf die augenblickliche Lage geschlossen werden. Die Jahre 1913 und 1912 brachten eine Depression, die in manchen Zweigen der Volkswirtschaft krisenähnliche Zustände zeitigte. Eine auf allen Gebieten des Konsums: Wohnung, Kleidung, Nahrung, Verkehrsmittel sich geltendmachende Teuerung habe zweifellos den Konsum geschwächt und den Absatz der aufstrebenden Industrie gehemmt. Die Ungunst der wirtschaftlichen Lage zeigte sich in wachsender Arbeitslosigkeit. Bei Erörterung des Geldwesens verweist Professor v. Philippovich darauf, daß die Bank für den Umlauf kleiner Zahlungsmittel gesorgt habe. In der Zeit vom 23. Juli bis 15. September wurden mehr ausgegeben als bis dahin: 20-Kronen-Noten 27,946,668 Stück, 10-Kronen-Noten 10,367,187 Stück, 2-Kronen-Noten 21,683,922 Stück, zusammen 705,973,074 K.; an Silberkurantmünzen und Teilmünzen bis zu einem Heller: 86,885,847 K. 29 S., im ganzen also 835,136,493 K. 29 S.

Justizminister a. D. Dr. Franz Klein kritisiert geistvoll und mit logischer Schärfe „Die wirtschaftlichen und finanziellen staatlichen Kriegsmassregeln in Oesterreich“.

Bezüglich der Deckung des Kriegsaufwandes bemerkt Excellenz Klein: „Die Finanzverwaltung nahm zuvörderst auf Grund einer kaiserlichen Verordnung vom 4. August 1914 ein mit Schatzscheiden gedecktes Lombarddarlehen auf, das vom österreichischen Konsortium zur Durchführung staatlicher Kreditoperationen, dem auch die Postsparkasse angehört, gewährt wurde. Die Bedingungen und die Höhe des gewährten Kredits sind nicht bekannt geworden. Die ungarische Finanzverwaltung hat ein gleiches Nebenkommen mit dem Konsortium der ungarischen Banken abgeschlossen. Es werden gewiß ernste sachliche Erwägungen für diese Entscheidungen maßgebend gewesen sein, es ist aber jedenfalls bedauerlich, daß man darauf verzichten mußte, mit der Schatzschemission sich unmittelbar an das Kapital besitzende Publikum zu wenden. Dem Deutschen Reich hat letztere Methode einen großen moralischen Triumph gebracht. Die Zeichnung der Kriegsanleihe war eine gewaltige politische und finanzielle Demonstration, die auf die prozigen Brablenreden des englischen Schatzkanzlers und das törichte Gerede von den silbernen Kugeln Englands, der letzten Milliarde und dem kurzen Atem Deutschlands zur rechten Zeit die richtige schallende Antwort gab.“

Dr. Klein unterzieht dann das Moratorium sowie die Geschäftsaufsicht einer ablehnenden Kritik, bespricht ferner die Kriegskreditbanken sowie die sonstigen wirtschaftlichen Kriegsmassregeln, wie verschärfte Marktaufsicht, Kontrolle der Lebensmittelpreise, Aufhebung der Getreidezölle, Ausfuhrverbote, und gelangt zu folgendem Schlusse:

Es gehen schließlich nach dem Gesagten wie im Frieden so auch in Kriegszeiten die Einrichtungen im Deutschen Reich und in Oesterreich in allem Wesentlichen parallel. Die ausgeführten Massregeln entsprangen einem plötzlichen Notstande und sind fast durchweg provisorischer Natur; deshalb darf man mit ihnen nicht allzu strenge ins Gericht gehen; nur möge man, wo Fehler passieren, diese tunlichst bald gutmachen. Es wäre wohl für jedermann die reinste Freude, wenn diese Gelegenheitsgesetze in ihrer Gesamtheit bald außer Geltung treten könnten. Ob dann wohl viel von den kollektiven Gesichtspunkten, die in ihnen vorherrschen, sich erhalten und in die Ordnungen des Friedens eindringen wird? In den letzten Jahren hatte es bisweilen den Anschein, als ob das zunehmende Persönlichkeitsbewußtsein und Verlangen nach subjektivem Glücke der Schätzung des Sozialen allgemach Abbruch tun wollte.

In den todesmüdig kämpfenden Heeren, im Bittern des Volkes um das Schicksal der Waffen, unter dem gleichen Druck der Not und ebenso im brandenden Jubel der Massen beim Einlangen guter Nachrichten zeigt sich aber doch, daß die Gesellschaft mehr als bloß äußerliche Regelung ist, die Idee des Zusammengehörens und des gegenseitigen sich Dienens und Aufopfern gewinnt darin, man kann sagen, sinnliche Realität. Die Schöpfungen der wirtschaftlichen und finanziellen Kriegsgesetzgebung sind, rechtsphilosophisch betrachtet, mehr als andre Normen Reinkulturen dieser Idee. In ihnen reizen sich Rechts- und Staatsordnung am bewußtesten von allen Rücksichten auf irgendwelche privaten Sonderinteressen los und lassen sich einzig von den Be-

dürfnissen und den Zielen des Staatsganzen leiten; es prädominiert in ihnen im höchsten Maße der staatlich-gesellschaftliche Selbsterhaltungswille. Das ist das Große in diesen Statuierungen, daß sie als eine Spezies für sich weit über ihren konkreten Inhalt hinaushebt. Es wäre ein Fortschritt, wenn einzelnes davon im Frieden aufrecht bliebe, doch wenn das auch nicht geschehen sollte, werden sie als gesteigertem Ausdruck des obersten Erfordernisses jeder Gesetzgebung historisch und politisch wichtige Dokumente sein.

Der Krieg und die Volkswirtschaft.

Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

Die heutige Sitzung des Permanenzkomitees beschäftigte sich mit einer Reihe hochwichtiger Angelegenheiten. Zunächst wurde eine eingehende Diskussion der in England und Frankreich von Staats wegen verfügten Konfiskationen von Privateigentum und erlassenen Handelsverbote durchgeführt. Als Grundlage diente ein über diese Fragen vom Bureau der Kammer erstatteter Bericht, welcher sowohl die in Frankreich und England getroffenen gesetzlichen Verfügungen als auch die in Deutschland in dieser Hinsicht erlassenen Retorsionsmaßnahmen behandelt. Das Permanenzkomitee beschloß, bei der k. k. Regierung die eheste Suspension aller vor Kriegsausbruch mit den feindlichen Staaten abgeschlossenen und die Annullierung der nach Kriegsbeginn etwa eingegangenen Handelsgeschäfte im Wege der Vergeltung zu beantragen. Zahlungen in das feindliche Ausland, auch durch Vermittlung dritter Personen wären unter Strafsanktion zu verbieten. Weiters wären die im Zollverschluß befindlichen Feindesgüter mit Beschlagnahme zu belegen und Geschäftsbetriebe feindlicher Unternehmungen unter Staatsaufsicht zu stellen; auch den vom feindlichen Auslande finanzierten inländischen Unternehmungen wäre entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit Zahlungen in die Feindesstaaten unter allen Umständen hintangehalten werden. Auf dem Gebiete des Patentwesens wird die Anwendung der Vergeltung im Sinne des § 31 des Patentgesetzes der Regierung nahegelegt.

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen des Permanenzkomitees bildete die Vereinfachung und Verbilligung der Wechselproteste, in welcher Beziehung verschiedene, dem Bedürfnisse der Kaufmannschaft entsprechende Erleichterungen anzustreben sind. Zur Verbilligung des Protestverfahrens ist vor allem eine Vereinfachung der Protesturkunden nach Form und Inhalt notwendig, in der Art, daß auf dem Wechsel selbst ein entsprechender kurzer Vermerk einzusetzen wäre. Die Proteste wären grundsätzlich jenen Notaren zu übergeben, in deren Gemeindebezirk der Protestat wohnt oder sein Geschäftslokal besitzt. Den Regrenehmern wäre an Stelle der bisherigen Protesturkunde nur eine Beglaubigungsabschrift des Wechsels mit dem Protestvermerk auszuhändigen.

Weiters befaßte sich das Permanenzkomitee mit der Bestellung der Aufsichtspersonen für die Geschäftsaufsicht, welche vielfach über Vorschlag des Schuldners erfolgt. Die Herausgabe einer Durchführungsverordnung, um die Interessen des Gläubigers zu schützen, erscheint dringend notwendig. Diese Frage hängt allerdings mit der Reform der Konkursordnung, der Einführung des Vor Konkurses und des Ausgleichsverfahrens eng zusammen. Falls die Reform der Konkursordnung in nächster Zeit durchgeführt werden sollte, dürfte die Erlassung einer eigenen Durchführungsverordnung über die Geschäftsaufsicht, welche ja nur ein Provisorium darstellt, nicht notwendig sein. Eine Eingabe des Kreditorenvereins, welche die Einführung einer Geschäftsaufsicht auch für Bosnien und die Herzegowina in Anregung bringt, fand die Befürwortung des Permanenzkomitees.

Gemäß einer Mitteilung des bei der Sitzung anwesenden Vertreters des Justizministeriums werden alle industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Körperschaften der Provinz darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, Vorschläge und Anträge betreffend den weiteren Abbau des Moratoriums längstens bis Mitte November an das Justiz- und Handelsministeriums bekanntzugeben. Um die entsprechende Zentralisierung der Vorarbeiten zu sichern, wird diesen Körperschaften nahegelegt, Kopien ihrer Eingaben auch dem bei der Kammer bestehenden Permanenzkomitee einzusenden.

Aktuelle Wirtschaftsfragen.

Die gestrige Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigte sich mit einer Reihe höchwichtiger Angelegenheiten. Zunächst wurde eine eingehende Diskussion der in England und Frankreich von Staats wegen verfügten Konfiskationen von Privateigentum und erlassenen Handelsverbote durchgeführt. Als Grundlage diente ein über diese Fragen vom Bureau der Kammer erstatteter Bericht, der sowohl die in Frankreich und England getroffenen gesetzlichen Verfügungen als auch die in Deutschland in dieser Hinsicht erlassenen Retorsionsmaßnahmen behandelt. Das Permanenzkomitee beschloß, bei der Regierung die eheste Suspension aller vor Kriegsausbruch mit den feindlichen Staaten abgeschlossenen und die Annullierung der nach Kriegsbeginn etwa eingegangenen Handelsgeschäfte im Wege der Vergeltung zu beantragen. Zahlungen in das feindliche Ausland, auch durch Vermittlung dritter Personen, wären unter Strafsanktion zu verbieten. Weiter wären die im Zollverschluß befindlichen Feindesgüter mit Beschlagnahme zu belegen und Geschäftsbetriebe feindlicher Unternehmungen unter Staatsaufsicht zu stellen; auch den vom feindlichen Ausland finanzierten inländischen Unternehmungen wäre entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit Zahlungen in die Feindestaaten unter allen Umständen hintangehalten werden. Auf dem Gebiete des Patentreseus wird die Anwendung der Vergeltung im Sinne des § 31 des Patentgesetzes der Regierung nahegelegt.

Hierauf beschäftigte sich das Permanenzkomitee mit den in industriellen Kreisen wiederholt geäußerten Klagen, daß die Erledigung der Ansuchen um Ausnahme von den bestehenden Ausführungsverboten in sehr langsamer Weise erfolge. Es wurde be-

schlossen, an maßgebender Stelle Schritte einzuleiten, um in dieser Hinsicht möglichst eine Beschleunigung zu erwirken.

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen des Permanenzkomitees bildete die Vereinfachung und Verbilligung der Wechselproteste, in welcher Beziehung verschiedene dem Bedürfnis der Kaufmannschaft entsprechende Erleichterungen anzustreben sind. Zur Verbilligung des Protestverfahrens ist vor allem eine Vereinfachung der Protesturkunden nach Form und Inhalt notwendig, in der Art, daß auf dem Wechsel selbst ein entsprechender kurzer Vermerk einzusetzen wäre. Die Proteste wären grundsätzlich jenen Notaren zu übergeben, in deren Gemeindebezirk der Protestat wohnt oder sein Geschäftsfokal besitzt. Den Regreßnehmern wäre an Stelle der bisherigen Protesturkunde nur eine Beglaubigungsschrift des Wechsels mit dem Protestvermerk auszuhandigen.

Weiter befaßte sich das Permanenzkomitee mit der Bestellung der Aufsichtspersonen für die Geschäftsaufsicht, die vielfach auf Vorschlag des Schuldners erfolgt. Die Herausgabe einer Durchführungsverordnung, um die Interessen des Gläubigers zu schützen, erscheint dringend notwendig. Diese Frage hängt allerdings mit der Reform der Konkursordnung, der Einführung des Vor Konkurses und des Ausgleichsverfahrens eng zusammen. Falls die Reform der Konkursordnung in nächster Zeit durchgeführt werden sollte, dürfte die Erlassung einer eigenen Durchführungsverordnung über die Geschäftsaufsicht, die ja nur ein Provisorium darstellt, nicht notwendig sein. Eine Eingabe des Kreditorenvereins, die die Einführung einer Geschäftsaufsicht auch für Bosnien und die Herzegowina in Anregung bringt, fand die Befürwortung des Permanenzkomitees.

Gemäß einer Mitteilung des bei der Sitzung anwesenden Vertreters des Justizministeriums werden alle industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Körperschaften der Provinz darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, Vorschläge und Anträge betreffend den weiteren Abbau des Moratoriums längstens bis Mitte November an das Justiz- und Handelsministerium bekanntzugeben. Um die entsprechende Zentralisierung der Vorarbeiten zu sichern, wird diesen Körperschaften nahegelegt, Kopien ihrer Eingaben auch dem bei der Kammer bestehenden Permanenzkomitee einzusenden.

25. / X. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

18. Oktober. Ausweis über den Außenhandel im ersten Kriegsmonat. Danach betrug die Einfuhr 94.7 Millionen Kronen (gegen 268.6 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres) und die Ausfuhr 20.4 Millionen (gegen 215 Millionen). — Herabsetzung der italienischen Getreidezölle bis zum 31. März 1915.

19. Oktober. Anordnung der Beschlagnahme von feindlichen Zollgütern in Deutschland als Reprise für das Vorgehen Frankreichs. — Englisches Handelsverbot für Zucker aus Feindesland. — Kohlenausfuhrverbot in Australien.

20. Oktober. Einsetzung eines Spezialkomitees der Regierung für die Hilfsaktion in Galizien. — Zahlungsverbot in Deutschland gegen Frankreich. — Der Deutsche Stahlwerksverband beschließt, die Verkaufspreise für den Rest des Jahres unverändert zu lassen. — Die Stadt Paris lündigt die Aufnahme einer Anleihe von 117 Millionen Franken an zur Deckung der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Ausgaben. Einjährige Bons mit sechsprozentiger Verzinsung in Aussicht genommen.

21. Oktober. Die Oesterreichisch-ungarische Bank beschließt die Bezeichnung von im Ausland zahlbaren Wechseln, welche eine Laufzeit von über drei Monaten und eine Verfallszeit von höchstens sechs Monaten haben. — Die Einzahlungen auf die deutsche Kriegsanleihe überschreiten den Betrag von 8 Milliarden Mark. — Einstellung des Zinsendienstes durch Brasilien.

22. Oktober. Das preussische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus votieren einstimmig 1½ Milliarden Mark für Notstandsbauten und für Hilfeleistung in Ostpreußen. — Enquete über die Getreidepreise in Budapest.

23. Oktober. Ernennung des Leiters des Finanzministeriums Freiherrn v. Engel zum Finanzminister. — Kaiserliche Verordnung betreffend Vergeltungsmaßnahmen auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anlässlich der Kriegsergebnisse. Zahlungsverbot gegen England und Frankreich. Ueberwachung ausländischer Unternehmungen. Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht analoge Verordnungen. — Entziehung der der Cunardlinie seitens Ungarns verliehenen Konzession. — Neue englische Ausfuhrverbote.

24. Oktober. Erwerbssteuernachlässe bei durch den Krieg eingetretenen Betriebsstörungen.

Sonder-Abdruck.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 87.

Dienstag den 27. Oktober 1914.

Jahrgang XXIII.

Wien während des Krieges.

(Zweite Folge.)

Unser erstes Flugblatt hat viele freundliche Zustimmungen ausgelöst.

Ich danke für die neuerlichen Beweise unentwegter Sympathien, welche die alte Kaiserstadt an der Donau genießt.

Nur eine Stadtverwaltung hat die Verbreitung unserer wahren Nachrichten „wegen strikter Wahrung der Neutralität“ abgelehnt: Genf.

Ich kann nicht glauben, daß derjenige, welcher der Wahrheit dient und sie verbreitet, die Gebote der Neutralität verletzt.

Aber nicht nur Zustimmungen kamen in Fülle in das Wiener Rathaus, auch viel Materiale über die im Auslande verbreiteten Unwahrheiten wurde uns überbracht.

So waren am 2. September in einem angesehenen Blatte eines neutralen Staates von einem in sein Vaterland heimgewehrten Staatsangehörigen Mitteilungen über Wien zu lesen, welche unter anderen folgende Ausführungen enthielten:

„In Wien dürfte in ein paar Wochen Hungersnot herrschen, denn „Brot und Fleisch kosten das Sechsfache wie sonst. Die Reihen der „Arbeitslosen wachsen; als ich Wien verließ, soll es deren schon 200.000 „gegeben haben. Der Verkehr ist stark eingeschränkt, da es den Auto- „mobilen an Benzin mangelt und die Droschkenpferde im Kriege „sind, so daß der Abtransport des Gepäcks bei meiner Heimreise mittelst eines „Ochsengepannes bewerkstelligt werden mußte.“

Sonder-Abdruck.

Zu dem Gerede der feindlichen Presse von der in Wien herrschenden wirtschaftlichen Not stehen die

Ausweise des Wiener städtischen Steueramtes

einem erfreulichen Gegensatz.

Nach diesen Ausweisen betragen:

Einnahmen für den Staat an	im August		im September	
	1913	1914	1913	1914
	K	h	K	h
Grundsteuer	40.182	55	32.171	—
Gebäudesteuer	10,929.155	84*)	10,102.858	74*)
Verkehrssteuer	1,125.813	41	475.058	18
Erbschaftsteuer	48.828	13	231.772	89
Einkommensteuer	850.592	21	1,182.113	62
Soldatenersteuer	39.977	36	46.296	53
Grundbesitzsteuer	—	—	5.312	55
Zinssteuer	25.025	17	15.404	51
Militärtagelohn	73.706	71	84.247	65
sonstigen Einnahmen, und zwar:				
Landesumlagen	4,932.000	—*)	4,425.000	—*)
Gemeindeumlagen	13,296.000	—*)	12,191.000	—*)
Wohnbewachbeiträge	29.000	—	25.000	—
Handelskammerbeiträge	43.000	—	18.000	—
Handelschulbeiträge	46.000	—	29.000	—
Handelskammerbeiträge	4.000	—	7.000	—
Handelskammerbeiträge	51.718	62	46.235	67
Interimseinnahmen zc.				
Summe	31,535.000	—	28,916.000	—
			6,173.000	11,986.000

Während also im August, in der Verwirrung der ersten Kriegswochen, die **Steuereingänge** gegen das Vorjahr um **6 Millionen Kronen** zurückblieben, sind sie im September um **8 Millionen Kronen gestiegen** und in beiden Monaten zusammen um **3,2 Millionen Kronen höher** als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Daß die Wiener Bevölkerung durch den Gang der Kriegseignisse durchaus nicht beunruhigt ist, zeigt auch der

Einlagenstand der Wiener Sparkassen.

Es betragen nämlich die Einlagen in Millionen Kronen:

	am 31. Dezember 1913	am 30. September 1914
Bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien	167.718	183.893
Bei der Gemeindeparkassa		
für den XIV. Bezirk	81.531	82.567
" " XVII. Bezirk	64.968	66.542
" " XVIII. Bezirk	43.594	45.148
" " XIX. Bezirk	11.695	12.318
" " XXI. Bezirk	20.237	20.244
Bei der Ersten österr. Sparkassa	528.523	546.334
Bei der Neuen Wiener Sparkassa	49.880	49.057

Die **Summe der Spareinlagen** war somit **Ende September 1914 um 38 Millionen Kronen höher** als am Ende des Vorjahres.

Um dem durch den Krieg gesteigerten Kreditbedürfnisse der Geschäftswelt abzuwehren, ist mancherlei geschehen. Der Staat hat nach deutschem Muster eine

Kriegsdarlehenskassa

geschaffen, die von der Österreichisch-ungarischen Bank unter Mitwirkung staatlicher Organe verwaltet wird und gegen Verpfändung von Wertpapieren, Waren und anderen geeigneten Werten unverzinsliche Kassenscheine bis zum Betrage von **500 Millionen Kronen** auszugeben berechtigt ist.

Für Wien und Niederösterreich ist über Anregung der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer eine

Kriegskreditbank

ins Leben gerufen worden, die durch Gewährung von Eskompt- und Akzeptkrediten, insbesondere jenen Unternehmungen beistehen soll, die nicht über regelmäßige Bankverbindungen verfügen. Das Aktienkapital von vorläufig 6 Millionen Kronen ist zur Hälfte von den Wiener Großbanken, zur Hälfte von Industriellen und Kaufleuten gezeichnet worden, die **Gemeinde Wien** und die Handels- und Gewerbekammer haben überdies eine **Ausfallgarantie von je 2 Millionen Kronen** übernommen.

*) Im August ist ein Viertel der Gebäudesteuer samt Landes- und Gemeindezuschlägen fällig, daher die höheren Beträge.

Sonder-Abdruck.

Für

Darlehen an Kleingewerbetreibende

Die Handels- und Gewerbekammer einen Fonds von **10.000 K** gewidmet. Für denselben Zweck hat die Gemeinde Wien dem **Kreditvereine** ihrer Zentral-Sparkassa die **Erhöhung** des satzungsmäßigen Kredites **um 1 Million Kronen** zugestanden.

Über Beschluß des Stadtrates werden allen Unternehmern, welche Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde haben, die betragsmäßig als **Sicherstellung** erlegten Wertpapiere und Sparkassabücher — im ganzen **rund 15 Millionen Kronen** zur Erleichterung ihres Geschäftsbetriebes ausgestellt und Kriegsdauer **keine Kautionen** beansprucht.

Die

städtischen Bauarbeiten

finden sich **in vollem Gange**. Bei denselben waren beispielsweise am 10. Oktober **3271 Personen** beschäftigt, und zwar 190 Aufseher und Poliere, 856 gelernte Arbeiter, 55 Hilfsarbeiter und 70 Lehrlinge.

Das

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt

Die Stadt Wien weist für die erste Hälfte des Monats Oktober nachstehende Vermittlungstätigkeit aus:

I. Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellenangebote	Vermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen	343	360	334
Holzverarbeitung	294	271	253
Spengler- und Baugewerbe	212	169	171
Leder-, Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer	114	95	74
Schneidermacher	433	420	414
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	119	392	115
Fleischhauer und Fleischselcher	109	93	72
Bäcker	553	541	477
Kaffeestüber	212	235	185
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter	2353	2263	2263
Bewerbliche Frauenarbeit	137	390	123
Lehrlinge	39	45	75
Summe	4918	5274	4506
II. Dienstvermittlung	4966	5998	4713
zusammen	9884	11272	9219

Für Handwerker und nicht gelernte Arbeiter ist somit **genügend Arbeitsgelegenheit** vorhanden und auch bei der Dienstbotenvermittlung ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nicht ungewöhnlich.

Erwerblose Frauen und Mädchen finden Beschäftigung in den zahlreichen von der

Frauenhilfsaktion des Rathauses

errichteten Näh- und Strickstuben, in denen hauptsächlich Wäsche und Wollfachen für die Soldaten gegen Lohn angefertigt werden.

Zur Unterstützung stellenloser

Privatbeamter und Handelsangestellter

hat sich eine besondere **Fürsorge-Kommission** gebildet, die aus Vertretern der Interessentenverbände, des Staates, des Landes und der Gemeinde besteht und die erforderlichen Mittel teils durch Beiträge der Unternehmer und ihrer Bediensteten, teils durch Subventionen aufbringt.

Auch für die **Flüchtlinge**, die sich aus Ostgalizien und der Bukowina nach Wien begeben haben, wird durch eine amtliche Hilfsstelle und durch Hilfs-Komitees **ausreichend gesorgt**; die Zeitungsmeldungen, daß sie ihren Unterhalt hier erbetteln müssen, sind erfunden; übrigens hat die **Rückwanderung bereits begonnen**.

Die

Lebensmittelversorgung

ist eine vollkommen zureichende.

Auftrieb und Zufuhr auf dem **Schlacht- und Jungviehmarkt St. Marx** betrug in der Woche

	vom 12. bis 18. Oktober 1913	vom 11. bis 17. Oktober 1914
an Schlachtvieh	4308	7462
„ Kälbern	5144	5000
„ Lämmern	96	101
„ Schafen	1593	2408
„ Schweinen	21728	15981

Für dieselbe Woche betrug die Zufuhr

	1913	1914
an Gemüse	21.828 Meterzentner	23.496 Meterzentner
„ Kartoffeln	16.115 „	15.297 „
„ Obst	19.257 „	13.991 „
„ Eiern	398.790 Stück	499.443 Stück

Sonder-Abdruck.

Die

Kleinhandelspreise

Der wichtigsten Lebensmittel stellten sich nach den Ausweisen des Marktamtes für dieselbe Woche auf den öffentlichen Märkten folgendermaßen:

	1913 Kronen	1914 Kronen
Rindfleisch . . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	1.80 — 2.60
Schweinefleisch " "	1.60 — 3.00	1.60 — 3.00
Schweineschmalz " "	1.84 — 2.20	1.80 — 2.10
Schweinespeck . " "	1.76 — 2.08	1.60 — 2.00
Teobutter . . . " "	3.40 — 4.24	3.40 — 4.20
Kochbutter . . . " "	2.40 — 3.20	2.40 — 3.20
Bollmilch . . . " Liter	0.26 — 0.32	0.26 — 0.32
Magermilch . . . " "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.24
Eier, frische . . . " Stück	0.09 — 0.10	0.10 — 0.16
Kartoffel . . . " Kilogramm	0.10 — 0.14	0.10 — 0.14
Weizenauszug- mehl " "	0.36 — 0.44	0.60 — 0.64
Brot, weißgem. " "	0.288 — 0.408	0.352 — 0.476
" schwarz- gemischt . " "	0.263 — 0.398	0.324 — 0.444
Reis " "	0.40 — 0.96	0.48 — 0.88
Sauerfrucht . . . " "	0.24 — 0.28	0.24 — 0.28
Bohnen " "	0.40 — 0.70	0.54 — 0.76

Die

Gesundheitsverhältnisse

sind sehr günstige. Der Krankenstand der Zivilspitäler in der

Woche vom 3. bis 7. Oktober 1914 zeigt im Vergleiche zur selben Woche des Vorjahres folgende Bewegung:

	1913	1914
Anfänglicher Stand	7570	7409
Zuwachs	2493	1612
Abgang Geheiliter	2069	1861
Abgang Gestorbener	195	170
Schließlicher Stand	7804	6990
Sterblichkeit	8.6%	8.3%

Die Gesamtzahl der Todesfälle betrug 549 gegen 506 in der gleichen Woche des Vorjahres, und zwar entfielen:

	1913	1914
auf 1000 Einwohner insgesamt	12.3	13.2
" " " ohne Ortsfremde	11.9	11.7

Auch in dieser Berichtwoche ergab sich in der einheimischen Bevölkerung

kein Fall von Cholera.

Die

Stimmung der Bevölkerung ist voll Zuversicht.

Auf den Straßen herrscht reger Verkehr, die Kaffeehäuser sind stark besucht, auch die Theater sämtlich wieder eröffnet und wenn am Schlusse der Aufführungen die neuesten Nachrichten von den Kriegsschauplätzen von der Bühne bekanntgegeben werden, erwecken sie helle Begeisterung über die Erfolge unserer Heere und unserer treuen Verbündeten.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

1./XI. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

25. Oktober. Englisches Einfuhrverbot für Zucker, damit nicht auf dem Umweg über neutrale Länder österreichischer und deutscher Zucker importiert werde.

26. Oktober. Amtliche Anordnung der Ueberwachung englischer und französischer Versicherungsgesellschaften in Oesterreich. Ernennung von Aufsichtskommissären. — Befriedigender Stand der Deutschen Reichsbank. Steigerung des Goldvorrates um 26 Millionen Mark. — Die englische Regierung beschließt auf Andrängen der Vereinigten Staaten von Amerika, Baumwolle nicht als Kriegskonterbande zu betrachten und daher Baumwollladungen nicht mit Beschlagnahme zu belegen.

27. Oktober. Konstituierung der Ungarischen Kriegskreditbank in Budapest. — Neue französische und englische Ausfuhrverbote. Aenderungen in den deutschen Aus- und Durchfuhrverboten.

28. Oktober. Gebühren- und Steuererleichterungen für Kriegskreditbanken. — Konstituierung der Niederösterreichischen Kriegskreditbank in Wien. — Neue ungarische Moratoriumsverordnung. — Festsetzung deutscher Getreidehöchstpreise für Weizen, Roggen, Gerste und auch für Kartoffeln. Sicherung von Vorratsreserven bis zur nächsten Ernte. — Regelung des ungarischen Viehverkehrs nach Deutschland. — Maßnahmen gegen die Kursstreiberei in Devisen an den deutschen Börsen.

29. Oktober. Diskontherabsetzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank von 6 auf 5½ Prozent. — Durch Ministerialverordnung wird im Interesse der Volksernährung die Verwendung von Brotfrüchten und Kartoffeln zur Spirituserzeugung gewissen Beschränkungen unterworfen. — Gründung einer Kriegskreditbank in Innsbruck.

30. Oktober. Die Einzahlungen auf die deutsche Kriegsanleihe erreichen den Betrag von 2470 Millionen Mark. — Eine Enquete in Budapest unter dem Vorsitz des Handelsministers spricht sich für die dringende Festsetzung von Maximalpreisen für Getreide und Mehl in Ungarn aus. Handelsminister Sarkanyi erklärt, daß die Gemeinsamkeit des Zollgebietes es als wünschenswert erscheinen lasse, hierüber mit der österreichischen Regierung ein einheitliches Vorgehen zu vereinbaren.

31. Oktober. Infolge des Zahlungsverbotes an französische Staatsbürger beschließt die Budapesterverwaltung, die am 1. November fälligen Zinsen des in Frankreich untergebrachten vierprozentigen Stadtanlehens nicht zu zahlen.

57. 11. 1914.

Der Economist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wien, 7. November.

Die großen Kriegsanleihen des österreichischen und des ungarischen Staates rücken nunmehr in greifbare Nähe. Die Finanzminister der beiden Staaten haben ihre Absicht bekanntgegeben, das heimische Kapital zur Aufbringung der Summen für die Kosten des gewaltigen Kampfes aufzubieten, und schon in der nächsten Zeit wird an die Bürger der Monarchie die Aufforderung ergehen, ihre Ersparnisse in den neu auszugebenden staatlichen Wertpapieren anzulegen, welche die finanziellen Erfordernisse für die Kriegsführung decken sollen. Gleich wie es in Deutschland während der ersten zwei Monate des Krieges geschah, wurden auch bei uns bisher die Summen für die militärischen Operationen vorerst provisorisch im Wege des Lombardkredits bei der Notenbank gewonnen. Das war das richtige Mittel für den Anfang, in der ersten Zeit, wo der Kriegsausbruch und seine am Beginn unabsehbaren wirtschaftlichen Rückwirkungen ein lares Urteil noch nicht zuließen und das Publikum seine Barmittel ängstlich zurückhielt. Jetzt ist im ökonomischen Leben die Beruhigung wiedergekehrt, das Geld wird aus seinen Schlupfwinkeln hervorgeholt, bei den Banken und im Verkehr herrscht größte Flüssigkeit und Ueberfülle unverwundeter Mittel, in weiten Kreisen ist durch den bisherigen Verlauf des Krieges das Vertrauen und die Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang verbreitet. Da ist der Zeitpunkt richtig gewählt, um die breite Allgemeinheit, die vielen Millionen ihre friedliche Arbeit fortsetzenden Bewohner des Staates heranzuziehen, damit die Lasten des Krieges, der nicht nur für die jetzige Generation, sondern auch für die künftigen Geschlechter, für unsere Söhne und Enkel geführt wird, von der Allgemeinheit getragen aus den vorhandenen inneren Kräften bestritten

Krieg geschaffen, und hat mit der Lage der Staatsfinanzen nichts zu tun, für deren Bewertung in normalen Zeiten ein ganz anderer Maßstab gelten wird. Deutschland hat seinen Bedarf durch viele Jahre und auch noch im heurigen Frühling zu einem Zinsfuß von 4 Prozent befriedigt und hat jetzt auch nicht mit der Wimper gezuckt, als es galt, ihn auf 5 Prozent zu erhöhen, um für die Kriegsanleihe den vollen Erfolg zu sichern. Die letzte Rentenbegebung Ungarns im vorigen Winter geschah zu einem Kurse, der eine Rentabilität von mehr als 5 Prozent bedeutete; im Kriege ist Ungarn, genau wie dies Deutschland getan hat, mit seiner Rente um 1 Prozent hinaufgegangen und hat den Zinsfuß auf 6 Prozent festgesetzt. Ein 6prozentiges Erträgnis, das für sechs Jahre gesichert ist, muß aber einen hohen Anreiz bieten. Es ist eine einzige, nicht wiederkehrende Gelegenheit, und das Kapital wird sich beeilen, sie zu ergreifen. Wäre nicht fast ganz Europa im Kriege und jedes Land mit der Deckung seines eigenen Bedarfes beschäftigt, so würde sich ohne Zweifel massenhafter Zuzug aus dem Auslande finden; jetzt ist Ungarn auf seine eigene finanzielle Kraft angewiesen, und zum erstenmal wird eine rein ungarische, in keiner Weise von den übrigen Ländern, auch nicht von Oesterreich, geförderte Rentenemission veranstaltet. Es ist eine Feuerprobe in ganz außerordentlicher Zeit; sie wird ohne Zweifel voll gelingen und den Patriotismus und das Vertrauen in die eigene Kraft bewahren.

Oesterreich wird zu gleicher Zeit hervortreten und der Aufmarsch des Kapitals wird sich in beiden Staaten der Monarchie während der zweiten Hälfte des Monats vollziehen. Unser heimischer Kreditbedarf wird bereits seit einer Reihe von Jahren fast zur Gänze mit sehr bedeutenden Summen im Inlande befriedigt, die Anleihe, die jetzt gleichfalls ausschließlich auf dem heimischen Markte angeboten werden soll, wird somit an die Reihe der vorausgegangenen Emissionen anschließen. Die Bedingungen werden auch bei uns ganz exzeptionell günstige sein, da die Finanzverwaltung mit Recht darauf bedacht ist, einen zehnwöchigen nach außen weithin sichtbaren Erfolg zu sichern. Die Ausbringung der Mittel für die Einzahlungen kann keine Schwierigkeiten bereiten. Die Notenbank und die Darlehenskassen werden die neu bezogenen Titres und auch ältere Effektenbestände zu dem günstigen Satze des billigen Eskompteinzinsfußes belehnen. Die Zeichner brauchen sich nicht zu sorgen, ob sie das Geld verfügbar haben oder in einem späteren Falle des Bedarfes sich auf die so erworbenen Papiere ausreichende Summen werden beschaffen können. Die Beteiligung an der Anleihe ist ein Beweis des Vertrauens in die Zukunft des Staates, zugleich ein Ausfluß der Entschlossenheit, das eigene Vermögen dauernd an das Geschick des Reiches zu fesseln. Hier liegt die nicht hoch genug einzuschätzende politische und moralische Bedeutung eines großen Zeichnungserfolges. Der moderne Krieg rechnet mit den gewaltigsten Ziffern; er stampft die Massenheere aus dem Boden und bringt die Milliarden für die Deckung der riesigen Kosten auf den Plan. Oesterreich-Ungarn steht in der Reihe der reichen Staaten; seltene Bodenschätze und der Gewerbefleiß einer tüchtigen arbeitsfrohen Bevölkerung vereinigen sich, um die Reserven zu schaffen, aus denen in der Zeit der folgenschwersten Entscheidung die Waffen geschmiedet werden, die den Sieg bringen müssen. Diese Mittel sind längst vorhanden, durch jahrzehntelange Arbeit gewonnen, sorgsam gespart und zurückgelegt; durch die Anleihen werden sie gesammelt, aus der Tiefe hervorgeholt, für die Zwecke der Kriegsführung bereitgestellt. Der Wehrfuß, den die beiden Finanzverwaltungen erlassen, wird in allen Kreisen des Landes einen vieltausendstimmigen begeisterten Widerhall finden. Im richtigen Augenblicke eingeleitet, werden die großen Kriegsanleihen Oesterreichs und Ungarns das Kraftgefühl stärken, die Muth und die Furcht unserer Feinde mehren, das Bewußtsein unserer Unüberwindlichkeit durch das Sichtbarwerden der gewaltigsten ökonomischen Hilfskräfte wecken.

Die großen Kriegsanleihen des österreichischen und des ungarischen Staates rücken nunmehr in greifbare Nähe. Die Finanzminister der beiden Staaten haben ihre Absicht bekanntgegeben, das heimische Kapital zur Aufbringung der Summen für die Kosten des gewaltigen Kampfes aufzubieten, und schon in der nächsten Zeit wird an die Bürger der Monarchie die Aufforderung ergehen, ihre Ersparnisse in den neu auszugebenden staatlichen Wertpapieren anzulegen, welche die finanziellen Erfordernisse für die Kriegsführung decken sollen. Gleich wie es in Deutschland während der ersten zwei Monate des Krieges geschah, wurden auch bei uns bisher die Summen für die militärischen Operationen vorerst provisorisch im Wege des Lombardkredits bei der Notenbank gewonnen. Das war das richtige Mittel für den Anfang, in der ersten Zeit, wo der Kriegsausbruch und seine am Beginn unabsehbaren wirtschaftlichen Rückwirkungen ein lares Urteil noch nicht zuließen und das Publikum seine Barmittel ängstlich zurückhielt. Jetzt ist im ökonomischen Leben die Beruhigung wiedergekehrt, das Geld wird aus seinen Schlupfwinkeln hervorgeholt, bei den Banken und im Verkehr herrscht größte Flüssigkeit und Ueberfülle unverwundeter Mittel, in weiten Kreisen ist durch den bisherigen Verlauf des Krieges das Vertrauen und die Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang verbreitet. Da ist der Zeitpunkt richtig gewählt, um die breite Allgemeinheit, die vielen Millionen ihre friedliche Arbeit fortsetzenden Bewohner des Staates heranzuziehen, damit die Lasten des Krieges, der nicht nur für die jetzige Generation, sondern auch für die künftigen Geschlechter, für unsere Söhne und Enkel geführt wird, von der Allgemeinheit getragen aus den vorhandenen inneren Kräften bestritten

87
11. 1914.**Wirtschaftliche Wochenchronik.**

1. November. Ein Ukas des Zaren ordnet die Ausgabe einer fünfprozentigen, in fünfzig Jahren zu amortisierenden inneren russischen Anleihe von 500 Millionen Rubel an. — Der deutsche Bundesrat trifft Anordnungen, die deutschen Zuckerbestände dem heimischen Verbrauch zu sichern. — Die englische Regierung veröffentlicht eine revidierte Liste von unbedingter und bedingter Konterhande. — Präsident Wilson läßt keine offizielle Zeichnung in Amerika auf die neue französische Anleihe zu, weil er nicht die Neutralität verletzen will.

2. November. Die Oktoberausweise der österreichischen Sparkassen zeigen eine Zunahme der Einlagen. — Gründung einer Kriegsmetallbank in Wien. — Die Einzahlungen auf die deutsche Kriegsanleihe übersteigen bereits 3½ Milliarden. — Aufhebung der schweizerischen Ausfuhrverbote für Garn, Gewebe und verschiedene Wirkwaren.

3. November. Sperrung der Nordsee durch die Engländer. — Rückgang des Wechselportefeuilles der Oesterreichisch-ungarischen Bank zum Ultimo Oktober um 130 Millionen Kronen. — Einstweiliges Verbot der Wollausfuhr aus Australien nach Amerika.

4. November. Inkrafttreten der Getreidehöchstpreise in Deutschland. — Beschlagnahme von 40 deutschen, österreichischen und ungarischen Handelshäusern in Paris. — Die handelspolitische Kommission in Wien beschließt die Gründung einer Evidenzzentralstelle für angesprochene Kredite und einer Auskunftsstelle für Gewerbetreibende.

5. November. Auf die deutsche Kriegsanleihe werden nachträglich „Feldzeichnungen“ veranstaltet, um auch den im Felde Stehenden die Beteiligung zu ermöglichen. — Der deutsche Bundesrat beschließt auch für Hafer einen Höchstpreis.

6. November. Wiedereröffnung der Liverpooler Baumwollbörse für ein beschränktes Geschäft.

7. November. Der ungarische Finanzminister kündigt eine sechsprozentige Rentenleihe zum Kurse von 97-50 an.

Wien im Spiegel der Wahrheit.

Wien im Spiegel der Wahrheit. Eine kurze Schilderung von diesem Standpunkte aus möchte doppelt angezeigt sein, und dies hat der Magistrat der Stadt Wien in mustergültiger Weise besorgt, indem er mit seinem kürzlich veröffentlichten Menschenschaftsberichte die tendenziös gefärbten Meldungen über Wien und dessen Stimmung authentisch widerlegte. Aus dem Lager unserer Feinde werden tagtäglich Lügennachrichten schwersten Kalibers in Umlauf gesetzt, um der Welt weis zu machen, daß in Oesterreich-Ungarn und Deutschland nur Not und Verzweiflung herrschen. Man versteht die inneren Zusammenhänge dieser strapellos verleumdenden und entstellenden Berichterstattung. Gilt es doch, das eigene Publikum über den Mangel an positiven Mitteilungen, über die ungünstige Gestaltung der Kriegslage und über den argen Jammer hinwegzutäuschen, den der Krieg über die feindlichen Länder heraufbeschworen hat. Denn in den gegnerischen Staaten sind in der Tat alle jene Uebelstände und Katastrophengefühle zu verzeichnen, die man uns andichten möchte, uns, die wir voll berechtigter Zuversicht und von den besten Hoffnungen besetzt, dem Ausgange dieses Krieges entgegensehen und dank dem unbegrenzten Patriotismus, der leuchtenden Kasernen und dem vorbildlichen Enthusiasmus der Bevölkerung kaum eine Veränderung merken. Das herbe Leid, das der Einzelne erfährt, begräbt er still in seinem Innersten. Weiß er doch, daß es um höhere Ziele, um hehrere Pflichten geht, denen gegenüber das Schicksal von Personen und Familien geringfügig und bedeutungslos erscheint. Im ganzen und großen aber fehlt ja der Dessenlichkeit nichts, und unsere Heimatstadt hat ihr gewohntes Bild fast unverändert beibehalten. Die kleinen Wandlungen und Unbequemlichkeiten nimmt man gerne in den Kauf. Sind sie doch nur selbstverständliche Opfer auf dem Altare der historischen und heiligen Sache, für die wir alle leben und zu — sterben bereit sind.

Mit Genugtuung darf die Verwaltung der Stadt Wien konstatieren, daß sie sich in jeder Beziehung den an sie gestellten Anforderungen gewachsen gezeigt hat. Kluglos und einwandfrei funktionierte der ungeheure, komplizierte Apparat, jedes Rad, jedes Rädchen fügte sich harmonisch in die mächtige Maschine, die so segensreiche Arbeit verrichtet. Unsägliche Mühe mag es schon gekostet haben, dies zu erreichen, selbstlose Aufopferung und freudigste Pflichterfüllung der Höchsten wie der Niedrigsten. Allein diese Notwendigkeiten dünkten jedem natürlich. So hat sich die Verwaltung der Stadt Wien ein hohes Verdienst um das Wohl der Einwohnerschaft erworben, deren Anerkennung ihr nicht versagt bleiben darf.

Ein vom Gesichtspunkte der Hauptaufgaben aus wesentlichster Teil der Obliegenheiten kam und kommt den militärischen Stellen der Magistratsbehörden, den Konstriptionsämtern, zu, die wirklich Besonderes geleistet haben. War doch vom ersten Mobilisierungstage an der Andrang der Parteien derart, daß die ältesten Beamten erklären, in ihrer ganzen Praxis auch nicht etwas annähernd Ähnliches mitgemacht zu haben. Der Fernersiehende kann sich kaum vorstellen, was es da an Auskünften zu erteilen, an Protokollen abzufassen, an Evidenzhaltungsarbeiten zu verrichten gab. Und alles war dringlich und unausschiebbar, da andernfalls die ernstesten Nachteile hätten eintreten können. Dazu gesellten sich die Einquartierungsfunktionen, die Pferdebestellungen, Kommissionierungen und Hilfsleistungen für die militärischen Behörden, die Fürsorge für die Familien der Eingerrückten u. dergl. m. Die Anordnung der Landsturmpflichtigenmusterungen, die erst jetzt in größtem Umfange beginnen werden, die sich daraus ableitenden neuen umfassenden Betätigungen und — um schon ein Zukunftsbild zu malen — nachher die Demobilisierungsarbeiten erweitern den Wirkungsbereich dieser Ämter stetig. Es ist unter solchen Umständen begreiflich, daß man den Beteiligten jede Erleichterung bei Ausübung ihres schwierigen und für die Allgemeinheit so bedeutungsvollen Amtes bietet und die in jüngster Zeit gewonnenen praktischen Erfahrungen ausgiebig ausnützt, um solche Erleichterungen zu schaffen. Und diese praktischen Erfahrungen, die schon lange zurückdatieren, jetzt aber besonders augenfällig geworden sind, lehren, daß nicht allein den Funktionären, sondern vor allem dem Publikum dadurch ein erheblicher Dienst erwiesen würde, wenn man den Konstriptionsamtsbeamten ein Amtskleid gewähren würde. Jede Auskunft, die man nun im Konstriptionsamte einholt, ist wichtig und kann gegebenenfalls — tatsächliche Vorkommnisse beweisen dies voll auf — von geradezu entscheidendem Einflusse für die anfragende Person werden. Wie verderblich wäre da ein Mißbrauch, der dadurch möglich wird, daß sich der Beamte nicht schon äußerlich von dem sich andrängenden Publikum unterscheidet. Wie kann man die Garantie herstellen, daß eine Auskunft nicht von einem Unbefugten erteilt wurde, zumal der riesige Parteienverkehr das Amtskloak viel zu klein machte, so daß nicht nur in den Vorträumen und Gängen, sondern vielfach sogar im Hausflur „amtiert“ wurde und — bei der Mobilisierung war dies in allen magistratischen Bezirksämtern erschichtlich — dies der einzige Ausweg schien, um überhaupt fertig zu werden. Der Magistrat der Stadt Wien hat bereits die Uniformierung mehrerer Beamtentate-

Es ist
 worden durchgeführt und dabei sehr günstige Resultate erzielt. Es ist
 nicht zu bezweifeln, daß er namentlich im Bereiche seiner nimmehr
 gewiß an erster Stelle stehenden militärischen Obliegenheiten schleunigst
 alle durch die Praxis gesammelten Erfahrungen verwerten und auch den
 Konstriptionsamtsbeamten das Dienstkleid zubilligen wird, das eine
 dringende, von allen Seiten anerkannte Notwendigkeit bildet. Denn
 an eine Einzelkategorie in unserer großen und erhabenen Zeit zu denken,
 wäre Profanation. Das Bedürfnis, die Opportunität entscheiden und
 diesen werden sich, wohl ganz bestimmt die kompetenten Faktoren
 der Verwaltung der Stadt Wien auch in diesem Falle nicht verschließen.

13./XI. 1914.

Wien während des Krieges.

(Dritte Folge.)

Unser Kaiser hat mich am 9. d. Mts. in längerer besonderer Audienz empfangen; im Verlaufe derselben gedachte Se. Majestät auch dieser „Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage Wiens“ mit dem Bemerken, daß er dieselben mit großem Interesse lese und für sehr nützlich halte.

Diese huldvolle kaiserliche Anerkennung gereicht mir, dem Wiener Stadtrate und der gesamten Gemeindeverwaltung zur größten Ehre und höchsten Befriedigung.

Wie notwendig aber auch unsere Bemühungen um Verbreitung der Wahrheit sind, zeigen wiederum zahlreiche Zuschriften, die wir in den letzten Tagen erhielten. Von teilnehmenden Freunden aus New-York wurde angefragt, ob es denn wahr sei, daß in Wien schreckliche Hungersnot herrsche, daß es frisches Fleisch nicht mehr gebe, Milch und Eier nur für die Reichsten erschwingbar seien und daß die Cholera unter der Bevölkerung fürchterliche Verheerungen anrichte.

In einem uns mißgünstigen Blatte wird von einer „offiziellen Erklärung des Bürgermeisters“ gesprochen, wonach die Stadt für den Unterhalt von 82.000 Reservistenfamilien mit einem täglichen Betrage von 250.000 K aufkommen muß und für 100.000 Arbeitslose und 100.000 Flüchtlinge aus Galizien bereits 5 Millionen Kronen aus der Stadtkassa verausgabt habe.

13./II. 1914.

Diesen **Erfindungen** können wir auf Grund der **amtlichen Nachweisungen** nur folgende **Tatsachen** gegenüberstellen.

Die

Österreichisch-ungarische Bank,

die einzige privilegierte Notenbank unserer Monarchie, hat mitten im Kriege den **Zinsfuß für Wechsel und Darlehen** gegen Handpfand neuerlich um $\frac{1}{2}$ Prozent, und zwar auf

5 $\frac{1}{2}$ Prozent

herabgesetzt.

Wie alle Berichte ausweisen, ist die **Geschäftslage befriedigend**. Der **Geschäftsverkehr hebt sich von Tag zu Tag**. Es zeigt sich, daß die ersten Kriegswochen eine Zurückhaltung der Käufer brachten, die nun gewichen ist.

Die

Approvisionnement

ist völlig ausreichend.

Der **Auftrieb und die Zufuhr auf dem Schlacht- und Jungviehmarkte St. Marg** betrug in der Woche

	vom 19. Oktober bis 1. November 1913	vom 18. bis 31. Oktober 1914
Schlachtvieh	8.701	15.657
Kälber	10.028	9.467
Lämmer	179	198
Schafe	4.952	5.176
Schweine	45.224	41.460

Für dieselbe Zeit betragen die **Zufuhren auf den Wiener Märkten**

	1913	1914
an Gemüse	51.603 Meterzentner	49.521 Meterzentner
" Kartoffel	28.337 "	38.856 "
" Obst	29.684 "	33.467 "
" Butter	454 "	932 "
" Eier	859.580 Stück	922.660 Stück

Die

Kleinhandelspreise

stellen sich in der zweiten Hälfte des Monats Oktober folgendermaßen:

	1913	1914
Rindfleisch . . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	1.60 — 2.60
Schweinefleisch " "	1.60 — 3.—	1.80 — 3.—
Schweineschmalz " "	1.84 — 2.20	1.80 — 2.20
Schweinespeck " "	1.80 — 2.40	1.76 — 2.08
Leibbutter . . . " "	3.40 — 4.24	3.40 — 4.20
Rohbutter . . . " "	2.40 — 3.20	2.40 — 3.20
Bollmilch . . . " Liter	0.26 — 0.32	0.26 — 0.32
Rohmilch . . . " "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.24
Eier, frische . . . " Stück	0.09 — 0.10	0.12 — 0.16
Kartoffel . . . " Kilogramm	0.10 — 0.14	0.09 — 0.18
Sauertraut . . . " "	0.24 — 0.34	0.20 — 0.28
Bohnen . . . " "	0.40 — 0.70	0.54 — 0.76
Reis " "	0.40 — 0.82	0.48 — 0.88

1913

1914

Weizenauszug-			
mehl per Kilogramm	0.36 — 0.44	0.60 — 0.66	
Brot, weißgem. " "	0.288 — 0.408	0.37 — 0.498	
" schwarz-			
gemischt " "	0.263 — 0.398	0.33 — 0.456	

Namhafte **Preiserhöhungen** sind also bisher nur bei wenigen Lebensmitteln, darunter allerdings auch bei Mehl und Brot zu verzeichnen. Um eine weitere Verteuerung des Getreides hintanzuhalten und zugleich bis zur nächsten Ernte damit das Auslangen zu finden, darf vom 1. Dezember an nur eine Mehlmischung verwendet werden, die bis zu **70 Prozent aus Weizen- und Roggenmehl**, im übrigen aus Gersten- oder Maismehl, Kartoffelmehl oder Kartoffelbrei besteht. Auch ist die Verwendung von Getreide und Kartoffeln zur Branntweinbrennerei eingeschränkt worden.

Die Verhandlungen wegen **Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide** sind noch nicht abgeschlossen.

Der **Serbstanbau** von Getreide ist im ganzen Reiche bei schönem Wetter **günstig verlaufen**.

Um den **Wildreichtum Österreichs** für die Approvisionnement Wiens nutzbar zu machen, ist über Ansuchen der Wiener Gemeindevertretung ein **Ausfuhrverbot für Wild** erlassen worden und es sollen solche Wildarten, die für die minderbemittelte Bevölkerung in Betracht kommen, insbesondere Hirsche und Hasen, **von der Verzehrungssteuer freigelassen** werden.

Auch die **Nordsee-Fischerei** hat ihre Verkaufsstände in Wien bereits **wieder eröffnet**.

Von außergewöhnlicher **Arbeitslosigkeit** ist in Wien **nichts zu bemerken**, im Gegenteil herrscht **vielfach Arbeitermangel**. Nach einer Rundmachung der

Zentralstelle für Arbeitsnachweis

vom 3. November wurden für Wien und auswärts benötigt: Spengler, Zimmerleute, Mälzer, Tapezierer, Schuhmacher, Sattler, Riemer, Wagner, Holzarbeiter, Fischer, Faßbinder, Gärtler, Schlosser, Schmiede und überhaupt Metallarbeiter, Häuer, Förderer, Maurer, Bäcker, Fleischhauer, Gerber, Chauffeure, Fuhrwerker und Hilfsarbeiter.

Das

städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamts

weist für die Zeit vom 18. bis 31. Oktober 1914 aus:

Arbeitsvermittlung	Stellen- angebote	Stellen- gesuche	Ver- mittlungen
Metallarbeiter, Maschinenarbeiter zc. .	215	230	198
Holzverarbeitung	203	173	171
Baugewerbe und Spengler	128	124	123
Leder-, Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer .	96	77	68
Kleidermacher	331	293	273
Hotel- und höheres Arbeitspersonal .	68	250	58
Fleischhauer und Fleischfischer . . .	68	68	66
Bäcker	567	477	428

13./XI. 1914.

Arbeitsvermittlung	Stellen- angebote	Stellen- gesuche	Ver- mittlungen
Kaffeesieder	257	271	246
Verkehrsbedienstete und nicht quali- fizierte Arbeiter	2202	2232	2157
Bewerbliche Frauenarbeit	163	293	153
Behrlinge	44	29	25
Summe	4342	4448	3976
Dienstvermittlung	3272	4332	3326
Zusammen	7614	8780	7301

Die Zahl der Familien der Eingetragten, die vom Staate, nicht von der Stadt Wien, einen

gesetzlichen Unterhaltsbeitrag,

und zwar täglich 1 K 32 h, für Kinder unter 8 Jahren 66 h erhalten, beträgt derzeit 95.000

Daß infolge dieser Unterstützungen und der vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten von einer drückenden Notlage der breiten Schichten der Wiener Bevölkerung nicht gesprochen werden kann, ergibt sich auch aus der Zahl der im Oktobertermine

gerichtlich gekündigten Monatswohnungen.

Dieselbe betrug beim Bezirksgerichte:

	1913	1914
Innere Stadt	18	21
Leopoldstadt I	793	708
Leopoldstadt II	638	617
Landstraße	533	306
Margareten	350	320
Neubau	123	168
Josefstadt	214	217
Favoriten	1007	868
Simmering	157	208
Meidling	412	476
Pieking	685	624
Rudolfsheim	392	423
Fünfhaus	179	245
Ottakring	783	964
Hernals	450	501
Währing	300	279
Döbling	138	130
Floridsdorf	307	221
Zusammen	7379	7286

Ein günstiges Zeichen für die

wirtschaftliche Lage

der ärmeren Bevölkerung ist auch der Umstand, daß von der unentgeltlichen Ausspeisung, welche die Gemeinde für den

Notfall im großen Umfange vorbereitet hat, bisher nicht viel mehr Gebrauch gemacht wird, als sonst um diese Jahreszeit.

Es ist aber immer gut, wohl gerüstet zu sein, darum kann doch niemand berechtigterweise die Vorbereitungen bekräfteln oder aus ihnen ungünstige Schlüsse ziehen.

Daß aus denjenigen Gebieten Galiziens und der Bukowina, in denen der Krieg tobt, zahlreiche Flüchtlinge nach Wien gekommen sind, ist begreiflich; viele von ihnen sind aber bemittelt und für die Unbemittelten wird selbstverständlich vom Staate gesorgt.

Die

Gesundheitsverhältnisse

in Wien sind nach wie vor vollkommen zufriedenstellende.

Im Stande der anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten war in der zweiten Hälfte Oktober ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen.

Choleraerkrankungen

sind unter der Wiener Zivilbevölkerung bisher überhaupt noch nicht vorgekommen.

Der Krankenstand in den Zivilspitälern zeigt im Vergleiche zum Vorjahre folgende Bewegung:

	1913 vom 18. Oktober bis 1. November	1914 vom 17. bis 31. Oktober
Anfänglicher Stand	7829	6832
Zuwachs	4795	5409
Abgang durch Entlassung	4220	3487
Abgang durch Tod	410	324
Schließlicher Stand	7994	8430

Die Gesamtzahl der Todesfälle in der Zeit vom 17. bis 31. Oktober 1914 betrug 1280 gegen 1091 in derselben Zeit des Vorjahres. Trotzdem kamen auf 1000 ortsanfässige Einwohner in der vorletzten Oktoberwoche nur 117 (im Vorjahre 127), in der letzten Oktoberwoche nur 125 (im Vorjahre 129) Todesfälle. Die absolute Zunahme der Todesfälle wurde somit lediglich durch das Ableben von Militärpersonen bewirkt.

Für die vor dem Feinde gefallenen Wiener, die hieher gebracht werden, sowie für alle dem österreichisch-ungarischen und dem deutschen Heere angehörigen Krieger, die in Wien ihren Wunden oder den Kriegsstrapazen erliegen, hat die Gemeinde auf dem Zentral-Friedhofe eine gemeinsame Ehrenbegräbnisstätte gemidmet.

Anlässlich der Allerseelenfeier wurde daselbst ein patriotisches Denkmal errichtet, bei welchem von der Bevölkerung zahllose Kränze, auch für die ferne von der Heimat beerdigten Opfer des Krieges niedergelegt wurden.

Die hier verstorbenen feindlichen Soldaten haben ebenfalls eine gemeinsame Grabstätte erhalten.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

14./XI. 1914.

Die finanzielle und volkswirtschaftliche Kriegsbereitschaft Oesterreich-Ungarns.

Vortrag von Professor Dr. Rudolf Kobatsch.

Sekretär des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Wien, 13. November.

Oesterreich-Ungarn ist nicht bloß militärisch und politisch, sondern auch finanziell-wirtschaftlich relativ sehr gut gerüstet. Die kriegsfinanzielle Dienstleistung der Notenbank und der anderen Kreditinstitute vollzog sich zufriedenstellend. Durch die Ausgabe von kleinen Noten und kleinen Münzen, ferner neuerdings durch die Schaffung der Darlehenskassen (Ausgabe von Kassenscheinen) konnten den Finanzverwaltungen genügend hohe Beträge zur Verfügung gestellt werden. Der Vortragende empfiehlt, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank gleich der Deutschen Reichsbank, wieder ihre Ausweise veröffentlichen, zumal Oesterreich-Ungarn auch währungspolitisch günstig dastehe. Von dem ungarischen Gelehrten Dr. Fellner wurde das österreicherische Volksvermögen mit rund 85 Milliarden Kronen, das ungarische mit 42 Milliarden Kronen berechnet; Forschungen Dr. Robert Meyers und Dr. Steinmann-Buchers ergaben jedoch, daß diese Beträge zu gering angesetzt seien und der Vortragende gelangte zu einem Betrage für die Gesamtmonarchie von 160 bis 180 Milliarden Kronen. Die jährliche Zunahme des ersparten Vermögens sei eine relativ bedeutende. Günstig für die Kapitalreserve in Oesterreich-Ungarn sei, daß, im Gegensatz zu England und Frankreich, die Monarchie wenig ausländische Effekte besitze. In bezug auf die Steuerreserve berechnete der Vortragende die Kopfquote der öffentlichen staatlichen Abgaben in Frankreich auf 78,4 Mark, in Großbritannien auf 71 Mark, im Deutschen Reich auf 60 Mark, in Oesterreich-Ungarn auf 45 Mark. Mit Recht haben sich aber die beiden Finanzverwaltungen nicht für neue Steuern, sondern für Anleihen entschieden, in Ungarn für eine Rentenanleihe, in Oesterreich aus staatsrechtlichen Gründen für Echancheine. Die Bedingungen dieser Anleihen seien nicht ungünstiger als in den übrigen Staaten, welche Kriegsanleihen aufzunehmen hatten, und es werde ein großer Erfolg aus den Zeichnungen erwartet. Wenn dieser auch lange nicht an den beispiellosen Erfolg der jüngsten deutschen Kriegsanleihe heranreichen könne (4400 Millionen Mark), so werden aber auch die schmählischen Ergebnisse der neuesten französischen Anlehensversuche (300 Millionen Francs) weit übertroffen werden.

Der Vortragende gelangte zu dem Ergebnisse, daß Oesterreich-Ungarn nicht bloß militärisch und politisch, sondern auch finanziell-wirtschaftlich ein wertvoller Bundesgenosse des Deutschen Reiches sei, und erhofft aus dem siegreichen Kriege eine Befestigung und Vertiefung des Bündnisses nach allen

Richtungen, insbesondere auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es bestiehe auch in Oesterreich-Ungarn der feste Glaube an den endgültigen Erfolg; denn man wisse, daß der Krieg den beiden Zentralmächten aufgedrungen sei, daß sie einen Abwehr- und Erhaltungskrieg und keinen Rache- oder Beutekrieg führen, ferner daß sie den Krieg durchaus gerecht führen, sich keiner Verletzung des Völkerrechtes oder gar einer Unmenschlichkeit schuldig machten, sogar ihr gutes Vergeltungsrecht nur zögernd ausüben, und daher den so oft geäußerten Vorwurf der Barbarei als bloßen Ausfluß ohnmächtigen Hasses und Vergers erkennen. Aber nicht bloß die Gerechtigkeit, sondern auch das Vertrauen auf die eigene Tüchtigkeit befestigt die Zuversicht auf den Erfolg. Während des Krieges und nach dem Kriege möge die Lösung sein: rechtliche Tüchtigkeit. Ein Volk, welches unter diesem Leitworte kämpft und arbeitet, könne nie untergehen, ihm gehöre die Zukunft!

22./XI. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

16. November. Offizieller Beginn der Subskription auf die österreichische und ungarische Kriegsanleihe. Die Zeichnungen nehmen schon an diesem ersten Tage große Dimensionen an, nachdem bereits starke Voranmeldungen vorausgegangen waren. — Die Kriegsdarlehenskasse in Wien beginnt mit der Belehnung von Zuder. — Aus Amerika wird ein Wiedererwachen der geschäftlichen Tätigkeit gemeldet. — Das Gesetz über die Reform des amerikanischen Geldwesens tritt in Kraft.

17. November. Der Eisenabsatz im dritten Kriegsmonat (Oktober) zeigt gegen das Vorjahr einen weiteren Rückgang, der aber bei Stabeisen nur 35,600 Meterzentner beträgt. — Steigerung des Goldbestandes der Deutschen Reichsbank auf nahezu 2 Millionen. — Die Kruppwerke in Essen kündigen eine Kapitalvermehrung um 70 Millionen Mark (von 180 auf 250 Millionen) an. — Der russische Voranschlag für 1915 erwartet bei den indirekten Steuern einen Rückgang auf 605 Millionen Rubel (gegen 1307 Millionen des Vorjahres), bei den Zöllen einen Rückgang auf 236 Millionen (gegen 374 Millionen des Vorjahres). — Ein Rückgang der amerikanischen Ausfuhr von 271 Millionen Dollar im Vorjahre auf 195 Millionen Dollar wird für Oktober ausgewiesen.

18. November. Das englische Parlament beschließt auf Antrag der Regierung die Ausgabe einer Anleihe von 350 Millionen Pfund in 3 $\frac{1}{2}$ prozentigen Bonds zum Kurs von 95, die im Jahre 1928 zu pari eingelöst werden. Die englische Einkommensteuer wird verdoppelt, das Bier höher belastet und eine Teesteuer eingeführt.

19. November. Der in Triest lagernde brasilianische Kaffee (3 Millionen Kilogramm) wird nach offizieller Mitteilung vom österreichischen Handelsministerium angekauft, um den wichtigsten Konsumplätzen Oesterreichs zur Verfügung gestellt zu werden und der Verteuerung des Kaffees Einhalt zu tun. — Aus London wird eine Reihe von Börseninsolvenzen gemeldet. — Der Umrechnungskurs der österreichischen Postsparkasse für Zahlungen nach dem Deutschen Reich wird bis auf weiteres mit 125 S. für je 100 Mark festgesetzt.

20. November. Die Zeichnungen auf die österreichische Kriegsanleihe übersteigen bereits eine Milliarde, auf die ungarische eine halbe Milliarde. Weitere gute Ergebnisse werden noch erwartet.

21. November. Wiederaufnahme des Obligationenverkehrs an der New-Yorker Börse bei Festsetzung von Mindestpreisen. Die Wiederaufnahme des allgemeinen Börsenverkehrs in New-York auf unbestimmte Zeit vertagt.

Kriegsgebote in der Volkswirtschaft.

Von Abg. Dr. Anton Jerschabek.

Der Krieg verlangt Opfer. Er begnügt sich aber nicht bloß mit den Opfern an Blut und Leben, wie sie von unheimlichen tapferen Soldaten auf dem Schlachtfelde dargebracht werden, er kennt auch keine Schonung jenen gegenüber, für welche der Ruf zu den Waffen keine Geltung besitzt. Von diesen fordert er reichlich Tribut an Geld und Gut. Und wir finden das nur recht und billig. Denn in den Zeiten der Gefahr muß jeder etwas beitragen zur Abwehr. Da darf sich keiner zur Seite drücken, und wer sich nicht stark genug fühlt, dem werde mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten, der muß auf andere Weise dem bedrohten Vaterlande helfend beispringen.

Oesterreich-Ungarn kann in dieser Hinsicht stolz sein auf seine Kinder. Seine Krieger überboten sich gegenseitig an Mut und Tapferkeit und haben schon wiederholt den mehrfach überlegenen Feind zu Baaren getrieben. Aber auch die nicht im Wasserdienste stehende Bevölkerung ist sich ihrer vaterländischen Pflichten in dieser schweren Zeit stets bewußt gewesen und hat zahlreiche Beispiele von Opferwilligkeit geliefert, die fast an das Märchenhafte grenzen. Von den Aufforderungen bezüglich rechtzeitiger Steuergahlung ist keine wirkungsvolle Los geschieden; man hört kein Murren und keine Klage über die Beschränkungen, welchen der Bahnverkehr unterworfen worden ist; jeder verzichtet gerne und willig auf manche Bequemlichkeit, die er vielleicht früher niemals hätte missen mögen. Und gar, wenn

es heißt, auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge tätig zu sein, da kennt man keine Parteien, keine Nationen und keine Standesunterschiede mehr; da bemüht sich selbst der Herrsche, seinen Beitrag zu liefern, und wenn er zur Aufbringung derselben auch tagelang hungern mußte, mit einem Worte — ob daheim oder im Felde — jeder steht auf seinem Posten.

Gleichwohl fehlt auch diesem Richte nicht der Schatten. Denn der Krieg bedeutet nicht für alle ein Uebel. Es gibt Leute, die in ihm nichts anderes erblicken, als eine Quelle reichlich fließenden Gewinnes, und unter diesen fehlt es wieder nicht an Personen, welchen das noch viel zu wenig ist, was ihnen der Staat während dieser Zeit zu verdienen gibt; Leute, die so weit gehen, daß sie ihre Mitbürger in einem Augenblicke, wo alles einmütig neben und zu einander stehen sollte, ausnützen und aus der Not derselben Kapital zu schlagen suchen. Während unsere braven Soldaten auf dem Felde der Ehre ihr Blut verspritzen, bringen es manche über das Herz, das Geld der zurückgebliebenen Familien der tapferen Vaterlandskrieger durch eine künstlich geschaffene Steuerung schwerer zu gestalten.

Bekanntlich wurde gleich bei Ausbruch des Krieges neben der Effektenbörse auch die Frucht- und Weizenbörse geschlossen, aber letztere nach einer Woche wieder eröffnet. Warum dies geschah, wissen in Oesterreich die Wenigsten, aber es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die nunmehr eingetretene Preissteigerung des Getreides lediglich auf die Tätigkeit der Börsenspekulanten zurückgeführt werden muß. Die Ausrede, es hätte infolge der massenhaften Einberufungen an Arbeitskräften zur Einbringung der Ernte gefehlt und dadurch wäre ein Mangel an Getreide entstanden, wird

niemand ernst nehmen dürfen, da unsere Mobilisierung erst nach der Ernte erfolgte und das Ergebnis der letzteren im heurigen Jahre ein vollkommen zufriedensstellendes war. Nichtsdestoweniger stieg der Preis des Weizens von Kronen 26.40 bis 27 per 100 Kilogramm am 25. Juli, auf Kronen 37.20 bis 38.20 am 10. Oktober, also innerhalb 11 Wochen um 11 Kronen. Seit dieser Zeit ist eine weitere Preissteigerung um durchschnittlich 50 Heller per Woche erfolgt. Roggen kostete am 25. Juli Kronen 20.20 bis 20.90 per 100 Kilogramm. Am 10. Oktober war der Preis auf Kronen 31.10 bis 32.40, also sogar noch um mehr als 11 Kronen gestiegen.

Eine ansehnliche Erhöhung der Preise haben auch Kartoffeln, Erbsen und Linen erfahren. Die Ernte dieser Feldfrüchte erfolgte wohl zu einer Zeit, wo ein beträchtlicher Teil unserer Landleute schon unter den Waffen stand. Aber trotzdem unterscheidet sich das Ergebnis der heurigen Ernte nicht sonderlich von dem des Vorjahres. Zum Beweise hierfür berufe ich mich auf die Mitteilungen des statistischen Landesbureaus in Böhmen, wonach in diesem Kronlande heuer die Ernte von Kartoffeln 32,218.100 Meterzentner (gegen 33,399.400 im Vorjahre), von Erbsen 193.000 Meterzentner (gegen 187.600) und von Linen 16.100 Meterzentner (gegen 15.800) betrug. Von einem Mangel an diesen Bodenprodukten kann daher niemals die Rede sein.

Geradezu widersinnig wäre es aber, wenn man die Preissteigerung der bezeichneten Feldfrüchte dem vermehrten Konsum seitens der zur militärischen Dienstleistung Einberufenen zuschreiben wollte. Denn von diesen Deuten wird wohl mehr Fleisch verzehrt als

Versammlung auf der Wieden.

Abg. Dr. Mataja über die Wirkungen des Krieges.

Der katholisch-politische Verein auf der Wieden hielt am 25. d. M. abends in Trojans Gartensaal in der Goldeggasse seine 46. Jahresversammlung ab, die einen glänzenden Besuch aufwies und zu der unter anderen erschienen waren: Reichsratsabgeordneter B. Riendl, die Landtagsabgeordneten Brenner und Philip, StR. Regierungsrat Schmid, die Gemeinderäte Sektionschef Eglauer, Elis, Kubatschek und Luz, Kanonikus Rundi, Msgr. Hiesberger, Msgr. Schranzhofer, die Hochwürden Kernthaler, Foch und Kern, die Bezirksräte Charvat, Feiler, Feucht, Gadenberg, Knötner, Majewski, Merth, Prokop, Schwarz und Weber, zahlreiche Armen- und Ortschulräte u. Nach den Eröffnungsworten durch Obmann Msgr. Hiesberger und dem von Ausschussmitglied F. H. verlesenen Rechenschaftsbericht des Vereines wurde über Antrag des Abg. Philip die bisherige bewährte Vereinsleitung einstimmig wiedergewählt.

Abg. Brenner führte hierauf u. a. aus: Wir bleiben katholisch und deutsch, wie wir es waren und werden uns auch nicht mit einer bekannten noblen Geste überreden lassen, den Antisemitismus beiseite zu legen. Wir leben in einer großen, welterschütternden Zeit. Generale und Soldaten waren nicht geübt im Kriegsführen, aber sie lösten ihre schwierige Aufgabe glänzend und tapfer. Der österreichische Gedanke hat sich mit

Alibogenstärke Platz gemacht und die Differenzen sind vor dem großen Ziele geschwunden. (Beifall.) Es freut uns, daß ein Mitglied unseres Vereines, Herr Lehrer Hiesberger mit der silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde. (Lebhafter Beifall.) Bei Besprechung gewerblicher Fragen sagte der Redner: In der „Sonn- und Montagzeitung“ ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht möglich wäre, im Verordnungswege den Befähigungsnachweis aufzuheben. Das Blatt könnte uns da auf einen guten Gedanken bringen, daß wir die Durchführung einer Reihe von langjährigen Gewerbeforderungen auf diesem Wege verlangen. (Sehr gut!) Die Gemeindeverwaltung hat in dieser schweren Zeit Großartiges geleistet, Arbeit und Verdienst geschaffen. Die bemittelten Leute mögen anlässlich der Weihnachtszeit nicht unvernünftig sparen, sondern diejenigen Gewerbe gedenken, welche an Verdienst angewiesen sind. Auch die Landesvertretung hat ihr redlich Teil an dem, was geschehen ist; der Referent für Gewerbebeförderung M. Wielohla wies hat in großzügiger Weise eingegriffen. In vielfacher Weise hat das tatkräftige Eingreifen unseres rastlosen Bürgermeisters bei verschiedenen Stellen Einkehr und Besserung hervorgerufen. Wir alle mitkommen können über die Fülle der Arbeitsleistung, die in diesen Zeiten im Rathaus durchgeführt worden ist. Es ist vorgeplant nach allen Richtungen, für alle Bedürfnisse und wenn es in dem einen oder anderen Falle nicht in Erfüllung geht, so ist gewiß nicht derjenige, welcher die Vorsorge getroffen hat, schuld, sondern diejenigen, welche die Durchführung dieser Vorsorge vereitelt. Der Redner schloß unter großem Beifalle mit der Versicherung, daß die Mitglieder die Prinzipien der Partei und des Vereines nach allen Richtungen hin wahren werden.

Obmann Msgr. Hiesberger begrüßte hierauf den Abg. Dr. Mataja, der mit stürmischem Beifalle empfangen wurde, und sagte: Wenn auch der Abgeordnete Dr. Mataja nicht immer mündlich zu uns sprechen kann, so haben wir doch ein Organ, die „Reichspost“, wo wir seine gediegenen Artikel lesen. (Beifall.)

Abg. Dr. Mataja ergriff hierauf das Wort zu ungefähr folgenden Ausführungen: Es ist naturgemäß, daß der Kriegszustand eines Reiches verschiedenes mit sich bringt, was nicht so ganz in den Gang der normalen verfassungsmäßigen Dinge hineinpaßt. Vieles ist nicht nur durch die Kriegereignisse, sondern auch durch die eigentümliche Haltung der österreichischen Volksvertretung bedingt. Rings um uns herum sehen wir eine ganz normale und geregelte verfassungsmäßige Tätigkeit; in Deutschland, Ungarn, Frankreich, England sehen wir die Volksvertretung zusammentreten. Wir sehen, daß es bei uns nicht der Fall ist, und wir können es nicht nur nicht mißbilligen, wir müssen es leider als notwendige Tatsache hinnehmen. Es ist aber doch darüber noch manches andere zu sagen. In einer Zeit, in der es sich deutlich gezeigt hat, daß über das patriotische Gefühl der Bevölkerung nur die Schlagworte einzelner Führer hinweggetäuscht haben, daß das patriotische Gefühl, welches in der Bevölkerung lebt, nur von einzelnen Politikern verschleiert und verheimlicht worden ist, ist es am Platze zu fragen, ob dieser Verschleierung und Verheimlichung patriotischer Gefühle nicht übermäßig Vorschub geleistet worden ist und wie man die merkwürdige Haltung zu beurteilen hat, die sich in manchen politischen Kreisen zeigte, die vor Ausbruch des Krieges alles getan haben, den vorhandenen Patriotismus zu verheimlichen, ihn zu dämpfen und die Wehrkraft des Volkes herabzudrücken. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir heute die „Arbeiter-Zeitung“ lesen, befinden wir uns ziemlich im Zweifel ob wir es mit einem Organen der uns bekannten Sozialdemokratie oder der Heeresverwaltung zu tun haben. Diese Kreise handeln so, weil sie es nicht wagen können, nicht etwa der Obrigkeit, sondern

ihren Lesern mit ihrem früheren Tun entgegenzutreten. Es tröstet uns aber, daß, so wie bei den verschiedenen Völkernschaften des Reiches jede Hoffnung auf Auflösung des Staatsgefüges, die von auswärts gehegt worden ist, zunichte wurde, auch bei den verschiedenen Ständen die gesunde Art des Empfindens sich sofort in der richtigen Weise gezeigt hat. Wir alle beklagen gewiß aufs tiefste, daß der Krieg ein Notstand ist, aber wir erkennen auch: groß geworden sind diejenigen Staaten, die es verstanden haben, einen solchen Geist in ihre Bevölkerung zu tragen, daß sie Kriege erfolgreich durchführen konnten. Wir müssen mit den Waffen in der Hand die Probe auf unsere Existenzfähigkeit ablegen und es liegt nicht in unserer Hand, uns diese Probe zu ersparen. Unsere einzige Aufgabe ist, diese Probe zu bestehen und den Krieg durch zu machen, damit das Entsetzliche, was wir jetzt erleben, nicht erfolglos bleibe. (Lebhafter Beifall.) Es ist unsere Aufgabe, im Felde und im Vaterlande dahin zu wirken, daß es uns gelingt, den Ansturm unserer Feinde erfolgreich abzuwehren, aber nicht dadurch, daß die Erfolge, die durch den Sieg unserer Waffen, durch die Tüchtigkeit unserer Soldaten und durch die ausgezeichnete Heeresleitung errungen werden, durch die Diplomatie wieder weggewischt werden. (Stürmische Zustimmung.) Wenn man einen solchen Krieg führt, muß man sich darüber Klarheit schaffen, was man durch einen solchen Krieg will. Wir haben den Krieg nicht herbeigeführt. Wenn wir uns einen Fehler haben zuschulden kommen lassen, so war es der, daß wir eine zu große Zurückhaltung im Konzerte der Mächte an den Tag gelegt haben. (Zustimmung.) Nachdem der Redner erörtert hatte, wie es zum Kriege gekommen ist, fuhr er fort: Uns bleibt die Hoffnung, daß der Krieg gesundend im Innern wirken möge, in der Bevölkerung selbst, die sich nicht mehr durch leere Schlagworte verheßen lassen möge, gesundend in den Kreisen von Politikern, daß es Dinge gibt, die man nicht zu Schlagworten benutzen darf, gesundend in den Kreisen unserer Regierung und Verwaltung, die nötige Kraft aus dem Beispiele unserer Soldaten zu schöpfen, die mehr in die Schanze schlagen, als ein Minister auf dem Ministerstuhle in die Schanze schlagen kann. Die Regierung möge auch Kraft lernen von unseren Generalen und unserer Armeeführung. (Lauter Beifall.) Es liegt im Geiste des Oesterreichers das beständige Nörgeln und Kritizieren am eigenen Staate. Wir alle stehen unter dem Eindrucke der ungeheuren Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches. Es arbeitet ausgezeichnet und großartig, aber Gott sei Dank, auch wir arbeiten sehr gut. (Lebhafter Beifall.) Und ebenso wenig, wie wir ohne das Deutsche Reich an einen Krieg denken könnten, ebenso wenig könnte das Deutsche Reich ohne Oesterreich an einen solchen Krieg denken. (Zustimmung.)

Wenn ich zum Schluß auf das wirtschaftliche Gebiet übergehe, so müssen wir uns vor allem innerlich darauf vorbereiten, daß wir möglichst noch größeren Schwierigkeiten entgegen gehen können, als sie uns bisher aufgebürdet worden sind. Sie wissen, was die Gemeindeverwaltung und persönlich der Bürgermeister in diesen Zeiten geleistet haben. (Beifall.) Wenn noch größere Schwierigkeiten an uns herantreten, dann denken wir an die, die eine noch ganz andere Widerstandsfähigkeit an den Tag legen müssen, die zuerst in der Sonnenglut durch die Sandsteppen Russisch-Polens gezogen sind und jetzt in Eis und Schnee in Schützengräben liegen. Denken wir an die, dann werden wir unsere Schwierigkeiten leichter ertragen! Wir stehen unter dem Eindrucke der Hoffnung, daß wir einer gesunden Zeit entgegengehen. Es hat jeder Krieg noch eine reinigende Wirkung ausgeübt. Es ist viel Schmutziges und Kleinliches aus dem Leben der Staaten und Völker verschwunden, viel von der Schwäche, die so häufig den Leitungen und Regierungen der Staaten und Völker

anbietet. Geben wir uns der Hoffnung hin, daß es in Oesterreich gründlich anders werden möge und fassen wir den festen Entschluß, daß wir, so viel jeder einzelne kann, zu dieser Besserung der Verhältnisse durch das lebendige Wort beitragen mögen. (Beifall.) Seien wir auf diese Art die Herolde des wahrhaften Patriotismus, der sich nicht in Worten äußert, sondern in der gesunden Denkungsart und in den Handlungen. Tragen wir diese Freen hinaus und helfen wir mit aufbauen ein neues und glückliches Oesterreich! (Begeistertes, sich stets erneuerndes Beifallssturm.)

Mit herzlichsten Dankesworten schloß Obmann Msgr. Hiesberger die eindrucksvolle Versammlung.

29./11. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

22. November. Uebereinkommen zwischen der Oesterreichisch-ungarischen Bank und der Deutschen Reichsbank bezüglich eines Austausches fälliger Coupons.

23. November. Durch Verordnung des deutschen Bundesrates wird der Antauf von Reichsgoldmünzen zu einem ihren Nennwert übersteigenden Preise mit Gefängnis bestraft. — Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln in Deutschland. — Gründung einer deutschen Kriegs-Lederattiengeellschaft. Alle Häute von Großvieh müssen ihr für Seereslieferungen abgeliefert werden. — Im Außenhandel Frankreichs wird für den August eine Verminderung der Ausfuhr um 258 Millionen und der Einfuhr um 313 Millionen Franken ausgewiesen.

24. November. Schluß der offiziellen Subskription auf die österreichische Kriegsanleihe. Nachträgliche Zeichnungen werden für zulässig erklärt. Vorläufiges Ergebnis 1441 Millionen Kronen in Oesterreich, 800 Millionen Kronen in Ungarn. — Neue Ausfuhrverbote in Italien. — Verschärfungen des englischen Gesetzes über die Zahlungen an das Ausland. — Der Baumwollerntebericht in Amerika zeigt eine Rekordziffer von 11.6 Millionen Ballen gegen 10.4 Millionen Ballen im Vorjahre. — Uebereinkommen der Südbahn mit dem Kurator betreffend Siftierung der Prioritätenverlosung auch in diesem Jahre.

25. November. Neue Moratoriumsverordnung in Oesterreich. Im Dezember und Jänner sind je 25 Prozent der Forderungen abzuführen. Der Rest wird bis 31. Jänner gestundet. — Sicherstellung von Reichsmark seitens der österreichischen und ungarischen Regierung durch eine Finanzoperation in Berlin. — Gesetzentwurf über eine Erhöhung der ungarischen Steuer für die 20,000 R. übersteigenden Einkommen zu Kriegsfürsorgezwecken. — Gründung einer Getreidebank in Berlin.

26. November. Zunahme des Goldbestandes der Deutschen Reichsbank um 37 Millionen bis auf nahezu zwei Milliarden Mark. — Der Vorstand der New-Yorker Kaffeebörse beschließt die Wiedereröffnung am nächsten Montag.

27. November. Prinzipielle Verständigung der österreichischen und der ungarischen Regierung in Angelegenheit der Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Mehl.

28. November. Der französische Finanzminister setzte den Termin der Wiedereröffnung der Börse für Kassageschäfte auf den 7. Dezember fest.

29./XI. 1914.

Ausschuffigung des Reichsverbandes deutscher Städte.
Der Reichsverband deutscher Städte hat am 24. November eine Kriegsausschuffigung abgehalten. Vor allem wurden verschiedene wichtige mit dem gegenwärtigen Kriegszustande zusammenhängende Fragen beraten. Man beschloß die Mitwirkung der städtischen Verwaltungen dafür aufzurufen, daß die Aufzucht von Kleinvieh (Schweinen, Schafen usw.) gefördert werde. Weiter soll bei der Reichsregierung angeregt werden, Maßregeln zu erwägen, die es verhindern, daß die Wollpreise unangemessen steigen. Der Ausschuff nahm Kenntnis davon, daß der Hansabund durch eine besondere Organisation unter tätiger Förderung der Regierung eine Kriegskreditkaffe für den deutschen Mittelstand geschaffen habe, und es wurde beschlossen, auf diese Kaffe die Gemeinden aufmerksam zu machen. Sodann wurde über die Unterstützungsmittel beraten, die von den Gemeinden für Ostpreußen und Elsaß-Lothringen eingegangen waren. Bei den Mitgliedern des Verbandes soll eine Umfrage veranstaltet werden, um festzustellen, welche Kriegsnotstandsmaßnahmen die einzelnen Städte seither getroffen haben. Diese Umfrage soll einmal dazu beitragen, den Städten weitere Anregungen für solche Maßnahmen zu geben, und ferner will der Verband eine Gesamtübersicht über die Notstandsmaßnahmen der kleinen Städte für die Zukunft festgelegt haben. Mit Rücksicht darauf, daß Gebäude und Mobiliar durchweg bei den Bundesstaaten nicht gegen Kriegsschäden versichert sind und werden können, daß auch andererseits — wie der Verlauf des Krieges gezeigt hat — einzelne Teile des Deutschen Reiches besonders schwere Schäden erlitten haben, hat der Vorstand Schritte ertrogen, wie es zurzeit möglich ist, Ersatz für diese Schäden zu erlangen. Insbesondere glaubte der Ausschuff, daß dabei auch die Mitwirkung der Reichsregierung notwendig sein werde.

Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges.

(Vierte Folge.)

Seit anfangs November steht Wien unter dem Zeichen der
Kriegsanleihe.

Die österreichische Regierung hat zur Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Mittel **5 1/2% ige Schatzscheine mit fünfjähriger Laufzeit** zum Kurse von 97.50 Kronen für 100 Kronen Nominale zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und diese nimmt einen **glänzenden Verlauf.**

Die Feindespresse behauptet zwar, daß zu diesem Zwecke alle Arten von Pressionen ausgeübt werden und bemerkt hämisch, daß sogar der Kaiser aus seiner Privatschatulle eine große Summe gezeichnet habe.

Es hat aber in Wien und in Niederösterreich wahrlich keiner Pression bedurft; die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität und des Standes, von den Mitgliedern unseres Herrscherhauses bis herab zu den kleinsten Sparern, ist voll patriotischer Begeisterung bereit, durch Beistellung finanzieller Mittel an der Reichsverteidigung mitzuwirken.

Die Stadt Wien hat sich dabei selbstverständlich in die erste Reihe gestellt und mit ihren Anstalten, Fonds und den Organisationen ihrer Angestellten insgesamt nahezu

dreißig Millionen Kronen

Kriegsanleihe gezeichnet. Die Zeichnungen in der Gesamtmonarchie betragen **bisher**

2 1/2 Milliarden Kronen!

6. XII. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. November. Wiedereröffnung der New-Yorker Börse, vorläufig nur für den Handel in Bonds und zu Mindestpreisen.

29. November. Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Mehl in Oesterreich und Ungarn.

30. November. Verlängerung des ungarischen Moratoriums bis 31. Jänner 1915. — Auf die deutsche Kriegsanleihe werden bis Ende November 4103 Millionen Mark eingezahlt. — Geringe Ultimoansprüche an die Oesterreichisch-ungarische Bank. — Beruhigende Wirkung der Maximalpreise auf den Getreidemarkt. — Siftierung der Annahme von Zuckersendungen in den Triester Lagerhäusern.

1. Dezember. Erweiterung der Ausfuhrverbote in Oesterreich-Ungarn. — Verlosungssiftierung der dreiprozentigen Südbahnprioritäten. — Rundschreiben des Berliner Börsenvorstandes an die Börseninteressenten, um bei eventueller späterer Wiedereröffnung der Börse die schwebenden Engagements zu kennen.

2. Dezember. In der Kriegssitzung des deutschen Reichstages wird ein Kriegskredit von weiteren 5 Milliarden Mark votiert. — Erhöhung des Goldvorrates der Deutschen Reichsbank um 43 Millionen Mark. Der gesamte Metallschatz übersteigt bereits 2 Milliarden. — Russisches Zahlungsverbot an Oesterreich-Ungarn und Deutschland. — Enquete über die Lage des Baugewerbes in Wien.

3. Dezember. Infolge der Erklärung Lloyd Georges, daß die Vereinigten Staaten an England ungefähr 1000 Millionen Pfund schulden, wird in New-York angeregt, die Eröffnung der Fondsbörse noch weiter hinauszuschieben. — Bei der für den 7. d. in Aussicht genommenen Eröffnung des Kassamarktes der Pariser Börse sollen nur Renten, Obligationen und einzelne führende Aktien zum Verkehr zugelassen werden. — Die Türkei erläßt Ausfuhrverbote für Getreide, Mehl, Reis und andere Lebensmittel.

4. Dezember. Einzahlung der ersten Rate von 30 Prozent auf die österreichische Kriegsanleihe.

5. Dezember. Scheitern der Verhandlungen wegen Wiedereröffnung der Londoner Börse.

Tägliche Rundschau

9./XII. 1914.

Berlin zur Kriegszeit.

Der Bürgermeister von Rotterdam, Herr A. R. Zimmermann, über dessen Besuch in Berlin wir berichteten, hat über seine hiesigen Beobachtungen dem „Rotterdamsch Nieuwsblad“ allerlei mitgeteilt. Er betont besonders, daß sich die Industrie schnell dem Kriegszustand angepaßt habe: „Die Ausfuhr steht natürlich zum großen Teil still; aber die Industrie ist so erfindereich, daß sie sich ganz den Umständen und Bedürfnissen anpaßt und selbst in einer neuen Richtung große Entwicklung nimmt. Zum Beispiel die Schirmindustrie, die in normalen Zeiten die halbe Welt versorgt. Jetzt hat sie ihr Ziel gefunden in der Anfertigung von Kriegswesten aus Schirmseide.“ Schließlich geht Zimmermann auf allgemeine Beobachtungen ein, die das äußere Bild der Hauptstadt betreffen.

„In Berlin merkt man vom Kriege weniger als hier in Rotterdam. Da sieht man nicht das nervöse Gerede nach Kriegsnachrichten, das Gedränge der nach Kriegsnachrichten gierenden vor den Zeitungsgebäuden von früh bis spät; da ist kein Lärmen, keine Ausgelassenheit. Ein großes Maß von Ruhe — das ist mein Gesamteindruck. Das äußere Bild Berlins ist nicht verändert. Die Geschäftsläden sind alle geöffnet und zeigen großen Andrang. Die abendliche Beleuchtung ist nirgendwo eingeschränkt. Der Autoverkehr ist wie sonst. Die Kaffee- und Speisehäuser sind alle voll; zu einzelnen Tagesstunden ist sogar kein Platz zu bekommen. Die Kinos werden stark besucht; bei einer Vorstellung mußte ich mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Die Theater haben auch bei den Vormittags-Vorstellungen die gewöhnliche zahlreiche und interessebekundende Zuhörerschaft. Von selbst aber hat sich der Spielplan den Zeitumständen angepaßt: man gibt klassische Werke und ein einzelnes Gelegenheitsstück. Ich sah „Zimmer feste drauf!“, es war nicht allzu chauvinistisch, doch „vaterländisch“. Und was mich sehr überraschte: es sind augenscheinlich nicht weniger Männer, junge, kräftige, wehrhafte Männer, vorhanden als in Friedenszeit. In meinem Hotel sah ich überflüssig viel junge Bedienstete; im Theater waren die Statisten alle kräftige Kerle, die man jetzt im Felde hätte vermuten sollen. Auf den Straßen, Plätzen und öffentlichen Stätten wimmelt es von Soldaten. Deutschland macht den Eindruck, gewaltige Reserven zu haben. Noch eine Besonderheit: ich habe in Berlin zum ersten Male wieder Weißbrot gegessen (Holland backt schon seit vielen Wochen Kriegsbrot; nämlich aus Roggen und — Reis). Die Stimmung der Leute schien mir ruhig und ernst. Bei dem Frühstück mit der Berliner Gemeindeverwaltung erhielt ich den Eindruck in jedem Gespräch mit den Anwesenden. Man wollte mir nichts aufdrängen, mir nichts einreden; ohne Bluff schien man das Endergebnis vollkommen sicher zu sein. Und man schien bereit, sich jedem Opfer für dieses Endergebnis zu unterwerfen.“

Wirtschaftliche Wochenchronik.

6. Dezember. Besserung des österreichisch-ungarischen Außenhandels im Oktober gegenüber den ersten zwei Kriegsmonaten. Die Ausfuhr auf 207 Millionen Kronen gegen 61 Millionen Kronen im September gestiegen, die Einfuhr auf 132 Millionen Kronen gegen 111 Millionen Kronen des Vormonats. — Die französische Regierung erhöht den Betrag der auszugebenden Schatzscheine auf 1400 Millionen Franken.

7. Dezember. Eröffnung des Kassageschäftes an der Pariser Börse.

8. Dezember. Starler Rückgang der Devisenpreise in Berlin, der sich an den folgenden Tagen fortsetzt. — Aus New-York wird ein wesentlicher Rückgang des englisch-amerikanischen Handelsverkehrs gemeldet.

9. Dezember. Der in der Generalversammlung der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft erstattete Bericht konstatiert eine, wenn auch nur allmähliche, so doch nicht zu verkennende Besserung der Lage der Eisenindustrie. — Die Alpine Montangesellschaft weist für die ersten drei Quartale ein Mindererträgnis von 44 Millionen Kronen aus. — Erhöhung der deutschen Stabeisenpreise. — Die englische Kriegsanleihe wird mit $\frac{1}{8}$ Prozent Disagio gehandelt.

10. Dezember. Die Verordnung über die Getreidehöchstpreise in Oesterreich und Ungarn tritt in Kraft. Vollständige Geschäftslosigkeit an der Budapester Getreidebörse. — Der Goldbestand der Deutschen Reichsbank übersteigt 2 Milliarden Mark. — Der Ausweis über den englischen Außenhandel seit Kriegsbeginn zeigt bei der Ausfuhr einen Rückgang um 74 Millionen Pfund Sterling im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres. Die Einfuhr hat um 62½ Millionen Pfund Sterling abgenommen.

11. Dezember. Durch kaiserliche Verordnung wird eine neue Konkursordnung eingeführt und zugleich das Anfechtungsrecht und Ausgleichsverfahren neu geregelt. Alle exekutiven Pfandrechte erlöschen, wenn sie in den letzten sechzig Tagen vor der Konkursöffnung erworben worden sind. Wesentliche Verbilligung des Verfahrens. Der Zwangsausgleich wird nicht bloß für protokollierte Kaufleute, sondern allgemein für jeden Schuldner zugelassen. — Das Resultat der Zeichnungen auf die ungarische Kriegsanleihe wird mit 1018 Millionen Kronen ausgewiesen.

Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges.

(Fünfte Folge.)

Anfangs Dezember feierte Wien das **sechsuudsechzigjährige Regierungsjubiläum seines Kaisers**, welcher seit zwei Menschenaltern die Geschicke der Doppelmonarchie an der Donau lenkt.

Viel Schweres war ihm während dieser langen Zeit beschieden, das Schwerste traf ihn jetzt, da er, der stets den Frieden wahrte, den ungeheueren Kampf aufnehmen mußte, um das Reich zu schirmen gegen menchlerischen Überfall.

Doch unter guten Vorzeichen beginnt dieses neue Jahr seiner Herrschaft. Am Jahrestage seiner Thronbesteigung ist Serbiens Hauptstadt von den geschlagenen feindlichen Truppen preisgegeben worden und auf den Schlachtfeldern in Polen und Galizien muß nun auch die russische Übermacht vor den verbündeten Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns unter schweren Verlusten zurückweichen!

Viribus unitis

lautet der Wahlspruch unseres Kaisers und mehr noch als im Frieden gilt er im Kriege.

Wir alle vereinen unsere Kräfte, um durchzuhalten bis an ein gutes Ende.

— (Wirtschaftliches Permanenzkomitee.) In der gestrigen Sitzung des Wirtschaftlichen Permanenzkomitees wurde in einer Anregung des Kammerates Artur Demberger auf die großen Vorteile hingewiesen, die die Einführung des Postsparkassendienstes bei den Feldpostämtern bieten würde. Gegenwärtig werden der Volkswirtschaft große Varmittel durch die Löhnungen der Truppen entzogen. Es sammeln sich bei den Mannschaften Geldmittel an, für die diese im Felde keinerlei Verwendung haben, die sie aber mittelst des für diese kleinen Beträge zu kostspieligen und schwerfälligen Postanweisungsverkehrs auch nicht ihren Angehörigen zukommen lassen können. Unzweckmäßige und überflüssige Ausgaben und Verluste sind die Folgen dieses Zustandes. Dazu kommt die Gefahr, daß die Varmittel der Gefangenen oder Toten in die Hände des Feindes fallen, wie auch gerade in dem Mitführen von Varmitteln ein starker Anreiz zur Plünderung der Gefallenen liegt. Es ist ferner ein Uebelstand, daß die Regimenter sowie die höheren Verbände Kriegskassen mit großen Vorkräften mit sich führen müssen. Um diesen Mißständen zu begegnen, wurde in Deutschland auch schon die Einführung von Kriegsbons in Anregung gebracht. Bei uns könnte durch Heranziehung der Postsparkasse und der Feldpost durch Eröffnung von Konten für die Truppen und Truppenteile sowie durch weitgehende Anwendung des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs der Armee im Felde wertvolle Abhilfe geschaffen werden. Sehr bedeutende Bargeldbeträge, die heute für Löhne und Gehalte der Volkswirtschaft entzogen werden, könnten in erheblichem Umfang nutzbar gemacht werden. Der Bericht des Subkomitees für die Fragen des mittelständischen Kredits, in dem der Ausbau der bestehenden Kriegshilfsinstitution im Sinne einer weitergehenden Berücksichtigung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Kredits, und zwar für ersteren durch Unterstützung des genossenschaftlichen Kreditbedarfes seitens der Kriegskreditbanken, für letzteren unter Erweiterung des Wirkungskreises der Darlehenskassen befürwortet wird, wurde zur Kenntnis genommen. Im Anschluß daran wurde darauf hingewiesen, daß die Militärbehörden nach wie vor die Kenntnisnahme der Abtretung von Forderungen, die Industrielle und Gewerbetreibende an militärische Behörden besitzen, unter Berufung auf das Hofdekret vom 21. August 1838, dessen Aufhebung seit vielen Jahren mit größtem Nachdruck verlangt wird, verweigern. Hierdurch wird es den Kreditinstituten, insbesondere auch der niederösterreichischen Kriegskreditbank, unmöglich gemacht, Akzeptkredite gegen Abtretung solcher Forderungen zu gewähren. Es soll nunmehr ein energischer Schritt wegen Aufhebung dieses Hofdekrets unternommen und eine Verordnung gefordert werden, die die Möglichkeit der Besession in den bezeichneten Fällen sicherstellt. Das Permanenzkomitee beschloß weiter auf Anregung des Kammerates Binz, geeignete Transportmaßnahmen für eine bessere Zuckerversorgung Wiens zu verlangen und auch den Bürgermeister um Unterstützung der bezüglichen Schritte zu ersuchen. Auch soll bei der Heeresverwaltung eine reichlichere Zuckerversorgung der Armee im Felde in Anregung gebracht werden. Schließlich beschäftigt sich das Permanenzkomitee noch mit der Einführung von Metallhöchstpreisen, die in Deutschland bereits erfolgte, und den Maßnahmen, die im Falle der gleichen Vorsehrung in Oesterreich zu treffen wären.

(„Wirtschaftliche Ursachen und Wirkungen des Weltkrieges.“) Ueber dieses Thema hielt Professor Dr. Kobátsch am Mittwoch im Donaulub vor einem zahlreichen Auditorium einen Vortrag. Der Redner führte aus: Der jetzige Weltkrieg, so sehr er gerade auf österreichisch-ungarischer Seite ein gerechter Verteidigungs- und Abwehrkrieg ist, hat auf Seite fast aller Gegner neben politischen auch wichtige wirtschaftliche Ursachen: auf Seite Serbiens die Nichterfüllung der Ziele der Balkankriege (Erreichung des Adriatischen und des Ägäischen Meeres); auf Seite Russlands die infolge der Agrarreform, welche allerdings auch wieder politische Beweggründe hatte, notwendige gewordene größere Expansion, der Wunsch nach eisfreien Häfen, der erneute Drang zum Schwarzen und zum Mitteländischen Meere, aber auch die industrielle und sogar die agrarische Einfuhr Deutschlands; auf Seite Frankreichs, wo die politischen Ursachen wohl noch am stärksten wirkten, die zunehmende Konkurrenz Deutschlands in dritten Staaten und im eigenen Lande; auf Seite Englands aber vor allem die wirtschaftliche Rivalität mit dem mächtig aufstrebenden Deutschen Reich. Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges, welche sich nicht bloß auf die kriegführenden, sondern auch auf die neutralen Staaten erstrecken, waren: Unterbindung des Seeverkehrs und eines großen Teiles des Landverkehrs (der Welthandel im Jahre 1912 betrug 166 Milliarden Mark, davon dürfte mindestens die Hälfte, 83 Milliarden Mark, das ist im Monat 7 Milliarden Mark, verlorengegangen sein), die Zerreißung der internationalen Kreditfäden, verbunden mit der Verteuerung ausländischer Valuten und Wechsel. Der Vortragende zeigte die schädlichen Wirkungen des Krieges auch in neutralen Staaten an dem wichtigsten Beispiel, an den Vereinigten Staaten, deren Rohstoffausfuhr außerordentlichen Schwierigkeiten begegnete, ebenso wie die Produktion infolge des Mangels an wichtigen Hilfsstoffen aus Deutschland stark leidet. In einer amerikanischen Zeitschrift heißt es: „Jetzt erst empfindet man, bis zu welchem Maße die ganze Welt mit wichtigen Waren von Deutschland versorgt wird. Zum Glück sind aber nicht alle Straßen verschlossen, durch die Deutschland seine Erzeugnisse in die Welt schicken kann.“ Der Vortragende schilderte hierauf die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges in den einzelnen kriegführenden Staaten, erörterte die Frage, ob England sein wirtschaftliches Ziel gegenüber Deutschland erreichen könne, und gelangte zur dritten Verneinung dieser Frage, schließlich die Wirkungen in Österreich-Ungarn, welches volkswirtschaftlich und finanziell sich verhältnismäßig gut gerüstet zeigte und den Krieg bis jetzt und auch in Zukunft auszuhalten imstande sei. Zum Schluß wurden die zukünftigen Wirkungen des Krieges erörtert und der Einfluß auf den Welthandel, das Abbrechen desselben von London, welches sich selbst so sehr diskreditiert habe, nach Deutschland, die Verlegung des industriellen und finanziellen Schwerpunktes, wenigstens in Europa, nach dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten, ferner die Wiedergewinnung der Achtung vor den eigenen Erzeugnissen bei uns und in Deutschland, und je nach der Umgruppierung der politischen Ver-

hältnisse auch eine solche der wirtschaftlichen Beziehungen, in welcher Hinsicht die mitteleuropäischen Staaten und so manche andre im Norden und Süden sich aller Voraussicht nach wirtschaftlich näherrücken werden.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

13. Dezember. Höchstpreise für Metalle werden in Deutschland eingeführt. — In Berlin bildet sich ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen.

14. Dezember. Zahlungsverbot gegen Rußland in Oesterreich und Ungarn. — Nach einem nachträglich bekannt gewordenen Ausweis der Bank von Frankreich schuldet der französische Staat der Bank am 1. Oktober 2100 Millionen Franken. — Das New-Yorker Börsenomitee beschließt, den Handel in sämtlichen Aktien vom 15. Dezember an wieder zu gestatten.

15. Dezember. Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel formuliert auf Grund eines Handelskammerberichtes Anträge betreffend die Bilanzstellungen in der Kriegszeit. — Eine Ministerialverordnung setzt den Geltungsbeginn der Bergarbeiter-Unfallversicherung auf den 1. Jänner 1915 fest.

16. Dezember. Das Postparlamentsamt gibt bekannt, daß die bisher verrechneten Zeichnungen auf die österreichische Kriegsanleihe 2135 Millionen Kronen betragen. Mit den auf die ungarische Kriegsanleihe gezeichneten 1018 Millionen sind in beiden Reichshälften 3153 Millionen Kronen subskribiert worden. — Einzahlung der zweiten Rate von 30 Prozent auf die österreichische Kriegsanleihe. — Das österreichische Eisenkartell verschiebt die Freigabe der Verkäufe von Stabeisen und die Preisregulierung. Das Polycaner Werk sucht um die Wiederaufnahme in das Eisenkartell an.

17. Dezember. Die französische Regierung verlangt von der Kammer für das erste Halbjahr 1915 Kriegskredite im Betrage von 5428 Millionen Franken. Ferner wird die Ausgabe von Schatzscheinen auf 2000 Millionen erhöht. — Neuregelung des Moratoriums in Frankreich. — Der Berliner Börsenvorstand setzt die Fälligkeit aller für Ultimo Dezember geschlossenen Börsengeschäfte auf Ultimo Jänner 1915 fest. Der Zinssuß für Jänner beträgt 5½ Prozent. — Regelung des Zwangsverfahrens in Deutschland betreffend die Uebernahme von Gegenständen, für welche Höchstpreise festgesetzt sind. — Finanzpolitische Konferenz in Petersburg.

18. Dezember. Enquete im Justizministerium über die Frage der Bilanzstellungen in der Kriegszeit.

Ein Urteil des Reichsbankpräsidenten.

„Finanziell und wirtschaftlich für jede Dauer des Krieges gerüstet.“

Die Tatsache, daß die Reichsbank gerade jetzt, unmittelbar vor dem Jahresluß mit seinen stets besonders großen Kreditansprüchen, ihren Zinssuß von 6 auf 5 Prozent ermäßigt hat, ist ein neuer Beweis für die Stärke unserer Wirtschaft und für das Vertrauen, daß auch die Reichsbankleitung ihr entgegenbringt. Dies wird in sehr interessanter Weise unterstrichen durch die Worte, mit denen der Reichsbankpräsident Havenstein selbst die Diskontermäßigung in der Sitzung des Zentral-Ausschusses der Reichsbank begründete. Er führte da aus:

Das deutsche Wirtschaftsleben ist in den letzten Monaten immer mehr wieder in normale Bahnen eingelenkt, die wirtschaftliche Arbeit hat sich immer weiter organisiert und den veränderten Verhältnissen angepaßt. Der Beschäftigungsgrad hat im ganzen, wie auch in den meisten Berufsgruppen, erheblich zugenommen und unterscheidet sich überwiegend kaum noch von Friedenszeiten. Der Geldmarkt weist eine bereits seit längerer Zeit anhaltende Goldflüssigkeit auf, und die Depositen der Banken, wie die Einlagen der Sparkassen sind trotz der ihnen für die große Kriegsanleihe entzogenen Beträge wieder in erfreulichem Wachstum begriffen. Das alles läßt im Verein mit den neuen Erfolgen unserer Heere, die die Sorge wegen der Möglichkeit eines vorübergehenden feindlichen Einbruchs in die deutschen Grenzlande hoffentlich endgültig gebannt haben, unsere Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang des Weltkrieges und die Ueberzeugung des deutschen Volkes, daß wir auch finanziell und wirtschaftlich für jede Dauer des Krieges gerüstet sind, nur immer fester und fester werden.

Der Stand der Reichsbank ist durchaus befriedigend; ihre Aktionskraft ist dank dem in immer weitere Kreise dringenden Verständnis für ihre Bedeutung und ihre Aufgaben und dank der durch unser ganzes Volk gehenden Mitarbeit an der Stärkung ihres Goldbestandes von Woche zu Woche und ohne jede Unterbrechung gewachsen, und bei den großen Goldmengen, die noch in Privathänden sind, und da der wöchentliche Zufluß an Gold bisher noch nichts weniger als abgenommen hat, dürfen wir die Hoffnung hegen, daß diese Stärkung sich auch noch weiter fortsetzen wird. Die Inanspruchnahme der Reichsbank durch den Verkehr auf Wechsel- und Lombard-Konto ist nicht höher und, wenn man die privaten fremden Gelder davon abrechnet, sogar niedriger, als wir sie in manchem der letzten zehn Jahre gesehen haben. — Diese ganze Gestaltung der Verhältnisse läßt, zumal die Börse geschlossen ist, erwarten, daß auch die Ansprüche zum Ulli in a sich innerhalb erträglicher Grenzen halten werden.

Wir glauben deshalb, trotz des ungewöhnlichen Zeitpunktes, der deutschen Wirtschaftsarbeit nunmehr eine Erleichterung und weitere Hilfe für das Ueberwiegen der aus dem Kriege erwachsenen Schwierigkeiten bieten zu dürfen, vertrauen aber, da die Dauer des Krieges nicht zu übersehen ist, und eine besondere und zielbewußte Schonung und Zusammenhaltung unserer Kräfte vielleicht noch lange nötig sein wird, auch darauf, daß diese Maßnahme nur in diesem Sinne verstanden und nicht zum Anlaß werden wird, irgendwie eine spekulative Ausnützung der Mittel und des Kredits der Reichsbank zu versuchen. Für Geschäfte und Bestrebungen, die nicht der wirtschaftlichen Arbeit des deutschen Volkes und dem Ziele dienen, alle Kräfte für die tüchhaltlose Durchführung des Krieges zusammenzufassen, ist heute und noch für lange Zeit kein Raum, und ihnen würde die Reichsbank es unweigerlich versagen und mit aller Kraft entgegentreten. — Aus diesen Erwägungen heraus hat das Reichsbank-Direktorium beschlossen, den Zinssuß um ein Prozent auf fünf Prozent herabzusetzen.

Der Zentral-Ausschuß erklärte sich hiermit einstimmig einverstanden.

27. / XII. 1914.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

20. Dezember. Höchstpreise für Kartoffel in Oesterreich. — Eine 4½-prozentige innere italienische Anleihe von einer Milliarde Lire, binnen 25 Jahren rückzahlbar, wird offiziell angekündigt. Emissionskurs 97. — Zur Bezahlung der belgischen Kontribution von 480 Millionen Franken wird von den neun belgischen Provinzen die Emission von Schatzscheinen beschlossen.

21. Dezember. Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird durch die beiden Regierungen ermächtigt, die Generalversammlung zu verschieben und einstweilen eine weitere Abschlagszahlung auf die Dividende zu leisten. — Auch für Hafer werden in Oesterreich und Ungarn Höchstpreise festgesetzt. — Beratungen der Kohlenversorgungskommission im Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Sicherstellung des österreichischen Kohlenbedarfes. — Aenderung des Gerstehöchstpreises in Deutschland. — Verlängerung des italienischen Moratoriums in bedeutend gemilderter Form bis 31. März 1915. Dann erlischt das ganze Moratorium. — Verlängerung des griechischen Moratoriums auf sechs Monate.

22. Dezember. Höchstpreise für Wolle und Wollwaren in Deutschland. — Erholung der Berliner Börse im freien Verkehr über ihren Stand gegen Ende Juli. Fortgesetzte Nachfrage nach österreichischen und ungarischen Renten.

23. Dezember. Herabsetzung des Zinsfußes der Deutschen Reichsbank von 6 auf 5 Prozent, und des Zinsfußes der Deutschen Kriegsdarlehenskasse auf 5¼ bis 5½ Prozent. Reichsbankpräsident Havenstein erklärt, daß das deutsche Wirtschaftsleben immer mehr in normale Bahnen einlenkt. — Der Ausschuß der Wiener Handelskammer für verwaltungsrechtliche Fragen stellt Anträge betreffend eine Reform der Geschäftsaufsicht.

24. Dezember. Der ungarische Ackerbau-minister konstatiert eine günstige Lage der ungarischen Landwirtschaft. Das Brot für das kommende Jahr sei gesichert. — Der Belgischen Nationalbank wird vom deutschen Generalgouverneur das Privilegium der Notenausgabe entzogen und der Société Générale de Belgique das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten verliehen.

25. Dezember. Die Wiedereröffnung der Londoner Börse wird unter großen Einschränkungen vom 4. Jänner angefangen gestattet.

3./I. 1915.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. Dezember. Ministerialerlaß über die Neuerungen im Konkursverfahren. — Die Deutsche Reichsbank zeigt an, daß sie noch eine Notenumlaufreserve von 1794 Millionen Mark hat. Der Goldvorrat ist abermals, bis auf 2075 Millionen Mark, gestiegen. — Nach Meldungen aus Paris übersteigen die Verbindlichkeiten der dortigen Börse 160 Millionen Franken. Die zu begleichenden Kursdifferenzen betragen 40 bis 50 Millionen Franken. — Das argentinische Ausfuhrverbot für Weizenmehl wird aufgehoben.

29. Dezember. Durchführungsverordnung zur Geschäftsaufsicht. — Auflösung des Lederkartells in Oesterreich.

30. Dezember. Verlängerung wechselseitlicher Pflichten. — Die österreichische Kriegsdarlehenkasse wurde bisher nur mit 40 Millionen Kronen von ihrem 500 Millionen betragenden Kontingent in Anspruch genommen. — Betriebseinstellung und Dividendenlosigkeit der De Beers-Compagnie.

31. Dezember. Verordnung über die Bilanz-aufstellungen im Kriege. Ohne Erlassung besonderer Vorschriften wird für die Errichtung der Bilanzen eine Richtschnur gegeben. — Publikierung eines Budgetprovisatoriums für das erste Halbjahr 1915. — Auflösung auch des ungarischen Lederkartells. — Herabsetzung des Einlagenzinsfußes der Berliner Großbanken von $3\frac{1}{2}$ auf 3 Prozent.

1. Jänner. Die Einlösung des Jännercoupons der in Gold zahlbaren österreichischen und ungarischen Wertpapiere durch amtliche Bekanntmachungen geregelt. — Ende des Dynamittrustes.

2. Jänner. Einzahlung der dritten Rate auf die österreichische Kriegsanleihe im Betrage von 20 Prozent. Damit erscheinen 80 Prozent der Kriegsanleihe eingezahlt.

Deutsche Sozialpolitik in Belgien.

FS Brüssel, Ende Dezember.

Als die deutsche Zivilverwaltung in Belgien eingerichtet wurde, hörte man in Deutschland den Ruf: „Deutsche Sozialreform in Belgien“. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß es sich nicht darum handeln kann, in einem militärisch okkupierten Lande eine Politik eifertiger Volksbeglückung zu beginnen. Die deutsche Verwaltung erblickt die Grundlage ihrer Tätigkeit in den Bestimmungen der Haager Konvention über die Pflichten und Rechte, welche die Eroberung und Okkupation feindlicher Gebiete mit sich bringt. Auf dieser Grundlage bietet sich Raum für fruchtbare Arbeit. Es genügt, das Land ordentlich zu verwalten, das heißt, die bestehende heimische Gesetzgebung anzuwenden ohne neue Reiser aufzupropfen. Die Kriegslage bringt es mit sich, daß eine Reihe von neuen Gesetzen erlassen wird. Sie beschränken sich jedoch auf die durch den Krieg geschaffenen neuen Probleme, auf das Verhältnis des Okkupationsheeres zur Bevölkerung, auf die allgemeinen Maßnahmen der Kriegsvorsorge, auf die Wahrung unserer militärischen Interessen. Darüber hinaus braucht man keine Ziele aufzustellen. Durch den Geist, in dem eine Verwaltung geführt wird, läßt sich vielleicht mehr erreichen, als durch die Aufnötigung neuer Gesetze, die nicht organisch aus der einheimischen Gesetzgebung herauswachsen. Es läßt sich vor allem das Programm verwirklichen, das Generalgouverneur Generaloberst Freiherr von Bissing aus seinen Vorträgen beim Kaiser mitgebracht hat: Fürsorge für die Schwachen. In diesem Sinne hat die sozialpolitische Abteilung der deutschen Zivilverwaltung ihre Aufgabe aufgefaßt. Ohne eine positive Neuerung anzustreben, konnte sie so einen guten Schritt vorwärts tun. Sie sorgte einfach für die Ausführung eines Gesetzes, das von der geflohenen belgischen Regierung noch nicht zur Anwendung gebracht worden war.

Die ergriffene Maßnahme bezieht sich nur auf den Arbeiterschutz, und hierin wiederum auf die Arbeit von Frauen und Kindern. Bisher war dieser Schutz durch drei Gesetze gewährleistet:

1. Das Gesetz vom 3. Dezember 1889 über die Arbeit von Frauen, jugendlichen Arbeitern und Kindern in gewerblichen Anlagen;

2. das Gesetz vom 10. August 1911 über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen (im Sinne der internationalen Übereinkunft von Bern vom 26. September 1906);

3. das Gesetz vom 26. Mai 1914, betr. Abänderung des Gesetzes von 1889.

3. Das Gesetz vom 26. Mai 1914, betr. Abänderung des Gesetzes von 1889.

Dieses letzte Gesetz war noch nicht in Kraft getreten. Es sollte erst durch königliche Verordnung Rechtsgültigkeit erlangen, wenn die genannten drei Gesetze „lobifiziert“ worden wären. Diese Zusammenfassung hat nun die deutsche Zivilverwaltung ausgeführt und am 15. Dezember als „Gesetz über die Arbeit von Frauen und Kindern“ promulgiert. Es tritt am 1. Januar 1915 in Kraft. In Wirklichkeit hat die deutsche Verwaltung also nur eine von der belgischen Regierung vorbereitete Maßnahme zu Ende geführt. Vielleicht war damit eine gewisse Beschleunigung in der Ausführung erreicht worden.

Die tatsächlichen Fortschritte gegenüber dem bisher bestehenden Schutze bedeuten zunächst eine Erhöhung des Schutzes für Kinder von 12 auf 14 Jahre. Ferner wird der Geltungsbereich auf das Gast- und Schankwirtsgerwerb sowie auf die Bureaus von Gewerbe- und Handelsunternehmungen ausgedehnt. Außerdem erweitert sich das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, das bisher nur Betriebe mit mehr als 10 Personen einschloß, auf alle Betriebe ohne Ausnahme. Zuletzt werden die Strafen für Vergehen gegen den Kinderschutz aufs Doppelte erhöht, um eine wirksamere Beachtung der Vorschriften zu erlangen. Das Gesetz erlaubt außerdem, durch königliche Verordnung, die Anwendung auf andere bisher noch nicht geschützte Kategorien auszuweiten. Da der Generalgouverneur alle Vollmachten besitzt, die früher für Erlaß einer königlichen Verordnung notwendig waren, so steht dem ferneren Fortschritt nichts im Wege, wenn die Umstände eine neue Maßnahme wünschenswert machen.

Ohne weiteres die Vorschriften der deutschen Gewerbeordnung auf Belgien zu übertragen, wäre auch aus rein sachlichen Gründen nicht möglich gewesen. Denn die Gesetzgebung der beiden Länder deckt sich nicht. In einem Punkte geht der belgische Schutz weiter als der deutsche. Er kennt nicht mehr die Beschränkung auf Betriebe von mindestens zehn Arbeitern und erlaubt sogar, die Hausarbeit inzubeziehnen. Auf andern Gebieten gewährt die deutsche Gewerbeordnung allerdings höheren Schutz. In Belgien ist die

Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen noch auf 12 Stunden begrenzt (nur in einer Anzahl bestimmter Industrien ist sie durch Verordnung verkürzt) gegen 10 Stunden in Deutschland. Als Nachtzeit gilt für das Verbot in Deutschland die Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens, in Belgien von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. In Deutschland wird den Jugendlichen eine Ruhezeit von 11 Stunden garantiert, während in Belgien nichts über solche zusammenhängende Ruhezeiten bestimmt ist. Was die weiblichen Arbeiter betrifft, so gilt der Schutz in Belgien nur für Personen unter 21 Jahren und die Grenze ist auf 12 Stunden festgesetzt gegen 10 Stunden (8 an Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen) in Deutschland für alle Frauen ohne Altersunterschied. In Deutschland beträgt die Schutzzeit für Wöchnerinnen acht Wochen, in Belgien nur vier.

Einen weiteren Ausbau der belgischen Arbeiterschutzgesetzgebung sieht rechtlich natürlich nichts im Wege, da das deutsche Generalgouvernement alle gesetzlichen Befugnisse besitzt. Es wurde schon erwähnt, daß in der Tat im reinen Befehlsweg bestimmte Fortschritte erzielt werden können. Die deutschen Behörden haben nur zu erwägen, in welcher Weise die Fortführung der Sozialreform sich in den Rahmen ihrer allgemeinen Aufgabe der Verwaltung eines okkupierten Landes einfügt.

Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges.

(Sechste Folge.)

Unter den vielen Lügen der feindlichen Presse über Wien findet sich auch eine Wahrheit: Die sonst zu heiterem Frohsinn geneigte Bevölkerung ist ernst geworden und selbst der Weihnachtsfeier fehlte diesmal die rechte Festesfreude. Sorgt doch jeder für liebe Verwandte und Freunde im Felde und viele trauern um teure Angehörige.

Nur diese Sorge und Trauer und der stille Ingrimm gegen die Friedensräuber umdüstern die Stimmung, nicht etwa kleinmütige Verzagtheit, zu der weder die Kriegslage noch die wirtschaftlichen Verhältnisse Anlaß geben. Denn im Felde behauptet sich trotz aller Wechselfälle des Krieges unsere Wehrmacht ungebrochen und die in solcher Zeit unvermeidlichen Störungen des Wirtschaftslebens sind noch immer ganz erträglich und lange nicht so schlimm, wie sie von unfreundlicher Seite geschildert werden.

So bringt die „Times“ ein Telegramm ihres Korrespondenten aus Bern, „daß die Not in Österreich sich fortwährend steigere und die Unterstützungsfonds unzureichend seien. Versammlungen zur Erörterung der Linderung der Not würden verboten und der Mangel an Geld sei solcher Art, daß es selbst jenen Österreichern, die das Land zu verlassen wünschen, nur gestattet werde, ein Minimum davon mitzunehmen. Nicht bloß die ärmsten Klassen seien in Not, sondern auch viele der besseren Klassen in gespannten Verhältnissen, hauptsächlich deshalb, weil sie vor dem Kriege über ihre Verhältnisse gelebt hätten.“

8. I. 1915

Die deutsche Volkswirtschaft im Kriegszustand.

= Frankfurt, 8. Januar.

In der Generalversammlung des Mittelrheinischen Fabrikanten-Vereins (Mainz), die gestern im Frankfurter Hof abgehalten wurde und der u. a. der Kommandierende General Frhr. v. Gall beistand, hielt Prof. Dr. L. Pohle (Frankfurt) einen Vortrag über die deutsche Volkswirtschaft im Kriegszustand. Prof. Pohle charakterisierte zunächst den Stand der wirtschaftlichen Konjunktur bei Ausbruch des Krieges. Ohne den Krieg wäre das ganze Jahr 1914 voraussichtlich ein Jahr der wirtschaftlichen Ruhe und Erholung geblieben. Die Anpassung des Wirtschaftslebens an die Erfordernisse des Krieges konnte aus dieser ruhigen Situation heraus leichter gesunden werden als in einer Periode der Hochkonjunktur oder einer schweren Depression. Nach den vorübergehend eingetretenen Schwierigkeiten der Mobilmachungszeit besserten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz wesentlich. Selbstverständlich ist die Lage nicht in allen Zweigen die gleiche, aber das Gesamtbild gewährt einen günstigen Eindruck.

Unsere Kreditverfassung ist derart gesund, daß Deutschland als einziger unter den kriegsführenden Staaten ohne Moratorium auskommen vermochte. Viel verdanken wir auch der umsichtigen und vorsichtigen Finanzpolitik der Reichsregierung; sie konnte schon im September die große Anleihe von $4\frac{1}{2}$ Milliarden mit glänzendem Erfolge aufnehmen. Der Erfolg wäre nach Ansicht des Redners wohl nicht geringer gewesen, wenn man statt einer 5prozentigen Verzinsung nur eine solche von $4\frac{1}{2}$ oder $4\frac{3}{4}$ Prozent gewählt hätte. Es wäre dann die Beunruhigung des Hypothekenmarktes vermieden worden, die sich in der Kündigung zahlreicher Hypothekencapitalien äußert.

Bezüglich der Lebensmittelversorgung wies Prof. Pohle darauf hin, daß die Berechnungen über unsere Getreidevorräte nicht ganz zuverlässig sind. Die Zeit, für die wir alljährlich in unserer Ernährung vom Auslande abhängig waren, wird auf 1 bis 3 Monate geschätzt. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Die Vorräte, die wir am Anfang des Krieges besaßen, scheinen nicht gering gewesen zu sein. Im Juli dürften noch größere Mengen importiert worden sein. Aber auch nach dem Kriegsausbruch sind noch erhebliche Weizenmengen hereingekommen. Die Regierung hat ganz mit Recht in den letzten Tagen schärfere Maßregeln ergriffen, um eine noch sparsamere Verwendung des Getreidevorrats zu erlangen. Die Deckung des Bedarfs bis zum nächsten Erntejahr darf unzweifelhaft als gesichert gelten. Die Versorgung mit Fleisch erfolgt zwar zu einem noch größeren Prozentsatz durch die deutsche Produktion als die Befriedigung des Bedarfs an Brotgetreide. Die Ergänzung der heimischen Futtermittel pflegte indes in bedeutendem Maße aus dem Ausland zu erfolgen. Bei etwa eintretender Futtermittelknappheit muß zu vermehrten Schlachtungen geschritten werden.

In Bezug auf die Versorgung mit industriellen Rohstoffen ist unsere Lage nach Ansicht Prof. Pohles insofern günstig, als die Quellen unserer Rohstoffversorgung bei uns in weit größerem Maße, als dies z. B. in England der Fall ist, im Inlande liegen. Auch ist unser Bedarf jetzt stark verringert, da der Export zum großen Teil fortgefallen ist. In den okkupierten feindlichen Gebieten konnten zudem große Vorräte wichtiger Rohmaterialien beschlagnahmt werden, ferner können wir bei manchen Rohstoffen auf Altmaterial usw. zurückgreifen. Vor einer Rohstoffnot brauchen wir uns jedenfalls auf keinem einzigen Gebiet zu fürchten. Der Redner schloß mit dem bekannten Wort des Reichsbankpräsidenten Habenstein: „Deutschland ist wirtschaftlich und finanziell für jede Dauer des Krieges gerüstet.“

Im Anschluß an den Vortrag gelangte eine Erklärung zur Annahme in der die Generalversammlung feststellt, daß die Industrie durch Anpassung an die veränderten Verhältnisse und durch Einrichtung auf die besonderen Kriegsbedürfnisse die bei Beginn der Mobilmachung aufgetretenen Störungen zum großen Teil wieder wettzumachen vermocht hat und daß sie über genügende Hilfsmittel und Rohstoffe verfügt, um allen an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden. Da außerdem das Geld- und Kreditwesen sich überraschend schnell erholt habe, sehe die Industrie mit voller Zuversicht der weiteren Entwicklung entgegen und sei der Überzeugung, daß das deutsche Volk mit Ruhe die endgültigen Erfolge unserer tapferen Armee und Marine abzuwarten in der Lage sei.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

3. Jänner. Verlängerung des türkischen Moratoriums bis 15. April, doch müssen 10 Prozent der Schuld in zwei Raten bis 14. Februar bezahlt werden. — Nach einer türkischen Regierungsvorlage soll ein Vorschuß von 5 Millionen Pfund zu 6 Prozent aufgenommen werden.

4. Jänner. Aenderung der Aus- und Durchfuhrverbote in Oesterreich-Ungarn. — Wiedereröffnung der Londoner Börse mit großen Beschränkungen. — Auf die von der französischen Regierung beschlossene Ausgabe von Obligationen im Betrage von 2 Milliarden werden 1500 Millionen Franken gezeichnet. — Subskription auf eine italienische Anleihe von 1 Milliarde mit gutem Erfolg. — Die rumänische Regierung schließt mit der Rumänischen Nationalbank eine Anleihe von 200 Millionen Lei ab.

5. Jänner. Offizielle Erklärungen über die Getreidehöchstpreise in Oesterreich-Ungarn. Beruhigende Mitteilungen über die Mehlerzeugung. — Starke Anlagekäufe in Berlin. Unhaltende Kurssteigerung der Kriegsanleihe. — In dem Exposé des Finanzministers Ribot werden außerordentlich große Steueransfälle in Frankreich während der ersten vier Kriegsmomente konstatiert. Bei den indirekten Steuern betragen sie durchschnittlich 35½ Prozent, bei den Zöllen 58 Prozent. — Die Notenbanken in Kopenhagen und Stockholm ermäßigen den Diskont auf 5½ Prozent.

6. Jänner. Die englische Regierung verspricht, den dem amerikanischen Handel durch Konterbande-erklärungen zugefügten Schaden ersehen zu wollen. — Für die Ottomanbank wird auf Kriegsdauer ein Moratorium in Konstantinopel bestellt mit Ausschluß der französischen und englischen Verwaltungsräte.

7. Jänner. Aenderung der Verordnung betreffend die Getreidehöchstpreise in Ungarn. — Die amerikanische Botschaft in Berlin wird verständigt, daß England und Frankreich Versicherungen abgegeben haben, Baumwollladungen nicht zu kapern. Baumwolle darf daher auf neutralen Schiffen nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingeführt werden. — Wiedereröffnung der Basler Börse, aber nur für schweizerische Papiere.

8. Jänner. Aenderung des ungarischen Moratoriums für die Karpathenkomitate. Es ist dort bis auf weiteres keine Abschlagszahlung zu leisten.

9. Jänner. Die erste Wiener Bankbilanz, die des Wiener Giro- und Kassenvereines, weist gegen das Vorjahr einen um 507,000 K. geringeren Reingewinn aus. Dividende 20 K. gegen 32 K. des Vorjahres.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

10. Jänner. Englische Antwortnote auf die Beschwerden der Vereinigten Staaten über die Behinderung des amerikanischen Handels. — Nach dem Dezemberausweis beträgt der Rückgang der englischen Ausfuhr im fünften Kriegsmonat 59,3 Prozent. Die Gesamtausfuhr des Jahres ist um 95 Millionen Pfund Sterling geringer als im Vorjahre. — England erläßt ein Kakaofuhrverbot.

11. Jänner. Das bisherige Direktorium der Ottomanbank wird durch ein türkisches ersetzt. — Veräußerungsverbot für Woll- und andre Decken in Deutschland. — Amtliche Tabellen weisen eine allgemeine Preissteigerung der Lebensmittel in England um durchschnittlich 20 Prozent seit Ausbruch des Krieges aus.

12. Jänner. Vorschläge des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel betreffend die Brotversorgung in Oesterreich bis zur nächsten Ernte.

13. Jänner. Die Bilanz der Ersten Oesterreichischen Sparkasse in Wien für 1914 weist einen Reingewinn von 569,437 K. gegen 1,822,983 K. im Vorjahre aus. — Konzessionierung der Häute- und Lederzentrale-Aktiengesellschaft für Kriegslieferungen der Lederindustrie.

14. Jänner. Der Absatz des Deutschen Stahlwerksverbandes im Jahre 1914 wird mit 4,6 Millionen Tonnen gegen 6,3 Millionen Tonnen im Vorjahre ausgewiesen. — Der Betrag der französischen Schatzscheine wird von 2 auf 3 Milliarden erhöht.

15. Jänner. Einzahlung der vierten und letzten Rate (20 Prozent) auf die österreichische Kriegsanleihe. — Verordnung der ungarischen Regierung über die Bilanzstellungen und Verschiebungen von Generalversammlungen der Aktiengesellschaften. — Die deutsche Kriegsanleihe erreicht den Parikurs.

16. Jänner. Neue ungarische Moratoriumsverordnung. — Verordnung betreffend die Zwangsenteignung von Getreide in Ungarn.

Albanische Korrespondenz.

Telephon Nr. 31120 HERAUSGEBER: LEO FREUNDLICH, WIEN VIII., JOSEFSTÄDTERSTRASSE 56. Telephon Nr. 31120

Die Albanische Korrespondenz verwahrt sich gegen unbefugten Nachdruck sowie gegen unbefugte Weiterverbreitung ihrer Nachrichten auf telephonischem, telegraphischem oder mechanischem Wege.

*Alb. Korr.
23.10.*

*von Moskau, Ausland - Korr.
Vonder Zensur genehmigt
(Auch Kriegszensur)*

No. 1150

Wien, 20. Jänner 1915

4. Ausgabe.

Urteil eines bulgarischen Militärschriftstellers über die militärische Lage in Polen.
+++++++

+++++++

Sofie, 20. Jänner (Meldung der "Alb. Korr.") Der bekannte bulgarische Militärschriftsteller Kapitän Angelow bezeichnet die militärische Lage in Rußisch - Polen als für die verbündeten Armeen äusserst günstig. Da sich wichtige Positionen in Westen von Warschau im festen Besitz der Deutschen befinden, kommt Kapitän Angelow zu dem Schlusse, dass der Fall von Warschau nur die Frage einer kurzen Zeit sei.

Ausgabe von Pariser Bulletins.
+++++++

Sofie, 20. Jänner. (Meldung der "Alb. Korr.") Nach einer Meldung aus Paris hat der französische Minister des Innern angeordnet, dass die Handelskammer sowie die Komune von Paris, in gleicher Weise wie das in Wien geschieht, von nunan regelmässige Bulletins über die Approvisionierung, die wirtschaftliche und die sanitäre Lage in Paris an die Gemeinden und Behörden der neutralen Staaten versenden.

20./I. 1915.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

18. Jänner. Ein amerikanisches Syndikat übernimmt 25 Millionen russischer Schatzscheine. — Erhöhung des Goldschahes der Deutschen Reichsbank auf 2129 Millionen Mark.

19. Jänner. Beratungen im Ministerium zur Sicherung des Mehlbedarfes. — Approvisionierungsmassnahmen in Budapest. — Der Monatsausweis des österreichischen Eisentartells für Dezember zeigt eine Besserung des Stabeisenabfahes um 77.000 Meterzentner gegen den gleichen Monat des Vorjahres. Bei Trägern und Schienen dauert der Minderabfah noch fort. — Aus London wird eine außerordentliche Steigerung der Lebensmittelpreise gemeldet und dort eine amtliche Untersuchung der Gründe verlangt.

20. Jänner. Der Umlauf der Kassenscheine der Kriegssparlehensklasse wird per Ende Dezember mit 43.9 Millionen Kronen ausgewiesen. — Eine Ministerialverordnung regelt die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln. — Eine Verfügung der ungarischen Regierung gestattet dem Getreidehandel eine in den Getreidehöchstpreis nicht einzurechnende Vermittlungsprovision von 1½ Prozent.

21. Jänner. Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank beschließt, inklusive der bereits gezahlten 28 K. eine Abschlagszahlung von 108 K. pro Aktie auf die Dividende zu leisten. Der Gewinnanteil der beiden Staatsverwaltungen beträgt 12.89 Millionen Kronen gegen 22.37 Millionen im Vorjahre. — Das Endergebnis der Zeichnungen auf die deutsche Kriegsanleihe beträgt 4481 Millionen Mark. — Gesandtschaft des französischen Finanzministers schlägen eine Vermehrung der bisher im Betrage von 2.7 Milliarden ausgegebenen Schatzscheine und eine Konversion derselben in bis zum Jahre 1925 rückzahlbaren Schatzobligationen vor.

22. Jänner. Amtlich werden Durchführungsmassnahmen betreffend die Getreiderequisitionen in Oesterreich angekündigt. — Verbot freiwilliger Verstärkungen von Häuten und Fellen. — Die Ziffern des französischen Außenhandels für die ersten zehn Monate des verflossenen Jahres weisen einen enormen Rückgang aus. Die Ausfuhr ist in diesem Zeitraum um 1217 Millionen und die Einfuhr um 1189 Millionen Franken geringer als in derselben Periode des Vorjahres.

23. Jänner. Das definitive Ergebnis der Zeichnungen auf die Kriegsanleihe ist in Oesterreich 2135½ Millionen, in Ungarn 1170 Millionen, zusammen 3305½ Millionen Kronen. — Zeitweilige Aufhebung, beziehungsweise Ermäßigung der österreichisch-ungarischen Zölle auf Kaps- und Rübsaat, sowie Blei und Baumwollsamendöl. — Nach amtlichem Bericht ist das Steuerertragnis in Frankreich 1914 um 658 Millionen Franken gegen das Vorjahr zurückgeblieben.

31. I. 1915.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

24. Jänner. Gerüchte über eine 20-Milliarden-Anleihe Frankreichs, Englands und Russlands.

25. Jänner. Der deutsche Bundesrat verfügt die Beschlagnahme der Vorräte von Weizen, Roggen und Mehl sowie die Sicherstellung von Fleischvorräten. Zwischen dem 26. Jänner und 1. Februar darf kein Verkauf von Getreide und Mehl stattfinden.

26. Jänner. Publikation einer neuen Moratoriumsverordnung für Oesterreich. Stundung bis 31. Mai. In Zwischenräumen von zwei Monaten ist je ein weiteres Viertel der Forderungen abzuzahlen. Für Forderungen, die nach dem 31. Jänner fällig sind, keine weitere Stundung. Für Galizien und die Bukowina volles Moratorium für noch zwei Monate. — Die Ernennung Helfferichs zum deutschen Reichsschatzsekretär amtlich bekanntgemacht. — Misserfolg der Pariser Stadtauflage. Nur ein Drittel gezeichnet. — Ungarisches Aus- und Durchfuhrverbot von Säden.

27. Jänner. Eine Abordnung des Herrenhauses erscheint beim Ministerpräsidenten Grafen Etürgß in Angelegenheit der Lebensmittelversorgung. Der Ministerpräsident erklärt, die Regierung beschäftige sich lebhaft mit der Sicherstellung des Nahrungsmittelbedarfs und ziehe außer den schon getroffenen weitere Maßregeln in Erwägung. Auch die Errichtung einer Getreideeinkaufsgesellschaft befinde sich im Stadium von Verhandlungen. — Beschluß einer allgemeinen Herabsetzung der Bankdividenden in Ungarn. — Verordnung betreffend die Sicherstellung der Feldbestellungen in Ungarn. — Enorme Steigerung der Frachtsätze für transatlantische Frachten.

28. Jänner. Beratung der Staatsschuldenkontrollkommission über die Bedeckung des neuen Zinsenerfordernisses. — Im russischen Budget für 1915 werden die Einnahmen um 358 Millionen Rubel niedriger als im Vorjahre präliminiert. — Der russische Ministerrat konfisziert die Patentrechte der Angehörigen feindlicher Staaten. — Der amerikanische Stahltrust beschließt, für das vierte Quartal 1914 auf die Stammaktien keine Dividende zu verteilen.

29. Jänner. Beilegung der Differenzen zwischen dem Eisentartell und dem Kofizaner Werk. Auflassung der Kampfpresse. — Eine ungarische Verordnung verbietet, reinen Weizen oder Roggen zu vermahlen. — Nach Meldungen aus London unterliegen künftighin alle Kapitalsemissionen in England der Kontrolle und der Genehmigung der Behörde.

30. Jänner. Durchführungsverordnung für die Kriegsfürsorgesteuer in Ungarn. — Erhöhung der in Frankreich anzugebenden Staatschahscheine auf 3½ Milliarden Franken. — Der Ausweis über den russischen Außenhandel im Jahre 1914 zeigt eine Abnahme der Ausfuhr von 1421 Millionen Rubel des Vorjahres auf 856 Millionen.

31. I. 1915.

Eine Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

In einer stark besuchten Paragraph 2-Versammlung der christlichsozialen Vertrauensmänner des 9. Bezirkes erstatteten die gewesenen Landtags-Abgeordneten Starb, Wolny und Bürgermeister Dr. Weiskirchner ihre Rechenschaftsberichte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte aus: „Erinnern Sie sich, warum ich im Jahre 1911 angefeindet wurde! Weil ich den Grundsatz vertreten habe: Wir wollen uns nicht auf argentinisches Fleisch verlassen, sondern trachten, daß wir im eigenen Land das produzieren, was zu unserer Konsum notwendig ist. Würden die Theorien meiner Gegner Geltung erlangen, so wären wir jetzt schon längst verhungert. (Zustimmung.) Überall sind die Weltmeere abgesperrt und es ist keine Möglichkeit, von irgendeiner Seite Brotsfrucht oder Fleisch nach Oesterreich zu bringen. Jetzt zeigt es sich, daß das Programm der christlichsozialen Partei das einzig richtige, das einzig vernünftige und dasjenige ist, welches überhaupt ermöglicht, daß ein Land leben kann. (Zustimmung.) Die christlichsoziale Partei hat nie in einen Krieg gehehrt; aber dieser Krieg war unvermeidlich; ob wir ihn im vorigen Jahr oder in zwei Jahren begonnen hätten. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, sofort mit Beginn des Krieges meinen Posten zu beziehen und stehe seit sechs Monaten auf dem verantwortungsvollen Posten. Ich bleibe auch auf diesem Posten (Beifall) und gegenüber unsinnigen Gerüchten, die mir in letzter Zeit zugetragen wurden, kann ich nur erklären, ich würde mich für ehelos halten, wenn ich in diesen Zeiten meinen Posten verlassen würde. (Lebhafte Zustimmung.) Eines muß ich sagen: Es ist alles anders gekommen, als wir besorgt oder befürchtet haben. Wer zu Beginn des August die Zukunft schauen wollte, der sah schwere wirtschaftliche Krisen, er besorgte eine weitausgreifende Arbeitslosigkeit und Elend und Not auf allen Seiten. Nun, gewiß hat der Krieg viel Elend und Not gebracht, aber er hat viel Hilfe gebracht. (Zustimmung.)

Die große Zeit hat auch ein großes Geschlecht gefunden. Die Zeit des Krieges hat einzelne Industrien und auch einzelne Gewerbe befruchtet und der Verdienst, der den Kriegsindustrien und Kriegsgewerben zufließt, kommt schließlich auch der Allgemeinheit zugute. Daß im Gefolge des Krieges eine gewisse Teuerung von Lebensmitteln eintritt, ist eine selbstverständliche Begleiterscheinung. Einen gewissen Vorwurf kann ich der Wiener Bevölkerung nicht ersparen. Es leben noch Tausende so, als ob kein Krieg wäre. (Zustimmung.) Wenn ich auf der Ringstraße, durch die Stadt gehe und in den Kaffeehäusern die aufgepuhten Damen sitzen sehe, die stets Kaffee mit Oberschaum zu sich nehmen müssen, das feinste Gebäck aus dem besten Mehl, da muß ich sagen: „Ihr törichten Weiber, wißt ihr denn nicht, daß Krieg ist, daß Tausende von unseren Söhnen und Brüdern im Felde stehen und Gut und Blut für Kaiser und Vaterland geben? Wißt ihr, daß wir bedrängt werden von übermächtigen Feinden, welche uns die Zufuhr absperren wollten, wißt ihr, daß endlich doch hauswälderische Sparsamkeit an Platze ist?“ (Stürmischer Beifall.) Wir werden keine Hungersnot erleben, gewiß nicht, aber wir müssen uns die Sache einteilen und es darf nicht immer mit weißem Mullermehl gearbeitet werden, es müssen auch andere Mehle verarbeitet werden, wir werden schließlich von Maismehl auch ganz gut leben. Wir werden nicht verhungern, aber ich appelliere als Bürgermeister, dem die Interessen für die Stadt obliegen, an Sie: Haushalten, Haushalten und noch einmal Haushalten.

Ich habe schon zu Beginn des Krieges der Regierung Maßnahmen vorgeschlagen. Ich habe gar keine Absicht, gegen das Ministerium gehässig zu sein, aber die Regierung hat entweder das, was die Gemeinde gefordert hat, gar nicht oder zu

spät oder in einer Form getan, die nicht zweckmäßig war. (Zustimmung.) Ich habe nicht um die Gunst der Regierung gebuhlen, ich will die Liebe und das Vertrauen der Bevölkerung von Wien. (Beifall.)

Wie früher gegen Preistreiberien auf den Märkten, so trete ich jetzt mit aller Entschiedenheit gegen das wucherische Treiben auf, wie es besonders von galizianischen Flüchtlingen in den verschiedenen Kaffeehäusern der Innern Stadt betrieben wird. (Lebhafte Beifall.) Ob Jude oder Christ, das ist mir gleichgültig, Wucher bleibt Wucher, und der muß belämpft werden. (Erneuter Beifall.) Auch in der Frage der Invalidenversicherung ist eine Reform dringend vonnöten. Kostet das, was es wolle, da sind wir verpflichtet, für diese Männer so zu sorgen, daß sie ihr Leben so verbringen können, wie es ihres Selbstwertes auch würdig ist. (Großer Beifall.) Ich erkläre es auch als eine Pflicht des Staates, auch für jene Männer zu sorgen, die durch die Kriegsstrapazen dauernd krank geworden sind.

Wenn wir auf die blutgetränkten Schlachtfelder im Norden des Reiches blicken, dann ringt sich aus uns die bange Frage: Was bringt die Zukunft? Ich vertraue aber auf die Zukunft. Ich bin auch überzeugt, daß die Männer, die auf den Schlachtfeldern dem Tode ins Auge geschaut haben, bei der Heimkehr fordern werden, daß ihre Opfer gelohnt werden, und dann werden wir uns vereinigen, um ein neues Oesterreich zu schaffen. (Großer Beifall.) An unserem Programm wird nichts geändert und braucht nichts geändert zu werden, denn wir sind die einzige Partei, deren Programm durch den Krieg in nichts beeinträchtigt wurde.

Auf Antrag des Gemeinderates Partik sprach die Versammlung dem Bürgermeister den Dank aus.

3. II. 1915.

Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft.

Die „Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft“ ist am 27. Januar 1915 gegründet worden mit der Aufgabe, Güter, welche im Laufe der Kriegsergebnisse in den Gewahrsam der Heeresverwaltung gelangen, sich jedoch für die unmittelbaren Bedürfnisse der Landesverteidigung als nicht verwendbar erweisen, für das deutsche Wirtschaftsleben nutzbar zu machen. An der Gründung der Gesellschaft sind die Kriegsministerien Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs, das Reichsamt des Innern und das Reichsmarineamt, sowie drei Banken beteiligt. Zum Vorstande der Gesellschaft wurden neben den Herren Hauptmann v. N. Dr. Hielmann als Vertreter der Heeresverwaltung und Dr. Trautmann als Vertreter des Reichsamts des Innern, die Herren Bernhard Zeitschel von der russischen Siemens-Schudert-Gesellschaft, Johann Warnholz von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und Moritz Kirchheim von der Firma Eisner und Kirchheim bestellt. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Erwerb gerichtet, ihre etwaige Dividende auf 4 vom Hundert beschränkt, ein Ueberschuß bei Auflösung muß dem Reichskanzler für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Aufsichtsrat und Vorstand führen die Geschäfte im Ehrenamt. Um der Gesellschaft die Erfahrungen weitester Kreise zugänglich zu machen, sollen neben dem Aufsichtsrat ein Beirat und, soweit nötig, Ortsausschüsse aus Sachverständigen derjenigen Wirtschaftsgebiete gebildet werden, auf denen sich die Gesellschaft zu betätigen haben wird. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Berlin, Mauerstraße Nr. 53 (Kleisthaus.) Die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft ist berufen, durch eine wirtschaftsverständige und kaufmännisch organisierte Behandlung die ihr anvertrauten Güter vor Entwertung zu bewahren und sie der besten erreichbaren Verwendung zuzuführen.

4. / 11. 1915.

Die wirtschaftliche Kriegslage.

Vortrag von Geheimrat Prof. Dr. Sering im Redner-
Lehrgang für Volksernährung.

Wie schon mitgeteilt, hielt den ersten Vortrag in dem gestern im Abgeordnetenhaus eröffneten Redner-Lehrgang für Volksernährung der bekannte Berliner Volkswirtschaftler Geheimrat Prof. Dr. Sering. Die Leitgedanken seiner Ausführungen geben wir im nachstehenden wieder.

Der Gelehrte begann, wie schon erwähnt, mit dem Hinweis auf die Vernichtung britischer Handelsschiffe durch deutsche Unterseeboote. Diese Tat der deutschen Unterseeboote ist der Anfang einer gerechten Vergeltung für das historische und formale Unrecht, welches in dem britischen Aushungerungsplan liegt. Der Aushungerungsplan Englands steht zwar ganz im Einklang mit der Politik eines Landes, dessen Regierung sich nicht gescheut hat, während des Burenkrieges die Weiber und Kinder von den Farmen in Konzentrationslager zu schaffen und dort 30 000 von ihnen zum Tode zu bringen. (Pful-Rufe.) Der englische Aushungerungsplan steht auch im Einklang mit dem völkerrechtswidrigen Verhalten Englands, das darin liegt, daß es uns aus unseren Kolonien die Missionare, Kaufleute und Ansiedler, wieder mit Frauen und Kindern, herausnimmt, auf Schiffe packt und in englischen Konzentrationslagern einsperrt. Dieses Verhalten steht aber im scharfen Widerspruch zu dem, was bisher unter den zivilisierten Völkern Brauch war. Die Kontinentalsperrre Napoleons I. kann nicht als Gegenargument herangezogen werden, denn von einer Aushungerung Englands konnte damals wegen seiner fortdauernden Verbindung mit den Niederländern nicht die Rede sein. Es handelte sich nur um eine Schädigung des britischen Außenhandels, nicht aber um eine Gefährdung der Gesundheit eines ganzen feindlichen Volks, und namentlich nicht um die Gefährdung der heranwachsenden Generation, der Kinder, die ja zuerst absterben, wenn es knapp wird. Und jener feige, grausame Plan wird mit Mitteln zur Durchführung gebracht, die im Widerspruch stehen zu den allgemeinen, auch von England anerkannten Völkerrechtsgesetzen.

Das Völkerrecht gestattet, die Häfen und Küsten eines feindlichen Landes zu blockieren mit der Wirkung, daß jeder Blockadebrecher beschlagnahmt und eingesperrt wird. Die Blockade ist aber nicht erklärt worden, und zwar deshalb, weil sie effektiv sein müßte. Dies aber durchzuführen getraut sich England nicht, dazu reicht die Streitkraft und der Schneid der größten Seemacht der Erde nicht aus. Grundsätzlich besteht also freier Verkehr mit Deutschland, und England ist nicht befugt, amerikanische Schiffe, die durch die Nordsee zu uns kommen, zu beschlagnahmen und müßte sie herausgeben — bei Gefahr des Krieges. Man kann uns bringen, was man Lust hat. Aber England hat die Nordsee mit Minen verseucht, dann eine öffentliche Verordnung erlassen, die Schifffahrt sei gefährlich. Dies bedeutet die tatsächliche Sperrung des bisher freien Meeres, die Durchbrechung des Grundsatzes, für den man seit dem 17. Jahrhundert mit Erfolg gekämpft hat, des Grundsatzes des *mare liberum*. Eine andere Handhabe, um uns abzusperren, ist das Recht der Konterbande. — Wir müssen also auskommen mit dem, was die eigene Landwirtschaft zu bieten hat. Die Nachbarstaaten haben nicht viel abzugeben, wenn wir von Rumänien absehen, mit welchem Lande aber die Verbindung schwierig ist. Es ist gesunde Realpolitik, daß wir für die Ausfuhr von Dingen, die für gewisse Staaten unentbehrlich sind, die Einfuhr von Lebensmitteln aus ihnen verlangen. Der Geldverkehr wird dabei ausgeschaltet, wie ja alles auf den Urstand zurückgeführt wird. So ist Deutschland jetzt aufzufassen als isolierter Staat und seine Volkswirtschaft als eine geschlossene.

Die Frage, ob wir mit den eigenen Erzeugnissen durchkommen können, beantwortet Prof. Sering mit: „Ja,

wenn jeder seine Pflicht tut!“

Hiergegen ist bisher viel gefehlt worden, aber die Empfindung der sozialen Gemeinschaft der Staatsgedanken erhöht die Anforderungen an die individuelle Freiheit. Die Verantwortung der Staatslenker steigert sich bis zu der eines militärischen Befehlshabers. Die Bevölkerung erwartet ein einheitliches Kommando, und sie vertraut, daß der Befehl von kluger Einsicht und Voraussicht diktiert sei. Die Landwirtschaft läßt sich nicht so leicht umgestalten wie eine Glühlampen- oder Granatenfabrik. Wohl aber können Oed- und Moorländereten namentlich durch Verwendung der 600 000 Kriegsgesangenen nutzbar gemacht werden, die sonst nutzlose Esser in unserem Lande sind. — Deutschlands Zufuhr an Nahrungs- und Futtermitteln sowie an künstlichem Dünger betrug im Frieden nach Abzug der Mehrausfuhr 10 Millionen Tonnen im Jahr im Werte von 2½ Milliarden Mark; jовiel im Tage, als zehn Seeschiffe zu 3000 T. oder 100 Eisenbahnzüge von 30 Wagen befördern können. Die Ausdehnung der Landwirtschaft wird auch erschwert dadurch, daß die Zufuhr von Kunstdünger unterbunden ist. Die Inlandsproduktion an pflanzlichen Nahrungsmitteln haben wir so gesteigert, daß die Quate des Zuzuführenden nicht sehr hoch ist. Als durch die Entwicklung des Verkehrs und der Produktion seinerzeit die Getreidepreise in Europa stark sanken, übernahm das deutsche Volk im Interesse der dauernden Versorgung, vorläufig das Brot etwas teurer zu bezahlen — es wurden die landwirtschaftlichen Böden eingeführt. Heute sind wir mit Kartoffeln völlig versorgt, Deutschland produziert an ihnen mehr als die 18 mal so großen Vereinigten Staaten oder als Rußland oder sonst ein Land. Bei einer Durchschnittsernte kann Deutschland seinen Bedarf an Brotgetreide nach der amtlichen Statistik zu $\frac{1}{10}$ decken, und wenn ich annehme, daß unsere Ernten von jeher etwas überschätzt wurden, zu etwas mehr als $\frac{1}{10}$. Die Durchschnittseinfuhr an pflanzlichen Nahrungsmitteln betrug in den Jahren von 1908—13 nur 6,20 M. pro Kopf.

Die vom Bundesrat festgesetzten

Z. II. 1915.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

31. Jänner. Neue Vermahlungsvorschriften in Ungarn. — Aufhebung der Getreidezölle in Italien. Ermäßigung der italienischen Getreidefrachten.

1. Februar. Die Monatsausweise der Wiener Sparkassen für Jänner zeigen eine namhafte Steigerung der Einlagen. — Erhöhung der Röhrenpreise. — Verlängerung des bulgarischen Moratoriums auf drei Monate.

2. Februar. Die neutrale Schifffahrt wird deutscherseits vor der Annäherung an die französische Nord- und Westküste dringend gewarnt. — Bedeutende Erhöhung der Seeversicherungsrates in London wegen der Angriffe deutscher Unterseeboote. — Die englische Regierung erklärt Getreide- und Mehlfrachten nach allen Richtungen als unbedingte Konterverbände. — Weitere Steigerung der englischen Brotpreise. — Beginn der Pariser Konferenzen zwischen den Finanzministern Russlands, Frankreichs und Englands. — Fortgesetzte Zunahme des Goldschazes der Deutschen Reichsbank.

3. Februar. Die österreichischen Zuckerraffinerien erklären, daß sie in der laufenden Kampagne mindestens den vollen Inlandsbedarf erzeugen werden, und versichern, bis zum Beginn der nächsten Ernte die jetzt geltenden Preise unverändert zu lassen. — Steigerung der englischen Mehlpreise.

4. Februar. Deutschland erklärt ganz England und Irland in Blockadezustand. Vom 18. Februar anfangen wird jedes in den Gewässern rings um England und Irland angetroffene feindliche Schiff zerstört werden. Neutrale Schiffe werden vor dem Betreten dieses Kriegsgebietes gewarnt. — Mehrere englische Dampferlinien stellen wegen der ihnen drohenden Gefahr den Betrieb ein.

5. Februar. Ergänzung der österreichisch-ungarischen Konterverbände.

12. II. 1915.

Wien während des Krieges.

(Siebente Folge.)

Über ein halbes Jahr dauert nun der entsetzliche Krieg, zu dem sich Englands Profitgier, Frankreichs Rachsucht und Rußlands unersättliche Eroberungslust unter nichtigen Vorwänden zusammengefunden haben, um die beiden bloß auf ihre friedliche Entwicklung bedachten Centralmächte Europas politisch und wirtschaftlich zu vernichten.

Unberechenbaren Schaden und unsägliches Weh haben die Friedensstörer bereits über alle Welt gebracht, ihrem Ziele sind sie aber bisher nicht näher gekommen.

Deutschland und Österreich-Ungarn stehen in unerschütterlicher Wehrkraft allseits gegen den Feind und haben ihre Waffen tief in sein Land getragen.

Wirtschaftlich aber haben wir bisher unter dem Kriege nicht mehr gelitten als unsere Angreifer und die — Neutralen.

Österreichs Volkswirtschaft offenbart in dieser schweren Zeit eine unerwartete Stärke.

Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß die Spareinlagen bei den Wiener Kreditinstituten im Jahre 1914 von 1583 nur auf 1556, also nur um 27 Millionen Kronen zurückgegangen sind und daß auch sonst der Geldstand der Wiener Banken, obwohl auf die Kriegsanleihe bereits 80 Prozent einbezahlt worden sind, nach wie vor ein außerordentlich flüssiger ist. Erste Bankakzepte stellen sich auf 3½ Prozent und Lombardgeld ist im Privatverkehre bis zu 1 Prozent unter dem Belehnungssatze des Noteninstitutes erhältlich.

14. / II. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

7. Februar. Dr. Ernest v. Koerber an Stelle Bilinskis zum gemeinsamen Finanzminister ernannt. — Verordnungen über Requisition von Metallen in Oesterreich und Ungarn. — Finanzielle Vorbereitungen zwischen den Finanzministern der Tripelallianz in Paris. — Durch einen Wochenanweis der Bank von Frankreich wird bekannt, daß der französische Staat ihr 300 Millionen Franken schuldet. — Das Syndikat deutscher, österreichischer und ungarischer Banken für die bulgarische Anleihe gewährt Bulgarien auf diese im vorigen Jahre abgeschlossene Anleihe einen Vorschuß von 150 Millionen Franken zu 7½ Prozent.

8. Februar. Wiedereröffnung des Prager Börsenverkehrs in Rohzucker. — Ermächtigung des russischen Finanzministers, Schatzanweisungen im Betrage von 500 Millionen Rubel und 40 Millionen Pfund Sterling auszugeben. — Der Monatsanweis des englischen Außenhandels für Jänner zeigt eine Abnahme des Exports um 19½ Millionen Pfund Sterling.

9. Februar. Abänderung der ungarischen Weizenhöchstpreise. — Verlängerung des bulgarischen Moratoriums auf unbestimmte Zeit. — Weitere Steigerung der transatlantischen Getreidefrachten.

10. Februar. Konferenzen zwischen den österreichischen und ungarischen Ministern in Budapest über die Getreide- und Mehlfraße. — Zuckerausfuhrverbot in Oesterreich-Ungarn. — Bildung einer Zentralstelle für die Armeelieferungen.

11. Februar. Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen in Budapest betreffend die Ueberweisung ungarischen Getreide- und Mehlerüberschusses an den österreichischen Konsum. — Einführung von Brotarten in Berlin zur Regelung der Brotversorgung. — Neuerliche Erhöhung der deutschen Röhrenpreise. — Aus Paris wird die Nichteinlösung der belgischen Rentencoupons gemeldet.

12. Februar. Der Staatssekretär im ungarischen Ackerbauministerium v. Dittl erklart die Getreideversorgung der Monarchie bis zur nächsten Ernte für gesichert. — Das Steuererträgnis in Frankreich zeigt im Monat Jänner einen Anstieg von 79 Millionen Franken.

13. Februar. Zehn Millionen russischer Schahscheine mit einjähriger Laufzeit sollen in London untergebracht werden. Die französisch-englisch-russische Kollektivanleihe soll im ganzen 800 Millionen betragen.

19. II. 1915.

Wirtschafts- und Finanzfragen in Oesterreich.

Wien, 15. Februar.

Das österreichische Wirtschaftsleben ist jetzt von der Lebensmittelfrage beherrscht, in der die nötigen organisatorischen Vorkehrungen leider viel langsamer und weniger zielbewußt erfolgen als im Deutschen Reich. In Ungarn sind von der Requisition der Getreidevorräte 108 kg Weizen, Roggen und Gerste pro Kopf bis zur neuen Ernte freigelassen worden, d. i. also doppelt soviel als in Deutschland und das bedeutet natürlich, daß für die Beschlagnahme und gar für den österreichischen Konsum, der ja immer auf starke Zufuhren aus Ungarn angewiesen ist, unmöglich hinlängliche Mengen erübrigen können. Die ungarische Regierung hat das hohe Ausmaß der von ihr für den unmittelbaren Konsum der Bevölkerung von der Beschlagnahme freigelassenen Mengen offiziös damit begründet, daß in Ungarn viel weniger Fleisch verbraucht wird und daher ein größerer Mehlbedarf sei, aber dabei hätte wenigstens auf Ersatzmehl Mais, Kartoffel usw. Rücksicht genommen werden können. Wie dem auch sei, jedenfalls ist die österreichische Versorgung dadurch wesentlich erschwert. Inzwischen waren die österreichischen Minister in Budapest und haben über die Getreidefrage mit ihren ungarischen Kollegen beraten und offiziös ist die Erzielung eines befriedigenden Ergebnisses mitgeteilt worden. Welcher Art dieses ist und welches nun die Absichten der österreichischen Regierung sind, um den Lebensmittelvorrat bis zur neuen Ernte sicher zu strecken, das ist vorläufig noch unbekannt. Man hat die Gründung einer Kriegsgetreidegesellschaft als Aktiengesellschaft geplant, die von den Großbanken finanziert werden sollte und welche die vorhandenen Getreide- und Mehlvorräte kaufen bzw. beschlagnahmen und verwerten sollte. Das Projekt hat als unzureichend und überflüssig kostspielig — die Banken verlangten unbedingte Regierungsgarantie und für ihre Vorschüsse 1½ pCt. Zinsen über Banksatz und Provision, da sie ja selbst sich die Mittel bei den staatlichen Darlehenskassen zum Lombardsatz beschaffen müßten, die direkte Finanzierung der erworbenen Getreidevorräte durch die Darlehenskassen würde also für den Staat viel billiger sein — innerhalb und außerhalb der Regierung starke Gegnerschaft gefunden und neuerdings verlautet, daß von der Verwirklichung abgesehen werden soll. Aber was geschehen wird, das ist noch immer unbekannt, so sehr es auch klar ist, daß nur das Monopol mit individueller Konsumzuweisung die Sicherheit verschaffen kann, daß wir bis zur neuen Ernte hinüberkommen, und so sehr die Maßnahmen auch drängen.

In Finanzkreisen ist die Stimmung außerordentlich zversichtlich, eine zeitlang herrschte ein wildes Hausstreben in dem unoffiziellen Privatverkehr, besonders für Eisen- und Munitionswerte, dann erfolgte ein ziemlich scharfer Rückschlag. In den letzten Tagen ist die Stimmung aber wieder sehr fest geworden. Nach Renten ist fortgesetzt Nachfrage, von der Kriegsleihe sind erhebliche Beträge nach Deutschland und auch in geringerem Umfange ins neutrale Ausland geflossen. Wie groß die Umsätze im Privatverkehr sind, erweist die Aufstellung des Wiener Giro- und Kassenvereins über die Effektenübernahme und Lieferung, die zum größten Teil jedenfalls durch Effekentransaktionen veranlaßt werden.

		Festverz. Werte	Aktien
		Monatsumsatz in Mill. K von	Stück
1914	Januar	260.4	525 700
	Juli	177.9	663 225
	August	8.6	93 962
	September ..	37.3	279 765
	Oktober	26.0	74 613
	November ..	24.6	59 219
	Dezember ..	37.3	64 989

Die Zunahme im September ist der Durchführung des Juli-Arrangements zuzuschreiben. Aber auch in den folgenden Monaten zeigt die Bewegung in Titres erhebliche Umsätze. Im Januar d. J. dürften die Umsätze noch größer gewesen sein.

Das Komitee der Wiener Börsenkammer, das zur Beratung der Vorkehrungen bei Wiederaufnahme des Börsengeschäftes eingesetzt worden ist, hat ein Subkomitee gewählt. Es ist als ausgeschlossen zu erachten, daß die Eröffnung der Börse vor entscheidenden Vorgängen am Kriegsschauplatz, die den Frieden in die Nähe rücken, von den offiziellen Kreisen gestattet werden wird.

Die Bankbilanzen werden durchwegs verspätet erscheinen. Selbst die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft, die ursprünglich beabsichtigte, keinerlei Verschiebung der Bilanz aufstellung eintreten zu lassen, und die bekanntlich als einzige Großbank dieselbe Dividende wie im Vorjahr ausschüttet, hat die sonst um den 31. Januar herum stattfindende Bilanzzeitung bis gegen Ende Februar verschoben. Ueber die Dividendenpolitik der anderen Banken ist noch keine volle Klärung erzielt, weil auch die Steuerfrage noch nicht endgültig geklärt worden ist. Die Finanzverwaltung dürfte jedenfalls nicht die ganzen Kriegreserven steuerfrei behandeln, sondern nur einen Teil, für den die Steuervorschreibung bis zur endgültigen Liquidierung der Kriegsschäden hinausgeschoben wird. Infolgedessen ist es auch fraglich, ob die Absicht einiger Banken die Dividende aus den alten versteuerten Reserven zu zahlen und den ganzen Reingewinn als Kriegsreserve vorzutragen, verwirklicht werden wird. Diese Politik würde ihren Hauptzweck verlieren, wenn dadurch nicht erreicht würde, daß das Jahresergebnis so lange steuerfrei bleibt, bis es sich entscheidet, ob es durch Verluste aufgezehrt oder als echte Reserve zurückgelegt werden kann. Kürzlich war verbreitet worden, daß die Kreditanstalt nicht K 10 gleich 5 pCt., sondern K 20 gleich 6½ pCt. ausschütten werde. Das ist jedoch sehr fraglich und es müßte bis zum Zeitpunkt der Dividendenfestsetzung die gegenwärtige Besserung der Kriegslage sehr große Fortschritte machen und schon eine gewisse Uebersicht über die Verluste in Galizien zulassen, damit sich die Kreditanstalt zur Ausschüttung einer solchen Dividende entschließen sollte.

Geld ist außerordentlich flüssig. Zwar ist der Erlös der Kriegsleihe noch nicht vollständig verausgabt; erhebliche Beträge sind noch als Guthaben der Postsparkassa bei den Banken bzw. bei der Postsparkassa selbst, aber mehr als die Hälfte dürfte bereits wieder verausgabt sein und das Geld fließt rasch zurück zu den Banken und Sparkassen, deren Einlagen seit Jahresbeginn wieder beträchtlich zunehmen. Eine Banknotenthesaurierung scheint eben zum Unterschied von Frankreich überhaupt nicht mehr zu erfolgen. Die Anhäufung großer Barmittel bei den Banken drückt auf die Geldsätze. Erstes Bankakzept steht nominell etwas über 3 pCt.; aber es finden fast keine Umsätze statt, da keine Ware zu erlangen ist. Die Ueberfülle an Barmitteln macht den Weg wieder frei für eine neue Kriegsleihe, die vermutlich im April oder Mai kommen dürfte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß man dann wieder in Oesterreich so kurzfristige Schatzscheine ausgeben wird wie das erstmal, weil sich dadurch die Rückzahlungsfälligkeiten nach wenigen Jahren allzusehr häufen werden. Ein großer Erfolg wird, wenn nicht ein Rückschlag in der Kriegslage eintritt, auch der zweiten Anleihe sicher sein, wenn man auch kaum mit so großen Summen wie bei der ersten rechnen darf, die für jedermann eine Ueberraschung waren. Obwohl die Notenbank und die Darlehenskassen verhältnismäßig wenig in Anspruch genommen worden sind, weil die Banken selbst den Kunden, welche die erste Kriegsleihe mit Inanspruchnahme von Kredit gezeichnet haben, diesen Kredit gewähren konnten so haben doch sehr viele Kunden die Kreditmöglichkeiten benutzt, und es fragt sich, ob sie im gleichen Maß neuerlich Verpflichtungen eingehen wollen, bevor sie von der ersten Anleihe etwas abgestoßen haben. Und das dürfte bisher im wesentlichen doch nur den Banken aus den von ihnen selbst gezeichneten Beträgen möglich gewesen sein.

21. II. 1915.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. Februar. Beschlagnahme der Gaservorräte in Deutschland. — Beschluß des französischen Ministerates, 5prozentige in zehn Jahren rückzahlbare Obligationen der Nationalverteidigung zum Kurse von 96.50 auszugeben. — Zahlreiche Versammlungen in England wegen der Teuerung der Lebensmittel. — Die Abnahme des französischen Exports in den ersten vier Kriegsmonaten beträgt nach dem offiziellen Ausweis 1564 Millionen, die des Imports 1688 Millionen Franken.

15. Februar. Der englische Schatzkanzler Lloyd George veranschlagt die Ausgaben der Verbündeten im Jahre 1915 auf 2 Milliarden Pfund Sterling und erklärt, daß die Konferenz der drei Finanzminister in Paris keine gemeinsame allgemeine Anleihe beschlossen hat. Jedes Land habe die Geldbeschaffung im eigenen Gebiet zu besorgen. — Erhöhung der Stabeisenpreise in Deutschland.

16. Februar. Verbot der Malzerzeugung aus Gerste. Einschränkung des Malzverbrauches in den deutschen Brauereien. — Verordnung des ungarischen Ministeriums betreffend die Requisition der Maisvorräte. — Verbot der Ein- und Durchfuhr französischer und englischer Waren in Deutschland.

17. Februar. Verordnung des ungarischen Ministeriums über die Verwendung von 50 Prozent Weizenmehl zur Broterzeugung. — Der Bürgermeister von New-York verlangt ein amerikanisches Weizenausfuhrverbot. — Mehlausfuhrverbot in Kanada. — Anwachsen des Goldvorrates der Deutschen Reichsbank auf 2228 Millionen Mark. — Weitere Besserung des Stabeisenabsatzes im Jännerausweise der österreichischen Eisenwerke.

18. Februar. Die Blockierung Englands durch Deutschland tritt in Kraft. Zahlreiche neutrale Schiffe stellen deshalb die Fahrten nach England ein. — Der Zeichnungsprospekt für die neue deutsche Kriegsanleihe wird für Ende Februar angekündigt. — Ministerialverordnung über die Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten in Oesterreich. — Übereinkommen zwischen den Notenbanken der Tripelentente zur Kräftigung des Goldvorrates der Bank von England.

19. Februar. Der Ausweis über den Außenhandel Oesterreich-Ungarns im November vorigen Jahres zeigt bei 122.6 Millionen Ausfuhr und 127.5 Millionen Einfuhr ein Passivum von kaum 5 Millionen Kronen. — Die seit mehreren Tagen scharf rückgängige französische Rente sinkt bis auf 68.40.

20. Februar. Die österreichische Kriegsdarlehenklasse bei einer Emissionsberechtigung von 500 Millionen Kronen nur mit 39.2 Millionen in Anspruch genommen.

23. II. 1915.

Deutscher Krieg und deutsche Wirtschaft. Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Januar 1915 berichtet das vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Februarheft, wie folgt:

Die erhöhte Beschäftigung, die in den Vormonaten für den gewerblichen Arbeitsmarkt festzustellen war, hat sich auch im Januar im ganzen behauptet. Einzelne geringe Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades wurden durch teilweise Steigerungen der Tätigkeit in anderen Industriezweigen ausgeglichen.

Nach den Berichten der einzelnen Unternehmungen und Verbände herrschte in den verschiedenen Gebieten des Kohlenbergbaus ebenso wie im Vormonat auch im Januar sehr lebhaft Nachfrage, die im Berichtsmonat zum Teil noch stärker als im Vormonat war. Die Roheisenerzeugung nahm weiter zu. Verschiedene Zweige der Maschinenindustrie haben den Beschäftigungsgrad noch fernerhin verbessern können, hauptsächlich infolge weiterer Aufträge seitens der Heeresverwaltung. Im Spinnstoffgewerbe zeigt sich dagegen eine vorläufige Abschwächung der Tätigkeit. Die Lage des Baugewerbes war ungefähr die gleiche wie im Dezember; der Baumarkt liegt im ganzen still.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder eine geringfügige Abnahme der männlichen um 0,06 v. H. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 0,78 v. H. Vom 1. Januar zum 1. Februar tritt regelmäßig ein Rückgang ein, der meist beide Geschlechter umfaßt.

Der im allgemeinen festgestellten günstigen Gestaltung der Beschäftigung entspricht eine fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit. Von den 1,22 Millionen Mitgliedern, über welche 35 Fachverbände für den Januar berichten, waren 6,5 v. H. arbeitslos gegen 7,2 v. H. im Vormonat.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Berlin-Brandenburg in dem günstigen Stande des Vormonats erhalten, während in Sachsen-Anhalt, in Hamburg und in Württemberg eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage eingetreten ist. Auch in Hannover und in den benachbarten Gebieten wie in Baden haben sich die sehr günstigen Arbeitsmarktverhältnisse der Vormonate im großen und ganzen weiter entwickelt. Im Rheinland herrscht auch im Berichtsmonat allgemein starke Nachfrage nach Arbeitskräften. Ähnliches ist für Hessen und Hessen-Nassau wie für Pommern zu berichten. Eine gewisse Verminderung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise macht sich allein in Schlesien bemerkbar.

Der Verkehr der preussischen Staatseisenbahnverwaltung hat sich im Monat Januar weiterhin gesteigert. Von den Einnahmen im Personenverkehr erreichte der Dezember 1914 78,12 v. H. der im entsprechenden Monat des Vorjahres festgestellten Einnahme, der Januar aber nicht unbeträchtlich mehr, nämlich 84,61 v. H. der im Vorjahr sich ergebenden Einnahme. Im Güterverkehr betrug die Dezembereinnahme 95,94 v. H. der Einnahme im Dezember 1913, während der Betrag der Einnahme des Januar 1915 92,23 v. H. der Einnahme des entsprechenden Monats des Vorjahres ausmachte. Hiernach würde gegenüber dem Dezemberergebnisse der Personenverkehr eine beträchtliche Verbesserung, der Güterverkehr eine leichte Abflauung aufweisen. In Wirklichkeit hatte jedoch der Januar einen Sonntag mehr und einen Arbeitstag weniger als der Januar des Vorjahres. Bei gleicher Zahl der Arbeitstage würde der Januar in beiden Verkehrsarten ungefähr das gleiche Verhältnis zum Vorjahre zeigen wie der verhältnismäßig sehr günstige Dezember. Die Einnahmen aus Militärtransporten waren hieran abermals nur in geringem Umfange — im Personenverkehr mit 6,28 v. H., im Güterverkehr mit 6,44 v. H. beteiligt.

**Sparbarkeit bei der Schaffung
von Beamtenstellen.**

N Berlin, 25. Febr. (Priv. Tel. Str. Bln.) Die durch den Krieg für alle Zweige der Verwaltung gebotene Sparbarkeit kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß für das nächste Etatsjahr neue Beamtenstellen grundsätzlich nicht geschaffen werden. So wird der Reichsetat für 1914 in keiner Verwaltung Mittel für neue Beamtenstellen anfordern, obwohl naturgemäß Beamte in großer Zahl zum Heeresdienst einberufen sind und fast in allen Ämtern infolge des Krieges eine sehr stark gesteigerte Tätigkeit herrscht.

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß bisher alljährlich, besonders in den großen Betriebsverwaltungen, zahlreiche neue Stellen geschaffen wurden, die sich beispielsweise bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung Jahr für Jahr auf mehrere tausend belaufen. Auch in der preussischen Verwaltung ist durch den Etat für 1915 der Grundsatz zum Ausdruck gebracht, keine neuen Beamten- und Richterstellen zu schaffen. Eine Ausnahme findet nur da statt, wo im laufenden Etatsjahr neue Anlagen fertiggestellt sind, deren Inbetriebnahme die Anstellung von Beamten erfordert. Auch in der Justizverwaltung, die sonst alljährlich die Zahl ihrer Richter dem steigenden Bedarf entsprechend vermehrt, hat man für das nächste Etatsjahr auf neue Richterstellen vollkommen verzichtet.

Leistungen und Aufgaben Oesterreichs in der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns.

P. Ueber dieses Thema sprach gestern der Präsident der Ersten Ungarischen Gewerbebank in Budapest Herr Franz Bas im Niederösterreichischen Gewerbeverein. Der Vortragende führte u. a. aus:

Für alle bevorstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen ist Voraussetzung, daß zwischen Oesterreich und Ungarn Klarheit herrsche. Die engeren wirtschaftlichen Beziehungen beginnen mit dem 18. Jahrhundert. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts dominierten staatsrechtliche Konflikte und der Streit um die allgemeine Steuerpflicht. Der Errichtung der Filiale der Nationalbank 1851 und der ersten Eisenbahngesellschaft, folgten in immer größerem Maße Betätigung von Sachkenntnis, Arbeitskraft und Kapital aus Oesterreich. Nach den Erhebungen Fellners sind, wenn auch die durch ihn nicht berechneten Kredite berücksichtigt werden, erheblich mehr als fünf Milliarden österreichischen Kapitals in Ungarn elociert. Es gab Zeiten, wo es hüben und drüben vorgezogen worden wäre, daß dieses Engagement in französischem und englischem Besitze sei; heute wird niemand bezweifeln, daß der tatsächliche Zustand der bessere ist. All dies ist zum großen Teile der Errichtung des gemeinsamen Zollgebietes zuzuschreiben. Andererseits aber hat das gemeinsame Zollgebiet die Produktions- und Verwertungsverhältnisse derart beeinflußt, daß die ungarische Landwirtschaft eine volle Entwicklung gar nicht sucht und die ungarische Industrie ihre natürliche Entwicklung nicht finden kann. Ein großer Teil der ungarischen Bevölkerung ist indes vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus mit der Sachlage zufrieden. Von den Agrariern wissen wir dies bestimmt. Dies beweist aber nichts gegen die Richtung der Auffassung, daß die wirtschaftliche Tätigkeit Ungarns nicht genügt, damit es seinen fortwährend steigenden staatlichen und kulturellen Aufgaben entspreche.

Wirtschaftspolitik können Oesterreich und Ungarn nur gemeinsam machen. In der Schaffung der Richtlinien für die ungarische Wirtschaftspolitik mitzuwirken, ist als natürliche Folge ihrer bisherigen Leistungen und ihres materiellen Interesses, eine der wichtigsten Aufgaben der österreichischen Volkswirtschaft. Der Inhalt dieser Wirtschaftspolitik muß großzügige, den modernen Verhältnissen entsprechende Arbeitsteilung zwischen den beiden Staaten sein. Eine Teilung auf agrarische und industrielle Produktion ist nicht mehr möglich. Es muß ein festes Programm geschaffen werden, welches den privatwirtschaftlichen

Verhältnissen in angemessener Weise Rechnung tragend, beide Staaten zur wirtschaftlichen Höchstleistung führt. Nützliche Bemühungen zur Erreichung dieses Zieles sind nur in der Form möglich, daß von beiden Seiten berufene Vertreter der wirtschaftlichen Interessen einander, und gemeinschaftlich die verantwortlichen Faktoren beider Staaten über die wirkliche Sachlage und Notwendigkeiten aufklären. Es sollte also eine gemeinsame wirtschaftliche Organisation geschaffen werden, welche sich die Aufgabe stellt, in sorgfältiger Kleinarbeit die wirklichen Gegensätze in ihrem Wesen zu erkennen und die vermeintlichen zu eliminieren.

Für die privatwirtschaftliche Gegensätze finden sich immer Kompromisse. Schwieriger ist es, Gegensätze zwischen privatwirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Interesse zu erkennen und auszugleichen. Wer dabei mitwirkt, darf nicht nur an sein Unternehmen, auch nicht nur an seinen Produktionszweig und nur an sein eigenes Wirtschaftsgebiet denken, sondern an die nachfolgenden Generationen, für deren Arbeits- und Existenzbedingungen wir sorgen und Opfer bringen müssen, so wie unsere Brüder und Söhne ihr Blut vergießen, um für die nachfolgenden Generationen die Ruhe und Sicherheit des häuslichen Herdes zu erkämpfen.

Die interessanten Ausführungen des Vortragenden wurden mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet.

Wirtschaftliche Wochenschronik.

21. Februar. Die Bareinlösung der zweiten Hälfte der österreichischen Dollarschuldscheine wird bekanntgegeben. — Die amerikanische Regierung erläßt ein Weizenausfuhrverbot für unndig.

22. Februar. Ankündigung, daß auch die am 1. März fälligen österreichischen Schatzscheine im Betrage von 130 Millionen Kronen bar eingelöst werden. — Eine Ministerialverordnung verfügt die Einschränkung des Zuckerrübenanbaues in Oesterreich. — Erhöhung der Grobblechpreise um 1 R. 50 S. und der Feinblechpreise um 3 R. — Ein Ulas des Zaren bestimmt, daß zwei Serien fünfprozentiger Schatzscheine, jede zu 500 Millionen Rubel, ausgegeben werden sollen, teils zur Einlösung früherer kurzfristiger Schatzscheine, teils zur Deckung der Kriegsausgaben.

23. Februar. Venderung der ungarischen Höchstpreise für Maismehl. — Subscription auf 20 Millionen Pfund englischer Schatzscheine. — Auf eine russische Anleihe von 250 Millionen Franken in London wird nur die Hälfte gezeichnet. — Rückgang der französischen Rente auf 67.75. Niedrigster seit Jahrzehnten verzeichneter Kurs. — Nach der französischen amtlichen Statistik beträgt im Jahre 1914 der Ausfall bei der Ausfuhr Frankreichs 2072 Millionen, bei der Einfuhr 2055 Millionen Franken.

24. Februar. Kaiserliche Verordnung über die Sperre und Vorratsaufnahme von Getreide und Mehl sowie Regelung des Verbrauches in Oesterreich. — Aufhebung der Zölle für Reis und Fett. — Prospekt der zweiten deutschen Kriegsanleihe. Es werden fünfprozentige Schatzanweisungen und fünfprozentige Reichsanleihe zum Kurse von 98.50, bei Sperrstücken 98.30 ausgegeben. — Der Goldvorrat der Deutschen Reichsbank zeigt seit Kriegsbeginn eine Erhöhung um eine Milliarde Mark bis auf 2255 Millionen.

25. Februar. Im preussischen Abgeordnetenhaus wird erklärt, daß auf die Wiedereröffnung der Berliner Börse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. — Die russischen Banken übernehmen eine fünfprozentige Anleihe von 500 Millionen Rubel zum Kurse von 92. — Nach dem Jännerausweis ist die russische Ausfuhr auf 2½ Millionen Rubel (gegen 50 Millionen Rubel des Vorjahres) und die russische Einfuhr auf 8½ Millionen Rubel (gegen 58 Millionen des Vorjahres) gesunken.

26. Februar. Erhöhung der Stabeisenpreise in Oesterreich um 1 R. 75 S. pro Meterzentner. — Aufschub der ungarischen Verordnung über die Vermischung von Weizen- und Roggenmehl.

27. Februar. Beginn der Subscription auf die zweite deutsche Kriegsanleihe.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. Februar. Kaiserliche Verordnung über die Gründung und Organisation der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt. — Ministerialverordnung über die Rübenlieferungsverträge. — Alkoholausfuhrverbot in Rußland.

1. März. Einlösung der österreichischen Schatzscheine von 1912 im Betrage von 130 Millionen Kronen. — Beginn der Mehlvorratsaufnahme in Oesterreich. — Gebühren- und Steuererleichterungen für Kriegskreditbanken. — Einschränkung der Verwendung von Kartoffeln zur Branntweinerzeugung. — Vom Budapester Magistrat werden Höchstpreise auch für Maismehl festgesetzt. — Ein Verbot der Veröffentlichung von Börsentursen in Berlin tritt in Kraft.

2. März. Errichtung einer Maiszentrale des Ackerbauministeriums. — Eine neue große Zunahme der Einlagen bei den österreichischen Sparkassen wird für Februar ausgewiesen.

3. März. Anzeigepflicht für Forderungen des feindlichen Auslandes an Inländer. — Inanspruchnahme der für Kriegszwecke benötigten stickstoffhaltigen Stoffe. — Beschlagnahme der Maisvorräte in Ungarn.

4. März. Kaiserliche Verordnung betreffend die Anzeigepflicht für die Lederborräte. — Bestellung von 5000 Güterwaggonen der österreichischen Staatsbahnen. — Verbot der Getreideausfuhr aus Indien.

5. März. Verordnungen des deutschen Bundesrates über die Einschränkung des Zuckerrübenanbaues und über die Anzeigepflicht für die 50 Kilogramm übersteigenden Kartoffelborräte. — Londoner Depeschen melden, daß die Arbeiterbewegung der englischen Regierung Sorgen verursacht.

6. März. Anzeigepflicht für Malz- und Gerstenborräte in Ungarn.

12./III. 1915.

Wien während des Krieges.

(Achte Folge.)

Der Monat Februar hat zwei insbesondere für die Neutralen beachtenswerte Aufklärungen gebracht: Die russische Regierung hat in offener Reichsrats-Sitzung verkündet, daß Rußland durch die Zertrümmerung der Centralmächte die Herrschaft über Konstantinopel und das Mittelmeer anstrebe, und die englische Regierung hat unverhohlen zugegeben, daß sie mit völliger Hintansetzung des von ihr schon so vielfach verletzten Völkerrechtes durch rücksichtslose Aushungerung der Zivilbevölkerung ihre Gegner niederzwingen wolle.

Die Offenbarung dieser Ziele und dieser Mittel der Kriegführung beseitigt wohl jeden Zweifel darüber, wer den Weltkrieg entfacht und die Angegriffenen zur äußersten Gegenwehr genötigt hat.

Den großsprecherischen Ankündigungen sind aber große Taten entgegengesetzt worden.

Das in Ostpreußen eingefallene russische Heer hat eine vernichtende Niederlage erlitten, aus der Bukowina und den Karpathenpässen sind die Russen zurückgeworfen, die Angriffe der Franzosen und Engländer an der Westfront sind zusammengebrochen und die gegen Englands brutale Drohung gerichtete Erklärung Deutschlands, daß es vom 18. Februar an den Kanal und die englischen Küstengewässer als Kriegsgebiet behandeln werde, um Zufuhren nach England und Truppentransporte nach dem Festlande zu verhindern, ist bereits verwirklicht: England fühlt seinen Völkerrechtsbruch am eigenen Leibe.

Wir in Wien haben von den Übeln dieses Krieges selbstverständlich auch unseren Teil zu tragen. Die Unterbindung der Zufuhren aus dem Auslande verursacht mancherlei

Wien während des Krieges.

Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, wenn es auch weitaus nicht so arg ist, als ausländische Blätter berichten.

Die Meldungen von Hungersnot und durch sie veranlaßten Unruhen sind erfunden.

Tatsache ist, daß in Österreich-Ungarn, ebenso wie es in Deutschland bereits geschehen ist, vorläufig eine Aufnahme der Vorräte von Getreide und Mahlprodukten vorgenommen wird, an die sich nötigenfalls eine behördliche Verbrauchsregelung anschließen wird, um das Auslangen bis zur nächsten Ernte sicherzustellen.

Die großen Maisvorräte Ungarns lassen dies mit ziemlicher Sicherheit gewärtigen.

Der starke Rückgang des Auftriebes von Schweinen, insbesondere von Fettware, hat zu einer Erhöhung der Preise geführt, die auch durch den von einer Hausfrauenvereinigung empfohlenen zeitweiligen Boykott des Schweinefleisches nicht abgewehrt werden konnte. Auch die Milchpreise haben eine Erhöhung erfahren, da die Milchproduzenten die durch Erhöhung der Futtermittelpreise, der Arbeitslöhne u. dgl. bewirkte Steigerung der Erzeugungskosten auf den Konsum überwälzten. Aus den gleichen Gründen, insbesondere infolge des Verbotes der Gerstevermalzung haben die Brauereien den Bierpreis um 3 K für den Hektoliter erhöht. Die zeitweise herrschende Kohlenknappheit ist durch die bereits in früheren Berichten erwähnten zielbewußten Vorkehrungen der Gemeindeverwaltung vollständig behoben.

Die

Bieh- und Fleischzufuhren

auf den Märkten waren im Monate Februar, abgesehen von Schweinen, **vollkommen ausreichende.**

Zufuhr und Auftrieb auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte St. Marx

betrug:

	1914	1915
Rinder	12.901 Stück	28.595 Stück
Kälber	21.879 "	17.397 "
Schafe	3.972 "	3.354 "
Lämmer	4.386 "	1.911 "
Schweine	75.960 "	66.153 "

In die

Großmarkthalle

wurden zugeführt:

	1914	1915
Rindfleisch	1,617.155 Kilogramm	1,877.850 Kilogramm
Kalb- fleisch	95.171 "	13.625 "
Schaff- fleisch	21.937 "	3.809 "
Schweine- fleisch	1,105.078 "	740.089 "
Kälber	12.739 Stück	8.603 Stück
Schafe	1.028 "	957 "
Schweine	2.921 "	4.528 "
Lämmer	492 "	429 "

Von **sonstigen wichtigen Nahrungsmitteln** kamen auf die Wiener Märkte:

	1914	1915
Gemüse	46.581 Meterzentner	48.166 Meterzentner
Kartoffel	23.825 "	27.620 "
Obst	9.492 "	21.506 "
Butter	900 "	2.069 "
Eier	2,225.391 Stück	1,411.016 Stück.

Die **Milchzufuhren** durch die Bahnen beliefen sich im Februar auf 15,480.152 l und hielten sich ungefähr auf der vorjährigen Höhe.

Die **Kohlenzufuhr** auf dem Nordbahnhofe betrug 126.591 Tonnen, die Abfuhr 122.856 Tonnen, der Vorrat Ende Februar 84.020 Tonnen gegen 62.746 zur selben Zeit des Vorjahres. Außerdem sind auf den Lagerplätzen der Gemeinde bedeutende Braunkohlenvorräte vorhanden.

Nachstehend sind die

Kleinhandelspreise

der wichtigsten Verbrauchsgegenstände aus den Marktamtberichten angeführt.

	Februar 1914	Februar 1915
	Kronen	Kronen
Rindfleisch . . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	2.— — 3.—
Schweinefleisch " "	1.60 — 3.00	2.40 — 4.—
Schweineschmalz " "	1.76 — 2.00	3.20 — 4.—
Schweinespек " "	1.54 — 2.00	2.80 — 4.—
Leebutter . . . " "	3.20 — 4.00	3.80 — 4.80
Kochbutter . . . " "	2.20 — 3.00	3.20 — 3.60
Margarine . . . " "	1.80 — 2.00	2.— — 2.60
Eier " Stück	0.09 — 0.14	0.10 — 0.18

Wien während des Krieges.

	Februar 1914 Kronen	Februar 1915 Kronen
Vollmilch . . . per Liter	0.26 — 0.32	0.28 — 0.34
Kochmilch . . . " "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.26
Weizenmehl . . . Kilogramm	0.33 — 0.38	0.70 — 0.96
Brot "	0.263 — 0.408	0.46 — 0.645
Reis "	0.44 — 0.96	0.80 — 1.20
Sauerkraut "	0.20 — 0.24	0.20 — 0.36
Kartoffel "	0.08 — 0.14	0.12 — 0.20
Bohnen "	0.40 — 0.64	0.72 — 1.00
Petroleum Liter	0.26 — 0.50	0.64 — 0.80
Steinkohle 50 kg	1.82 — 1.99	2.20 — 2.50

Das Weizenmehl, welches die Gemeinde aus ihren Vorräten an die Kleinhändler abgibt, muß von diesen an die Kunden mit 44 h per Kilogramm geliefert werden. Die Wiener Bevölkerung gewöhnt sich allmählich an diese ihr bisher ungewohnte Mehlsorte, wozu die von der Gemeinde in Verkehr gebrachten und auch auf der Rückseite der Straßenbahn-Fahrtscheine abgedruckten Kochrezepte nicht wenig beitragen.

Das weltberühmte Wiener Weißgebäck in seinen mannigfaltigen Formen ist schon seit einiger Zeit gänzlich verschwunden und hat einem aus Weizenmehl erzeugten Kriegsgebäck Platz gemacht, das aber wohl schmeckend und bekömmlich ist.

Die beträchtliche Steigerung mancher Lebensmittelpreise wird von der minder bemittelten Bevölkerung zwar drückend empfunden, aber als unvermeidliche Folge des aufgezwungenen Krieges umso geduldiger hingenommen, als für die bedürftigen Familien der Eingekerkerten durch den staatlichen Unterhaltsbeitrag ausreichend gesorgt und an Arbeits- und Verdienstmöglichkeit im allgemeinen kein Mangel ist.

Aus den Berichten der Handelskammern und der Gewerbeinspektoren geht hervor, daß gegenwärtig die **Arbeitslosigkeit immer mehr abnimmt** und in vielen Produktionszweigen sogar ein Mangel an qualifizierten Arbeitern zu beobachten ist, der zu einer erheblichen Steigerung der Löhne geführt hat.

Viele Betriebe haben sich mit außerordentlicher Geschicklichkeit den neuen Verhältnissen angepaßt und durch Beteiligung an Heereslieferungen reichliche Beschäftigung erhalten.

Export- und Luxus-Industrie sowie das Kunstgewerbe liegen allerdings noch immer völlig darnieder. Zur Unterstützung der Wiener Kunstgewerbetreibenden hat übrigens die Gemeinde Wien mit der Landesverwaltung und der Handels- und Gewerkekammer im Anschlusse an die Kriegskreditbank eine besondere **Kredithilfsstelle** errichtet, die wenigstens den notdürftigen Fortbestand mancher nicht kapitalkräftigen, aber durch besondere Kunstfertigkeit hervorragende Betriebe über die Kriegszeit hinaus ermöglichen soll.

Auch den Wiener Künstlern, die sich derzeit in großer Not befinden, hat die Gemeinde durch Ankauf und Bestellung zahlreicher kleinerer Kunstwerke und durch Ausschreibung mannigfacher Preiswettbewerbe nach Möglichkeit zu helfen gesucht.

Das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamt

weist für den Monat Februar nachstehende Vermittlungstätigkeit aus:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellenangebote	Bewilligungen
Metallverarbeitung, Maschinen etc.	285	409	335
Holzverarbeitung	279	307	238
Baugewerbe und Spengler	220	216	216
Leder- und Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer	120	113	106
Kleidermacher	356	329	327
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	122	314	122
Fleischhauer und Fleischselcher	99	103	94
Bäcker	328	546	298
Kaffeesteder	589	612	525
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter	3020	3082	2959
Gewerbliche Frauenarbeit	521	748	468
Lehrlinge	79	41	28
Summe	6118	6830	5716
Dienstvermittlung	6927	8459	6643
Zusammen	13045	15289	12359

Es konnten also dem größten Teile der Stellensuchenden freie Stellen in ihren Berufen vermittelt werden.

Auch der Tätigkeitsbericht der **Fürsorgezentrale für stellenlose Privatbeamte und Handelsgelhilfen** gibt kein ungünstiges Bild über den Arbeitsmarkt in Wien.

Seit Ende Oktober 1914 bis 15. Februar 1915 sind bei der Fürsorgezentrale 4079 Unterstützungsgesuche eingelangt; in 3451 Fällen wurden monatliche Unterstützungen mit einem Gesamterfordernisse von 373.714 K bewilligt, in 544 Fällen konnte aber die Unterstützung bereits infolge Erlangung einer Stellung wieder eingestellt werden.

Die nicht ungünstigen Erwerbsgelegenheiten im Vereine mit der ausreichenden staatlichen Unterstützung der Familien der Eingekerkerten hatten zur Folge, daß die **öffentliche unentgeltliche Auspeisung** noch immer nur in mäßigem Umfange in Anspruch genommen wurde.

Von den bisher in Betrieb gesetzten 94 Speisestellen mit einer Leistungsfähigkeit von 45.650 Tagesportionen wurden Ende Februar rund 36.000 Tagesportionen ausgegeben und die seit Kriegsbeginn für diesen Zweig der Gemeindefürsorge aufgewendeten Kosten beliefen sich bis Ende Februar auf rund 850.000 K.

Auffallend günstig gestaltete sich die Bewegung der

Spareinlagen

bei den Wiener Geldinstituten, wie aus der nachfolgenden Zusammenstellung zu entnehmen ist:

Wien während des Krieges

	31. Dezember 1913	31. Dezember 1914
	Millionen Kronen.	
Bankverein	128.399	136.827
Creditanstalt	107.568	117.723
Länderbank	90.938	99.179
Anglobank	80.026	84.065
Berkehrsbank	72.110	77.196
Depositenbank	40.900	43.309
Unionbank	29.256	34.255
Merkur	40.883	46.143
N.-ö. Eskomptebank	29.333	30.736
Lombard- und Eskomptebank	1.099	1.302
R. k. Postsparkassa	169.045	172.367
Erste Österreichische Sparkassa	517.946	524.941
Neue Wiener Sparkassa	43.415	44.907
Zentralsparkassa der Stadt Wien	158.919	162.630
Kommunalsparkassen: Rudolfsheim	73.736	74.167
Hernals	61.577	58.892
Bähring	40.084	41.304
Döbling	10.777	10.875
Floridsdorf	18.863	18.992
Zusammen	1.714.868	1.779.740

Es haben sich somit im Jänner, obwohl in diesem Monate 50 Prozent der Kriegsanleihe zur Einzahlung gelangten, die Spareinlagen bei den Wiener Banken um **50.223 Millionen Kronen**, bei den Sparkassen um **14.649 Millionen Kronen erhöht** und die Folge davon ist eine **anhaltende Flüssigkeit des Geldmarktes**, die dem einheimischen Wirtschaftsleben zugute kommt.

Der

Ausweis des städtischen Steueramtes

für den Monat Jänner zeigt gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ein geringes Zurückbleiben der Einzahlungen. Es gingen

nämlich ein:	Jänner 1914	Jänner 1915
an Staatssteuern, und zwar:		
Grund- und Gebäude- steuer	989.486 K 25 h	1.037.115 K 90 h
Erwerbsteuer	9.514.184 " 59 "	8.667.467 " 29 "
Rentensteuer	444.569 " 98 "	545.920 " 24 "
Einkommensteuer	3.906.638 " 78 "	3.834.507 " 73 "
Befoldungssteuer	206.568 " 76 "	323.585 " 49 "
Tantiemenabgabe	—	147.039 " 09 "
Militärtage	55.039 " 76 "	126.895 " 43 "
Verzugszinsen	51.928 " 38 "	58.252 " 63 "
an Landesumlagen	3.314.000 " — "	3.140.000 " — "
„ Gemeindeumlagen	3.806.000 " — "	3.691.000 " — "
„ sonstigen Zahlungen	577.583 " 50 "	700.216 " 20 "
zusammen	22.846.000 K — h	22.272.000 K.

Die

Gesundheitsverhältnisse

der Wiener Bevölkerung waren, abgesehen von den durch den Krieg eingeschleppten ansteckenden Krankheiten, **ziemlich normale** und auch diese Seuchen konnten durch die angewendeten Schutzmaßnahmen in engen Grenzen gehalten werden.

Die

Krankenzugang

in den Spitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen gestaltete sich im Monate Februar, verglichen mit dem Vorjahre, folgendermaßen:

	1914	1915
Anfänglicher Krankenstand	8.789	11.841
Zuwachs	10.278	11.091
Abgang durch Entlassung	9.276	9.710
Abgang durch Ableben	960	863
Schließlicher Krankenstand	8.831	12.379

Die

Sterblichkeit

in Wien war schon im Jänner gering und nicht weit über dem Durchschnitte der letzten vier Jahre; die Gesamtzahl der Todesfälle betrug 3658. Im Februar ist sie noch weiter zurückgegangen, es starben insgesamt 3057 Personen, darunter 382 Ortsfremde. Auf 1000 Einwohner entfielen (auf das Jahr berechnet) 18.2 und mit Ausschluß der Ortsfremden **nur 16.05 Todesfälle**.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

7. März. Der Ausweis über den englischen Außenhandel im Februar zeigt einen Rückgang der Ausfuhr auf 26 Millionen Pfund Sterling (gegen 41 Millionen Pfund Sterling im Vorjahre). — In England werden abermals 50 Millionen Pfund Sterling Schatzbons zur Subskription aufgelegt.

8. März. Einschränkung des zulässigen Weizenverbrauches in Italien. — Zeichnungen auf die neue deutsche Kriegsanleihe in Amerika. — Nach dem russischen Ausweis für Jänner ist die Ausfuhr auf 3 Millionen Rubel (gegen 100 Millionen Rubel in derselben Zeit des Vorjahres) gesunken.

9. März. Konstituierung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in Wien. — Beschlagnahme der Getredevorräte in Deutschland. — Erhöhung der deutschen Höchstpreise für Weizen, Roggen und Gerste. — Verbot der Lebensmittel- und Futtermittel- ausfuhr in Rußland.

10. März. Im deutschen Reichstag hält der neue deutsche Staatssekretär des Reichsschatzamtcs Helfferich eine hochbedeutsame Rede und nimmt einen neuen Kriegskredit von 10 Milliarden Mark in Anspruch. — Abschluß einer schweizerischen Anleihe in Amerika zu Getreideankäufen. — Regelung des Absatzes von Kleie in Oesterreich. — Gründung einer ungarischen Lederindustriezentrale. — Hohe rumänische Ausfuhrzölle für Mais und Bohnen.

11. März. Die englische Regierung erklärt, amerikanische Baumwollladungen nach neutralen Häfen nur wenn sie vor dem 2. März zur Verschiffung bestimmt waren und nach feindlichen Häfen überhaupt nicht durchzulassen. — Konstituierung der ungarischen Metallzentrale. — Das Erträgnis der französischen Monopole im Februar zeigt einen Ausfall von 66 Millionen Franken.

12. März. Französisches Handelsverbot gegenüber den Angehörigen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

13. März. Kaiserliche Verordnung betreffend die steuerrechtliche Behandlung von Kriegsverlusten bei Aktiengesellschaften. — Tod des Grafen Witte.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. März. Verordnung über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauches in Wien. — Bulgarisch-rumänische Eisenbahnkonvention über den Transitverkehr. — Einsetzung deutscher Zwangsverwaltungen feindlicher Unternehmungen in Belgien.

15. März. Deutsches Ausfuhrverbot für Kohle, Sots und Briteis. — Ungarische Verordnung über obligatorische Mehlmischung. — Höchstpreise für Lebensmittel in Rußland. — Rumänisches Ausfuhrverbot für Roggen, Hafer und Erbsen. — Weitere Maßnahmen Englands und Frankreichs gegen den Schiffsverkehr mit Deutschland. — Der Februar-ausweis über den Eisenabsatz in Oesterreich zeigt bei Stabeisen und Blech abermals eine Erhöhung, bei Schienen und Trägern dagegen einen noch anhaltenden Rückgang. — Die Alpine Montan-gesellschaft setzt die Dividende auf 22 K. (gegen 35 K. des Vorjahres) fest.

16. März. Die Semestralbilanz der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft weist einen um 3 Millionen Kronen geringeren Reingewinn aus, doch werden die Aussichten der Zukunft als relativ nicht ungünstig geschildert. — Neuerliche Erhöhung der deutschen Röhrenpreise.

17. März. Zeitweilige Aufhebung der österr-eichisch-ungarischen Zölle für Fettschweine, Butter und einige andre Artikel.

18. März. Die Beschränkung der Verkaufsmenge von Brot und Mehl in Wien auf drei Viertel des Wochendurchschnittes der ersten Februar-hälfte wird wieder außer Kraft gesetzt. — Die französische Kammer erhöht den Betrag der aus-zugehenden Schatzscheine einschließlich der schon emittierten auf 4½ Milliarden Franken.

19. März. Schluß der Subskription auf die zweite deutsche Kriegsanleihe nach großem Andrang der Zeichner. Die Resultate werden in einigen Tagen bekanntgegeben werden. Die bisherigen Schätzungen lauten auf mehr als sechs Milliarden. — Unterstaats-sekretär Michaelis erklärt, die Lebensmittelversorgung Deutschlands sei nicht nur bis zur nächsten Ernte gedeckt, sondern darüber hinaus noch eine zwanzig-prozentige Reserve vorhanden.

28. III 1915.

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

21. März. Riesenerfolg der zweiten deutschen Kriegsanleihe. 9 Milliarden Mark gezeichnet. — Neue Vorschriften über die Brot- und Gebäckerzeugung in Oesterreich. — Verordnung betreffend die auf Gold oder ausländische Währung lautenden Zahlungsverpflichtungen des Staates. — Anlauf der griechischen Teilstrecke der Orientbahn durch die Regierung.

22. März. Verbot der Aus- und Durchfuhr von Gold und Silber. — Herabsetzung des Mindestkurses der englischen Konsols von $68\frac{1}{16}$ auf $66\frac{1}{16}$. — Rückgang der französischen Ausfuhr im Jänner und Februar dieses Jahres von 991 Millionen Franken des Vorjahres auf 384 Millionen Franken und der Einfuhr von 1512 Millionen Franken auf 854 Millionen Franken.

23. März. Die Handelsbilanz Oesterreich-Ungarns für 1914 weist ein Passivum von 663 Millionen Kronen (gegen 520 Millionen Kronen im Vorjahre) aus.

24. März. Die Schuld Frankreichs an die Bank von Frankreich ist auf 4600 Millionen Franken gestiegen. — Beschlagnahme des indischen Weizens. — Weizenenteignungsgesetz in Australien. — Nach offiziellem Ausweis wurden aus Amerika in den ersten sieben Kriegsmonaten Kriegsmaterial und Proviant nach England, Frankreich und Rußland im Werte von 296 Millionen Dollar ausgeführt, und in Japan seit Kriegsbeginn für 460 Millionen Yen Kriegsmaterial für die europäischen Bundesgenossen Japans bestellt.

25. März. Verlängerung des ungarischen Moratoriums um vier Monate, mit Abschlagszahlungen in der Zwischenzeit. Am 31. Juli hört das Moratorium ganz auf. — Das Notenemissionsrecht der Russischen Staatsbank wird um eine Milliarde Rubel erhöht.

26. März. Die genauen Daten über die Subskription auf die deutsche Kriegsanleihe liegen vor. Es wurden 9060 Millionen Mark gezeichnet, zu denen noch die Zeichnungen der Truppen im Felde hinzutreten werden.

27. März. Verordnung über die Einführung von Brot- und Mehlsorten in Oesterreich. — Verlängerung des Moratoriums für Galizien und die Bukowina. — Die ungarische Regierung bereitet die Gründung einer Zentrale der Geldinstitute mit einer Beteiligung von 100 Millionen Kronen vor. — Der russische Eisenbahnminister wird zur Beschlagnahme aller Feuerungsmaterialien ermächtigt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. März. Versammlung galizischer Industrieller in Wien behufs Einleitung einer Hilfsaktion für die galizische Volkswirtschaft. — Auf die russische Anleihe von 500 Millionen Rubel werden nur 40 Millionen gezeichnet. — Die französische Regierung verlangt in ihrem Gesetzentwurf einen Kredit von 150 Millionen Franken zum Ankauf von Getreide. — Zollerhöhungen in Rußland.

29. März. Erweiterte Anzeigepflicht und Inanspruchnahme von Metallen. — Der Jahresbericht der Deutschen Reichsbank bezeichnet die Kreditverhältnisse in Deutschland als viel gesünder als in Frankreich.

30. März. Verbot des Agiohandels mit Goldmünzen der Kronenwährung. — Aufhebung des Alkoholverbotes in Rußland, vorläufig für Wein und Bier. — Anmeldepflicht für Mehlvorräte der Haushaltungen in Budapest. — Wegen des Mißerfolges der russischen Anleihe wird die Emission einer weiteren Milliarde von Rubelnoten beschlossen.

31. März. Der Wiener Stadtrat votiert für Approvisionierungszwecke einen weiteren Kredit von 15 Millionen Kronen. — Erhöhung der Spirituspreise in Oesterreich um 20 K. pro Hektoliter. — Neue ungarische Verordnungen zur Brotversorgung. — Der Hamburg-Amerika-Linie wird gestattet, für das Jahr 1914 eine Pflanzungsaufstellung zu unterlassen.

1. April. Erster Tag des neuen Kriegsbrötchens. — Die Coupons der 4prozentigen ungarischen Markanleihe werden mit fester Umrechnung in Kronenwährung eingelöst. — Französische Schatzscheine im Betrage von 24 Millionen Dollar werden in Amerika angeboten. — Regelung des Futtermittelverbrauches in Deutschland.

2. April. Verbot der Vorauskäufe von künftiger Ernte. — Die ersten Einzahlungen auf die zweite Deutsche Kriegsanleihe werden in großem, alle Erwartungen übertreffenden Umfange geleistet. — Stimmhafte Vermehrung der Spareinlagen bei der österreichischen Postsparkasse.

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

1. April. Auf die zweite deutsche Kriegsanleihe bereits 3600 Millionen Mark eingezahlt. Die Deutsche Reichsbank weist wegen des Quartalswechsels und wegen der Vo. bereitungen für die Einzahlungen auf die deutsche Kriegsanleihe eine Steigerung des Notenumlaufes um 680 Millionen und der fremden Gelder um 1657 Millionen Mark aus. — Einstellung der Au.prägung von Dutaten.

5. April. Die Kriegsvorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat auf 4700 Millionen Franken gestiegen. — Die russische Regierung begibt an Morgan in New-York neben rozentige Schatzscheine im Betrag von 50 Millionen Dollar.

6. April. Subskription auf 15 Millionen Pfund Sterling englischer Schatzscheine.

7. April. Beginn der Brot- und Mehlkartenausgabe in Wien.

8. April. Nach den Erhebungen des ungarischen Ackerbauministeriums sind heuer in Ungarn bedeutend größere Landflächen mit Getreide bebaut worden als im Vorjahre. — Enquete über die vom Staate zu gründende ungarische Zentrale der Gelbinsstitute.

9. April. Aufhebung der Höchstpreise für Mais und Weizenmehl. — Verbot des Wauschalverkaufs von Produkten nächster Ernte in Ungarn.

10. April. Herabsetzung des Zinsfußes der Oesterreichisch-ungarischen Bank von 5% auf 5 Prozent.

14. IV. 1915.

***Zur Wirtschaftslage in Oesterreich.** Aus Wien, 10. d. M., berichtet unser W-Korrespondent: „Die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat heute die seit 29. Oktober in Geltung gestandene Bankrate von $5\frac{1}{2}$ pCt. auf 5 pCt. ermäßigt. Der Geldmarkt in Oesterreich-Ungarn ist seit lange überaus flüssig, die Einlagen bei den Banken und Sparkassen nehmen von Monat zu Monat stärker zu, der Privatkont für erstes Wiener Bankzept notiert $3\frac{1}{4}$ pCt., ungarisches erstes Bankzept wird zu etwa $3\frac{1}{4}$ pCt. gehandelt, auf die Marktraten ist die Bankrate schon längst ohne Einfluß. Die Abzahlungen auf die Moratoriumswchsel erfolgen in Oesterreich in flottem Tempo. Nach den Ermittlungen einiger Großbanken gehen etwa 90 pCt. der Zahlungen zu den durch die Moratoriumsbestimmungen festgesetzten Terminen ein. Auch in Ungarn, wo ja der Abbau des Moratoriums von Gesetzeswegen überaus langsam sich vollzieht, scheinen die Zahlungen vielfach über das verpflichtete Ausmaß hinauszugehen. Das Wechselportefeuille der Notenbank muß schon deshalb sehr stark zusammengeschmolzen sein, weil die Banken die Oesterreich-Ungarische Bank schon lange nicht mehr in Anspruch nehmen. Auch der Krieganleihe Lombard, der ja nie sehr groß war, dürfte schon stark zurückgegangen sein. Dagegen dürfte die Notenbank in letzter Zeit eher wieder von den Regierungen in Anspruch genommen worden sein, da der Erlös der ersten Krieganleihe wohl schon aufgebraucht sein dürfte. Auf die Ausgaben der Kriegsverwaltung ist ja die Geldflüssigkeit in erster Linie zurückzuführen. Aber auch der Kreditbedarf der Industrie ist natürlich wesentlich vermindert und von verschiedenen Banken wird anlässlich der Bilanzveröffentlichung mitgeteilt, daß zahlreiche Kunden ihre Schulden sehr reduziert oder gänzlich getilgt haben oder sogar als Gläubiger erscheinen, was ja bei allen jenen Industrien, die ihr Rohmaterial aufgearbeitet haben und nicht erneuern können (neben den auf überseeische Bezüge angewiesenen Industrien kommen da vor allem die Petroleumindustrie, Brauereien, Brennereien u. a. in Betracht), selbstverständlich ist. Jedenfalls ist der Markt wieder reif für die Emission der zweiten Krieganleihe, deren Gelingen nur durch etwaige schlechte Kriegsnachrichten ungünstig beeinflusst werden könnte. Wenn auf dem Kriegsschauplatz, wie zu hoffen ist, sich nichts Ungünstiges ereignet, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Verhandlungen über die Emission noch vor Monatschluß stattfinden, sodaß die Emission anfangs Mai erfolgen könnte. Gegen die Beibehaltung desselben Typus wie das erstmalig 5jährige $5\frac{1}{2}$ proz. Schatzscheine, sprechen mancherlei Erwägungen, vor allem die Häufung großer Fälligkeiten in relativ kurzer Frist, aber über die Wahl des Typus herrscht noch keine Klarheit. Auch von der Devisenanleihe in Deutschland, an deren Aufnahme schon seit einiger Zeit gedacht wird, ist noch nichts bekannt, aber es ist zu hoffen, daß sie bald abgeschlossen wird, da die Devisenkurse, die eine zeitlang etwas niedriger waren, in letzter Zeit wieder sich versteiften. Die kleinen Mittel, die man angewendet hat, Verbot der Goldausfuhr und des Agiohandels in Kronenmünzen, können natürlich die Devisenknappheit, die ihre Ursache hauptsächlich in den die Ausfuhr immer noch erheblich übersteigenden Warenbezügen haben, nicht beseitigen. Die Dividenden der Aktiengesellschaften, die jetzt etwas später als gewöhnlich in rascher Folge veröffentlicht werden, bieten wenig Ueberraschungen. Die an dieser Stelle eingehend besprochenen Bankabschlüsse zeigen, daß die meisten Banken im Krieg keine tiefgehenden Schäden erlitten haben. Die konstatierbaren Verluste sind nur bei wenigen Banken, die das lukrative galizische Geschäft bevorzugt hatten, beträchtlich. Die Kriegsreserven, die die Banken anlegen, sind, soweit nicht Engagements in Galizien oder in Feindesland — diese auch indirekt durch Beteiligung an Exportunternehmungen — in Frage kommen, mehr ein Akt der Vorsicht als der Notwendigkeit. Allerdings ist, solange die Moratorien nicht ganz abgebaut sind, die Höhe der Verluste nicht in voller Höhe konstatierbar. Bei den Industrieunternehmungen geben die verteilten Dividenden kein absolut zuverlässiges Bild der Wirkung des Krieges. Denn die Dividendenpolitik spielt eine erhebliche Rolle, wenn z. B. die Skodawerke, denen der Krieg zweifellos eine Hochkonjunktur eröffnet hat, ihre Dividende ermäßigen. Im allgemeinen sind es vor allem die Unternehmungen der Lebensmittelbranche, Mühlen und Teigwarenfabriken, Zuckerfabriken und Raffinerien, deren Rechnungsabschlüsse große Gewinne aufweisen, wobei bei vielen Rohzuckerfabriken allerdings die erzielten Gewinne zumeist nur die großen Verlustvorträge aus den Vorjahren decken oder vermindern. Dasselbe gilt auch von einer Reihe von Textilwarenfabriken, die sich im Krieg nach langer Krise sanieren konnten. Spiritusbrennerien und Brauereien mußten wegen des verminderten Absatzes in den letzten Monaten — bei den meisten Brauereien schließt das Geschäftsjahr mit der Kampagne, Ende August oder Ende September — ihre Dividende vermindern. Das laufende Jahr wird wegen der sehr stark eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten trotz hoher Preise ungünstig abschließen. Die Petroleumraffinerien haben, soweit ihre Betriebe nicht im vom Feind okkupierten Gebiet liegen, ihre Vorräte mit außerordentlich großen Nutzen aufarbeiten und verkaufen können. Allmählich sind aber die meisten, auch westlichen Raffinerien zum Stillstand gelangt. Ziegel- und

Zementunternehmungen schließen natürlich sehr ungünstig ab, während Baubanken auf Grund der in Ausführung begriffenen Bauten bescheidene Dividenden verteilen können. Die Eisenwerke, die für das Vorjahr zumeist sehr ungünstige Abschlüsse veröffentlicht haben, dürften im laufenden Jahr wesentlich besser arbeiten, da der Absatz durch Kriegsmaterialbedarf stark alimentiert ist und die Preise, die bereits wesentlich höher sind als im Vorjahr, demnächst weiter erhöht werden dürften. Das Agio der Mark-Noten hat die Marge gegen die deutschen Preise ganz wesentlich erhöht. Verhältnismäßig wenig betroffen waren die Kohlenwerke, die sich für den Produktionsausfall durch Preiserhöhungen schadlos halten konnten. Auch hier spielt die deutsche Importparität durch Preiserhöhungen und Mark-Noten-Agio eine große Rolle. Die Bestrebungen der Staatsverwaltung, eine allzuweitgehende Ausnützung der Preiskonjunktur zu verhindern, dürften wie in anderen Industrien mit einem den Unternehmungen recht günstigen Kompromiß enden. Die Nordbahn weist nahezu die gleiche Produktionsziffer wie im Vorjahr auf, 1 557 000 t gegen 1 580 000 t, aber die Kokserzeugung ist wegen des wesentlich geringeren Bedarfs der Eisenwerke stark gefallen, 305 000 t gegen 361 000 t, und so ist der Ertrag der Kohlen- und Kokswerke um K 381 000 auf K 7 031 000 gesunken. Die Frachtmengen auf der vom Staat für Rechnung der Gesellschaft betriebenen Montanbahn ist von 685 000 t auf 592 000 t, der Ertrag von K 2 912 000 auf K 2 717 000 zurückgegangen. Der Bruttogewinn ist angesichts der wenig geänderten Ziffern der Einlösungsrenten und der Zinseneingänge von K 24.81 auf K 24.28 Mill. zurückgegangen. Die Abschreibungen wurden aber um K 660 000 auf K 2 663 000 erhöht, die Regie- und Steuerauslagen stiegen um K 126 000 auf K 1 882 000, der Bedarf für die Tilgung der Aktien mit K 4500 um K 176 000 auf K 3 224 000, so daß der Reingewinn ohne Vortrag um K 1 992 000 auf K 16 507 000 zurückgegangen ist. Dementsprechend wird die Dividende um K 15 auf K 227.50 ermäßigt und der Vortrag um K 15 000 auf K 1 997 000 erhöht. Die böhmischen Braunkohlenwerke haben ihre Rechnungsabschlüsse noch nicht bekannt gegeben, die Dividenden aber entweder unverändert gelassen oder nur wenig ermäßigt. Am schlechtesten schneiden die Transportanstalten ab. Die großen Seeschiffahrtsunternehmungen haben ihre durchwegs mit Verlust schließenden Rechnungen noch nicht fertiggestellt. Von den Eisenbahnen hat vorläufig die Aussig-Teplitzer Bahn die (bereits mitgeteilten) Abschlussziffern bekanntgegeben. Die Dividende mußte bekanntlich auf 4.2 pCt. reduziert werden gegen 10.5 pCt. im Vorjahr. Noch stärker wird der Ausfall der Buschtiehrader Bahn sein, die auf A-Aktien $31\frac{1}{2}$ gegen K 120, d. i. 8 gegen $11\frac{3}{4}$ pCt. und auf die B-Aktien 8 gegen K 41 d. i. 2 gegen $10\frac{1}{4}$ pCt. ausschütten dürfte. Dabei dürfte das B-Netz mit einem kleinen Betriebsdefizit schließen, das aus dem Ertrag des A-Netzes zu decken wäre, so daß die Dividenden aus den Reserven gezahlt werden dürften. Recht ungünstig dürfte auch die Graz-Köflacher Bahn abschließen. Bei der Südbahn, die am 22. April ihre Bilanzsitzung abhalten wird, wird ein sehr bedeutender Verlust in der Bilanz erscheinen. Viel günstiger als die Abschlüsse der Privatbahnen scheint sich der Betrieb der Staatsbahnen zu gestalten, die auf ihrem über das ganze Land verteilten Netz die großen Ausfälle in einzelnen Verkehrslinien leichter wenigstens zum Teil ausgleichen konnten. Allerdings wird sich der Ausfall des größten Teiles des galizischen Netzes seit dem Herbst stark fühlbar machen.*

Der Economist.

Jubiläum der Gesellschaft österreichischer Volkswirte.

Wien, 13. April.

Die Gesellschaft österreichischer Volkswirte beging heute das vierzigjährige Jubiläum ihres Bestandes. Dem Ernst der Zeit entsprechend, wurde diese Feier ohne jegliches äußere Gepräge still und würdig gefeiert. Die Mitglieder der Gesellschaft vereinigten sich heute abend im Sitzungssaale der Handelskammer zu einer Plenarversammlung, in der der Präsident Geheimer Rat Freiherr v. Plener in einem inhaltsreichen und gedankenvollen Vortrag einen Rückblick auf die Geschichte der Gesellschaft gab, welcher zugleich eine fesselnde und interessante Darlegung über die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft war. Ein auserlesenes Auditorium bereitete dem Präsidenten der Gesellschaft, Geheimen Rat Freiherrn v. Plener, am Schlusse seines Vortrages herzliche Ovationen. Anwesend waren Vertreter der Regierung, der hohen Beamtenerschaft, der Finanzwelt sowie der wissenschaftlichen Kreise.

Rede des Präsidenten Freiherrn v. Plener.

Nach den erschütternden Wirkungen der Krisis von 1873 war der Wunsch nach Wiedergeburt unserer Volkswirtschaft und nach Erweiterung und Vertiefung der volkswirtschaftlichen Erkenntnis rege. Eine Anzahl von mehr der liberalen volkswirtschaftlichen Richtung angehörenden Männern, von denen heute nur noch wenige unter uns sind, Abgeordnete wie Max Menger, Newirth, Walterskirchen und der Redner, Schriftsteller wie Dorn, Pez und einige Männer des praktischen Lebens, einigten sich, nach Art der in Deutschland veranstalteten volkswirtschaftlichen Kongresse eine ähnliche Institution auch in Oesterreich zu gründen. Für die erste Versammlung im April 1875 war eine Reihe gut und gründlich gearbeiteter Referate über Steuerreform, Bank und Valuta und über Zollpolitik vorbereitet. Bei Abstimmung über die Prinzipien der Zollpolitik wurde aber gegen die Wünsche der Vereinsgründer eine schützöllnerische Resolution mit großer Majorität angenommen. Der nächste Kongress in Graz im Jahre 1877 war schwächer besucht und bot außer einer Debatte über Gold- und Silberwährung nicht viel Interessantes. Nun trat eine mehr als zehnjährige Pause in der Tätigkeit des Vereines ein, bis 1888 eine Statutenänderung beschlossen wurde, wonach nunmehr regelmäßige Monatsversammlungen mit Vorträgen und Diskussionen abgehalten werden sollten. Zum Präsidenten wurde Lorenz v. Stein gewählt, der sich damals schon dem Ende seiner Laufbahn näherte, dessen Name aber im hohen Ansehen stand. Stein hatte durch mehr als 25 Jahre die junge Generation an der Universität angezogen, er besaß alle anregenden Eigenschaften des großen akademischen Lehrers, den schönen Vortrag, den weiten Blick, der den univiersellen Zusammenhang der Nationalökonomie mit allen verwandten Gebieten der Staats- und der Geisteswissenschaft herstellte.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung einer größeren Zeitperiode ist nicht zu erfassen ohne die Kenntnis der sie bewegenden ökonomischen Ideen. Es ist richtig, daß die konkreten Verhältnisse der Produktion, des Handels und des Verkehrs den Charakter einer Periode kennzeichnen, allein die Erfahrungen, die die Menschen an den Erscheinungen des wirklichen Lebens machen, verdichten sich bald zu Erklärungsversuchen und Meinungen über die weitere Entwicklung und deren Ziele. So entsteht eine dauernde Wechselwirkung zwischen äußeren Vorgängen und gedanklichen Vorstellungen, und wir erhalten erst dann ein Bild einer Zeitperiode, wenn wir ihre Ideen kennen lernen. In dem engen Rahmen eines Vereines hat unsere Gesellschaft den vielen schwankenden und langsam austreisenden Ideen ihr Forum geliehen, und so bietet die Entwicklung unserer Gesellschaft zugleich eine Uebersicht der wirtschaftlichen Ideen der Zeit seit ihrer Gründung.

Die große psychologische und wirtschaftliche Nachwirkung der Krise von 1873 bildete für Oesterreich einen besonderen Wendepunkt. Die wilde Spekulation, die schrankenlose Konkurrenz, die scheinbare Allmacht des mobilen Kapitals hatten nach dem Zusammenbruch eine Reaktion herbeigeführt, die öffentliche Meinung wendete sich zum großen Teile vom ökonomischen Liberalismus ab. Der Uebergang vollzog sich in manchen Kreisen mit leidenschaftlicher Festigkeit und mit oft unüberlegter Raschheit in der Richtung der entgegengesetzten Extreme. Wirksam setzte sich die neue Tendenz zunächst in der Zollpolitik durch. Die schützöllnerische Bewegung errang im Abgeordnetenhanse bald ihre ersten Erfolge, die Regierung folgte zögernd nach, der Handelsvertrag mit Deutschland wurde gekündigt und der neue autonome Tarif von 1878 beschritten, wenn auch mit mäßigen Sägen, die protektionistische Bahn, die seither, wenn man auch zum System der Handelsverträge zurückkehrte, nicht mehr verlassen wurde. Es sei nur daran erinnert, daß die Monarchie in den siebziger Jahren überhaupt keine Getreidezölle hatte, während wir heute Säze von 5½ bis 7½ R. haben; Baumwollzölle stiegen von 8 bis 18 auf 14 bis 43,

beziehungsweise auf 83, Baumwollwaren von 30 bis 60 auf 80 bis 370, Roheisen von 50 R. auf 1 R. 90 S., Stabeisen von 2 R. 50 S. auf 6 bis 15 R. Die Erfolge der Schutzzollpolitik haben allerdings zu einer Ausdehnung der Industrie geführt, aber alle handelspolitischen Erwartungen sind nicht erfüllt worden, man erwartete eine Vermehrung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte und eine Abwehr von Agrikulturimport; beides ist nicht eingetreten, wohl aber die Zunahme des Imports von Industrieprodukten in weit höherem Maße als ihr Export. Der überwiegende agrarische Einfluß auf unsere Handelspolitik hat namentlich gegenüber den Balkanstaaten eine Verschlechterung unserer Handelsbeziehungen mit diesen Ländern herbeigeführt.

Oesterreich war Deutschland in der Schutzzollpolitik vorangegangen und hatte zunächst auf diesem Gebiete seine Abschwenkung vor der alten liberalen Wirtschaftspolitik vollzogen. Ungefähr gleichzeitig fand in Deutschland auf einem anderen Gebiete ein großer Umschwung der volkswirtschaftlichen Meinungen statt, der seinen äußeren Ausdruck in der Gründung des Vereines für Sozialpolitik erhielt, aber in seinen weiter gesteckten Zielen die ganze Auffassung vom modernen Staat änderte. Die alte klassische Nationalökonomie war vom wirtschaftlichen Egoismus ausgegangen und hatte daraus ein System des Individualismus und der freien Konkurrenz erbaut. Die ethische Seite des gesellschaftlichen Lebens war wenigstens theoretisch ausgeschaltet, die staatliche Funktion einer Wohlfahrts-gesetzgebung abgelehnt. Nun brachten die Unzufriedenheit der Massen, die Anfänge einer sozialdemokratischen Partei und die Erinnerung an die in Deutschland nie völlig zurückgetretene staatliche Mission in sozialen Dingen eine Wendung in der Auffassung. Nach der neuen Meinung sollten sich die besitzenden Klassen um die Hebung der arbeitenden Klassen kümmern, Koalitionsfreiheit sollte gewährt und vom Staate eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung und Arbeiterversicherung eingeführt

werden. Selbst Steuerreformen seien von sozialpolitischen Gesichtspunkten zu beeinflussen, eine Reihe von Verkehrsbetrieben und Anstalten solle verstaatlicht oder kommunalisiert werden. Das waren die Grundgedanken der Kathedersozialisten, die bald darauf durch die kaiserliche Botschaft von 1881 ihre praktische Sanktion erhielten und zu einer Neugestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung führten. Das neue sozialpolitische Programm beherrschte die ganze öffentliche Meinung, anfangs bekämpft, gewann es immer mehr Anhänger. Die Bewegung fand auch in Oesterreich sehr bald große Zustimmung, war doch ein hervorragender Vertreter der neuen Richtung, Lujo Brentano, ein paar Jahre an der Wiener Universität tätig, und bald konnte man konstatieren, daß die jüngere Generation und namentlich der jüngere Beamtenstand von diesen Ideen erfüllt waren.

Hatte so der wirtschaftliche Individualismus durch die offene Proklamation der staatlichen Intervention eine große Einschränkung erfahren, so traf ihn von seiten der Gesellschaft eine zweite Gegenbewegung in Form der großen wirtschaftlichen und sozialen Organisationen. Aus den bescheidenen Anfängen der Selbsthilfe der ersten Arbeitervereine entwickelte sich als Gewerkschaftswesen zu einer politischen Macht, das heute in Oesterreich eine große Anzahl von Gewerkschaften mit über 100.000 Mitgliedern umfaßt. Aber nicht bloß die Arbeiter organisierten sich, das Kapital tat daselbe, große Kartelle und Arbeitgeberverbände entstanden, die Produktion ward geregelt, ebunden, Preise fixiert, kurz, die freie Konkurrenz durch organisierte Verbandswirtschaft ersetzt. Wir stehen noch nicht am Abschlusse dieser hochbedeutsamen Entwicklung. Ist doch das ganze gesellschaftliche und soziale Leben erfüllt von dem großen Gegensatz zwischen Allgemeinheit und individuellem. Die größten Probleme der Moral und der menschlichen Freiheit spielen sich zwischen diesen beiden Polen ab, bald überwiegt die eine Kraft, bald wieder die andere; ganz unterworfen kann keine von beiden werden; jedes der beiden Prinzipien hat wertvolle Seiten, beide erhöhen zum menschlichen Mikrokosmos. Wenn wir uns großen einheitlichen Ordnungen fügen aus Staatsgefühl, aus Altruismus oder auch aus eigenem Interesse, so wollen wir doch die Einzelpersönlichkeit mit ihrer individuellen Tüchtigkeit und Initiative nicht durch den Mechanismus einer autoritären Zwangsgemeinschaft erdrücken lassen. Die menschliche Kultur raucht beide Potenzen und die richtige Entwicklung muß das Maß für die Ausgleichung ihrer entgegengesetzten Kräfte-äufferungen suchen und finden.

Neben diesen bedeutsamen Aenderungen der Wirtschaftspolitik vollzog sich in Oesterreich in den achtziger Jahren, ohne Zusammenhang mit den drängenden Bedürfnissen der Politik, eine Wandlung in der Theorie der theoretischen Nationalökonomie. Unter der Führung Karl Mengers und der Mitwirkung von Emil Sax trat die neue österreichische Schule in direkten Gegensatz zur historischen Schule und vertrat sowohl in der Methode als im Inhalt der Lehre eine Rückkehr zur alten orthodoxen Wissenschaft. Sie legte das Hauptgewicht auf die Methode und suchte theoretische Erkenntnisätze und nicht praktische Maximen. Ihre weitere Entwicklung und ihren Höhepunkt fand sie in dem erst uns vor kurzem entrisenen Dr. v. Böhm-Bawerk, um den sich eine Reihe hervorragend begabter Nationalökonomien, wie Wieser, Philippovich, Zuckerkandl, Schumpeter und viele andere jüngere Kräfte scharten. Es ist interessant, zu konstatieren, daß die Methode von Oesterreichern ausgegangen ist und von Oesterreichern ausgebildet wurde, während es früher ein häufig wiederkehrender Tadel des österreichischen Intellekts war, daß er nicht stramm geistige Disziplin halte, die Gegensätze gern vermische und über sie hinweggehe. Wenn auch die österreichische Schule keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik gewann, so hat sie doch das theoretische Denken wieder aufgerüttelt und selbst ihre Gegner zu abstrakter Begriffskritik gezwungen. Das erhöhte Interesse, das sich in den achtziger Jahren nationalökonomischen Studien zuwandte, zeitigte die Idee der Gründung einer wissenschaftlichen volkswirtschaftlichen Zeitschrift, die der Redner im Verein mit Böhm-Bawerk und Inama-Sternegg, dem hervorragenden Statistiker und Wirtschaftshistoriker, der damals durch eine Reihe von Jahren Präsident unserer Gesellschaft war, im Jahre 1891 ins Leben rief. Die Zeitschrift sollte theoretischen Arbeiten Raum geben und brachte im Laufe der Jahre sehr interessante Beiträge von Böhm und anderen Nationalökonomien seiner Schule. Zugleich sollte sie insbesondere aktuelle österreichische wirtschaftliche Fragen behandeln, um die Kenntnis unserer Zustände zu erweitern und Reformen anzuregen. Sie hat in ihrem fast 24jährigen Bestande ihre Aufgabe nicht ohne Nutzen erfüllt und die Gesellschaft der Volkswirte, mit deren Unterstützung sie erscheint, kann sie mit Befriedigung ihr Organ nennen.

Unterdessen ging die populäre Bewegung gegen den wirtschaftlichen Liberalismus weiter und nahm bald politischen Charakter an. In den achtziger Jahren wurde der Kampf gegen die alte deutschliberale Partei von oben und von unten geführt. Die Erweiterung der Stimmzahl im Jahre 1882 brachte neue Wählerklassen in die politische Arena, und eine geschickte demagogische Agitation, unterstützt durch die unbefriedigte Lage des Kleingewerbes, brachte zunächst eine Bewegung zur Abänderung der Gewerbeordnung, die bis dahin auf einer maßvollen Gewerbefreiheit beruhte, in Fluß. Die Agitation beschränkte sich aber, wie dies in der Regel bei volkstümlichen Bewegungen der Fall ist, nicht auf einzelne konkrete Reformfragen, sondern griff prinzipiell und doktrinär weiter aus. Der Kampf entbrannte gegen das Kapital überhaupt, gegen die große Industrie, gegen die Aktiengesellschaften mit Schlagworten, die vielfach mit den Angriffen der Sozialdemokratie gegen den Kapitalismus parallel gingen. Der erste Erfolg war eine allgemeine Unzufriedenheit, zugleich wurden überspannte Hoffnungen über die Wirkungen der angestrebten Reform erregt, andererseits zeigte sich eine gewisse Einschüchterung und Verzagtheit der früher maßgebend gewesenen oberen Schichten der Mittelklasse, die, statt der neuen Strömung zu widerstehen, einzulenken versuchte und schließlich widerwillig, niemandem zum Danke und sich selbst nicht zum Nutzen, sowohl in einzelnen Punkten als auch aus Popularitätsrücksichten selbst in den Grundanschauungen nachgab und vielfach in die Sprache der Gegner einstimmt. So kam die Gewerbeordnung des Jahres 1883 mit dem Befähigungsnachweis zustande. Hätte man sich auf eine zeitgemäße Reform der Gewerbevereinigungen beschränkt und diese dort, wo es möglich war, zu wirksamen Organen der gewerblichen Selbstverwaltung für gewerblichen Unterricht, Lehrlingswesen, Arbeitsvermittlung umgestaltet, so hätte manches Nützliche geleistet werden können. Der Befähigungsnachweis, von dem man sich so vieles erwartete, brachte aber begreiflicherweise nicht die gehoffte Rettung des Kleingewerbes, das in erster Linie Frachtüchtigkeit und gewerblichen Unterricht bedarf. Trotzdem ging die Bewegung weiter, und die zweite Gewerbenovelle von 1907 erweiterte noch die Zahl der handwerksmäßigen Gewerbe und dehnte den Befähigungsnachweis aus. Dagegen bedeuteten die Arbeiterbeschützungsgebete von 1885 und die Versicherungsgebete unzweifelhaft einen großen sozialpolitischen Fortschritt. Demgegenüber hat die Bewegung zur Erhaltung der Bauerngüter bis auf wenige Ausnahmen keinen rechten Erfolg erzielt.

In allen Ländern haben Währungsfragen ein großes, oft leidenschaftliches Interesse erregt; obwohl eigentlich ein Fachproblem, sind sie meist zu politischen Parteifragen geworden. Nach dem Uebergang Deutschlands zur Goldwährung, nach der Einstellung unserer Silberprägung wurde für Oesterreich die Frage der Stabilisierung seiner Währung unabweisbar, aber lange hat es gedauert, bis die öffentliche Meinung zu abschließenden Resultaten kam. Die populäre Seite war überhaupt gegen die Goldwährung, vielfach sogar für den Fortbestand der Staatsnoten, eine Gruppe trat für den Bimetallismus ein; aber selbst unter den Anhängern der Goldbasis herrschte längere Zeit Meinungsverschiedenheit, es brauchte eine geraume Zeit und manche eingehende Diskussion, bis eine Einigung auf den bekannten Grundlagen stattfand. Der Redner erwähnt, daß es mit ein Verdienst der Gesellschaft österreichischer Volkswirte gewesen sei, den Sieg der richtigen Erkenntnis über populäre Vorurteile herbeigeführt zu haben. Auch die große Aufgabe der Reform der direkten Steuern beschäftigte die öffentliche Diskussion durch lange Zeit, mühsam und nur gegen bedeutende Nachlässe an den Ertragssteuern kam die Personaleinkommensteuer zur Annahme, und heute werden selbst die alten Gegner der Reform den jetzigen Zustand als besser anerkennen müssen als den früheren. Auch für die Finanzen des Staates, der im Jahre 1875 an direkten Steuern 184 Millionen Kronen einnahm und für 1914/15 448 Millionen Kronen präliminierte, ist das Ergebnis nicht unbefriedigend.

Eine gewisse Zeit war auch nötig, um dem Gedanken der Verstaatlichung des Eisenbahnwesens die Zustimmung der öffentlichen Meinung zu verschaffen. Die unerfreulichen Verhältnisse des alten Garantiesystems verlangten nach anderen Lösungen, aber die Anhänger des Privatbahnsystems waren anfänglich noch zahlreich und mächtig. Als Redner als junger Abgeordneter 1875 für Staatsbahnen eintrat, mußte er sich von einflussreicher Seite belehren lassen, nicht leicht hin unreife Projekte vorzubringen. Bald aber änderte sich die Auffassung und heute wird niemand, trotz mancher ungünstiger Erfahrungen über die Verwaltung der Staatsbahnen, die Rückkehr zum Privatbahnsystem empfehlen. Ein neues erfolgreiches Gebiet staatlicher Tätigkeit wurde durch die Einführung der Postsparkasse gewonnen, die heute für unser ganzes Zahlungsverwesen von der größten Bedeutung ist und sich zugleich zu einem großen staatlichen Finanzinstitut ausgestaltet hat.

Die vermehrte Staatstätigkeit auf allen Gebieten hatte einen bestimmten Einfluß auf die Staatsfinanzen. Zu Beginn der konstitutionellen Ära betrachtete es das Abgeordnetenhaus noch als seine hauptsächlichste Aufgabe, möglichst viel Ersparungen auf allen Gebieten der Verwaltung durchzuführen. Mit der veränderten Auffassung der staatlichen Tätigkeit änderten sich auch die finanzpolitischen Anschauungen. Die moderne Wohlfahrtsstaat, der in vielen Belangen an den Colbertismus erinnert, ist kostspieliger als der nüchterne Rechtsstaat des alten individualistischen Naturrechtes. Das Maß der Ansprüche an den Staat stieg sehr rasch, er sollte bald zu allem herangezogen werden, überall fördernd und subventionierend eingreifen, große populäre Investitionen wurden geschaffen oder wenigstens teilweise in Angriff genommen, die Bezüge der Beamten wurden erhöht und ihre Zahl vermehrt. So ist das Ausgabenbudget des Staates von 783.4 Millionen Kronen im Jahre 1875 auf 3436.7 Millionen Kronen für das Jahr 1914/15 gestiegen. Nach dem Voranschlag für 1913 machte der Personalaufwand über eine Milliarde, rund ein Drittel aller Ausgaben, aus. Die Kosten der staatlichen inneren Verwaltung stiegen bloß in den Jahren 1890 bis 1911 von 37.1 auf 110.5 Millionen Kronen, also um 193 Prozent.

Wenn diese Steigerung zum großen Teil nicht gerechtfertigt war, so kommt allerdings auch ein erheblicher anderer Teil auf die vermehrte sachliche Tätigkeit des Staates und die Ausdehnung seiner Betriebe, die mit dem allgemeinen Fortschritt der Volkswirtschaft im Zusammenhang stehen. Dieser Fortschritt ist nicht so groß wie in Deutschland, aber immerhin bedeutend; so stieg im auswärtigen Handel die Einfuhr von 1105 Millionen Kronen im Jahre 1875 auf 3508 Millionen Kronen im Jahre 1913, die Ausfuhr von 1017 Millionen Kronen im Jahre 1875 auf 2987 Millionen Kronen im Jahre 1913, die Gesamtlänge der Haupt- und Lokaleisenbahnen von 10.331 Kilometer im Jahre 1875 auf 22.879 Kilometer im Jahre 1912, die Einlagen der Sparkassen von 1178 Millionen Kronen auf 6416 Millionen Kronen, die Steinkohlenproduktion von 45.5 auf 164.6 Millionen Meterzentner, Braunkohle von 68.5 auf 273.7 Millionen Meterzentner, Eisenerz von 7 auf 30.4 Millionen Meterzentner, Frischroheisen von 2.6 auf 14.8 Millionen Meterzentner, Gußroheisen von 0.4 auf 2.7 Millionen Meterzentner, verarbeitete Zuckerrüben von 8.8 auf 82.8 Millionen Meterzentner, Baumwollspindeln von 1.6 Millionen auf 4.8 Millionen, die Weizenernte von 10.8 Millionen Hektoliter auf 21 Millionen Hektoliter, Roggen von 23 auf 38.4 Millionen Hektoliter, Gerste von 13 auf 26.7 Millionen Hektoliter.

Die Gesellschaft hat sich im Laufe der letzten Jahre unter der Leitung des früheren Präsidenten Hofrates v. Philippovich, dem sie für vielfache Anregungen, lehrreiche Vorträge und interessante Schlußbemerkungen dankbar ist, und auch seither mit den meisten aktuellen wirtschaftlichen Fragen der Handelspolitik, der Industrie, des Geld- und Eisenbahnwesens, der Finanzen und der Balkanländer beschäftigt und hier und da auch ausländische wirtschaftliche Erscheinungen in den Rahmen ihrer Vorträge einbezogen. Die volkswirtschaftlichen Kreise haben ihre Tätigkeit mit großer Aufmerksamkeit begleitet, wie denn im allgemeinen die ernste Teilnahme an diesen Fragen im Laufe der Jahre zugenommen hat. Die österreichische Volkswirtschaft zeigt überhaupt mehr Festigkeit und Halt als in vergangenen Jahren. Dies ist mit ein Grund für die Fähigkeit, die Kriegslage zu ertragen. Der ruhige Fortgang eines großen Teiles der Industrie und vieler Geschäfte, der große Erfolg der letzten Kriegsanleihe sind günstige Symptome. Heute können wir uns noch kein zusammenfassendes Bild über die weitere Entwicklung machen, vieles hängt vom Ausgang des Krieges und dem Inhalt des künftigen Friedens ab. Der Krieg hat jetzt schon manche unserer Anschauungen geändert und wir werden vor neuen großen Aufgaben stehen. Das Land wird in vielen Punkten mehr als früher auf sich selbst angewiesen sein und eine gesteigerte industrielle und landwirtschaftliche Güterproduktion wird eines der nächsten Ziele sein.

Unsere Handelspolitik wird voraussichtlich eine neue Orientierung erfahren; alle Welt erwartet eine Neugestaltung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu Deutschland, wenn auch die Ansichten über deren Formen sowohl hier als in Deutschland noch vielfach auseinandergehen. Die einen befürworten eine glatte Zollunion, andere begnügen sich mit einer vorteilhaften Revision der bestehenden Handelsverträge sowohl mit Deutschland als mit anderen Staaten. Hier wird, wie häufig, ein Mittelweg gefunden werden, welcher der Komplexität der Frage entspricht und welcher die berechtigten Schutzansprüche unserer Produktion nicht aus dem Auge läßt. Mit dem Wegfall des Frankfurter Friedens ist die Meistbegünstigung Frankreichs in Deutschland erloschen und zugleich ist die Erkenntnis gewachsen, daß die allgemeine Meistbegünstigungsklausel überhaupt auf die Dauer keine vorteilhafte und überlegte Handelspolitik

gestattet; so wird der Weg frei zur Herstellung eines Systems von Vorzugszöllen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Ist einmal daraufhin zwischen diesen beiden ein neuer Tarif konstruiert, der nicht durchgängig in einer Herabsetzung der jetzigen Tarifpositionen zu bestehen braucht, so wird dieser die Grundlage für die Zollpolitik gegenüber dritten Staaten abgeben. Es ist sehr wohl denkbar, daß bezüglich gewisser Positionen, die im engen Zusammenhang mit dem Präferentialtarif stehen, Deutschland und unsere Monarchie nur eine einverständliche Regelung der Tariffäge gegenüber dritten Staaten vornehmen; und ebenso ist es denkbar, daß bezüglich anderer Artikel, die in keinem solchen Zusammenhang mit dem Präferentialtarif stehen, die beiden Teile handelspolitisch freie Hand behalten. Außerdem wäre es zu wünschen, daß dem neuen Wirtschaftsverband von Oesterreich-Ungarn und Deutschland die Balkanstaaten beitreten, was allerdings eine Aenderung unserer bisherigen Zollpolitik gegenüber diesen Staaten erheischt. Unter allen Umständen ist aber die Vereinbarung mit Deutschland anzustreben, um so mehr, als der Termin des Ablaufes unserer gegenwärtigen Handelsverträge nicht mehr fern steht und wir bis dahin auch noch die wichtige Vorfrage der Erhaltung des einheitlichen Zollgebietes mit Ungarn entschieden haben müssen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit wird sich ferner unserem Geldwesen zuwenden, was durch die gegenwärtige große Notenemission einer neuen Ordnung bedürfen wird. Ebenso werden die Staatsfinanzen einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müssen angesichts der Kriegskosten, der bevorstehenden neuen Kriegsinvalidenversorgung und der Wiederherstellung der von Kriegsschäden getroffenen Teile. Eine Reform der Zivilverwaltung im Sinne einer ausgiebigen Ersparung wird sich ebenfalls aufdrängen und viele andere wirtschaftlichen Probleme. Der Ausschuß der Gesellschaft glaubt ihr vierzigjähriges Jubiläum am besten durch Ausschreibung eines Preises für eine wissenschaftliche Arbeit über unsere wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse während des Krieges und über die nächsten Aufgaben nach dem Kriege zu gehen. Die formelle Preisauszeichnung soll für einen Termin erfolgen, der eine gründliche Arbeit an der Hand der durch den Frieden geschaffenen Situation ermöglichen würde.

Die volkswirtschaftliche Erkenntnis ist in den letzten vierzig Jahren wesentlich gestiegen, immer weitere Kreise kümmern sich ernsthaft um diese Fragen und bestreben sich, nützliche Reformarbeit zu leisten. Wenn die Gesellschaft österreichischer Volkswirte hierzu auch etwas beigetragen hat, so ist dies ihr bester Lohn; denn wir alle wollen die fortschreitende Erhebung unseres Vaterlandes, das nur durch intensive geistige und geschäftliche Arbeit den Rang unter den Staaten behaupten kann, der ihm vermöge seiner geschichtlichen Stellung und der Begabung seiner Bevölkerung gebührt.

Die Anwesenden.

Unter den Anwesenden befanden sich: Eisenbahnminister Dr. Freiherr v. Forster, Finanzminister Dr. Engel Freiherr v. Mainjelden, der bayerische Gesandte Baron Lucher, der Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank Dr. Popovics, der Vizepräsident des Obersten Rechnungshofes Geheimer Rat Dr. Paul Schulz, die Geheimen Räte Minister a. D. Dr. Marget, Graf Kerveldt, Graf Karl Kueffstein, der Präsident der Staatlichen Zentralverwaltung Geheimer Rat Dr. Mataja, der Vizegouverneur des Postsparkassenamtes Dr. v. Leth, die Sektionschefs Doktor v. Böschl, Dr. v. Wimmer, Dr. v. Nagy, Doktor Breyha, Dr. Joas und Dr. Seidler, die Ministerialräte Dr. Wunt, Dr. Zvierzina, Dr. v. Thaa, Doktor Krasný, Dr. v. Glanz, die Hofräte Dr. Hugelmann, Raudnitz und Dr. v. Leonhardt, Oberfinanzrat Doktor Mayer, Sektionsrat Dr. Karminski, Finanzrat Doktor Pazauer; aus der Finanzwelt: der Präsident der Unionbank Mikusz, die Direktoren der Creditanstalt Dr. Spigmler und Dr. Paul Hammer Schlag, der Präsident der Anglo-Oesterreichischen Bank Professor Dr. Landesberger, Oberlurator der Ersten österreichischen Sparcasse Faber, Direktor der Bodentreditanstalt Dr. Reich, Generaldirektor der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft Hofrat Dr. v. Szatary, Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank v. Wiesenburg, der Generaldirektor der Oesterreichisch-ungarischen Bank v. Schmid, Präsident des „Mercur“ Dr. Brettauer, Direktor der Länderbank Adler, Direktorstellvertreter Feldmann, Bankier Richard Lieben, Dr. Felix Freiherr v. Dppenheimer; die Großindustriellen Bergrat Mag Ritter v. Gutmann, Artur Ruffler, Dr. Heinrich Fries, Dr. Hugo Fürth, Handelskammerrat Fritz Mendl, Dr. Siegfried Strakosch, Kommerzialrat Sujaiti, Dr. Richard Faber; die Reichsratsabgeordneten Professor Dr. Redlich, Dr. v. Licht und Dr. Dfner, Gemeinderat Dr. v. Dorn, Handelskammerrat Rands, Handelskammersekretär Regierungsrat Doktor v. Layenthal, Universitätsprofessor Dr. Gustav Seidler, Verbandsanwalt Wraheg, die Vertreter des Niederösterreichischen Gewerbevereines Kommerzialrat A. Wolf und Doktor Julius Ullmann sowie der Vizepräsident des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute Franz Fischmeister und Dr. Langer.

Wien während des Krieges.

Wien während des Krieges.

(Neunte Folge.)

Der abgelaufene Monat März hat uns herbes Leid gebracht: Die uneinnehmbare Festung Przemysl mußte nach fünfmonatiger Belagerung von der eigenen Besatzung zerstört und als Trümmerhaufen den Russen übergeben werden, weil die Lebensmittelvorräte ausgegangen waren. Wie das gekommen ist, wird später einmal klargestellt werden; jetzt schmerzt uns nur, daß so viele tapfere Männer, darunter zahlreiche Wiener, an der Verteidigung des Vaterlandes nicht mehr teilnehmen können.

Mit Przemysl ging übrigens nur eine künstliche Festung verloren, das natürliche Bollwerk gegen Nordosten, der Karpathenwall, wird gegen den zweiten Mongolensturm, der Zentraleuropa bedroht, von unseren Truppen mit unerschütterlichem Mute behauptet, aus Südostgalizien und der Bukowina ist der Feind sogar unter schweren Verlusten zum Weichen gebracht.

Wir verzagen daher noch lange nicht und vertrauen felsenfest auf unser heldenhaftes Heer und auf unsere treuen Verbündeten, die im Westen und im Osten eine unbezwingliche Mauer mitten durch Feindesland gezogen und im Süden den furchtbaren Angriff auf die Dardanellen siegreich abgewehrt haben.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich über die wirtschaftliche Kraft Deutschlands und die Schwäche der Entente.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 22. April.

Reichsschatzsekretär Dr. Karl Helfferich sprach sich gegenüber Karl W a t e r m a n n, dem Vertreter der United Press of America in einer Unterredung über die Folgen des Wirtschaftskrieges, wie folgt aus:

„Wenn der gegenwärtige Krieg mit Silberfugeln entschieden werden soll, so ist Deutschland zur Genüge vorbereitet. Auch wenn Wallstreet mit den Verbündeten ist, hat Deutschland nichts zu befürchten. Das deutsche Volk hat in den beiden Kriegsanleihen gewaltige Summen aufgebracht, und nach meiner Meinung, wird die dritte Kriegsleihe im Herbst dieses Jahres, wenn der Krieg so lange dauern, denselben durchschlagenden Erfolg haben, wie die vorhergehenden. Der Reichstag hat bisher 20 Milliarden Kriegsleihe bewilligt. Ueber 13 Milliarden sind bereits gezeichnet. Ich glaube, daß die gezeichneten Anleihen bis zum nächsten Oktober oder November ausreichen werden, sollte der Krieg bis dahin währen. Im Falle jedoch der Krieg länger anhalten würde, so kann ruhig eine dritte Kriegsleihe ausgeschrieben werden. Die Kosten des Krieges werden in Deutschland selbst bezahlt; alles, was das deutsche Volk, das Heer und die Marine benötigen, wird im Lande selbst angefertigt, das gezeichnete Geld bleibt deshalb im Reich. Das deutsche Volk hat heute einen Sparkassenbestand von 20 Milliarden, obgleich viele Sparkasseneinleger für die letzte Kriegsleihe gezeichnet haben. Während der Monate Januar und Februar dieses Jahres haben sich die Geldanlagen der Sparkassen um mehr als 600 Millionen Mark erhöht.

Vergleichen Sie nun unsere Lage mit derjenigen Frankreichs, dessen einzige langfristige Kriegsleihe die lächerliche Summe von 300 Millionen Francs erreicht hatte, ein Tropfen in ein Wasserfaß! Frankreich deckt deshalb seine Kriegskosten mit Schatzscheinen. Ueberdies borgen Frankreich, England und Rußland gewaltig in den Vereinigten Staaten. Frankreich schuldet der Banque de France fünf Milliarden Francs und außerdem mehrere Milliarden für unbezahltes Kriegsmaterial. Das ist eine mehr als ungünstige Lage.“

Ueber den Aushungerungskrieg Englands sagte der Schatzsekretär: „Wir verfügen über genügende Nahrungsmittel, um das ganze Volk bis September oder Oktober ausreichend zu versorgen. Die Aussichten auf eine gute Ernte sind auch vorhanden. Uebrigens, wenn unsere Ernte normal oder auch etwas unter normal ausfällt, so haben wir bis August schon reichlich Getreide, um ein weiteres Jahr oder länger aushalten zu können.“

Weiter äußerte sich Schatzsekretär Dr. Helfferich mit Zuversicht: „Der gegenwärtige Krieg ist zwischen England und Deutschland ein wirtschaftlicher geworden, aber wer uns nicht mit Eisen und Stahl niederzwingen kann, soll sich keine Hoffnung machen, daß wir uns mangels Silberfugeln oder vielleicht durch die Furcht, daß unsere Frauen, Kinder und Nichtkämpfer zu verhungern hätten, mürbe machen lassen.“

Wirtschaftliche Wochenchronik.

18. April. Verlängerung des französischen Moratoriums um weitere drei Monate. — Steigerung der französischen Kriegsschuld an die Bank von Frankreich auf fünf Milliarden. — Verbot der Nickel- und Kupfergeldausfuhr aus Frankreich.

19. April. Neue russische Schatzscheinemission von 300 Millionen Rubel. — Der Präsident des amerikanischen Stahltrustes warnt vor einer Ueberjähigung der gegenwärtigen Situation der Industrie.

20. April. Erhöhung der Stabeisen-, Grobblech- und Feinblechpreise um je 1 K. 50 S. pro Meterzentner. — In Deutschland wird eine Vermehrung der Sparkasseneinlagen im Jänner um 390 Millionen und im Februar um 290 Millionen Markt ausgewiesen. Dagegen fortdauernde Abnahme der Spareinlagen in Frankreich.

21. April. Lebhaftige Nachfrage nach Renten im Wiener Effektenverkehr. — Anmeldepflicht für die Kartoffelvorräte in Ungarn nebst Festsetzung eines Maximalpreises. — Warnungen von amtlicher Seite in Berlin vor überstürzten Steigerungen der Börsenwerte und vor Kapitalerhöhungen von Industriegesellschaften. — Auf die zweite deutsche Kriegsanleihe bereits 70 Prozent statt der fälligen 30 Prozent eingezahlt. — Amerika verweigert, ein Waffenaustruhrverbot zu erlassen.

22. April. Nach dem Ausweis über den österreichisch-ungarischen Außenhandel im Jänner betrug die Ausfuhr 105 Millionen Kronen (gegen 196 Millionen im Vorjahre) und die Einfuhr 139 Millionen (gegen 266 Millionen im Vorjahre). — Die Südbahn bilanziert im Kriegsjahr 1914 mit einem Gebärungsabgang von 11.9 Millionen Kronen.

24. April. Aufhebung der Bülle für Vieh, Fleisch, Geflügel, Fische und eine Reihe anderer Nahrungsmittel.

Reichsbankpräsident Havenstein über die wirtschaftliche Kraft Deutschlands.

Berlin, 29. April.

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank führte der Präsident v. Havenstein folgendes aus: Den letzten Wochenausweisen der Reichsbank gibt die zweite Kriegsanleihe überall das Gepräge. Diese Anleihe hat zu der zweiten Grostat des deutschen Volkes auf finanziellem Gebiete geführt, der größten, die je ein Volk vollbrachte. Mit eindringlicher Wucht wurde von neuem der Beweis der unverrückbaren und einmütigen Entschlossenheit unseres Volkes erbracht, das ungeheure, uns aufgezwungene Ringen zum siegreichen Ende durchzukämpfen. 103 Millionen (einschließlich der Geldzeichnungen) wurden vom deutschen Volke dargebracht und alle Schichten und Berufsgruppen stellten sich gleichmäßig wie draußen im Felde in die Reihen der Kämpfer, ein wundervoller Ausdruck, daß das ganze Volk von dem Gefühle durchdrungen ist und den Willen hat, dem Kaiser und dem Vaterlande wie mit Blut, so auch mit Gut zu dienen. Dieser einmütige Wille kam auch in der hingebenden Zusammenarbeit aller an der Durchführung der Anleihebegebung beteiligten Faktoren zum Ausdruck, und ihnen allen möchte ich dafür ein Wort warmer Anerkennung und warmen Dankes sagen. Die gesamte deutsche Presse stellte sich wiederum, wie bei der ersten Anleihe, unermüdet in den Dienst der Sache. Banken, Bankhäuser, Deutsche Sparkassen unter der weitsichtigen Führung ihres Verbandes und seiner Leiter, die verschiedenen Organisationen und Kreditgenossenschaften unter der hingebenden Einwirkung ihrer führenden Männer verzichteten ausnahmslos weitherzig auf die sachungsmäßigen Kündigungsfristen, damit den zahllosen kleinen und größeren Sparern und Kapitalisten die Beteiligung an der Anleihe ermöglicht werde, womit sie bewiesen, daß sie ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe und Bedeutung bewußt geblieben und ihr gerecht geworden sind.

Fast zwei Milliarden Mark haben die deutschen Sparkassen, etwa 450 Millionen die Genossenschaften hergegeben. Ebenso haben die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften annähernd 400 Millionen, fast das Doppelte ihrer Zeichnungen bei der ersten Anleihe, in ihren Kreisen aufgebracht. Besonderer Dank gebührt auch der Reichspostverwaltung und ihren Beamten, die überall da eintraten, wo keine andere Vermittlungsstelle vorhanden war, und durch Sammlung gerade der ganz kleinen Zeichnungen die stattliche Summe von 112 Millionen der Anleihe zuführten. Ebenso glänzend wie die Zeichnung selbst entwickelte sich die **Einzahlung**. Bis zum 28. April sind auf die Anleihe, während nach den Zeichnungsbedingungen 3368 Millionen gezahlt werden mußten, tatsächlich 6751 Millionen, also das Doppelte, gezahlt worden, 74,16 Prozent der gesamten Anleihe. Von dieser gewaltigen Summe sind 521,2 Millionen, also nur 7,7 Prozent, mit Hilfe der Darlehenskassen aufgebracht worden. Auch von diesen Darlehen waren bis zum 23. April bereits wieder 30 Millionen zurückgezahlt, so daß nur noch 491,2 Millionen ausstanden.

Der Erfolg der beiden Kriegsanleihen des Reiches ist aber auch ein klares Zeichen dafür, daß unser Wirtschaftsleben und unser Geldmarkt auch während des schweren Krieges gesund und stark geblieben sind, nicht minder ein schlagender Beweis dafür, daß als Vorbedingung hierfür die Zahlungspflicht und Zahlungsleistung allgemein aufrechterhalten werden mußten, und ebenso dafür, daß die Liquidhaltung unserer gesamten Kreditorganisationen, die freiwillige sowohl wie die seinerzeit beim Sparkassengesetz durch gesetzlichen Zwang herbeigeführte, ein Gebot hoher Notwendigkeit für Deutschland war und bleiben wird.

Diese beispiellose Geldbeschaffung ist gleichwohl ohne jede Erschütterung des Geldmarktes vor sich gegangen, da er einerseits die Anleihe zu einem erheblichen Teil bereits im Laufe der letzten Monate in Form der von der Reichsbank auf offenem Markt gegebenen Schatzscheine aufgenommen, andererseits sich für Einzahlungen sorgsam vorbereitet hatte. Die Geldbeschaffung hat ihre Spuren auf dem Geldmarkt nur in einer in mäßigen Grenzen sich bewegenden Erhöhung der Zinssätze im freien Verkehr als Folge der Auffaugung der zurzeit verfügbaren Gelder und Sparguthaben sowie der brachliegenden Betriebskapitalien hinterlassen. Dagegen widerpiegeln sie die Wochenausweise der Reichsbank in so starken Sprüngen ihrer Ziffern, wie sie sich auch nur annähernd noch niemals seit Bestehen der Reichsbank ergeben haben. Der Goldzufluß aus der freiwilligen Sammelkätigkeit des Volkes hält noch immer an, wenn er auch naturgemäß allmählich zurückgeht. Der März erbrachte aber noch immer die beträchtliche Summe von 67 Millionen, und in den ersten drei Aprilwochen ergab sich die weitere ansehnliche Verstärkung von über 24 Millionen.

An die Offiziere, die nicht im Felde sein.

Morgenblatt.

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Morgenblatt 8 h Nachmittagsausgabe 4 h in Wien.

Redaktion, Verwaltung, Druckerei: Wien, VIII, Stroungasse 8, Telefon: 18382, 18370, 2241, Postparaffenskonto Oesterreich 20658, Ungarn 2, Bosnien-Herzegowina 7744, Stadtbureau: I, Schulterstraße 21, Telefon: 2926.

Anzeigenannahme: Wien, VIII, Stroungasse 8, Telefon: 18370, Wien, I, Neuer Markt 3, Telefon: 8374 sowie bei allen Annoncenbureaus des In- und Auslandes.

kleiner Anzeiger: Wien, VIII, Stroungasse 8, I. Neuer Markt, I, Schulterstraße 21, XVI, Stich-Netzerstraße 50a und bei allen Annoncenbureaus.

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien: monatlich K 3.70, vierteljährlich 11.50, halbjährlich 22.-. Für Oesterreich-Ungarn: monatlich K 3.35, vierteljährlich 11.50, halbjährlich 22.-. Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts: monatlich K 3.50, vierteljährlich 10.50, halbjährlich 21.-. Für Deutschland: vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.-. Länder des Weltpostvereins: vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.-.

Nr. 473

Wien, Sonntag den 4. Oktober 1914

XXI. Jahrgang

An die Oesterreicher, die nicht im Felde stehen.

Von Stadtrat Dr. Heinrich Mataja, Reichsratsabgeordneter.

Drei Staaten, deren Gebiet die halbe Welt umfaßt, von einer asiatischen Macht und drei kleinen Ländern unterstützt, führen Krieg gegen uns und das Deutsche Reich. Sie gedachten die österreichische Nordarmee zu zersprengen und zur Seite zu werfen, Deutschlands Heere zwischen zwei Fronten einzukleinen und niederzuschlagen, und, nachdem nebenher die deutsche Flotte vernichtet, die deutschen und österreichischen Hafenstädte in Trümmer geschossen wären, in Berlin den Frieden zu diktieren. Heute, zwei Monate nach Beginn des Krieges, stehen die deutschen Heere im Herzen Frankreichs, die russische Hauptarmee ist am Nordostende der Monarchie zum Stillstand gebracht, ihre Abieger in Ostpreußen sind zerschmettert und die englische Seemacht zittert vor den deutschen Schiffen. Gewiß, all diese Erfolge bringen noch nicht die Entscheidung des Krieges, und unsere Feinde feiern nicht. Die französische Armee, eine der stärksten auf dem Kriegsschauplatz, ist keine Herde, die man vor sich hertreibt, und gerade deshalb sind die raschen und großen Erfolge Deutschlands doppelt bewundernswürdig. Eine Reihe gewaltiger Festungen deckt den östlichen französischen Flügel, den die furchtbaren Belagerungsgeschütze erst einhämmern müssen, und, durch die Zusammenfassung aller für Frankreich verfügbaren Truppen zu einer ungeheuren Zahl angewachsen, vermag die letzte und einzige französische Armee den westlichen Flügel weit in die Tiefebene vorzustößen, die Umklammerung drohend. Ein furchtbarer, ein entscheidender Kampf, der hartnäckige und tapfere Widerstand eines Stärkeren — gegen einen Stärkeren. Gegen einen Stärkeren, der imstande war, ein ganzes Königreich, das ihm den Zugang versperrte, in seine Gewalt zu bringen, der die französische Heere in zwanzig Schlachten und Gefechten vor sich hergetrieben hat, der Festung um Festung, die ihm entgegenstand, in Trümmer und Asche gelegt hat, und dem nun Frankreich das Letzte entgegenwirft, was es an militärisch disziplinierter und wohl auch halbdisciplinierter Volks-

kraft aufzubieten vermag. Ein schwerer Kampf für die deutsche Armee, ein zehnmal und hundertmal schwererer für die Franzosen, die sich des siegreichen, schnellen und furchtbaren Gegners erwehren möchten.

Das französische Volk schreit auf um Hilfe zu seinen Verbündeten. Aber wer soll helfen? England hält sich in seinem Inselreich verschärmt und opfert für Frankreich höchstens die Kosten von ein paar Landungskorps, die die Entscheidung nicht herbeiführen werden. Rußland aber, von dem die Franzosen erwartet haben, daß es in unaufhaltbarem Stoß in das Innere Deutschlands vorbrechen werde, Rußland, von dem heute noch den betrogenen Franzosen erzählt wird, daß seine Truppen vor Berlin stehen, Rußland ist an der Weichsel festgehalten und kann nicht helfen. Unermeßlich ist, was unsere Truppen in Galizien leisten sollen, unermeßlich ist aber auch, was sie leisten. Die ungeheure Uebermacht halten sie gefesselt an einem Punkt, den Rußland längst hätte überschreiten müssen, um seinen Kriegszweck zu verwirklichen. Trotz der unendlichen Massen, die Rußland ins Feld bringt, war es bisher nicht imstande, den österreichischen Widerstand niederzubrechen, obwohl es, um diese Absicht sicher zu erreichen, gegen Ostpreußen nur eine verhältnismäßig kleine Truppe abzweigen ließ. Und diese Truppe steht nicht mehr im Feld. Der geniale Hindenburg, an dessen heute schon legendären Namen sich der Schrecken knüpft, so wie seinerzeit an den des Golt und des Torstenon, hat sie zu Hunderttausenden in die masurenischen Seen geworfen, aus denen es keine Flucht und kein Entrinnen gab. Terrains hat Rußland unter furchtbaren Verlusten gewonnen, aber eine Armee hat es verloren. Unsere Feinde sind heute von ihrem Kriegsziel weiter, viel weiter entfernt, als zu Beginn des Krieges.

So stellt sich der nüchternen Betrachtung, gleich frei von Stimmungsmacherei wie von Schwarzseherei, die Kriegslage dar. Was mußte aber geleistet und geduldet werden, damit diese Lage erreicht werden konnte! Maßlos sind die Opfer, die unsere braven Truppen im Feld gebracht haben und jeden Tag neu bringen. Macht sich der Mann, der nicht im Feld steht, auch nur eine Vorstellung davon, was eine Schlacht von vierzehn Tagen für die Kämpfenden bedeutet? Zuerst die ungeheuren Strapazen des Aufmarsches, die langen Märsche

über Sandstätten, durch den Sumpf, auf gebirgigem Terrain, in den Erdböhlen, die am Fuße kleben. Nacht für Nacht Bivouacieren im freien Feld, im Gewittersturm, im Regen, tage- und wochenlang nicht eine ungestörte Nachtruhe, nicht ein Moment ruhiger Sicherheit, immer wieder aus tiefer, bleibender Erschöpfung auf und hinaus ins Feld, in die Schlacht, vielleicht dem Tod entgegen. Bei alledem doch vielfach die Unmöglichkeit, ausreichende Verpflegung bis in die Front hinauszutragen, Nahrungsmangel und in dem durch die plötzliche Menschenüberfüllung ausgelegenen Gebiet schließlich der Hunger. Dann das Liegen in den Stellungen, in den Schützengraben, stundenlanges ruhiges Liegen im endlichen Feuer, von einem unsichtbaren Gegner mit Schrapnellkugeln überschüttet, unter dem furchtbaren, nervenzerstörenden Brüllen und Dröhnen der Geschütze. Und endlich die langen Züge der Verwundeten und Kranken und die Kreuze auf einsamen Erdhügeln und die Massengräber auf den Schlachtfeldern. Dies alles geschieht für uns, die wir nicht im Felde stehen, für die gemeinsame Sache aller, für die Erhaltung des Vaterlandes, für die Vorbereitung eines gesunden und geordneten wirtschaftlichen und politischen Lebens, für die Abwehr eines Feindes, der uns seit Jahren und Jahrzehnten jeden Schaden zufügt, den er uns zufügen kann und den wir niederbringen müssen, wenn wir nicht in unserer eigenen Lende erstickend wollen. Es ist nicht auszubedenken, es läßt sich nicht in Worte kleiden, welchen Dank wir unseren Brüdern im Feld schuldig sind. Und mit welchem Geldemut, mit welcher Standhaftigkeit ertragen sie all diese Mühsal, diese Leiden und Gefahren! Mit zusammengebissenen Zähnen liegen die armen Teufel da, die in den Bahnhöfen, in den Spitalern aus den Wagen gehoben werden, und kaum ist das Aergste überstanden, tritt vielfach schon wieder der besfreiende Humor in sein Recht. Man hört kein Murren, kaum ein Wort der Klage, und wo die Glieder noch ganz sind, wenn die Gesundheit wiederkehrt, froher Kampfesmut. Eine herrliche Truppe unsere Soldaten, ein Stolz für das ganze Reich, und eine ernste Mahnung an unsere Pflichten.

Auch von uns, die wir nicht im Feld stehen, verlangt der Krieg Opfer. Jeder einzelne muß sie bringen

schuldigen. Der Kapitän wehrte höflich diesem Veruche. Und da bemerkte er, daß die Dame vergebens nach einem noch freien Platz Umschau hielt, bot er ihr in galanter Weise die hier an seinem Tische leer gebliebenen Stühle an.

Ein lebhaft geführtes Gespräch entwickelte sich zwischen den beiden, und in dessen Verlaufe vermochte der Kapitän in Erfahrung zu bringen, daß diese ihm gegenüberstehende, bildschöne Frau die Gattin eines österreichischen Seeoffiziers, also eines Kameraden, war.

Der Kapitän rief sich freudig erstaunt die Hände. Denn, obwohl ihm jener persönlich unbekannt geblieben, der Name des jungen Offiziers war ihm schon bestens bekannt geworden. Ein äußerst talentierter und emsig strebender Waffenbruder war das, der trotz seiner Jugend bereits auf ruhmvolle Leistungen zurückblicken konnte. Aber auch sonst umwob seine Person ein wahrhaft romantischer Schimmer. Während eines längeren Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten — der österreichische Marineoffizier war einer militärischen Gesandtschaft zugeteilt gewesen — hatte sich die Tochter eines New-Yorker Multimillionärs in ihm verliebt. Und diese Herzensneigung der Dame, die ebenso innig erwidert wurde, hatte bald zu einer glücklichen Hochzeit geführt...

Viele hatten dem Kapitän schon von der großen Schönheit dieser gemühtiefen Amerikanerin erzählt, die einen altadeligen Herzog abgewiesen und den schlichten österreichischen Linienschiffsleutnant geheiratet hatte —

Der Kapitän, der dieser lieblichen jungen Frau und ihrem reizenden Kinde nun bewundernde Blicke schenkte, pflichtete da im stillen all jenen bei. Man hatte nicht übertrieben.

Ein von einem Hotelgroom eiligst überbrachter Expressbrief, der vom Polaer Hafenadmiralat an den Kapitän gerichtet war, störte plötzlich diese angenehme Unterhaltung. Der Offizier verabschiedete sich deshalb

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wien, 31. Oktober.

Die überraschende Ermäßigung des Bankzinsfußes ist das Vorzeichen der großen Kreditsanleihe, deren Umrisse bereits sichtbar aus dem Nebel der Zukunft hervortreten. Ohne demonstrative Absicht konnte die ganz ungewöhnliche, von niemandem erwartete Entschließung der Notenbank nicht erfolgt sein, unmittelbar vor dem Monatsende, zu einem Termin, der in allen vorausgegangenen Jahren wegen der höchsten Kreditansprüche als der schwerste galt, im Oktober, der fast immer der Monat der Zinsfuß-erhöhungen war und noch nie zuvor eine Verbilligung des offiziellen Geldpreises gebracht hatte. Die Geldwirtschaft des Staates und die Finanzierung des großen Krieges ist bei der Bank konzentriert; ihre Zinsfußpolitik ist jetzt fast ausschließlich ein Werkzeug zur Förderung dieses höchsten Zieles. Daß die Herabsetzung des Leihzinses mitten im Kriege möglich war und als rätsellich erschien, ist ein Beweis kraftvoller Zuversicht und eines durch die bisherige Entwicklung berechtigten Selbstvertrauens; in der Verfügung und zweckbewußten Durchführung der Maßnahme liegt auch die Gewähr dafür, daß der Ausruf an das heimische Kapital, wenn er von den beiden Finanzministern in absehbarer Zeit gerichtet werden wird, einen ähnlich starken Widerhall finden werde wie in Deutschland, wo die Milliarden der heimischen Ersparnisse auf den Plan erschienen, um die materiellen Grundlagen des großen Sieges, der auf den blutgetränkten Schlachtfeldern in Westen und Osten errungen wird, zu sichern. Drei Monate lang wurden die Kosten des Kampfes aus dem allgemeinen Reservoir des Geldverkehrs, durch schwebende Kreditoperationen bei der Notenbank bestritten; der Zeitpunkt rückt heran, wo die Regierungen an die Fundierung schreiten, durch Ausgabe von Anleihen an die besitzenden Kreise herantreten werden, damit die große Zahl der in der Heimat Zurückgebliebenen aus ihrem in jahrelanger Arbeit ersparten Vermögen die für die Kriegführung erforderlichen gewaltigen Summen ausbringen. Die Kapitalbildung ist in der Monarchie naturgemäß erheblich schwächer als in Deutschland, das auf dreiundvierzig Friedensjahre ja ununterbrochener höchster Blüte von Industrie und Handel zurückblickt. Allein auch bei uns hat der Gewerbetreibende eine tüchtigen, arbeitsfrohen und sparsamen Bevölkerung große Rücklagen gebildet, die zielbewußte Ausnützung der unererschöpflichen Schätze des Bodens hat riesige Reichtümer geschaffen, der Körper der Volkswirtschaft ist von zäher Widerstandskraft und seine breiten starken Schultern werden die schweren Lasten, die der Krieg auferlegt, ohne Erschöpfung tragen.

Die Auslagen für einen modernen Krieg der Millionenheere sind gewaltig und können mit den Kosten früherer kleinerer Kämpfe nicht verglichen werden. An die Steuerkraft der Bevölkerung werden vielleicht in einem späteren Zeitpunkte große Anforderungen gestellt werden, wenn es seinerzeit gelten wird, die gesamten Aufwendungen, die der Krieg verursacht hat, zu liquidieren und die Grundlagen des neuen Aufbaues nach dem Frieden sicherzustellen. Solche Steuern können später auch ganz erspart werden, wenn ein glänzender Ausgang des Kampfes den Ersatz der Kosten durch große auswärtige Kapitalzuflüsse bewirkt. Gegenwärtig wären aber alle Pläne, die sich in dieser Richtung bewegen, verfrüht, denn die Summen, die durch neue Steuern aufgebracht werden könnten, wären gegenüber den großen Auslagen, die jeder Tag bringt, wie der Tropfen auf dem heißen Stein. Die Kosten des Krieges können nur durch angesammeltes Kapital bestritten werden, Steuern könnten später nur dazu dienen, das so beschaffte Kapital, soweit nicht andere Ertragsquellen verfügbar sind, zu verzinsen. Nicht die harte Steuer, die im Kriege bei der geschwächten Erwerbskraft die Bevölkerung doppelt treffen mußte und in ihrem Ertrage überdies zweifelhaft wäre, nicht der auferlegte Zwang werden die gewaltigen Summen beschaffen, sondern die freie Entschließung der Bürger, die ihre Gelder in den ihnen angebotenen neuen Schuldtiteln des Staates anlegen werden in der sicheren Erwartung, zu den ganz ausnahmsweise günstigen Bedingungen hohe Zinsen und eine Vermehrung ihres Kapitals zu erlangen und so ihr Vertrauen belohnt zu sehen. Diese Stimmung im Volke, die sich in unbeugsamer Zuversicht auf eine siegreiche Beendigung des gewaltigsten Waffenganges, in der ungebrochenen finanziellen Kraft und im Bestreben zur Erhaltung der wirtschaftlichen Arbeit äußert, muß dazu ausgenützt werden, die Kapitalien für die Kosten des Krieges zu beschaffen. Deutschland hat das Vorbild gegeben und die Monarchie mußte nur den gleichen Weg betreten. Die sichtbaren Anzeichen deuten darauf hin, daß in nicht fernher Zeit, im Laufe des anbrechenden Monats November, dieser Versuch unternommen werden dürfte. Durch große Subskriptionen in Oesterreich und Ungarn würde das Kapital zur Beteiligung aufgefördert werden. In Deutschland ist die Anleihe, die dem Publikum angeboten wurde, in ihrem Gesamtbetrage nicht begrenzt, es sind vielmehr alle Zeichnungen voll zugeteilt worden, und der Erfolg waren die Milliarden, die von der Bevölkerung vertrauensvoll auf den Tisch des Vaterlandes hingelegt wurden. Wenn, wie anzunehmen ist, in Oesterreich wie in Ungarn der gleiche Weg gewählt werden würde, so würde den Finanzverwaltungen ein Betrag von mindestens anderthalb Milliarden Kronen und wahrscheinlich erheblich mehr zukommen. Solche Summen würden ausreichen, die Kosten des Krieges wieder für längere Zeit aus dem angesammelten Vermögen zu decken, ohne daß der Staat neuerlich die Notenbank unmittelbar in Anspruch nehmen müßte.

Der Erfolg eines Wetrufes an das heimische Kapital ist nicht zu bezweifeln. Gewaltige Geldsummen sind aufgestapelt, die in den gegenwärtigen Zeiten nicht angelegt

wurden. Die Banken von Wien und Budapest, Prag und Triest besitzen Bargelder von mindestens einer halben Milliarde; diese Summen wurden bereitgehalten, um den Ansprüchen der Einleger zu entsprechen, das Publikum ist aber in musterhafter Haltung verblieben, hat sich weit weniger beunruhigt gezeigt als in den meisten auswärtigen Ländern und hat seine Gelder nicht zurückgefordert, vielmehr mitten im Kriege die Einlagen vermehrt. Ein Grund, die Barreserven in solcher Höhe zu halten, ist nach den Erfahrungen, die beim Abbau des Moratoriums gemacht wurden, jetzt nicht mehr gegeben und der überwiegende Teil dieser Gelder wird für die neuen Anleihen verfügbar sein. Die Vorräte von Bargeldern im unmittelbaren Besitze des Publikums dürften gleichfalls sehr bedeutend sein, und ein namhafter Teil dieser zurückgehaltenen, angesammelten Beträge wartet nur auf eine so lockende Gelegenheit wie eine neue Anleihe, um der Veranlagung zugeführt zu werden. Die Einlagen bei Banken und Sparkassen, die Kreditoren aller Geldinstitute überstiegen in Oesterreich und Ungarn beim Beginn des Jahres den Betrag von fünfzehn Milliarden und sind seither sicherlich gewachsen; ohne Mühe werden zehn, vielleicht zwanzig Prozent dieser Kapitalien für die neuen Anleihen des Staates mobil gemacht werden können. Die Geldflüssigkeit ist außergewöhnlich stark, die Banken können die Einlagen des Publikums nur schwer nutzbringend verwenden, da die Tätigkeit der Industrie und die Umsätze im Warenhandel so ungemein eingeschränkt sind. Das Gelingen der großen Anleihe in Deutschland wurde dadurch wesentlich gefördert, daß die Darlehenskassen die Belehnung der neuen und auch der alten Rententitres sicherten, und so wurde das Vertrauen derart gesiegt, daß kaum viel mehr als zehn Prozent der für die Zeichnungen benötigten Summen im Wege dieses Pfandkredits bei den Kassen beschafft wurden. Wenn bei uns die Notenbank oder die Darlehenskasse erklären würde, daß sie auf die Titres der neuen Anleihe jederzeit 75 Prozent des Nominales in vollem Betrage borgen werden, so wäre damit dem Publikum der stärkste Anreiz geboten, sich an der Subskription zu beteiligen. Die Beschlüsse der letzten Generalratsitzung haben gezeigt, daß die Bereitwilligkeit zu einem Entgegenkommen besteht; wird es in die bindende Form gekleidet, so wäre damit für die Anleihe auch in den unteren Schichten des Kapitals, bei solchen Zeichnern, die unter Umständen auch über einen Teil ihres Geldes verfügen müßten, der Weg geebnet.

Ein voller, starker, ehrlicher Erfolg der aufzunehmenden Anleihen ist durch die ganze Situation gesichert. Auch bei uns haben die Jahrzehnte des Friedens und des wirtschaftlichen Fortschrittes, die Bervollkommnung der Bodenbearbeitung und der Ausschöpfung der Industrie ihren Niederschlag in angesammeltem Kapital zurückgelassen, das in der höchsten Stunde nicht versagen, sondern sich dem Vaterlande bereitwillig zur Verfügung stellen wird. Der Krieg ist an unserer Wirtschaft selbstverständlich nicht spurlos vorübergegangen, seine schädigenden Wirkungen sind aber bisher wenigstens überraschend gering. Die Organisation der nationalen Arbeit ist erhalten geblieben, und auf mannigfachen Wirtschaftsgebieten treten die Zeichen der Besserung bereits deutlich hervor. Die Textilindustrie in Böhmen und den Alpenländern zeigt eine sichtliche Belebung. Der Krieg und die hohen Preise haben die Kaufkraft der Landwirtschaft namhaft gestärkt. Der Bauer erhielt für seinen Weizen, für das Heu und die Kartoffeln, für Pferde und Rinder hohe Preise und ist wie sonst in reichen Erntefahren in der Lage, sich mit Kleidern, Wäsche und Schuhen zu versorgen. Die Industrie, die Winterware erzeugt, hat entschieden guten Absatz, und manche dieser Fabriken sind überreich beschäftigt. Die Anschaffungen der Kriegsverwaltung für das Heer, aber auch die Käufe der Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeiter für den eigenen Bedarf geben vielen Geschäften den Anstrich der Lebhaftigkeit wie seit Jahren nicht mehr. Im breiten Durchschnitt hat die Industrie den schweren Rückstoß des Krieges bisher gut überstanden. Manche Unternehmungen liegen zwar darnieder, andere sind dafür reich beschäftigt, die Zahl der ganz stillstehenden Fabriken ist gering und die Arbeitslosigkeit nicht tiefgreifend. Wird, wie es jetzt den Anschein hat, die Versorgung mit Rohstoffen gesichert, so wird die Industrie der Monarchie den Weltkrieg in guter Verfassung überstehen können.

Der Krieg.

Seine Rückwirkungen auf die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Monarchie.

Von
Philipp Broch,

Direktor der Allgemeinen Verkehrsbank in
Wien.

Der Kriegsausbruch fand die Monarchie im Stadium einer absteigenden Konjunktur. Die vorhergehende Krise war finanziell glücklich überwunden, Geld war wieder leicht und flüssig, der Bankdiskont war von 6% auf 4%, der Privatdiskont auf 3% gesunken. Der Notenumlauf, der schon im vorigen Jahre um 322 Millionen Kronen sich verringert hatte, verminderte sich in diesem Jahre um weitere 360 Millionen und betrug am 28. Juli 1914 2130 Millionen Kronen bei einem Bestände der Bank an Gold, Silber und Devisen von insgesamt 1589 Millionen, das ist 74% des Notenumlaufes. Auf Grund der statutenmäßigen Deckungsvorschrift wäre die Bank berechtigt gewesen, noch 1800 Millionen Kronen Noten auszugeben, und man kann daher sagen, daß uns der Kriegsbeginn in einer finanziell günstigen Situation getroffen hat.

Es darf nicht Wunder nehmen, daß die selbstverständliche Verwirrung, die beim Kriegsausbruch die ganze Öffentlichkeit ergriffen hatte, in Verbindung mit der Erlassung der Moratoriumsverordnung diese Tatsache etwas verdunkelte und nicht zum allgemeinen Bewußtsein kommen ließ. Die enge Verbindung der österreichischen Banken mit der Industrie gab unserer nationalen Produktion und dem gesamten Wirtschaftsleben des Staates eine zuverlässige Stütze. Jetzt zeigte sich die Nichtigkeit der Politik der österreichischen Banken, den engsten Zusammenhang mit der heimischen Industrie zu pflegen.

Die Wiener Bank allein verfügen über ein eigenes Vermögen von 13 Milliarden und repräsentieren mit ihren Einlagen eine Kapitalmacht von nahezu sechs Milliarden oder das Zweieinhalbfache des gesamten regulären Notenumlaufes der Monarchie. Zu dieser Kapitalkraft muß man hinzurechnen die Milliardensummen, welche die Institute der österreichischen Provinzhauptstädte und Ungarns angesammelt haben, um die ganze Kapitalmacht der Banken richtig einzuschätzen. Diese ganze Macht steht im ausschließlichen Dienste der **Industrie** Produktion. Frei von großen auswärtigen Verpflichtungen können die Banken ihre ganze und volle Kraft dem Schutze des heimischen Wirtschaftslebens zuwenden.

Der Pessimismus in der Beurteilung unseres Geldwertes ist durchaus ungerechtfertigt. Die Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank sind vollwertig, abgesehen von der metallischen Bedeckung durch erfüllte Forderungen reichlich sichergestellt. Was die metallische Bedeckung anbelangt, so zeigt ein Vergleich mit den anderen Banken ihre **Ebenbürtigkeit**.

Die Steigerung der Valutenkurse hatte also keine inneren, sondern nur äußere technische Gründe und ergab sich im wesentlichen daraus, daß zu Beginn des Krieges Industrie und Handel möglichst viel Rohstoffe und Waren aus dem Auslande zu beziehen suchten, bevor die Transportmöglichkeiten versagten und zumelst Vorausbezahlung leisteten, so daß ein sonst auf eine lange Frist verteilter Bedarf an fremden Zahlungsmitteln sich plötzlich einstellte. Man hat es also nur mit einer jener unwillkommenen Begleiterscheinungen des Krieges zu tun, die bei Wiederkehr normaler Verhältnisse verschwinden.

Auch die durch den Krieg herbeigeführte Aenderung unserer Handelsbilanz wird den Bedarf an fremden Zahlungsmitteln verringern.

Wir werden weniger einführen und auf eine Reihe von Waren, die dem verfeinerten Lebensgenuss dienen, verzichten und dadurch unserem Wirtschaftsleben nützen. Unsere Gesamteinfuhr von 34 Milliarden wird mehr zusammenschrumpfen als unsere bisherige Ausfuhr von 27 Milliarden, denn wir führen Waren aus, auf welche unsere Abnehmer schwerlich verzichten können, und unsere benachbarten Hauptabgabengebiete werden uns trotz des Krieges nicht verschlossen sein.

Wir haben bisher für **Schafwolle** und **Wanwolle** jährlich eine halbe Milliarde an das Ausland gezahlt. Jetzt werden die aufgestapelten Vorräte aufgearbeitet, und eine Industrie, die an diesen Vorräten fast zugrunde ging, kann sie nun gewinnbringend abstoßen und dadurch gesund. Wir werden auf die Einfuhr von Rohstoffen verzichten und 60 Millionen für Seidengarn nicht ausgeben, ebensowenig als die Milliarde für Fertigarfabrikate. Unsere Industrie wird in diesem Jahre nicht um 200 Millionen Maschinen aus dem Auslande einführen, und wir werden weniger als 64 Millionen für Literatur- und Kunstgegenstände, weniger als 50 Millionen für Waren aus Edelfsteinen und Halbedelsteinen, weniger als 60 Millionen für Instrumente und Uhren, weniger als 40 Millionen für Papier und Papiervaren, weniger als 27 Millionen für Konfektionswaren, weniger als 60 Millionen für Seidenwaren und weniger als 36 Millionen für Waren aus Drechler- und Schnitzstoffen an das Ausland bezahlen.

Wir werden für die Einfuhr aus Frankreich keine 120 Millionen ausgeben, wir werden auf Champagner und Kognak, auf feinen Tafelkäse, Obst und Gemüse, auf Damenhüte, Schmuckfedern, künstliche Blumen, feine Parfüms, Seide, Tulle, Spitzen, wertvolles Pelzwerk, Perlen und Edelsteine u. dgl., mit denen uns Frankreich versorgt, verzichten und uns mit den heimischen Erzeugnissen begnügen.

Auch auf englische Schmuckfedern um 8 Millionen, Seidenwaren um 7 Millionen, Leder und Lederwaren um 13 Millionen, Stoffe um 50 Millionen, Maschinen um 20 Millionen und Eisenwaren um 15 Millionen werden wir verzichten. Wenn wir einen Anfall an Einfuhr englischer Kohle um 25 Millionen erleiden, so werden wir dies beim Stillstand unserer Schifffahrt weniger empfinden. Im übrigen ist unser Export nach Frankreich und Rußland, wenn wir von Zucker absehen, auch jener nach England bei weitem nicht halb so groß wie jener nach Italien und wesentlich kleiner als jener nach der Schweiz, Rumänien oder der Türkei.

Das Schlagwort wirtschaftlicher **Bohottierung** braucht uns also nicht zu schrecken.

Bei unserer Ausfuhr von 27 Milliarden kommen um 11/2 Milliarden Urprodukte in Betracht, welche der Weltmarkt braucht und auf die er auch jetzt nicht verzichten kann. Der Balkan, die Türkei mit allen ihren Gebieten bleiben unsere Abnehmer und wir werden mit ihnen in einen festeren Kontakt treten als bisher.

Der Krieg ist aber nicht nur ein Zerstörer, er ist auch ein großer **Besteller** und als solcher ein **Befruchter** des Wirtschaftslebens.

Der Krieg hat sich seine eigene Konjunktur geschaffen.

Die große Anpassungsfähigkeit unserer Industrie sowohl wie unseres Handels hat sich rasch auf die durch den Krieg geänderten Bedarfsverhältnisse eingerichtet, und so kommt es, daß der größte Teil der heimischen Industrie in eine Periode lohnender Beschäftigung eintreten und ihren Arbeitern auch in dieser Zeit reiche Verdienstmöglichkeiten sichern konnte.

Die Landwirtschaft erzielte aus der heurigen Ernte einen Ertrag von 5184 gegen 3906 Millionen, der sich noch erhöht durch den lohnenden Verkauf von Heu, Pferden und Vieh. Daraus ergibt sich eine Steigerung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung. Auch die Forstwirtschaft sieht vor einer Steigerung des Holzkonsums.

Die Schafwollwaren-, Baumwollwaren- und Wirkwarenindustrie, das Pelz- und Kürschnergewerbe, die Konfektionsindustrie sowie die Lederindustrie, die Schuhwarenfabrikation, das Sattler-, Memer- und Taschnergewerbe profitieren ebenso von dem Bedarf der Armee wie die Eisen- und Stahlindustrien, die elektrischen Industrien, die chemischen Industrien, die Waffen, Geschosse, Sprengstoffe, Automobile, Flugzeuge, Feldtelefon und Feldtelegraphen, Feldküchen, Koch- und Geschirre und all die vielen anderen Artikel, wie Hülsen, Sporen, Eisenbetten zc. liefern.

Die **staatlichen** Bestellungen an **Lokomotiven**, **Waggons**, **Schienen**, die Inangriffnahme von **Hochbauten**, **Flussregulierungen** und **Stationserweiterungen**, gerade im richtigen Zeitpunkt erteilt, bieten einer Fülle anderer Produktionsgebiete lohnende Verdienstmöglichkeit.

Die gesteigerte Konsumkraft breiter Massen übt ihre Wirkung auf die Artikel der täglichen Lebensführung, die, soweit sie nicht im besonderen dem Luxus dienen, einen lebhaften Geschäftsgang aufweisen.

Unser Wirtschaftsleben zeigt demnach auf den meisten Gebieten eine **kräftige Entwicklung**.

Oesterreich besitzt die Bedingungen des nationalen Reichtums, Arbeitskraft und Urstoffe in reicher Fülle. Es hat bisher diese Urstoffe nicht reichlich genug gehoben, die Arbeitskraft nicht intensiv genug ausgenutzt. Von 10.000 Menschen verlassen in Deutschland jährlich 3 die Heimat, in Oesterreich aber 45. Ist der Krieg glücklich beendet, so stehen wir vor einer neuen Epoche. Mit Leichtigkeit wird die Monarchie die Kosten des Krieges aufbringen. Die **Steuerkraft** der beiden Staaten liefert jetzt jährlich 5 Milliarden.

Die Einkünfte des österreichischen Staates **allein** haben sich seit dem Jahre 1900 von 1654 auf 3486 Millionen, demnach um 1 Milliarde 831 Millionen Kronen, also um mehr als das Doppelte, erhöht, und welche Fülle wirtschaftlicher und kultureller Schöpfungen sind in dieser Zeit entstanden!

Ist die stete politische Sorge, die vor dem Kriege auf uns lastete und in ihren häufigen Krisen unserem Wirtschaftsleben so große Opfer auferlegte, von uns genommen, so werden wir erstarren, und schon eine 5%ige Steigerung dieser Leistung, das sind 5 Kronen pro Kopf der Bevölkerung, gibt die Deckung des Zinsbedarfes von nahezu fünf Milliarden, eine Ziffer, mit der wir gewiß nicht zu rechnen brauchen.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Monarchie erhellt am besten aus der Tatsache, daß alljährlich ein Kapitalüberschuß von zwei Milliarden vorhanden ist, von dem eine Milliarde für Bareinlagen und eine Milliarde für den Ankauf von Wertpapieren Verwendung findet.

Augenblicklich befindet sich die Monarchie im Zustande eines Kapitalüberschusses, da die Investitionstätigkeit stockt und durch das Aufgehen aufgestapelter Vorräte die darin festgelegten Geldmittel flüssig werden. Die private Emissionstätigkeit ruht und eine anderweitige Kapitalverwertung verhindert die in so ersten Zeiten begreifliche Zurückhaltung, die sich jedermann auferlegt.

Durch die nun zur Emission gelangende Kriegsanleihe wird diesem flüssigen Kapital eine sehr günstige Verwendungsmöglichkeit geboten. Hier wirken der Vorteil, dem brachliegenden Kapital für längere Zeit einen vor Kurstwertungen geschützten Ertrag zu sichern, und der Wunsch zusammen, dem Interesse des Vaterlandes zu dienen, seine finanzielle und patriotische Leistungsfähigkeit vor aller Welt laut und sichtbar zu manifestieren.

Die Periode des künftigen Friedens wird eingeleitet werden durch eine auf dem Fundament der politischen Nachstellung sich aufbauende wirtschaftliche Erstarbung, durch einen großen Aufschwung und eine kräftige Belebung des Unternehmungsgeistes. Ihre erste Aufgabe wird sein, die Schäden der östlichen Kronländer zu heilen, und zwar durch das Aufbringen der notwendigen Mittel, die aber nicht verteilt, sondern zu zweckmäßigen Investitionen im Neuaufbau des Zerstörten verwendet werden sollen. Eine intensivere Ausnutzung unserer Bodenschätze und Hilfsquellen wird beginnen.

Der Krieg hat die Erkenntnis gereift, daß die Stärke des Staates ebenso in seiner wirtschaftlichen wie in seiner militärischen Leistungsfähigkeit liegt. Wenn wir diesen Krieg durch die Erfüllung aller Aufgaben, die er uns stellt, glücklich beendet haben, so werden wir die Welt nicht nur zu einer Umwertung unserer politischen und militärischen Nachstellung zwingen, sondern es werden dadurch auch die innere Solidität unseres Wirtschaftslebens und unser Staatskredit sich den ihnen gebührenden Platz erringen. Allerdings werden wir auch lernen müssen, zuverlässiger auf unsere eigene Kraft zu vertrauen als bisher.

Wir standen nicht in Gunst bei den großen Geldmächten der Welt! Wie waren wirtschaftlich und finanziell stark genug, das heutige Oesterreich-Ungarn aus eigener Kraft zu schaffen!

aus der unerschöpflichen Quelle unseres nationalen Reichtums werden wir die Kraft schöpfen, auch das neue an Macht und Ansehen reichere Oesterreich-Ungarn aufzubauen.

Frühjahrsboten in der Volkswirtschaft.

früher, aber Brot, Mehlspeisen, Kartoffeln und Hülsenfrüchte dienten ihnen schon zu einer Zeit zur Nahrung, wo sie noch keine Ahnung hatten, daß es zu einem Kriege kommen werde. Was rechtfertigt demnach die Annahme eines durch den Krieg bedingten Mehrverbrauchs?

Einen in die Augen springenden Beweis, daß nicht der Mangel an Getreide, sondern die Spekulation die Erhöhung der Preise verursacht haben muß, liefert endlich die Tatsache, daß die auf Grund einer kaiserlichen Verordnung erfolgte Aufhebung der Getreideeinfuhrzölle nicht nur keine Verbilligung, sondern sogar noch eine weitere Preissteigerung zur Folge hatte. Die genannte Verordnung trat am 9. Oktober l. J. in Wirksamkeit, und noch an demselben Tage schnellte der Preis des Weizens um 80 Heller, der des Roggens um Krone 1.20 per Meterzentner in die Höhe. Soll das nur ein Zufall gewesen sein und gehören die weiteren Preissteigerungen, die von da ab Woche für Woche trotz ungehemmter Einfuhr erfolgten, auch nur in den Bereich jener Erscheinungen, die wir wie Elementarereignisse hinnehmen müssen? Denn gesetzt den Fall, es hätten die Massenbestellungen von Getreide seitens der Armeeverwaltung wirklich zu einem augenblicklichen Mangel an Brotfrüchten geführt, warum konnte derselbe bis heute noch nicht behoben werden, da doch schon seit mehr als einem Monat billiges Getreide aus dem Auslande bezogen werden darf?

Wird aber dem Treiben der Fruchtbörsespekulanten nicht ehestens ein Riegel vorgeschoben, dann können wir — wenn nicht schon heuer, so doch ganz bestimmt im nächsten Jahre — eine außerordentliche Lebensmittelteuerung erleben. Man darf nämlich nicht außeracht lassen, daß von der Bevölkerung der Städte und Industrieorte durchschnittlich 6 bis 7 Prozent, von jener der Landgemeinden dagegen 11 bis 12 Prozent zur militärischen Dienstleistung einberufen worden sind, demnach die kräftigen und gesunden Männer vom Lande, die bisher den Hauptteil der Feldarbeiten besorgt haben, gegenwärtig fast insgesamt unter den Waffen stehen. Von diesen Leuten wird im nächsten Frühjahr — vorausgesetzt, daß bis dahin der Krieg zu Ende ist — eine Anzahl gar nicht mehr in die Heimat zurückkehren, während ein Teil rekoneszient nach schweren Krankheiten und daher zur Feldarbeit voraussichtlich auf längere Zeit ungeeignet sein wird. Man wird daher im Jahre 1915 auf dem Lande unbedingt mit einem Mangel an Arbeitskräften und dementsprechend mit einem geringeren Ertrage der Felder rechnen müssen. Dann brauchen aber auch die Getreidespekulanten bei einer weiteren Preissteigerung der Feldfrüchte nicht um eine Ausrede verlegen zu sein.

Die Bevölkerung darf aber das nicht fatalistisch hinnehmen. Noch weniger kann die Regierung dabei

nur den gleichgültigen Zuschauer spielen. Da die bereits durchgeführte Aufhebung der Getreidezölle den beabsichtigten Erfolg nicht erzielt hat, so bleibt eben zur Behebung der Getreideteuerung und Vorbeugung weiterer Preistreiberien kein anderer Ausweg übrig, als jene, die es verstanden haben, im Laufe der Jahre kolossale Mengen von Körnerfrucht aufzustapeln, zur Herausgabe ihrer Vorräte zu zwingen und für den Verkauf Höchstpreise festzusetzen. Und wenn unsere Regierung ernstlich will, so wird sie auch imstande sein, eine solche Maßnahme durchzuführen, ehe noch der Getreidepreis eine ganz ungehörliche Höhe erreicht hat. Es ist dazu nichts weiter notwendig als ein wenig Mut und Energie.

Von manchen Seiten ist auch behauptet worden, daß für die Teuerung der Feldfrüchte alle Landwirte in gleicher Weise verantwortlich gemacht werden müssen, weil sie große Vorräte lediglich zu Fütterungszwecken aufstapeln. Dies sei als eine Verschwendung der Nahrungsmittel anzusehen, die in der gegenwärtigen Zeit nicht geduldet werden dürfe. Mit anderen Worten, auch die kleinen Bauern sollen zur Herausgabe ihrer Vorräte veranlaßt werden. Würde dieser Vorschlag befolgt werden, dann kämen wir wohl vom Regen in die Traufe. Denn der Bauer, der die Kartoffeln, die zur Fütterung seiner Kühe und Schweine bis zur nächsten Ernte dienen sollen, heute verkauft, müßte naturgemäß später auch seines Viehstandes sich entäußern, da es ihm unmöglich sein wird, die Kosten für das Futter aufzubringen, und wir hätten in absehbarer Zeit neben der Mehl- und Getreideteuerung auch unter einem empfindlichen Mangel an Milch und Butter zu leiden. Ueberdies würde sich auch bald eine Fleischnot einstellen. Man lasse daher die Vorräte der kleinen Bauern unangetastet, zumal sie ja doch nur dem eigenen Gebrauche dienen und jeder Wucher hier von vorneherein ausgeschlossen erscheint.

Dagegen dürfte es wohl keinem Einwand begegnen, wenn man die in den größeren Städten errichteten Kühlhäuser einer genauen Prüfung und zwangsweisen Entäußerung der dort aufgehäuften Nahrungsmittelvorräte unterwerfen wollte. Diese Anstalten entsprechen längst nicht mehr ihrer ursprünglichen Bestimmung, sondern dienen vielfach dem Zwecke, auch die dem Verderben unterliegenden Lebensmittel möglichst lange aufzubewahren, um nicht durch eine reichliche Beschickung des Marktes ein Herabsinken der Preise herbeizuführen. Man kann vollkommen überzeugt sein, daß eine Nachforschung der in den Wiener und Budapester Kühlhäusern lagernden Vorräte allein hinreichen würde, die Bevölkerung dieser Städte auf etliche Monate vor Nahrungsmittelnot zu schützen.

Wenn weiters die Verwendung der Kartoffeln als Viehfutter schon als Verschwendung bezeichnet wird,

welcher Ausdruck darf hernach gebraucht werden gegenüber der Verarbeitung dieser Feldfrüchte zur Branntweimbrennerei? Bekanntlich werden Millionen Meterzentner Kartoffeln nur diesem Zwecke zugeführt, und wenn auch in letzter Zeit eine gewisse Einschränkung angeordnet worden ist, so reicht letztere lange nicht hin, um einer im nächsten Jahre allenfalls auftretenden Kartoffelnot vorzubeugen. Hier könnte nur ein vollständiges Verbot der Verwendung der Kartoffeln zur Branntweinerzeugung einen für die Bevölkerung ersprießlichen Erfolg erzielen. Und es ist auch gar nicht einzusehen, warum sich unser Vaterland nicht zu einer solchen, durchwegs nur im Interesse der Volksgesundheit liegenden Maßnahme sollte aufzuschwingen imstande sein, nachdem doch in Rußland, der Heimat der Branntweintrinker, gegenwärtig ein unbeschränktes Schnapsverbot erlassen werden konnte. Nebenbei bemerkt, gibt der aus Kartoffeln gewonnene Fusel dem berüchtigten Methyalkohol (Holzgeist) an Giftigkeit nicht viel nach.

Zum Schluß will ich noch einen Fingerzeig geben, auf welche Weise einer drohenden Not an Getreide und sonstigen Feldfrüchten im nächsten Jahre vorgebeugt werden könnte. Wie jedermann weiß, sind in manchen Kronländern — insbesondere in Böhmen — riesige Strecken Landes mit Zuckerrübe bebaut. Die Bauern, die im Besitze dieser Acker sind, stehen zu den Zuckerrübenfabriken in einem Verhältnisse, das sie zwingt, alljährlich eine bestimmte Menge Rüben zu einem festgesetzten Preise an die Fabriken abzuliefern. Im heurigen Jahre betrug die Menge der in Böhmen geernteten Zuckerrüben 40,869,000 Meterzentner (gegen 40,703,000 im Vorjahre). Wäre es da nicht geradezu als eine Wohltat anzusehen, wenn die Regierung wenigstens zeitweilig — nur für die Jahre 1915 und 1916 — das Hörigkeitsverhältnis der Rübenbauern aufheben und letztere zum Anbau von Getreide und Kartoffeln veranlassen würde? Da könnte mit einem Schlage dem Mangel an diesen Feldfrüchten abgeholfen werden, und wir brauchten durchaus nicht zu fürchten, deshalb in eine Zuckernot zu geraten. Denn von diesem Genussmittel liegen ungeheure Vorräte in den Fabriken angehäuft, und eine zwangsweise Requisition könnte sogar eine erhebliche Herabsetzung der Zuckerrübenpreise bewirken. Aber es wäre nicht einmal notwendig, so weit zu gehen. Die Regierung hat ja noch andere Mittel in der Hand, um den Zuckerproduzenten jede Preissteigerung unmöglich zu machen. Sie braucht nur den Parlamentsbeschluß vom Herbst 1911, betreffend die Aufhebung des Saccharineinfuhrverbotes, aus der Verborgenheit, in der er seit drei Jahren schlummert, hervorzuholen und in Kraft treten zu lassen.

Es gibt also Mittel und Wege genug, um allen Lebensmittelvertenern das Handwerk zu legen. Und

es ist auch bereits hoch an der Zeit geworden, daß unsere maßgebenden Faktoren sich zu einem entscheidenden Schritte entschließen.

Sonder-Abdruck

Im November sind auf dem Wege durch die Schweiz **die ersten Internierten aus Frankreich** hier angekommen, denen auf Grund der internationalen Vereinbarung die Heimkehr in ihr Vaterland gestattet wurde, zumeist Frauen. Sie sind nahezu insgesamt mittellos und genötigt, die öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Fast alle erzählen von schmachtvoller Behandlung und von empörender Roheit, die sie selbst von behördlichen Organen während ihrer Internierung erdulden mußten.

Ihre Berichte werden amtlich aufgenommen und sollen später veröffentlicht werden, damit auch auf diese Weise klargestellt werde, auf welcher Seite die „Barbaren“ sind.

Die **allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse**

in Wien sind in Anbetracht des schon vier Monate dauernden Kriegszustandes **noch immer recht günstig.**

Erst vor wenigen Tagen wurde in einer Sitzung der großen Industriellen-Verbände Österreichs darauf hingewiesen, daß die durch den Krieg verursachte Geschäftsstockung **weit geringer** sei, als man anfangs befürchtete.

Arbeitslose

gibt es in Wien jetzt weniger, als sonst um diese Jahreszeit und die Ausweise des städtischen **Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes** ergeben für die erste Hälfte des Monats November kein ungewöhnliches Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte.

In der Zeit vom 2. bis 14. November betragen:

I. Bei der Arbeitsvermittlung	die Stellen- angebote	die Stellen- gesuche	die Ber- mittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen . . .	206	252	181
Holzverarbeitung	159	205	140
Spengler- und Baugewerbe	157	156	137
Leber-, Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer . .	84	86	58
Kleidermacher	309	182	166
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	70	289	65
Fleischhauer und Fleischselcher . . .	69	68	52
Bäcker	343	373	328
Kaffeefieder	206	269	185
Verkehrsbedienstete und nicht quali- fizierte Arbeiter	1576	1584	1491
Gewerbliche Frauenarbeit	239	367	228
Lehrlinge	25	28	14
Summe	3443	3859	3045
II. Bei der Dienstvermittlung . . .	3037	4149	2908
Zusammen	6480	8008	5953

Bei dem Schneefall in Wien vor wenigen Tagen hätte die städtische Straßenreinigung 4000 Arbeiter benötigt, es meldeten sich aber nur 1900.

Bezeichnend für die wirtschaftliche Lage der ärmeren Bevölkerungsklassen ist die Tatsache, daß im k. k. Verfassungsausschusse vom 1. August bis 15. November 1914 rund 110.000 Pfandstücke um den Betrag von 2.400.000 Kronen ausgelöst worden sind.

Die Zahl der

Näh- und Arbeitsstuben

in Wien beträgt derzeit 40.

Durch sie werden rund **6700** Frauen und Mädchen zum überwiegenden Teile als Heimarbeiterinnen mit Näh- und Strickarbeiten für die Soldaten im Felde gegen Bezahlung beschäftigt. 24 Arbeitsstuben mit rund **4500** Arbeiterinnen leitet die von der Gemeinde Wien gegründete „Frauenhilfsaktion im Kriege“; sie erzeugten in der Woche vom 9. bis 14. November **85.000** Stück Näh- und Strickarbeiten und gewährten einen Wochenverdienst bis zu 20 Kronen.

Die von der Gemeinde eingerichtete

unentgeltliche Ausspeisung

wurde Mitte November von 16.000 Personen, zumeist Schulkindern, in Anspruch genommen.

Die

Steuereingänge

im Monate Oktober waren nach dem Ausweise des städtischen Steueramtes **recht befriedigend.**

Es wurden eingezahlt:

an **Staatssteuern**, und zwar:

	im Oktober 1913	im Oktober 1914
Grund- und Gebäudesteuer	977.588 K	994.774 K
Erwerbsteuer	9.989.918 "	8.669.137 "
Rentensteuer	295.419 "	449.065 "
Einkommensteuer	2.303.437 "	4.273.742 "
Befoldungssteuer	246.168 "	325.093 "
Tantiemenabgabe	—	44.289 "
Verzugszinsen	50.929 "	68.450 "
Militärtaxen	81.928 "	170.939 "

Sonder-Abdruck.

	im Oktober 1913	im Oktober 1914
an sonstigen Abgaben, und zwar:		
Landesumlagen	3,466.000 K	3,128.000 K
Gemeindeumlagen	3,939.000 "	3,646.000 "
Gewölbwachebeiträge	3.000 "	3.000 "
Handelskammerbeiträge	390.000 "	343.000 "
Gewerbe- und Handelschulbei- träge	233.000 "	182.000 "
Interimseinnahmen zc.	11.655 "	51.506 "
zusammen .	21,988.000 K	22,255.000 K

Bei der f. f. Postsparkassa wurden im Oktober im Sparverkehre 6,076.387 K eingezahlt und 6,339.374 K zurückgezahlt, im Scheckverkehre wurden 1.607,575.840 K eingelegt und 1.576,561.404 K zurückgezahlt.

Am 31. Oktober 1914 betrug der Einlagenstand bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien 185,216.824 K, bei der Gemeindeparkassa

für den XIV. Bezirk	82,461.824 K
" " XVII. Bezirk	66,470.240 "
" " XVIII. Bezirk	45,230.368 "
" " XIX. Bezirk	12,382.639 "
" " XXI. Bezirk	20,555.899 "
bei der Ersten österreichischen Sparkassa	551,016.844 "
bei der Neuen Wiener Sparkassa	49,444.013 "

Der

Fremdenverkehr

in den Wiener Hotels, der im Monate August unter dem Einflusse des Kriegsausbruches stark zurückgegangen war, hat sich seither **merklich erholt.**

Die Zahl der Wiener Hotelgäste belief sich

	1913	1914
im Juli auf	64.093	60.680
" August auf	68.324	36.285
" September auf	67.112	50.676
" Oktober auf	50.556	43.677

Auch der **Reiseverkehr** innerhalb der Monarchie und nach dem neutralen Auslande ist wieder lebhafter geworden und es macht sich bereits der alljährlich im Herbst bemerkbare Zug nach den südlichen Kurorten geltend.

Die

Lebensmittelversorgung

Wiens war in der ersten Hälfte des Monats November eine **vollkommen ausreichende.**

Auf den

Schlachtviehmarkt St. Marx

wurden gebracht:

	vom 2. bis 15. No- vember 1913	vom 1. bis 14. No- vember 1914
Rinder	7.269	18.867
Kälber	9.817	8.555
Lämmer	215	184
Schafe	4.032	6.828
Schweine	43.983	39.036

Der starke Rinderauftrieb wird zum Teil durch den Bedarf der Konservenfabriken verursacht.

Der Mehrauftrieb an Schafen erklärt sich aus der Verringerung des Exportes.

Bedauerlich ist der hoffentlich vorübergehende Ausfall in der Schweinezufuhr, der eine Steigerung der Fettpreise zur Folge hat.

Die

Zufuhr der wichtigsten Lebensmittel

auf den Großmärkten gestaltete sich in der ersten Hälfte des Monats November, im Vergleiche zur selben Zeit des Vorjahres folgendermaßen:

	1913	1914
Gemüse	49.482 Meterzentner	47.121 Meterzentner
Kartoffel	27.564 "	50.609 "
Obst	24.724 "	26.757 "
Butter	512 "	860 "
Eier	972.905 Stück	684.022 Stück.

Die geringere Zufuhr an Eiern erklärt sich durch die stärkere Ausfuhr nach Deutschland.

Über die

Kleinhandelspreise

wichtiger Verbrauchsartikel in der zweiten Novemberwoche gibt der Bericht des städtischen Marktamtes folgende Zusammenstellung:

	1913 Kronen	1914 Kronen
Rindfleisch . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	1.60 — 2.60
Schweinefleisch " "	1.60 — 3.00	1.80 — 3.00
Schweineschmalz " "	1.84 — 2.20	2.00 — 2.20
Schweinespeck, ge- räuchert	1.76 — 2.08	2.00 — 2.40
Teebutter	3.40 — 4.24	3.40 — 4.20
Kochbutter	2.40 — 3.20	2.40 — 3.20
Margarine	1.80 — 2.20	1.60 — 2.10
Eier, frische Stück	0.09 — 0.12	0.12 — 0.16
Vollmilch Liter	0.26 — 0.32	0.26 — 0.32
Kochmilch "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.24
Kartoffel Kilogramm	0.10 — 0.14	0.10 — 0.18
Weizenauszug- mehl	0.36 — 0.44	0.64 — 0.68
Brot, weißgem. " "	0.288 — 0.408	0.377 — 0.52
" schwarz- gemischt	0.263 — 0.398	0.354 — 0.47
Reis	0.40 — 0.82	0.56 — 0.88
Sauertraut	0.24 — 0.28	0.20 — 0.28
Bohnen	0.40 — 0.70	0.56 — 0.80
Erbsen, gespalten " "	0.48 — 0.72	0.70 — 1.10
Petroleum Liter	0.26 — 0.36	0.36 — 0.44
Steinkohle 50 kg	1.76 — 2.12	2.00 — 2.16
Braunkohle "	1.10 — 1.19	1.19 — 1.28

Empfindlich gestiegen infolge des Krieges sind somit bisher hauptsächlich die Preise für Mehl und Brot und es ist eine weitere Steigerung nicht ausgeschlossen, wenn nicht endlich, wie

Sonder-Abdruck.

bereits in Deutschland, mit der Festsetzung von Höchstpreisen für das Getreide vorgegangen wird.

Starke Nachfrage ist nach Wild. Die Marktpreise stellen sich für Hasen auf 3 K 50 h bis 3 K 80 h, Fasanen 3 K bis 3 K 80 h, Rebhühner 80 h bis 1 K 80 h per Stück, für Hirse auf 1 K bis 1 K 25 h und für Rehe auf 1 K bis 1 K 20 h per Kilogramm.

Die Kohlenzufuhr war zwar zeitweilig durch Verkehrsbeschränkungen beeinträchtigt, ein Mangel an Kohle ist jedoch bisher in Wien nicht eingetreten.

Die

Gesundheitsverhältnisse

der Wiener Bevölkerung waren nach dem **Berichte des Stadtphysikates** auch in der ersten Hälfte des Monats November **andauernd günstige**.

Die Gesamtzahl der Todesfälle betrug 1186 gegen 1081 in der gleichen Zeit des Vorjahres, die Sterblichkeit der

Gesamtbevölkerung ist nahezu gleich, die der Wohnbevölkerung sogar niedriger als im Vorjahre.

Der **Krankenstand** in den öffentlichen und privaten Krankenanstalten Wiens einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen, jedoch mit Ausnahme der Militärspitäler und aller Anstalten der Gesellschaft vom „Roten Kreuze“ zeigte im Vergleiche zum Vorjahre folgende Bewegung:

	1913	1914
Stand am 1. November	7.994	8.430
Zuwachs	5.063	5.629
Abgang durch Entlassung	4.393	4.345
Abgang durch Tod	402	344
Stand am 14. November	8.262	9.370

In der Zivilbevölkerung sind bisher zwei Fälle von Choleraerkrankungen vorgekommen.

Die Meldung der „Times“, daß eine Analyse des Donauwassers das Vorhandensein von Cholerabazillen angezeigt habe, ist eine **lächerliche Unwahrheit**.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Ihm Kaiser und der Krone

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien



Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 97.

Dienstag den 1. Dezember 1914.

Jahrgang XXIII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K. | Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (l. t. Tabak-Traffik) und im Redaktionslokale I., Dichtensfeldgasse 5, 1. Stod.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler A. G., I., Schulerstraße 11.

Wien während des Krieges.

(Vierte Folge.)

Seit anfangs November steht Wien unter dem Zeichen der

Kriegsanleihe.

Die österreichische Regierung hat zur Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Mittel **5 1/2%ige Schatzscheine mit fünfjähriger Laufzeit** zum Kurse von 97.50 Kronen für 100 Kronen Nominale zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und diese nimmt einen **glänzenden Verlauf**.

Die Feindespresse behauptet zwar, daß zu diesem Zwecke alle Arten von Pressionen ausgeübt werden und bemerkt hämisch, daß sogar der Kaiser aus seiner Privatschatulle eine große Summe gezeichnet habe.

Es hat aber in Wien und in Niederösterreich wahrlich keiner Pression bedurft; die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität und des Standes, von den Mitgliedern unseres Herrscherhauses bis herab zu den kleinsten Sparern, ist voll patriotischer Begeisterung bereit, durch Beistellung finanzieller Mittel an der Reichsverteidigung mitzuwirken.

Die Stadt Wien hat sich dabei selbstverständlich in die erste Reihe gestellt und mit ihren Anstalten, Fonds und den Organisationen ihrer Angestellten insgesamt nahezu

dreißig Millionen Kronen

Kriegsanleihe gezeichnet. Die Zeichnungen in der Gesamtmonarchie betragen **bisher**

2 1/2 Milliarden Kronen!

Sonder-Abdruck.

Während wir im Frieden oft Kredit im Auslande suchten, haben wir jetzt im eigenen Lande eine

Kriegsanleihe von 2.800 Millionen Kronen

aufgebracht.

Und alles hilft zusammen, um den Vaterlandsverteidigern, die im Felde stehen, den Kranken und Verwundeten, die zurückkehren, den bedürftigen Familien der Eingerückten und den Hinterbliebenen der Gefallenen werktätig beizustehen.

Was insbesondere Wien in den abgelaufenen vier Kriegsmonaten an

freiwilliger Hilfstätigkeit

jeder Art geleistet hat, ist über alles Erwarten groß und berechtigt zu der Zuversicht, daß wir mit vereinten Kräften alle Kriegsnot überstehen werden.

So arg freilich, wie die feindliche Presse glauben machen möchte, ist die Kriegsnot in Wien **noch lange** nicht. Hieß es doch neulich in einem Blatte, daß die Wiener Bevölkerung nur mehr von Pferdefleisch lebe, denn in Wien seien in einer Woche zweihundert Pferde geschlachtet worden. In Wien werden alljährlich über dreißigtausend Pferde geschlachtet! Aber auch an anderem Fleisch ist derzeit kein Mangel.

Der Auftrieb auf dem

Schlachtviehmarkt in St. Marx

betrug in der zweiten Hälfte November:

	1913	1914
an Rindern	8.019 Stück	17.026 Stück
„ Kälbern	10.443 „	8.396 „
„ Lämmern	378 „	285 „
„ Schafen	2.700 „	3.270 „
„ Schweinen	42.699 „	40.823 „

Auf dem

Fleischmärkte in der Großmarkthalle

wurden in derselben Zeit zugeführt:

	1913	1914
Rindfleisch	905.200 Kilogramm	845.306 Kilogramm
Kalbfleisch	17.114 „	6.217 „
Schaffleisch	32.157 „	220 „
Schweinefleisch	657.778 „	528.361 „
geschlachtete Kälber	5.957 Stück	3.645 Stück
„ Schafe	1.689 „	1.626 „
„ Schweine	1.567 „	2.903 „
„ Lämmer	27 „	152 „

Auch die Zufuhr an Wildbret sowie an See- und Süßwasserfischen war reichlich, das Angebot an Federwild überstieg sogar bedeutend die Nachfrage. Für mehr als

60.000 Fasane, die in den Wiener Kühlhäusern lagerten, konnte ohneweiters eine Ausfuhrbewilligung erteilt werden.

Mit sonstigen Lebensmitteln wurden die Märkte ausreichend versorgt, es betrug in der zweiten Hälfte November die

Zufuhr

	1913	1914
an Gemüse	44.304 Meterzentner	37.983 Meterzentner
„ Kartoffeln	24.869 „	26.385 „
„ Obst	24.474 „	24.326 „
„ Butter	489 „	883 „
„ Eiern	937.019 Stück	678.123 Stück

Die Eierversorgung wurde wieder durch starke Nachfrage deutscher Händler beeinflusst.

Die Milchzufuhr durch die Bahn belief sich auf 9.749.985 Liter, etwas weniger als gewöhnlich, weshalb eine gewisse Sparsamkeit mit Milchprodukten, insbesondere Obers, Sahne und Schlagobers empfohlen werden mußte.

Am meisten wurden bisher durch den Kriegszustand der

Handel mit Getreide und Mehl

beeinträchtigt. Nach den Notierungen der Börse für landwirtschaftliche Produkte stellen sich die Preise für 50 kg

	am 29. November 1913	am 28. November 1914
Weizen auf	10·65 — 12·15 K	21·30 — 22·20 K
Roggen auf	7·75 — 9·25 „	17·60 — 18·20 „
Gerste auf	7·40 — 7·70 „	13·80 — 14·75 „
Mais auf	7·20 — 8·85 „	12·70 — 13·10 „
Weizenmehl Nr. 0	17·70 — 18·— „	34·— — 34·50 „
Roggenmehl Nr. 1	12·75 — 13·— „	25·50 — 26·— „

Mit kaiserlicher Verordnung vom 30. November 1914 wurden daher endlich die von der Wiener Gemeindevertretung

Sonder-Abdruck.

schon seit längerer Zeit wiederholt begehrten Bestimmungen über **Höchstpreise für Getreide und Mehl** und über die Erzeugung und in Verkehrsetzung von Mehl erlassen.

Die Erzeugung von Grieß und feinem Weizenmehl wurde auf 15 Prozent eingeschränkt, die Zahl der Weizenmehltypen auf drei vermindert und angeordnet, daß Weizenmehl, mit Ausnahme der eben erwähnten 15prozentigen Ausbeute, und Roggenmehl nur in einer Mischung mit Gersten-, Mais-, Kartoffel- oder Reismehl in Verkehr gebracht werden dürfen.

Die **Getreidepreise** sind in Österreich für die einzelnen Kronländer, in Ungarn für die einzelnen Komitate und Freistädte, und zwar für Weizen und Roggen nach den Durchschnittspreisen der zweiten Hälfte des Monats Oktober, für Gerste und Mais nach den Durchschnittspreisen der ersten Hälfte des Monats November, die Mehlpreise mit dem üblichen prozentuellen Aufschlage auf die Getreidepreise zu bestimmen.

Auch für den **Kleinhandel** können Höchstpreise mit Rücksicht auf die für die Produzenten und Großhändler erlassenen Bestimmungen angeordnet und die Besitzer von Getreide und Mehl zur Lieferung zu den festgesetzten Höchstpreisen verhalten werden.

Wie diese Bestimmungen sich bewähren werden, bleibt erst abzuwarten, bedauerlich ist nur, daß durch ihre späte Erlassung die Höchstpreise für Getreide und Mehl sich weit höher stellen werden als im Deutschen Reiche.

Die

Kleinhandelspreise

für die wichtigsten Bedarfsgegenstände stellten sich nach den Ausweisen des Marktamtes in der zweiten Novemberhälfte folgendermaßen:

	1913 Kronen	1914 Kronen
Rindfleisch . . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	1.80 — 2.60
Schweinefleisch " "	1.60 — 3.—	1.80 — 3.—
Schweineschmalz " "	1.84 — 2.20	2.— — 2.40
Schweinespeck " "	1.76 — 2.08	2.— — 2.40
Teebutter . . . " "	3.40 — 4.24	3.60 — 4.40
Kochbutter . . . " "	2.40 — 3.20	2.80 — 3.40
Margarine . . . " "	1.80 — 2.20	1.60 — 2.20
Eier, frische . . . Stück	0.09 — 0.12	0.14 — 0.18
Vollmilch . . . " Liter	0.26 — 0.32	0.26 — 0.32
Kochmilch . . . " "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.24
Kartoffel . . . " Kilogramm	0.08 — 0.14	0.12 — 0.18
Weizenauszug-		
mehl " "	0.36 — 0.44	0.68 — 0.74
Brot, weißgem. " "	0.288 — 0.408	0.40 — 0.537
" schwarz-		
gemischt . . . " "	0.263 — 0.398	0.388 — 0.485
Sauerkraut . . . " "	0.20 — 0.24	0.20 — 0.28
Bohnen . . . " "	0.40 — 0.70	0.56 — 0.96
Erbsen . . . " "	0.40 — 0.72	0.60 — 1.30
Reis . . . " "	0.40 — 0.82	0.56 — 0.96
Petroleum . . . " Liter	0.26 — 0.36	0.38 — 0.46
Steinkohle . . . " 50 kg	1.76 — 2.12	2.00 — 2.16

Die **Marktpreise für Wild** betragen in der letzten Novemberwoche für Hasen 3 K 50 h bis 4 K 20 h, für Fasanen 3 K bis 3 K 80 h, für Rebhühner 80 h bis 1 K 80 h per

Stück, für Hirsche 1 K 10 h bis 1 K 25 h, für Rehe 1 K 10 h bis 1 K 30 h per Kilogramm.

Lebendes Geflügel kostete: Backhühner 2 K 80 h bis 3 K, Brathühner 3 K 20 h bis 3 K 60 h, Enten 5 K bis 6 K, Gänse 9 K bis 10 K. Zufuhr war sehr stark und Nachfrage sehr lebhaft.

Der drohenden Kaffeevertenerung wurde dadurch vorgebeugt, daß durch Vermittlung der Regierung und der Gemeinde Wien von dem in Triest lagernden Valorisationskaffee 15.000 Säcke für den Konsum in Wien und Niederösterreich angekauft wurden, die infolge einer Vereinbarung mit den Kaffeehändlern zum Detailpreise von 4 K per Kilo in den Verkehr kommen werden.

Um die

Kohlenversorgung Wiens

selbst für den Fall sicherzustellen, daß die Zufuhr auf der Nordbahn zeitweilig eingestellt würde, hat die Gemeinde eine Verfügung der Regierung erwirkt, wonach einige Kohलगewerke verpflichtet wurden, der Gemeinde eine bestimmte Menge Kohlen zu liefern. Aus diesen Lieferungen wird, so weit sie nicht zur Deckung des laufenden Bedarfes dienen, ein „eiserner Vorrat“ angeammelt. Den Kohलगroßhändlern gibt die Gemeinde die Kohlen zu den Selbstkosten ab, die Kohलगhändler aber dürfen beim Verkaufe bestimmte Preisätze nicht überschreiten.

Um den Kleinkohlenhändlern die Kohलगzufuhr, welche durch den Fuhrwerksmangel etwas erschwert ist, möglichst zu erleichtern, hat ferner die Gemeinde einen Teil ihres Straßenpflgefuhrwerkes für den Kohलगtransport zur Verfügung gestellt.

Die

städtische Arbeits- und Dienstvermittlung

wurde in der zweiten Novemberhälfte verhältnismäßig wenig in Anspruch genommen, was auf eine **günstige Konjunktur** auf dem Arbeitsmarkte schließen läßt.

Es betragen bei der

Arbeitsvermittlung

	Die Stellen- angebote	Die Stellen- gesuche	Die Ver- mittlungen
für Metallarbeiter, Maschinenarbeiter . . .	209	204	179
Holzverarbeitung	122	151	110
Baugewerbe und Spengler	117	97	113
Leber- und Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer	66	57	58
Kleidermacher	201	152	139
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	47	198	41
Fleischhauer und Fleischselcher	61	56	52
Bäcker	306	318	267
Kaffeefieder	230	223	206
Verkehrsbedienstete und nicht quali- fizierte Arbeiter	1621	1602	1527
Gewerbliche Frauenarbeit	184	295	194
Lehrlinge	23	18	13
Zusammen	3187	3371	2879

Bei der Dienstvermittlung 499 3284 2486
Summe 686 6655 5365

Sonder-Abdruck.

Die

Gesundheitsverhältnisse

der Wiener Zivilbevölkerung waren auch in der zweiten Novemberhälfte ganz befriedigende, wenn auch mit Einbruch der kälteren Jahreszeit Krankenstand und Sterblichkeit hauptsächlich für die höheren Altersstufen eine geringe Zunahme erfuhr.

Auf 1000 Einwohner entfielen in der dritten Novemberwoche 16.1, in der vierten Woche desselben Monats 18.8 Todesfälle, auf 1000 Ortsanässige 13.3, beziehungsweise 14.9 Todesfälle.

Die Infektionskrankheiten wiesen ziemlich bedeutende Rückgänge auf, in der Wiener Bevölkerung ist nur ein Cholerafall vorgekommen.

Der **Krankenstand** in den Zivilspitälern, also mit Ausschluß der Militärspitäler und der Anstalten des „Roten Kreuzes“, einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen zeigte folgende Veränderungen:

vom 15. bis 29. November

	1913	1914
Anfänglicher Stand	8.262	9.542
Zuwachs	4.998	6.631
Abgang durch Entlassung	4.458	5.156
Abgang durch Tod	374	396
Schließlicher Stand	8.403	10.440

Daß in Wien viele Verwundete verpflegt werden, ist selbstverständlich, weil in der Reichshauptstadt für diesen Zweck die meisten Anstalten und die vollkommensten Einrichtungen zu Gebote stehen. Die Behauptungen ausländischer Blätter jedoch, daß ganz Wien nur mehr ein großes Spital sei, ist eine **arge Übertreibung** und die weitere Behauptung, die verwundeten Soldaten müßten in Wien ihren Unterhalt erbetteln, ist eine **abscheuliche Verdrehung** der Tatsache, daß die Wiener Bevölkerung es sich nicht nehmen läßt, unsere braven Vaterlandsverteidiger mit Geschenken zu überhäufen.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Wien während des Krieges.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 101.

Dienstag den 15. Dezember 1914.

Jahrgang XXIII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K. |
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare a 20 Heller im Diatheuse (l. l. Tabak-Traffik) und im Redaktionslokale I., Lichtensfeldgasse 5, 1. Stod.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Nachnahme bei Haasenstein & Vogler A.-G., I., Schulerstraße 11.

Wien während des Krieges.

(Fünfte Folge.)

Anfangs Dezember feierte Wien das **sechshundsechzigjährige Regierungsjubiläum seines Kaisers**, welcher seit zwei Menschenaltern die Geschicke der Doppelmonarchie an der Donau lenkt.

Viel Schweres war ihm während dieser langen Zeit beschieden, das Schwerste traf ihn jetzt, da er, der stets den Frieden wahrte, den ungeheueren Kampf aufnehmen mußte, um das Reich zu schirmen gegen meuchlerischen Überfall.

Doch unter guten Vorzeichen beginnt dieses neue Jahr seiner Herrschaft. Am Jahrestage seiner Thronbesteigung ist Serbiens Hauptstadt von den geschlagenen feindlichen Truppen preisgegeben worden und auf den Schlachtfeldern in Polen und Galizien muß nun auch die russische Übermacht vor den verbündeten Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns unter schweren Verlusten zurückweichen!

Viribus unitis

lautet der Wahlspruch unseres Kaisers und mehr noch als im Frieden gilt er im Kriege.

Wir alle vereinen unsere Kräfte, um durchzuhalten bis an ein gutes Ende.

Wien während des Krieges.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 3. Freitag den 8. Jänner 1915. Jahrgang XXIV.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K. | Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.
Einzel-Exemplare a 20 Heller im Rathause (L. I. Tabak-Traffik) und im Redaktionslokale I., Lichtenfeldgasse 5, 1. Stoc.
Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.
Inseraten-Aannahme bei Haasenstein & Vogler N.-G., I., Schulerstraße 11.

Wien während des Krieges.

(Sechste Folge.)

Unter den vielen Lügen der feindlichen Presse über Wien findet sich auch eine Wahrheit: Die sonst zu heiterem Frohsinn geneigte Bevölkerung ist ernst geworden und selbst der Weihnachtsfeier fehlte diesmal die rechte Festesfreude. Sorgt doch jeder für liebe Verwandte und Freunde im Felde und viele trauern um teure Angehörige.

Nur diese Sorge und Trauer und der stille Ingrimm gegen die Friedensräuber undüffern die Stimmung, nicht etwa kleinmütige Verzagttheit, zu der weder die Kriegslage noch die wirtschaftlichen Verhältnisse Anlaß geben. Denn im Felde behauptet sich trotz aller Wechselfälle des Krieges unsere Wehrmacht ungeboren und die in solcher Zeit unvermeidlichen Störungen des Wirtschaftslebens sind noch immer ganz erträglich und lange nicht so schlimm, wie sie von unfreundlicher Seite geschildert werden.

So bringt die „Times“ ein Telegramm ihres Korrespondenten aus Bern, „daß die Not in Österreich sich fortwährend steigere und die Unterstützungsfonds unzureichend seien. Versammlungen zur Erörterung der Vinderung der Not würden verboten und der Mangel an Geld sei solcher Art, daß es selbst jenen Österreichern, die das Land zu verlassen wünschen, nur gestattet werde, ein Minimum davon mitzunehmen. Nicht bloß die ärmsten Klassen seien in Not, sondern auch viele der besseren Klassen in gespannten Verhältnissen, hauptsächlich deshalb, weil sie vor dem Kriege über ihre Verhältnisse gelebt hätten.“

Sonder-Abdruck

Gewiß ist der Krieg, den wir nicht gesucht haben, ein Not- und Sorgenbringer auch für uns. Aber unsere im Frieden so oft bedauerte Selbstgenügsamkeit hat jetzt wieder das Gute, daß wir von den Wirrungen der Weltwirtschaft weit weniger empfindlich betroffen werden als die meisten unserer Gegner.

Da sehr viele Arbeiter im Felde stehen, fehlt es für die Zurückgebliebenen nicht an Arbeitsgelegenheit, und für die Unterstützungsbedürftigen stehen aus den fortwährend fließenden Spenden ausreichende Mittel zur Verfügung.

Der Zentralstelle für Wien und Niederösterreich zur Unterstützung der durch den Krieg in Not Geratenen sind allein bisher über

3.3 Millionen Kronen

zugekommen, wovon noch nicht einmal die Hälfte verausgabt worden ist. Von einer Beschränkung endlich, daß Österreicher bei Auslandsreisen ihr Geld mitnehmen, und von einem Geldmangel ist hier nichts bekannt.

Auf die

Kriegsanleihe

sind in Österreich-Ungarn

über 3 Milliarden Kronen

gezeichnet worden, die Einzahlungen werden termingemäß geleistet, das Moratorium, das, wie sich immer mehr herausstellt, nur für die unmittelbar vom Kriege betroffenen Landesteile notwendig gewesen wäre, ist im Abbau begriffen, alle Zinsen von Anleihen werden, selbstverständlich unter Beobachtung der gesetzlichen Zahlungsverbote für das feindliche Ausland, pünktlich bezahlt.

Der Stand der Einlagegelder bei den

Spar- und Kredit-Instituten Wiens

ist trotz der starken Abhebungen für die Kriegsanleihe fast ein normaler. Er betrug am 30. November 1914

bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien	161,091.604 K 63 h
bei den Gemeindeparkassen:	
im Bezirke Rudolfsheim	82,078.413 " 30 "
" " Hernals	66,280.267 " 81 "
" " Währing	45,261.623 " 47 "
" " Döbling	12,142.748 " 84 "
" " Floridsdorf	20,631.771 " 81 "
bei der Ersten österreichischen Sparkassa	513,519.405 " — "
bei der Neuen Wiener Sparkassa	48,687.651 " 51 "
bei der Anglo-Bank	89,112.727 " — "
" " Depositenbank	47,211.722 " — "

bei der Eskomptebank	32,080.258 K — h
" " Länderbank	104,536.930 " — "
" " Unionbank	32,637.549 " — "
" " Verkehrsbank	79,243.222 " — "
beim Wiener Bankverein	136,817.935 " — "

Die

Steuereingänge

beim Wiener städtischen Steueramte waren im Monate November vollständig befriedigende:

Es wurden einbezahlt:

an Staatssteuern,

und zwar:

	1913	1914
Grund- und Gebäudesteuer	11,084.982 K 14 h	11,124.866 K 04 h
Erwerbsteuer	1,586.781 " 63 "	1,385.204 " 92 "
Rentensteuer	168.520 " 22 "	267.110 " 17 "
Einkommensteuer	1,733.457 " 43 "	3,787.493 " 85 "
Besoldungssteuer	58.589 " 17 "	105.289 " 54 "
Lantienmenabgabe	—	61.807 " 50 "
Verzugszinsen	47.424 " 82 "	46.143 " 57 "
Militärtagen	67.872 " 99 "	104.124 " 77 "

an sonstigen Abgaben, und zwar:

	1913	1914
Landesumlagen	5,096.000 K — h	5,100.000 K — h
Gemeindeumlagen	13,548.000 " — "	13,523.000 " — "
Gewerbe- und Handels-		
schulbeiträgen	174.000 " — "	186.000 " — "
Gewölbewachebeiträgen	30.000 " — "	28.000 " — "
Anderer Abgaben	65.538 " 04 "	165.959 " 64 "
zusammen	33,709.000 K — h	35,891.000 — h

also im November 1914

um 2,182.000 Kronen mehr

als im demselben Monate des Vorjahres.

Das städtische

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt

weist für die Zeit vom 30. November bis 24. Dezember 1914 nachstehende Inanspruchnahme auf:

Sonder-Abdruck

Arbeitsvermittlung	Die Stellen- angebote	Die Stellen- gesuche	Die Ver- mittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen u.	392	419	351
Holzverarbeitung	254	281	240
Baugewerbe und Spengler	128	121	126
Leder- und Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer	86	94	74
Kleidermacher	252	230	225
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	102	257	98
Fleischhauer und Fleischselcher	106	84	90
Bäcker	549	649	484
Kaffeesieder	470	456	440
Verkehrsbedienstete und nicht quali- fizierte Arbeiter	2394	2412	2297
Gewerbliche Frauenarbeit	347	442	325
Lehrlinge	45	38	34
Zusammen	5126	5477	4784
Bei der Dienstvermittlung	3969	3851	3580
Summe	9095	9328	8364

Es herrschte für manche Betriebe geradezu Arbeitermangel, den man sogar damit zu erklären suchte, daß zahlreiche arbeitsfähige Personen die unentgeltliche Ausweisung durch die Gemeinde mißbräuchlich in Anspruch nehmen; gewiß mit Unrecht, denn Mitte Dezember wurden die Ausweisungstellen nur von rund 32.000 Personen, meist Kindern und Frauen, besucht.

Die

Lebensmittelversorgung Wiens

war im Monate Dezember im allgemeinen eine ausreichende, wie aus der folgenden Vergleichung mit dem Vorjahre hervorgeht.

Auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte St. Marx

wurden zugeführt:

	1913 vom 30. November bis 27. Dezember	1914 vom 29. November bis 26. Dezember
Rinder	14.072 Stück	27.997 Stück
Kälber	22.405 "	14.802 "
Lämmer	967 "	614 "
Schafe	3.691 "	7.714 "
Schweine	95.697 "	78.068 "

Die Zufuhren auf den

Wirtualienmärkten

betrugen in derselben Zeit:

	1913	1914
an Gemüse	76.204 Meterzentner	73.539 Meterzentner
" Kartoffel	37.757 "	46.617 "
" Obst	35.681 "	40.560 "
" Butter	1.438 "	1.553 "
" Eiern	1.778.093 Stück	1.172.710 Stück

Eine unerwünschte und für Wien unerfreuliche Wirkung haben bisher die **Getreidehöchstpreise** ausgeübt. Die Art ihrer Bestimmung (länder- und komitatweise nach dem Durchschnitt der Preise in der zweiten Oktober- und ersten Novemberhälfte) ergaben nämlich für Niederösterreich und Wien die niedrigsten Höchstpreise, und zwar:

für Weizen (Qualitätsgewicht 76 kg) 40 K 50 h per 100 kg;

für Roggen (Qualitätsgewicht 70 kg) 33 K 50 h per 100 kg;

für Gerste 29 K;

für Mais 24 K.

Infolgedessen hat das Getreide- und Mehlgewerbe nach Wien so ziemlich aufgehört. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat es selbstverständlich nicht unterlassen, auf die Notwendigkeit einer Abhilfe nachdrücklich hinzuweisen und es ist nur zu hoffen, daß von der k. k. Regierung ehestens entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Inzwischen sind auch **Höchstpreise für Kartoffel und Hafer** bestimmt worden, und zwar stellen sich in Niederösterreich die Höchstpreise für Speisekartoffel auf 9 K, für Industrie- und Futterkartoffel auf 6 K, für Hafer auf 25 K per 100 kg. Auch diese Preisbestimmungen haben sich bisher für Wien nicht als zweckmäßig erwiesen, da die Produzenten die Ware nicht unter den Höchstpreisen abgeben wollen und dadurch der Handel vorläufig lahmgelegt ist.

Auch für **Hasen und Hirschwildbret** sind anlässlich der Aufhebung der Linienverzehrungssteuer Höchstpreise im Wiener Verzehrungssteuergebiete erlassen worden, und zwar für einen Hasen von tadelloser Beschaffenheit im Balge im Gewichte von 2 kg aufwärts 3 K 80 h, für einen Hasen mit starker Beschädigung wertvoller Teile oder für Hasen unter 2 kg 2 K 60 h, für Hirschfleisch je nach der Qualität 80 h bis 3 K 60 h per Kilogramm. Die Zufuhr von Hasen nach Wien hat sich infolge dieser Preisbestimmung verringert und die Hasen werden hier fast nur ohne Balg verkauft, wobei die Höchstpreise nicht eingehalten werden können.

Die **Milchzufuhr** per Bahn betrug in den ersten vier Dezemberwochen 18.537.689 Liter.

Auf den **Fischmärkten** wurden in der Weihnachtswoche 213.124 kg Karpfen zugeführt, um 32.643 kg weniger als im Vorjahre, weshalb sich auch trotz Aufhebung der Verzehrungssteuer auf Fische die Preise für Karpfen per Kilo bis 2 K 60 h behaupteten.

Geflügel, insbesondere Gänse, wurden in großen Mengen zugeführt und fanden zu normalen Preisen guten Absatz.

Die

Kleinhandelspreise

der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Monate Dezember stellten sich nach dem **Berichte des städtischen Marktamtes**, wie folgt:

Sonder-Abdruck

	1913 Kronen	1914 Kronen
Rindfleisch . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	1.80 — 2.60
Schweinefleisch " "	1.80 — 2.80	2.— — 2.80
Schweineschmalz " "	1.76 — 2.—	2.16 — 2.60
Schweinespeck " "	1.64 — 1.92	2.10 — 2.60
Teebutter . . . " "	3.20 — 4.—	3.60 — 4.80
Kochbutter . . " "	2.20 — 3.—	2.90 — 3.60
Margarine . . " "	1.80 — 2.—	1.60 — 2.30
Vollmilch . . . " Liter	0.26 — 0.32	0.28 — 0.34
Kochmilch . . . " "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.26
Eier, frische . . " Stück	0.09 — 0.14	0.14 — 0.20
Kartoffel . . . " Kilogramm	0.08 — 0.14	0.12 — 0.18
Weizenauszug- mehl " "	0.36 — 0.38	0.70 — 0.80
Schwarzbrot . . " "	0.263 — 0.398	0.388 — 0.548
Weißbrot . . . " "	0.282 — 0.408	0.406 — 0.579
Reis " "	0.44 — 0.82	0.56 — 0.96
Sauerkraut . . " "	0.16 — 0.24	0.20 — 0.28
Zucker " "	0.82 — 0.96	0.86 — 0.96
Petroleum . . " Liter	0.26 — 0.36	0.40 — 0.56
Steinkohle . . " 50 kg	1.76/6 — 2.12	2.10 — 2.40
Braunkohle . . " 50 "	1.10 — 1.19	1.19 — 1.32

Eine zum Teil recht namhafte Teuerung ist somit nur bei Mehl, Brot, Fetten und Eiern zu verzeichnen und es bleibt noch abzuwarten, wie die Regierungsverordnung, nach welcher bei gewerbmäßiger Broterzeugung nur 70 Prozent Weizen- oder Roggenmehl und die restlichen 30 Prozent Gerstens, Mais- oder Kartoffelmehl verwendet werden sollen, auf die Preisbildung wirken wird.

Der
Gesundheitszustand

der Bevölkerung war im Dezember im allgemeinen ein **befriedigender**; der Jahreszeit entsprechend war eine Zunahme der Erkrankungen der Atmungsorgane zu verzeichnen. Von den ansteckenden Krankheiten waren Diphtherie und Scharlach im gewöhnlichen Umfange vertreten, Ruhr (58 Fälle) und Cholera (28 Fälle, nur bei Militärpersonen) sind stark zurückgegangen. An Typhus erkrankten 17 Zivil- und 256 Militärpersonen. Wie vorauszu sehen, wurden vom Kriegsschauplatz auch Blattern eingeschleppt, doch ist alles veranlaßt, um ihr Umsichgreifen hintanzuhalten.

Die **Krankensbewegung** in den Zivilspitälern, einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen, gestaltete sich, im Vergleich zum Vorjahre, folgendermaßen:

	vom 29. Nov. bis 27. Dez. 1913	vom 28. Nov. bis 26. Dez. 1914
Anfänglicher Stand . . .	8.408	10.449
Zuwachs	8.712	10.849
Abgang	8.426	8.548
Todesfälle	824	930
Schließlicher Stand . . .	7.870	11.820

Die Gesamtanzahl der Sterbefälle in Wien betrug innerhalb dieses Zeitraumes 3736, darunter 720 Ortsfremde.

Nach fünf schweren Kriegsmonaten sind somit die Verhältnisse in Wien **in keiner Beziehung besorgniserregend** und wir können in das neue Jahr mit der starken Zuversicht treten, **daß wir durchhalten werden bis zu einem guten Ende.**

In diesem Sinne überreiche ich allen Lesern dieser Blätter meine besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Wien neufund der Springel.

Auch die andauernd guten

Steuereingänge

sind ein **günstiges Zeichen**. Die Dezembeeingänge des Wiener städtischen Steueramtes betragen an Staatssteuern, und zwar:

	1913	1914
Grund- und Gebäudesteuer	941.968 K 24 h	1,356.491 K 42 h
Erwerbsteuer	1,650.566 " 28 "	1,450.606 " 17 "
Rentensteuer	878.976 " 40 "	790.997 " 75 "
Einkommensteuer	10,130.072 " 94 "	14,939.269 " 31 "
Beoldungssteuer	306.838 " 41 "	417.550 " 37 "
Tantiemenabgabe	—	69.960 " 35 "
Militärtage	79.532 " 79 "	143.741 " 03 "
Verzugszinsen	44.278 " 75 "	48.424 " 51 "
an Landesumlagen	1,316.000 " — "	1,217.000 " — "
an Gemeindeumlagen	2,056.000 " — "	2,177.000 " — "
an sonstigen Zahlungen	88.766 " 94 "	30.959 " 09 "
zusammen	17,483.000 K — h	22,642.000 K.

Die Dezembeeinnahmen des Jahres 1914 waren somit **um 5,159.000 K höher**

als die des Vorjahres.

Die Steuereingänge des ganzen Jahres 1914 beim Wiener städtischen Steueramte waren

um 21,237.000 K höher

als die des Jahres 1913, und zwar wurden vereinnahmt: an Staatssteuern:

	1913	1914
Grund- und Gebäudesteuer	52,443.544 K 41 h	53,538.283 K — h
Erwerbsteuer	46,221.475 " 76 "	45,519.937 " 49 "
Rentensteuer	3,716.807 " 37 "	4,052.766 " 17 "
Einkommensteuer	40,787.083 " 35 "	56,904.154 " 53 "
Beoldungssteuer	1,760.418 " 74 "	2,835.852 " 34 "
Tantiemenabgabe	—	1,362.518 " 66 "
Militärtage	1,502.301 " 08 "	1,317.526 " 37 "
Verzugszinsen	526.558 " 71 "	569.789 " 34 "
an Landesumlagen	36,550.000 " — "	37,198.000 " — "
an Gemeindeumlagen	75,453.000 " — "	77,004.000 " — "
an sonstigen Zahlungen	3,542.081 " 82 h	3,437.172 " 10 "
zusammen	262,503.000 K — h	283,740.000 K.

An Arbeitsgelegenheit war auch in den letzten vier Wochen kein Mangel, wie aus dem folgenden Ausweise des städtischen

Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

hervorgeht.

Arbeitsvermittlung

	28. Dezember 1914 bis 23. Jänner 1915 Stellen- angebote	Stellen- gesuche	Ver- mittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen u.	398	456	356
Holzverarbeitung	252	353	240
Baugewerbe und Spengler	169	204	167
Leder- und Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer	117	106	74
Kleidermacher	234	252	215
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	92	341	89
Fleischhauer und Fleischselcher	141	116	104
Bäcker	580	747	501
Kaffeefieder	728	833	674
Verkehrsbedienstete und nicht quali- fizierte Arbeiter	2351	2360	2306
Gewerbliche Frauenarbeit	376	585	356
Lehrlinge	43	41	25
Summe	5481	6384	5107
Dienstvermittlung	7207	7653	5885
Zusammen	12688	14037	10992

Es konnten also für 80 Prozent der Arbeit-
suchenden Stellen vermittelt werden.

Auch die **Stellenlosigkeit in den sogenannten Intelligenzberufen** erwies sich weit geringer, als man anfangs befürchtete. Bei der Fürsorgestelle für Privatbeamte und Handelsangestellte sind von Mitte Oktober 1914 bis Mitte Jänner 1915 rund 3500 Unterstützungsgesuche eingelaufen, von denen über 3000 aufrecht erledigt wurden. Der Unterstützungsaufwand für die Zeit vom 1. November bis 15. Jänner betrug fast 250.000 K.

Entsprechend den nicht ungünstigen Erwerbsverhältnissen war auch die Zahl der Personen, welche die

unentgeltliche Auspeisung

durch die Gemeinde in Anspruch nahmen, bisher nicht sehr beträchtlich, sie betrug am 16. Jänner 34.813 zum überwiegenden Teile schulpflichtige Kinder, die auch in sonstigen Zeiten dieser Unterstützung teilhaftig werden.

Die seit Kriegsbeginn bis Ende Jänner 1915 für die Auspeisung aufgewendeten Kosten beliefen sich auf 660.000 K.

Die Zahl der

Wohnungskündigungen

im Dezember 1914 betrug 3749 gegen 3782 im Dezember des Vorjahres. Dankenswerte Dienste auf dem Gebiete des Wohnungswesens leistete das unter Leitung des Ministers a. D. Dr. v. Wittel stehende

wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien,

dem es in sehr vielen Fällen gelingt, zwischen Wohnungsgebern und Mietern einen Ausgleich zu vermitteln.

Wien ruft uns den Winter.

Ein nicht ungünstiges Bild von den allgemeinen Verhältnissen in Wien gibt auch der

Verkehr auf den städtischen Straßenbahnen.

Anfangs mußte, da von den 12.000 Bediensteten 5000 zur Kriegsdienstleistung einberufen wurden, die Fahrleistung allerdings um ein Viertel gegen das Vorjahr herabgesetzt werden. Durch Einstellung von Ersatzpersonal ist es jedoch gelungen, den Verkehr wieder so weit zu steigern, daß er jetzt nur um ein Zehntel hinter dem vorjährigen zurückbleibt. Abgesehen von den zahlreichen Beförderungen von Truppen, Verwundeten und Kranken, von Munition, Verpflegsartikeln, Marktsgütern und Materialtransporten in Sonderzügen und abgesehen von den fast 4 1/2 Millionen Freifahrtgästen wurde die städtische Straßenbahn im Dezember 1914 von 27 1/2 Millionen zahlenden Fahrgästen benützt, d. i. nur um 3 Prozent weniger als im Dezember 1913.

Die

Lebensmittelversorgung

Wiens war auch im Jänner 1915 im allgemeinen eine ausreichende, wenn auch einzelne Bedarfsgegenstände im Preise gestiegen sind. Nur die Mehlerzeugung hat sich noch immer nicht gebessert, da das Verhältnis der Wiener Höchstpreise zu den in anderen Kronländern und in den ungarischen Komitaten geltenden Höchstpreisen für Getreide und Mehl den realen Handel fast gänzlich unterbindet und die Regierung trotz des Drängens der Wiener Gemeindeverwaltung bisher noch kein Mittel gefunden hat, um Abhilfe zu schaffen.

Die Gemeinde Wien hat deshalb eine große Menge Mais für den Bedarf der Wiener Bevölkerung sichergestellt und, um diesem ungewohnten Nahrungsmittel bei der Bevölkerung leichter Eingang zu verschaffen, werden an der Rückseite der Straßenbahnfahrkarten und auch sonst in geeigneter Weise Kochrezepte für die Verwendung von Maismehl zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

An Fleisch war in Wien auch im Jänner noch kein Mangel und die Zufuhr mit Rücksicht auf den Bedarf der für das Militär arbeitenden Konservenfabriken sogar weit größer als sonst.

Auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte St. Marx

stellte sich Auftrieb und Zufuhr im Jänner im Vergleich zu demselben Monate des Vorjahres folgendermaßen:

	1914	1915
Rinder	16.860 Stück	29.511 Stück
Kälber	24.122 "	20.342 "
Lämmer	2.356 "	1.568 "
Schafe	3.216 "	1.773 "
Schweine	76.301 "	71.542 "

In der

Großmarkthalle

wurden im Jänner zugeführt:

	1914	1915
Rindfleisch	1,989.871 Kilogramm	1,868.194 Kilogramm
Kalbfleisch	71.118 "	15.282 "
Schafffleisch	24.086 "	1.484 "
Schweinefleisch	1,362.614 "	925.396 "
Kälber	17.243 Stück	8.881 Stück
Schafe	1.289 "	919 "
Schweine	4.209 "	5.283 "
Lämmer	137 "	203 "

Auf den Märkten

betrug die Zufuhr im Jänner:

	1914	1915
an Gemüse	47.015 Meterzentner	55.260 Meterzentner
" Kartoffel	19.321 "	23.328 "
" Obst	12.450 "	24.884 "
" Butter	877 "	2.075 "
" Eiern	1,758.481 Stück	1,412.757 Stück

Die Milchzufuhr durch die Bahnen belief sich auf 24,601.642 l; außerdem wurden durch die in Wien befindlichen Milchwirtschaften und durch Wagenszufuhren aus der näheren Umgebung nicht unbedeutende Milchmengen abgesetzt.

Die Kohlenversorgung war im Jänner eine vollkommen zureichende. Auf dem Nordbahnhof wurden 187.823 t zugeführt, 158.819 t abgeführt, der Vorrat Ende Jänner betrug 80.285 t gegen 85.509 t im Jänner des Vorjahres.

Die

Kleinhandelspreise

der wichtigsten Bedarfsgegenstände stellte sich im Jänner dieses Jahres, verglichen mit dem Vorjahre, nach den Erhebungen des städtischen Marktamtes wie folgt:

	1914	1915
	Kronen	Kronen
Rindfleisch . . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	1.80 — 2.80
Schweinefleisch	1.60 — 3.00	2. — — 3.20
Pferdefleisch	0.68 — 1.20	0.96 — 1.40
Schweineschmalz	1.76 — 2.00	2.40 — 2.80
Schweinespeck	1.54 — 2.00	2.40 — 2.80
Teobutter	3.20 — 4.00	3.60 — 4.80
Kochbutter	2.20 — 3.00	2.90 — 3.60
Margarine	1.80 — 2.00	1.90 — 2.30
Bollmilch Liter	0.26 — 0.32	0.28 — 0.34
Kochmilch	0.20 — 0.26	0.20 — 0.26
Eier, frische Stück	0.10 — 0.14	0.11 — 0.18
Eier, konservierte	0.08 — 0.11	0.10 — 0.14

12./II. 1915.

Hier zusammen der Springer.

		1914 Kronen	1915 Kronen
Weizenauszug-			
mehl	per Kilogramm	0.36 — 0.38	0.80 — 0.88
Weißbrot . . .	" "	0.288 — 0.408	0.47 — 0.598
Schwarzbrot . . .	" "	0.268 — 0.398	0.423 — 0.571
Reis	" "	0.44 — 0.82	0.66 — 1.00
Sauerkraut . . .	" "	0.20 — 0.24	0.20 — 0.32
Bohnen	" "	0.40 — 0.64	0.64 — 1.00
Erbſen	" "	0.40 — 0.68	0.76 — 1.60
Zucker	" "	0.82 — 0.96	0.86 — 0.96
Petroleum . . .	Liter	0.26 — 0.36	0.50 — 0.64
Steinkohle . . .	50 kg	1.76 — 2.12	2.20 — 2.50

Empfindlich gestiegen sind die Preise für Mehl, Reis, Hülsenfrüchte, Fette, Petroleum und Kohlen, zum Teile weniger aus Mangel an Borräten als insolge der Verkehrsschwierigkeiten und der durch die Besorgnis weiterer Preissteigerung veranlaßten starken Versorgung der Haushaltungen.

Die

Gesundheitsverhältnisse

waren im Jänner im allgemeinen der Jahreszeit entsprechende. Unter den ansteckenden Krankheiten sind bedauerlicherweise auch Blatternfälle in größerer Zahl zu verzeichnen, was bei einer Kriegsführung in Russisch-Polen mit Sicherheit zu erwarten war. Die trotz des Mangels eines Impfwanges starke Beteiligung der Bevölkerung an der öffentlichen Impfung gibt aber die Beruhigung, daß auch diese Krankheit keinen größeren Umfang annehmen wird.

Die **Krankensbewegung** in den öffentlichen und privaten Zivilspitälern, einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen, gestaltete sich im Jänner folgendermaßen:

Krankenstand am 27. Dez. 1914	11.820	am 27. Dez. 1913	7.870
Zuwachs bis 23. Jänner 1915	10.993	" "	10.046
Abgang bis 23. Jänner 1915	10.147	" "	8.333
Todesfälle	861	" "	871
Schließlicher Stand	11.785	" "	8.712

Die **Sterblichkeit** der ortsanfässigen Bevölkerung war eine normale und unbedeutend größer als im selben Monate des Vorjahres.

In der Vorwoche hatte ich Gelegenheit, über Einladung des k. u. k. Ober-Kommandos **die Wiener Truppen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz zu besuchen**, ich kam bis zu unserer Front am rechten Ufer der Nida.

Die Straße, welche von Krakau nach Warschau zieht, ist — soweit ich sie befahren und begangen habe — im tadellosen Stande.

Im weiten Etappenraume konnte ich **musterhafte Ordnung** wahrnehmen, die Truppen an der Front sind von **ernstem Pflichtbewußtsein** durchdrungen und von **ruhiger Zuversicht** erfüllt.

Die **Soldaten** sind mit warmen Wintersachen reichlich versorgt, ihre Verpflegung entspricht allen Anforderungen, noch bis zur Feuerlinie habe ich frisch geschlachtetes Fleisch in den Feldküchen bereiten gesehen.

Die **Feldspitäler** sind von musterhafter Ordnung und Reinlichkeit, haben ausgezeichnete Ärzte und tüchtiges Pflegepersonal.

Ich brachte den Soldaten die Grüße ihrer Vaterstadt und tausende Grüße wurden mir an ihre Lieben zu Hause mitgegeben.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Herrn Mayor Dr. Frings

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 13.

Freitag den 12. Februar 1915.

Jahrgang XXIV.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare a 20 Heller im Rathause (l. l. Tabak-Traffik) und im Redaktionslokale I., Lichtenfeldgasse 5, 1. Stod.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inszeraten-Aannahme bei Haasenstein & Vogler N.-G., I., Schulerstraße 11.

Wien während des Krieges.

(Siebente Folge.)

Über ein halbes Jahr dauert nun der entsetzliche Krieg, zu dem sich Englands Profitgier, Frankreichs Rachsucht und Rußlands unersättliche Eroberungslust unter nichtigen Vorwänden zusammengefunden haben, um die beiden bloß auf ihre friedliche Entwicklung bedachten Centralmächte Europas politisch und wirtschaftlich zu vernichten.

Unberechenbaren Schaden und unsägliches Weh haben die Friedensstörer bereits über alle Welt gebracht, ihrem Ziele sind sie aber bisher nicht näher gekommen.

Deutschland und Österreich-Ungarn stehen in unerschütterlicher Wehrkraft allseits gegen den Feind und haben ihre Waffen tief in sein Land getragen.

Wirtschaftlich aber haben wir bisher unter dem Kriege nicht mehr gelitten als unsere Angreifer und die — Neutralen.

Österreichs Volkswirtschaft offenbart in dieser schweren Zeit eine unerwartete Stärke.

Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß die Spareinlagen bei den Wiener Kreditinstituten im Jahre 1914 von 1583 nur auf 1556, also nur um 27 Millionen Kronen zurückgegangen sind und daß auch sonst der Geldstand der Wiener Banken, obwohl auf die Kriegsanleihe bereits 80 Prozent einbezahlt worden sind, nach wie vor ein außerordentlich flüssiger ist. Erste Bankakzepte stellen sich auf 3 1/2 Prozent und Lombardgeld ist im Privatverkehre bis zu 1 Prozent unter dem Belehnungssatze des Noteninstitutes erhältlich.

24./III. 1915

Winf. Langewitz zur sozialen Aufrechterhaltung.

Durch Kriegsnot zur sozialen Aufrechterhaltung.

Generalversammlung des Vereines Christlicher Heimarbeiterinnen.

In der Volkshalle des Rathhauses fand am Montag abend die zweite ordentliche Generalversammlung des Vereines Christlicher Heimarbeiterinnen statt. Ueber tausend Personen hatten sich eingefunden und konnten aus den erstatteten Berichten ersehen, welche glänzende Erfolge dieser Verein in der kurzen Zeit seines Bestandes zu verzeichnen hatte. Die Versammlung wurde von der Vorsteherin Frau Dr. Hildegard Burjan mit einer herzlichen Begrüßungsansprache eröffnet, in der sie betonte, daß die Notwendigkeit und Lebensfähigkeit des Vereines am besten durch die große Zahl der Erschienenen gezeigt werde. Es hatten sich auch Vertreter und Vertreterinnen anderer Stände eingefunden; so konnte die Vorstehende begrüßen: Gräfin und Graf Marschall, Gräfin Rinsky-Wilczel, Gräfin Seilerin-Bejacevich, Gräfin Stefanie Wendheim, Gräfin Wallis, Baronin Scherpon, Baronin von der Wense, Baronin Dalwigl, Frau Rhos von Sternegg, Frau Oberleutnant Leiner, Frau Hofrat Scheuer, Frau Dr. Zimmermann, Frau Wessely, Frau Fehm, Fräulein Rittel, P. Petsch, P. Forejtnik, P. Schieder, Dechant Köppler, M. Kunschak, StM. Wagner, Obermagistratsrat Dr. Dont, Abg. Spalowsky u. a. m. — Ihr Fernbleiben hatten entschuldigt Gräfin Fünfkirchen-Lichtenstein, Czjellenz, Bertha Weiskirchner und Gräfin Kességuier. Als Reglerungsvertreter war Polizeikommissär Dr. Bärner erschienen.

Sekretärin Fräulein Rokit erstattete den

Tätigkeitsbericht

und führte unter anderem aus: Vorsteherin Frau Dr. Burjan war in unermüdblichem Eifer bestrebt, die Interessen der Heimarbeiterinnen nach jeder Richtung zu fördern. Es galt vor allem, der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu steuern. Die Arbeitsvermittlung wurde sofort von den Mitgliedern des Vereines in großem Maße in Anspruch genommen. Die stete Arbeitslosigkeit wurde im Berichtsjahre infolge der politischen Verhältnisse noch erhöht. Als Tausende Heimarbeiterinnen infolge des Krieges arbeitslos wurden und überdies Tausende Frauen infolge der Einrückung der Familienerhalter sich Heimarbeit suchten, erachtete es die Vereinsleitung sofort als ihre Aufgabe, den Notleidenden durch Arbeit Hilfe zu bringen. Diese Aufgabe wurde in kürzester Zeit durch die aufopfernde Tätigkeit der Vorsteherin Frau Doktor Burjan in glücklicher Weise gelöst. Unter dem Vorsteher Czjellenz Frau Dr. Weiskirchner wurde eine Frauenhilfsaktion im Rathause ins Leben gerufen. Ueber Anregung der Frau Dr. Burjan wurde an die Errichtung von Näh- und Strickstuben der Frauenerwerbskomitees geschritten. Frau Dr. Burjan gründete im Vereine mit Frau Gräfin Marschall die große Fürsorgeaktion für erwerbslos gewordene Frauen und Mädchen unter dem Protektorate der Frau Erzherzogin Marie Valerie und unter Mitwirkung der Gräfin Fünfkirchen-Lichtenstein, Gräfin Wendheim, Frau Rhos v. Sternegg, Gräfin Wydenbruch, Gräfin Rinsky-Wilczel, Gräfin Seilerin-Bejacevich, Baronin Bruck, Baronin Scherpon und Frau Hofrat Scheuer. Die Fürsorgeaktion hat über dreitausend erwerbslosen Frauen und Mädchen ohne Unterschied der Partei und Konfession Erwerb verschafft und hat sie so vor Not und Verzweiflung bewahrt. Daß die Arbeitsbeschaffung keine leichte war, kann aus dem Umstande ersehen werden, daß Frauen und Mädchen aus allen Ständen erwerbslos waren. Die Heimarbeiterinnen erhielten die Arbeit so gut bezahlt, wie nie zuvor in der Friedenszeit. (Beifall.) Die Mitgliederzahl ist von 245 auf 590 ordentliche und von 140 auf 220 unterstützende Mitglieder seit der letzten Generalversammlung gestiegen. Der Verein zählt 200 auswärtige Mitglieder in drei Ortsgruppen in Böhmen und Niederösterreich. Nach Kriegsbeginn wurde den Mitgliedern die Zahlung der Mitgliedsbeiträge durch drei Monate erlassen. Es fanden soziale Unterrichtskurse, geleitet von

4. / IV. 1915.

Sonntag, 4. April 1915.

Frankfurter Zeitung

(Zeitung)

nr 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen

Colonnezeile 50 J., Abendbl. 75 J.
 Reklamen .42., Abendbl. .42.50
 Familienanzeigen .41.—, Platz-
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in: Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/34;
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauor-
 straße 16/18, Dresden-A: Waisen-
 hausstr. 23, München: Perusatstr. 2,
 Offenbach: Biebererstr. 34, Stutt-
 gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Vorlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 (Gesellschaft m. beschr. Haftung)

Sozialisierungen des Krieges

Von Minister a. D. Dr. Franz Klein (Wien).

Der hervorragende österreichische Jurist wie
 und Soziologe behandelt hier ein Thema, das
 auch weiterhin, und insbesondere wenn es
 noch bessere praktische Erfahrungen vor als
 liegen werden, die öffentliche Erörterung in
 lebhaft beschäftigen wird. D. Red.

Während des Krieges trat eine Anzahl staatlicher unwirt-
 kommunaler Maßregeln ins Leben, die verschiedenen Not-
 ständen und Knappheiten begegnen sollen. Sie betrafen vor-
 namentlich den Handel und die Versorgung mit Lebensmit-
 teln und Rohstoffen, sowie deren Verwendung, die Ernte die
 und Feldbestellungsarbeiten, die Ordnung der Arbeitsverhält-
 nisse in den Produktionsstätten für Militärbedarf, verschiede-
 nene Zweige öffentlicher Unterstützung, Verschaffen von Eigen-
 werbsgelegenheit, Mieterschutz usw. Ihr gemeinsames Ob-
 jekt ist die Privatwirtschaft. Tätigkeiten und Obliegenheiten,
 die sonst dem Einzelnen anheimgegeben sind, werden so im
 Staat oder Gemeinde übernommen und wie öffentliche Dingen-
 nach staatlichen oder gesellschaftlichen Gesichtspunkten verbun-
 den, geregelt. Die Funktionen dieser Gemeinwesen und diese
 Geltung von Wertmaßstäben, die nach den allgemeinen Über-
 dürfnissen gebildet sind, erfahren damit eine Erweiterung
 und man kann deshalb — Staat und Gemeinde als homogenste
 Ausprägungsformen der Gesellschaft betrachtet — von einem
 Uebergang privatwirtschaftlicher Bereiche in die Sphäre der
 Gesellschaft, von einer Sozialisierung sprechen. Es hat
 dies manche Ähnlichkeit mit den Vorgängen, wodurch in
 den Friedensjahren privatwirtschaftliche Verhältnisse der
 Gesellschaft aufgesogen wurden, und es wird deshalb häufig die
 Identität beider Erscheinungen behauptet.

Die Vorgänge im Frieden, an die man dabei denkt, sind
 nichts Einseitiges. Es wird zwar stets Individuelles mit
 Kollektivem vertauscht, dies bedeutet aber nicht durchweg
 dasselbe. Drei Gruppen sind zu unterscheiden. In der ersten
 handelt es sich hauptsächlich nur um eine Frage der Technik.
 Hierher gehört vor allem die Bergesellschaftung in Kartellen so
 Genossenschaften und in Arbeitervereinigungen, soweit damit
 die Regelung der individuellen Produktion oder privatwirtschaft-
 liche Vorteile bezweckt werden. Dann fällt in diese Gruppe
 die Ausführung von Arbeiten in staatlichen Anstalten, sofern
 es gleichfalls nur auf ein Verbessern, Verbilligen oder Be-
 schleunigen der Erzeugung, auf Sicherung militärischer Ge-
 heimnisse usw. abgesehen ist. Daran schließt sich die Ueber-
 nahme der Gas- und Elektrizitätsversorgung, des Transport-
 dienstes oder sonstiger Betriebe durch Gemeinden, wenn da-
 für hauptsächlich finanzielle Erwägungen entscheidend sind.
 Die zweite Gruppe umfaßt die Verstaatlichung von Tele-
 graphen- und Telephonleitungen, Bahnen und Kanälen so-
 wie die staatlichen Monopolbetriebe. Die Bergesellschaftung
 dient, gesetzt, daß sie nicht bloß behufs Erhöhung der Ein-
 nahmen geschieht, der Steigerung der politischen und wirt-
 schaftlichen Macht des Staates sowie der Hebung der Volk-
 wirtschaft. Die Verstaatlichung kann unter Umständen für
 die einzelnen Wirtschaftssubjekte sogar nachteilig sein. In
 der dritten Gruppe wagt sich die Bergesellschaftung an das
 Problem der Güter- und Wohlstandsverteilung, des Gesell-
 schaftsfriedens und einer gesunden Volkswirtschaft. Wenn
 gleich sie daneben auch auf Einzelwirtschaften günstig wirken
 und dem Machtzweck des Staates nützen kann, das Haupt-
 ziel ist der Körperliche, sittliche und geistige Aufstieg der
 gebetteten oder von Entkräftung bedrohten Gesellschaftsklassen.
 In diese Gruppe fällt die gesamte heutige Sozialpolitik des
 Staates, der Kommunen und der freien Vereine.

Diese drei Gruppen zusammenzuwerfen, wäre ein Fehler,
 schon die Geschichte trennt sie und zeigt ihre substantielle Ver-
 schiedenheit. Die Bergesellschaftungen im rein technischen Sinn
 kommen auch im Manchesterstaate vor, die der zweiten Gruppe
 klingen an Ideen des Merkantilismus an, die der dritten
 Gruppe hingegen sind eine Marke des sozialen Staates. Sie
 erfolgen nicht zu Nutz und Frommen der erwerbenden Ind-
 viduen oder des zu einem besonderen Wesen verselbständigte
 Staates; was sie im Auge haben, sind die Interessen der Ind-
 viduen als unmittelbare oder mittelbare Staatsglieder und
 Staatsträger und die des Staates als fester Bund der Ind-
 viduen. Nur die Veranstaltungen dieser Art sind echte, wirk-
 lich soziale Sozialisierungen.

Die eingangs erwähnten wirtschaftlichen Kriegsvorkehrun-
 gen haben — das ist nicht zu verkennen — teilweise ab-
 weichende Züge. Sie sind in gewissem Sinne gleichfalls Ver-
 besserungen der Wirtschaftstechnik, ihre Bestimmung ist es ab-
 nicht, die Produktivität der Wirtschaften, deren Aufwand-
 fähigkeit und Konsumkraft oder den Gewinnkoeffizienten
 vergrößern, wie es die angeführten technisch-organisatorisch

Wien, am 16. April 1915.

Die im März erschienenen

Ausweise der Wiener Geldinstitute

zeigen, daß dieses Vertrauen auch bei der sparenden Bevölkerung weiter anhält und daß die Spareinlagen in stetem Aufschwunge begriffen sind.

Der Stand der Einlagen betrug am 28. Februar 1915:

bei der Ersten österreichischen Sparkassa	532,077.947 K — h
bei der Neuen Wiener Sparkassa	45,520.986 " — "
bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien	167,313.621 " — "
bei den Kommunalsparkassen:	
im Bezirke Rudolfsheim	74,870.607 " — "
" " Hernals	59,484.968 " — "
" " Währing	42,007.716 " — "
" " Döbling	10,875.570 " — "
" " Floridsdorf	18,874.128 " — "
bei der Anglo-Bank	87,011.242 " — "
" " Kreditanstalt	123,738.700 " — "
" " Depositenbank	44,389.445 " — "
" " Länderbank	103,036.482 " — "
beim Merkur	47,880.118 " — "
bei der Unionbank	37,056.747 " — "
" " Verkehrsbank	80,839.278 " — "

Bei der

Kriegsdarlehenskassa

waren bis Ende März Darlehen im Gesamtbetrage von 63,278.370 K zugezählt, davon 28,585.860 K zurückgezahlt worden, so daß noch 34,692.650 K aushafteten, und zwar 28,578.300 K auf Wertpapiere und 6,114.350 K auf Waren.

Die

Steuereingänge

beim Wiener städtischen Steueramte waren im Monate Februar recht günstige. Es wurden eingezahlt: an Staatssteuern, und zwar:

	1914	1915
Grund- und Gebäudesteuer	11,216.970 K — h	11,152.104 K — h
Erwerbsteuer	1,045.683 " — "	1,208.337 " — "
Rentensteuer	169.292 " — "	251.906 " — "
Besoldungssteuer	220.751 " — "	391.909 " — "
Einkommensteuer	4,183.425 " — "	3,678.046 " — "
Lantienabgabe	—	50.446 " — "
Militärtaxe	33.649 " — "	57.117 " — "
Verzugszinsen	54.302 " — "	65.590 " — "
an Landesumlagen	5,152.000 " — "	5,205.500 " — "
" Gemeindeumlagen	13,788.000 " — "	13,803.000 " — "
" sonstig. Einnahmen	175.925 " — "	374.540 " — "

so daß die Einzahlungen um 198.000 K höher waren als im gleichen Monate des Vorjahres.

Die

Erwerbsverhältnisse

für die arbeitende Bevölkerung waren auch im abgelaufenen Monate nicht ungünstige.

Das

Städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamt

weist folgende Vermittlungstätigkeit aus:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellen-gesuche	Ber-mittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen etc.	354	369	338
Holzverarbeitung	317	317	274
Baugewerbe und Spengler	172	180	162
Leder- und Textilindustrie, Tapezierer, Papier- und graphische Fächer	115	88	91
Kleidermacher	439	365	326
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	127	310	116
Fleischhauer und Fleischselcher	82	72	73
Bäcker	242	439	209
Kaffeefieder	638	698	574
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter	2866	2904	2791
Gewerbliche Frauenarbeit	384	665	333
Lehrlinge	62	40	32
Summe	5798	6447	5319
Dienstvermittlung	5921	7615	5727
Zusammen	11719	14062	11046

Bei der

Fürsorgezentrale

für **stellenlose Privatbeamte** sind bis 15. März 4382 Unterstützungs-gesuche eingebracht worden; an 3737 Gesuchsteller, und zwar 1505 männliche verheiratete, 1293 männliche ledige und 939 weibliche ledige wurden Unterstützungen im Gesamtbetrage von 477.738 K ausbezahlt, 1097 Unterstützungen wurden teils wegen Erlangung eines Postens, teils wegen Einrückens zum Militärdienste, einige auch wegen Nichtbedürftigkeit wieder eingestellt.

Die Zahl der **staatlichen Unterhaltsbeiträge** an die Familien der zum Militärdienste Eingetückten betrug Ende März rund 140.000; dazu kamen noch 5000 Unterhaltsbeiträge für jene Personen, die einen gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung aus Staatsmitteln nicht haben und daher aus Sammelgeldern der Gemeinde unterstützt werden.

Der nicht ungünstigen wirtschaftlichen Lage ist es auch zuzuschreiben, daß die **Wohnungsverhältnisse** ziemlich stabilisierte sind. Im Monate Februar wurden insgesamt 5294 Monatswohnungen gekündigt, während im gleichen Monate des Vorjahres die Zahl dieser Kündigungen 6166 betrug; Vierteljahreswohnungen wurden 7408 gegen 9191 im Februar des Vorjahres gekündigt. Viel hat zu diesem günstigen Stande der Mietverhältnisse ohne Zweifel das Bemühen der meisten Mieter, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die billige Rücksicht der

Wien neison der Springen.

Hausbesitzer und die Vermittlungstätigkeit des Wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde beigetragen.

Mit den dargelegten Verhältnissen stimmt auch überein, daß die **unentgeltliche Ausspeisung durch die Gemeinde** bisher nicht übermäßig in Anspruch genommen wird. Ende März betrug die Zahl der Verköstigten täglich rund 38.000, zum überwiegenden Teile Schulkinder, für die auch in Friedenszeiten in dieser Weise gesorgt wird; seit Kriegsbeginn sind bis Ende März für die unentgeltliche Ausspeisung rund 1.1 Millionen Kronen aufgewendet worden.

Wenig erfreulich hat sich im abgelaufenen Monate die

Lebensmittelversorgung

gestaltet.

Die Getreide- und Mehlversorgung ist erst in der Regelung begriffen. Ende Februar hat die Regierung die Vorräte an Getreide und Mahlprodukten aufnehmen lassen und den Verkehr mit ihnen auf das Unerläßliche eingeschränkt. Dadurch sollte der gleichzeitig errichteten **Kriegsgetreideverkehrsanstalt** eine Übersicht über die in den einzelnen Verwaltungsbezirken vorhandenen Vorräte und eine ausgleichende Verteilung ermöglicht werden. Da infolge der Sperre die Bäcker, Mehlhändler und Gastwirte ihren Mehlbedarf zum größten Teile nicht mehr selbst beschaffen konnten, war die Gemeinde genötigt, aus ihren Vorräten in größerem Umfange als bisher abzugeben. Sodann hat die Regierung den Tagesverbrauch für jede Person mit 200 g Mehl oder 280 g Brot festgesetzt und die einzelnen Landesbehörden ermächtigt, einen Mehrverbrauch durch geeignete Maßregeln hintanzuhalten.

Auf Grund dieser Ermächtigung hat die k. k. n.-ö. Statthalterei für sämtliche Gemeinden Niederösterreichs, also auch für Wien, die **Mehl- und Brotkarte** mit Gültigkeit vom 11. April an eingeführt.

Von diesem Tage an darf Mehl und Brot entgeltlich an Verbraucher nur gegen amtliche Ausweise verabsolgt werden. Es werden volle und geminderte Ausweise ausgegeben; erstere mit 28 Abschnitten über je 50 g Mehl oder 70 g Brot für den Wochenbedarf einer Person, letztere mit 21 solchen Abschnitten. Geminderte Ausweise erhalten Angehörige eines Haushaltes, in dem mindestens 2 kg Mehl für jede Person vorrätig sind, volle Ausweise alle übrigen. Gasthofbesitzer erhalten für ihre Gäste Tageskarten über je dreimal 70 g Brot. Beim Verkaufe von Mehl oder Brot hat der Verkäufer von der vorzuweisenden Karte die der verkaufte Menge entsprechende Zahl von Abschnitten mit der Schere abzutrennen, die Abschnitte hat er zu sammeln und nach Schluß der Woche in einem Umschlage, auf welchem die Zahl der darin enthaltenen Abschnitte anzugeben ist, an die behördlich bestimmte Stelle abzuliefern. Alle Gewerbsleute, die Mehl oder Brot verkaufen oder Speisen verabreichen, haben überdies ein behördlich gesiegeltes Buch nach vorgeschriebenem Muster zu führen, in welchem genau einzutragen ist, wie viel Mehl oder Brot wöchentlich bezogen und veräußert wurde.

Durch diese Maßregeln und die Tätigkeit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt soll eine geordnete Mehl- und Brotversorgung bis zur nächsten Ernte sichergestellt werden.

Auf dem

Rindermarkte

war zwar der Auftrieb auch im März weit größer als zu gewöhnlichen Zeiten, da aber auch der Bedarf des Heeres und der Konservenfabriken zur Deckung kam, ergaben sich empfindliche Preissteigerungen.

Der **Auftrieb an Schweinen** war nach wie vor unzulänglich, was die Fettpreise ungünstig beeinflusste.

Auch die **Milch** wurde manchmal knapp, da der Bedarf, insbesondere für die Heilanstalten, überall größer ist als sonst.

Das Angebot an **Eiern** war ebenfalls unzureichend.

Zufuhr und Auftrieb auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte St. Marx

stellte sich im März folgendermaßen:

	1914	1915
Rinder	14.782 Stück	32.510 Stück
Kälber	21.773 "	16.901 "
Lämmer	9.514 "	6.369 "
Schafe	2.177 "	1.246 "
Schweine	72.567 "	54.606 "

In die

Großmarkthalle

wurden im März zugeführt:

	1914	1915
Rindfleisch	1.673.142 Kilogramm	1.872.505 Kilogramm
Kalbfleisch	175.887 "	12.545 "
Schafffleisch	41.664 "	13.355 "
Schweinefleisch	1.148.094 "	536.560 "
Kälber	16.343 Stück	8.078 Stück
Schafe	509 "	681 "
Schweine	3.359 "	5.253 "
Lämmer	2.776 "	1.531 "

Von sonstigen wichtigen Nahrungsmitteln kamen in derselben Zeit auf die

Wiener Märkte:

	1914	1915
Gemüse	61.059 Meterzentner	57.402 Meterzentner
Kartoffel	29.284 "	38.703 "
Obst	13.281 "	13.899 "
Butter	1.066 "	2.275 "
Eier	6.861.450 Stück	2.847.935 Stück

Die **Milchzufuhr** durch die Bahnen betrug im März rund 21 Millionen Liter.

Die **Kohlenversorgung** war eine vollkommen ausreichende.

Nachstehend folgen die

Kleinhandelspreise

der wichtigsten Bedarfsartikel im Monate März nach den Erhebungen des städtischen Marktamtes:

Wien, am 16. April 1915.

	1914 Kronen	1915 Kronen
Rindfleisch . . . per Kilogramm	1.60 — 2.60	2. — — 3.60
Schweinefleisch " " "	1.60 — 3.00	2.80 — 4.20
Schweineschmalz " " "	1.76 — 2.00	3.60 — 4.60
Schweinespeck " " "	1.54 — 2.00	3. — — 4.40
Teebutter . . . " " "	3.20 — 4.00	4. — — 5.60
Kochbutter . . . " " "	2.20 — 3.00	3.20 — 4.40
Margarine . . . " " "	1.80 — 2.00	2.40 — 3.80
Eier " Stück	0.06 — 0.10	0.12 — 0.20
Vollmilch . . . " Liter	0.26 — 0.32	0.30 — 0.38
Kochmilch . . . " " "	0.20 — 0.26	0.20 — 0.28
Weizenmehl . . . " Kilogramm	0.34 — 0.42	0.80 — 1. —
Brot " " "	0.251 — 0.421	0.477 — 0.667
Kartoffel . . . " " "	0.10 — 0.15	0.14 — 0.24
Sauerkraut . . . " " "	0.24 — 0.28	0.32 — 0.40
Bohnen " " "	0.40 — 0.64	0.80 — 1.20
Erbsen " " "	0.36 — 0.68	0.88 — 1.60
Reis " " "	0.44 — 0.96	1. — — 1.60
Zucker " " "	0.82 — 0.96	0.86 — 0.96
Petroleum . . . " Liter	0.20 — 0.50	0.64 — 0.84
Steinkohle . . . " 50 kg	1.82 — 1.99	1.77 — 2.50
Braunkohle . . . " " "	1.07 — 1.19	1.19 — 2.10

Die

Gesundheitsverhältnisse

der Wiener Bevölkerung sind nach den Berichten des Stadtphysikates bisher durch den Krieg nicht wesentlich berührt worden. Die verheerenden Infektionskrankheiten wie Cholera, Ruhr, Flecktyphus fanden zu ihrer Ausbreitung in Wien keinen Boden, die Blattern-erkrankungen sind in Abnahme begriffen und ihre Zahl für die Morbiditätsziffern einer Zweimillionenstadt ohne Belang.

Die

Sterblichkeit

der Wiener Wohnbevölkerung war in den vier Märzwochen etwas höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, aber bedeutend geringer als in den drei vorhergehenden Jahren. Von 1000 Einwohnern starben 16.7 gegen 15.3 im Vorjahre und 18.0, 17.0 und 17.2 in den Jahren 1913, 1912 und 1911. Auch der Anteil der einzelnen Altersstufen an den Todesfällen hat keine ungünstige Änderung erfahren und es ist ein starker Rückgang der Säuglingssterblichkeit, dagegen eine Steigerung der Sterbefälle im Greifenalter bemerkbar. Im März 1915 starben 443 Säuglinge gegen 507 im März 1914, und die Zahl der Verstorbenen im Alter über 60 Jahren betrug 923 gegen 790.

Die Gruppierung der Todesursachen bot das normale, der Jahreszeit entsprechende Bild; die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Lungentuberkulose (518), dann folgten Lungen- und Rippenfellentzündungen (353), die organischen Krankheiten des Darmes und der Kreislauforgane (297) u. s. w.

Die

Krankenbewegung in den Zivilspitälern

einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen gestaltete sich für den Monat März, verglichen mit dem Vorjahre, folgendermaßen:

	1914	1915
Anfänglicher Krankenstand	8.831	12.359
Zuwachs	13.245	11.400
Abgang durch Entlassung	12.278	11.189
Abgang durch Ableben	1.158	824
Schließlicher Krankenstand	8.640	11.737

Im neunten Kriegsmonate stehend habe ich durch den Verkehr mit Tausenden meiner Mitbürger die Überzeugung gewonnen, daß die Wiener, ohne Unterschied der Parteirichtung geschart um ihren Bürgermeister, aushalten werden bis zu einem guten Ende.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.